

INTELLIGENCE



STAT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This Document contains information affecting the National Defense of the United States, within the meaning of Title 18, Sections 793 and 794, of the U.S. Code, as amended. The transmission or revelation of its contents to or receipt by an unauthorized person is prohibited by law. The reproduction of this form is prohibited.

INFORMATION REPORT

RESTRICTED SECURITY INFORMATION

STAT

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Periodical: <u>Deutsche Finanzwirtschaft</u>	DATE DISTR.	23 April 1953
		NO. OF PAGES	1
DATE OF INFO.		REQUIREMENT NO.	RD
PLACE ACQUIRED		REFERENCES	

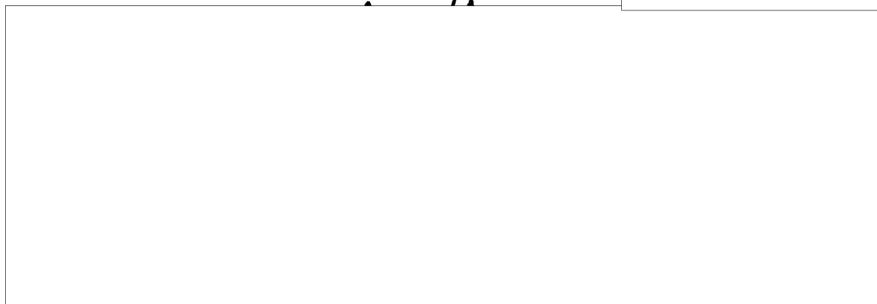
STAT

THE SOURCE EVALUATIONS IN THIS REPORT ARE DEFINITIVE.  
THE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

STAT

Enclosure: February issue of German periodical: Deutsche Finanzwirtschaft (1 magazine) (ORR)

TO



RESTRICTED

STATE	ARMY	NAVY	AIR	FBI	AEC	OCD	x
-------	------	------	-----	-----	-----	-----	---

STAT

118

Unclassified

AUSGABE **B**

NUMMER

**4**

# DEUTSCHE FINANZWIRTSCHAFT

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE FINANZWESEN  
mit amtlichen Nachrichten des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik

Mit Beilagen:  
„Das Neue Abgaben-  
recht“  
und „Handbuch des  
Hauptbuchhalters“

Vorwärts zu neuen Erfolgen! .....	169	<i>Curt Domschke</i> : Zur Lage der Versorgungs- und Dienstleistungs- betriebe .....	205
<i>Dr. Hans Loch</i> : Der Kampf um die Sparsamkeit steht 1953 an erster Stelle .....	172	<i>Rudolf Fröhmkcke</i> : Die Kostenrech- nung der volkseigenen Güter ....	207
<i>Willy Rumpf</i> : Konsequenter Kampf um die Einführung einer strengen und allseitigen Sparsamkeitswirt- schaft .....	179	<b>Preise</b> <i>Gerhard Köhler</i> : Fragen zur Preis- bildung im Handel .....	208
<i>Lechtenberg</i> : Schluß mit der Unter- schätzung der Ausschüsse und Kom- missionen der Volksvertretungen..	181	<b>Staatshaushalt</b> <i>Heinz Schmidt</i> : Wie plante der Kreis Bernau seinen Haushalt 1953? .....	209
Gesetz über den Staatshaushalts- plan 1953 .....	184	<b>Abgaben</b> <i>Günther Winkler</i> : Wettbewerbe in der Abgabenverwaltung .....	211
<i>A. Strauß / Richter</i> : Zur Kritik an der Reisekostenverordnung .....	136	<i>Horst Geier</i> : Löhne, Gehälter und soziale Aufwendungen in der steuerlichen Gewinnermittlung der privaten Wirtschaft .....	212
Der Weg in eine leitende Funktion ist für jede Frau offen .....	188	<b>Banken und Sparkassen</b> <i>W. Ulinski</i> : Kreditgewährung an MTS und VEG auf neuer Grund- lage .....	215
<i>Walter Gellrich</i> : Steuern sind keine Kosten .....	191	<i>R. Müller</i> : Die Sparkassen müssen mehr für die Qualifikation ihrer Mitarbeiter tun .....	217
<i>R. Müller</i> : Die ersten Ergebnisse und Erfahrungen im Vertrags- sparen .....	193	<b>Versicherung</b> <i>Gerd Pfau</i> : Einige Bemerkungen zur Theorie der Versicherung im Sozialismus .....	218
<b>Aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien</b> <i>E. Walter</i> : Abschaffung des Karten- systems und Neuregelung der Löhne in Polen .....	199	<i>Hartmut Mielke</i> : Vereinfachung des Versicherungsschutzes für die volkseigenen Kreditinstitute .....	221
<b>Finanzen der sozialistischen Wirtschaft</b> <i>Rudolf Adamek</i> : Wie sparten Be- triebe des Maschinenbaus Umlauf- mittel ein? .....	201	<b>Unsere Volkskorrespondenten haben das Wort</b> .....	222
<i>Dr. Harald Engelhardt</i> : Zur Frage der Bestätigung von Betriebs- plänen .....	202	<b>Fachnachrichten für die Haupt- buchhalter, Kontroll- und Revi- sionsorgane der volkseigenen Wirtschaft Nr. 2</b> .....	(3) 195
Übernimmt Patenschaften für unsere landwirtschaftlichen Pro- duktionsgenossenschaften! .....	203	<b>Fachnachrichten für den Staats- haushalt Nr. 4</b> .....	(11) 197
<i>Martin Gentsch</i> : Neues Rechnungs- wesen entfacht Atmosphäre des Lernens .....	204		

JAHRGANG 7

2. FEBRUARHEFT 1955

VERKAUFSPREIS 1,25 DM

VERLAG DIE WIRTSCHAFT GMBH · BERLIN W 8 · FRANZOSISCHE STRASSE 53-55

## SCHRIFTENREIHE

### Verkehrswissenschaftliche Forschung

Herausgegeben von Dr. H. J. Pusch, Abt. Verkehrsforschung in der Forschungsanstalt für Schifffahrt, Gewässer- und Bodenkunde, Berlin, in Verbindung mit Prof. Dr. G. Pothoff und Prof. Dr. J. Günther, Hochschule für Verkehrswesen, Dresden.

März 1953 erscheint

HEFT 1

### Bericht

über die erste verkehrswissenschaftliche Arbeitskonferenz der Abteilung Verkehrsforschung der Forschungsanstalt für Schifffahrt, Gewässer- und Bodenkunde, Berlin.

DINA 5 · Etwa 136 Seiten mit zahlreichen Abbild. · broschiert · Preis etwa 2,— DM

Diehier erstmalig veröffentlichten Referate und Diskussionsbeiträge über Verkehrspolitik, Entwicklung und Tendenzen der Weltseeschifffahrt, über die Binnenschifffahrt und die Kostenstruktur der Häfen- und Umschlagbetriebe in den DSU-Häfen sind von großer Bedeutung für die gesamte Wirtschaft.

Das Heft ist daher äußerst wichtig für alle Funktionäre des Verkehrswesens und alle Mitarbeiter in der Binnen- und Hochseeschifffahrt, in der Schiffbauindustrie, in den Hafen- und Umschlagbetrieben und in den Wasserbaubehörden.



VERLAG DIE WIRTSCHAFT GMBH BERLIN W 8  
Französische Straße 53-55 · Sammelruf 22 53 71

### Wichtige Hinweise

für die Erfüllung der Planaufgaben aller Wirtschaftszweige finden Sie in der

## SCHRIFTENREIHE DER FÜNFJAHRPLAN

### Forschung und Technik

Heft 2 · 188 Seiten mit 60 Abbildungen kartoniert · Preis 2,70 DM

Eine umfassende Darstellung der gegenwärtigen und zukünftigen Planaufgaben der Volkswirtschaft der DDR.

### Die Materialversorgung

Heft 5 · 228 Seiten · kart. · Preis 1,65 DM

Ausgehend von der Entwicklung der Planwirtschaft in der DDR werden Anleitungen für die Materialplanung gegeben.

### Die Schwerindustrie

Heft 6 · 172 Seiten mit 78 Abbildungen kartoniert · Preis 1,65 DM

Es werden die Entwicklung, die volkswirtschaftliche Bedeutung, die Planung der Schwerindustrie und die Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität dargestellt.

### Der Maschinenbau

Heft 7 · 168 Seiten mit 64 Abbildungen kartoniert · Preis 1,85 DM

Das Heft behandelt alle Fragen, die für den Maschinenbau bei der Erfüllung des Fünfjahresplanes von Bedeutung sind.

### Das neue Bauschaffen und die Bauwirtschaft

Heft 12 · 156 Seiten mit 20 Abbildungen und zahlreichen Graphiken · kartoniert  
Preis 2,00 DM

Ein Überblick über das Bauwesen in der DDR und Anleitung für die Planungsarbeiten.



VERLAG DIE WIRTSCHAFT GMBH BERLIN W 8  
Französische Straße 53-55 · Sammelruf 22 53 71

**Festigt die  
Finanzdisziplin!**

# DEUTSCHE FINANZWIRTSCHAFT

NUMMER 4

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE FINANZWESEN  
mit amtlichen Nachrichten des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik

JAHRGANG 7

BERLIN · 2. FEBRUARHEFT 1953

## Vorwärts zu neuen Erfolgen!

*In ihrer Sitzung vom 4. und 5. Februar 1953 beschloß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik einstimmig das Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1953. Ministerpräsident Otto Grotewohl gab in seiner richtungweisenden Rede eine tieferschürfende Analyse der gegenwärtigen Lage Deutschlands und der verbrecherischen Politik der Westmächte, die in der Spaltung Deutschlands und der Remilitarisierung und Faschisierung des westlichen Teiles unseres Vaterlandes zum Ausdruck kommt.*

*Aus der Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl:*

Die Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik, die Volkskammer und unsere Regierung stehen mit Ruhe und zuversichtlicher Kraft allen Zersetzungsversuchen und aller politischen Unruhe ihrer Feinde gegenüber. Wir haben unser Staatsgebäude in guter, wirklich demokratischer Ordnung. Planmäßig steigen die Erträge unserer Volkswirtschaft und bringen täglich sichtbarer den Erfolg eines besseren materiellen Lebens. Die normalen Wachstumsschwierigkeiten werden von uns durch kollektive Zusammenarbeit und den Arbeitsenthusiasmus der Werktätigen im Bündnis mit der schaffenden Intelligenz überwunden. Unsere Entwicklung ist so weit vorgeschritten, daß wir in Stadt und Land das Fundament zum Aufbau des Sozialismus gelegt haben. Unser gesellschaftliches Leben, die Wissenschaft, die neue Kultur, Kunst, Sport und viele andere Errungenschaften geben unseren Menschen, besonders der Jugend, das glückliche Gefühl des steten Fortschritts aus eigener Kraft. Dabei erfüllt uns mit Freude, daß wir den Patrioten und Friedensfreunden in Westdeutschland ermunternd und hilfreich in ihrem schweren Kampf zur Seite stehen konnten. Mit diesen Millionen tapferer Frauen und Männer in Westdeutschland verbindet uns der Wille zur Einheit und zum Frieden auf das allerengste. Wir werden unsere Bemühungen zur Verständigung der Deutschen untereinander nicht verlangsamen, sondern verstärken.

In diesem Sinne benützt die Regierung auch die Beratung unseres Haushaltsplanes, um der Volkskammer zuzurufen:

**Vorwärts zu neuen Erfolgen!**

*Zum Staatshaushaltsplan 1953 führte Ministerpräsident Grotewohl folgendes aus:*

### Zwei Haushalte — zwei Welten

Wenige Tage bevor wir unseren Haushaltsplan der Volkskammer zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet haben, hat die Regierung der Bundesrepublik Westdeutschland ihren Haushaltsplan für das Jahr 1953 dem Bundestag ebenfalls zur Beschlußfassung unterbreitet. Ein Vergleich dieser beiden Haushaltspläne zeigt uns in überzeugender Weise, wie die Politik der Rüstung und der Kriegsvorbereitung im Westen Deutschlands auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Lebenslage in demselben Zeitraum vor sich geht, in der die Deutsche Demokratische Republik durch ihren

Haushaltsplan weitere spürbare Schritte zur Entwicklung ihres friedlichen Aufbauwerkes und zur Hebung des Lebensstandards der Menschen einleitet. Allein die Tatsache, daß der Fehlbetrag des Jahres 1951 von 1,3 Milliarden Mark in Westdeutschland ungedeckt bleibt, während der Haushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1952 mit einem Überschuß von 910 Millionen Mark abschließt, zeigt uns die große Unterschiedlichkeit der Wirtschaftsführung. In einem kapitalistischen Staat finanziert der Haushalt im wesentlichen den kapitalistischen Staats- und Machtapparat. Dieser Apparat befindet sich in den Händen der Monopolkapitalisten und die Staatsfinanzen werden bestimmt durch die Monopole in der Wirtschaft. So kommt es, daß in der Bundesrepublik 90 % der gesamten Haushaltseinnahmen aus Steuern bestehen. Allein 70 % sind Massensteuern, das heißt Belastungen der Werktätigen, während nur 20 % auf Einkommen- und Körperschaftsteuern, also auf Besitzsteuern, entfallen. Das ist das Gesicht des Besitzbürgerstaates. Bei uns werden die Staatsausgaben nur zu 50,6 % aus Massensteuern und zu 28,2 %, das sind 9½ Milliarden, aus den Einnahmen des sozialistischen Sektors unserer Wirtschaft gedeckt.

Die Ausgabenseite zeigt dasselbe schreiende Mißverhältnis. Während im kapitalistischen Westen von dem 26 Milliarden betragenden Haushalt 13 Milliarden, also genau die Hälfte, das heißt jede zweite Mark, für Rüstungs- und Kriegszwecke verausgabt werden, werden bei uns nahezu 2,7 Milliarden für Volksbildung und Kultur, 4,9 Milliarden für Arbeit und soziale Aufgaben und 3,3 Milliarden für Gesundheitswesen verausgabt. Das sind zusammen 10,9 Milliarden; d. h. mehr als 30 % unserer Ausgaben sind für die Wohlfahrt und Verbesserung der kulturellen und materiellen Lebensansprüche der arbeitenden Menschen bestimmt. Ein kapitalistischer Staat, der rüstet, wälzt dagegen alle Lasten auf die Schultern der Arbeiter ab und steckt alle Rüstungsgewinne in die Taschen der Besitzenden. Das sieht praktisch so aus, daß die Gewinnquoten der Besitzenden gestiegen sind, während die Lohnquote der Werktätigen in Westdeutschland von 52,3 % auf 41 % gesunken ist. In Westdeutschland haben nach den Erhebungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 64 % aller Bezieher von Einkommen ein monatliches Einkommen bis zu 240 Mark, d. h., weniger als das Existenzminimum. Fast die Hälfte

dieser Menschen hat nur ein Einkommen bis zu 100 Mark monatlich. Auf seiner Einnahmeseite stützt sich unser Staatshaushalt mit dem Ansteigen unserer Arbeitsproduktivität immer mehr auf die Einnahmen der volkseigenen Wirtschaft. Er dient dazu, die von den Werktätigen aufzubringenden Steuern zu senken; er erhält gleichzeitig einen völlig anderen Charakter, weil er zu einem Instrument der Akkumulation in der volkseigenen Wirtschaft wird. Während die Werktätigen in Westdeutschland durch ihre Steuerzahlung an den Staat ihre eigene Ausbeutung und Unterdrückung finanzieren, finanzieren die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik mit Hilfe der Steuern die Hebung ihres kulturellen und materiellen Wohlstandes. Während unser Staatshaushalt des Jahres 1952 aus der volkseigenen Wirtschaft einen Überschuß von 500 Millionen auswies, soll uns die volkseigene Wirtschaft im Jahre 1953 einen Überschuß von 2,6 Milliarden erbringen.

### Neue Prinzipien der Haushaltsführung

Die Hauptaufgabe des Staatshaushaltes besteht insbesondere in der Bereitstellung der im Plan festgelegten Investitionsmittel für die Erweiterung und Stärkung unserer sozialistischen Wirtschaft. Eine weitere Aufgabe des Staatshaushaltes ist die Sicherung der für die Herstellung der Verteidigungsbereitschaft unserer Republik erforderlichen Mittel. Jeder Pfennig, den wir ersparen, dient der besseren und erfolgreicherer Erfüllung dieser beiden Aufgaben. Und hier will ich mich mit einigen Ausführungen direkt an das Finanzministerium wenden. Es ist notwendig, daß unsere Finanzorgane ihre Kontrollaufgaben mehr und besser beachten und sie richtig und konsequent handhaben. Die tägliche Kontrolle durch die Mark der Deutschen Notenbank über den Gang der Produktion, der Bauvorhaben, der Warenzirkulation, über die Akkumulation, die Finanz- und Wirtschaftstätigkeit der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe, die staatlichen Institutionen und Verwaltungen muß wesentlich verbessert und verstärkt werden. Um den Kampf um die Sparsamkeit in den volkseigenen Betrieben und im Staatsapparat wirksam führen zu können, genügen die bisherigen Methoden der Kontrolle und Revision nicht mehr. Wir müssen vom Finanzministerium mit allem Ernst verlangen, daß es sich endlich von seinem formalen und bürokratischen Arbeitsstil löst. Eine verstärkte Kontrolle über die Einhaltung der Stellenpläne und der Pläne für Verwaltungsausgaben der staatlichen Organe und der volkseigenen Betriebe, die wir personell und sachlich um weitere 20% zu senken haben, ist unter allen Umständen zu sichern. Wer die zulässigen Gehalts- und Lohnsätze oder die Arbeitskräftepläne überschreitet, muß in Zukunft alle dadurch entstehenden Kosten selbst tragen. In kürzester Frist werde ich dem Ministerrat eine Vorlage über das Sparsamkeitsregime als eine der wichtigsten Methoden der sozialistischen Wirtschaftsführung zur Beschlußfassung unterbreiten. Im Sozialismus besteht die große Aufgabe darin, gleichzeitig die Produktionsanlagen zu erweitern und die materielle und kulturelle Lage der werktätigen Massen zu verbessern. Die Erfüllung dieser doppelten Aufgabe ist nur auf einem Wege möglich: durch die ständige Hebung der Produktivität der Arbeit und durch die allergrößte Sparsamkeit auf allen Gebieten der Wirtschaft und Verwaltung. Wenn die Mehrung des sozialistischen Eigentums die Grundlage für den wachsenden Wohlstand der Massen ist, dann muß der sparsamste Umgang mit dem sozialistischen Eigentum und mit der Arbeit, die es hervorbringt, zum obersten Prinzip der Wirtschaftsführung erklärt werden. Die Einführung eines strengen Sparsamkeitsregimes ist daher nicht eine aus Notständen geborene zeitweilige Maßnahme, sondern das ständige,

kluge Prinzip der sozialistischen Wirtschaftsführung im Interesse des Volkes.

### Sparsamkeit — ein ständiges Prinzip der sozialistischen Wirtschaftsführung

Aus den mir vierteljährlich vorgelegten Berichten über die durchgeführten Finanzrevisionen ersehe ich, wie oft noch die Haushaltsdisziplin durchbrochen wird durch mangelnde Einhaltung der Gesetze und Verordnungen, durch Mißachtung der Zweckbindungen für die Verausgabung von Mitteln, durch Verstöße gegen die Sparsamkeit und insbesondere durch eine mangelnde Kontrolle. Was soll man dazu sagen, wenn im Kreise Perleberg aus Mitteln für die Bekämpfung von Geschwulstkrankheiten sowie für Schwangeren-, Säuglings- und Kinderfürsorge Anschaffungen gemacht werden von allein über 6000 DM für Biergläser, Weingläser, Likörgläser, Vasen, Tassen usw. zur Ausstattung eines Kulturraumes, dessen Einrichtung für das Jahr 1952 überhaupt nicht vorgesehen war.

Man kann es nicht zulassen, wenn zum Beispiel im Kreise Lobenstein im Laufe des Monats Dezember auffällig viele Mittelverlagerungen vorgenommen werden, nur um die nicht verbrauchten Mittel zweckentfremdet zu verausgaben. So wurde für einen Schulleiter, der Fotoliebhaber ist, ein Labor mit Apparaten für 500 DM geschaffen. Da werden Mittel für Volksbüchereien und Pionierräume ausgegeben, die überhaupt in den Orten noch nicht vorhanden sind.

Das Amt für Erfindungs- und Patentwesen druckte zur Popularisierung neuer Arbeitsmethoden auf technischem Gebiete Erfahrungsaustauschblätter. Wer wird etwas dagegen sagen? Es kann aber nicht angehen, daß Auflagen gedruckt werden, die überhaupt nicht abgesetzt werden können und in den Kellern dieses Amtes eingelagert werden. Dem Staatshaushalt entstand allein dadurch ein Schaden von 86 000 DM. Das ehemalige Ministerium für Volksbildung des Landes Sachsen-Anhalt und die Zentraleitung der Deutschen Volksbühne haben der Landesleitung der Deutschen Volksbühne Sachsen-Anhalt Zuschüsse gewährt, ohne irgendeine ausreichende Kontrolle durchzuführen. So blieb es völlig unbemerkt, daß diese Zuschüsse viel zu hoch waren und in keinem Verhältnis zur Aufgabe standen. Das überflüssige Geld wurde von der Landesleitung entweder verwirtschaftet oder auf die hohe Kante gelegt. Die festgestellte Geldreserve betrug an dieser einen Stelle allein 300 000 DM.

Es ist völlig klar, daß ein solcher Arbeitsstil und ein solches Verhalten unter gar keinen Umständen mehr geduldet werden kann. Auf der Tagung für verantwortliche Staatsfunktionäre habe ich vor einigen Wochen gesagt:

*„Jeder in den Organen des Staates oder in der sozialistischen Wirtschaft tätige Funktionär trägt im Rahmen der ihm obliegenden Pflichten die volle persönliche Verantwortung für sein Tun und für sein Unterlassen.“*

### Feinde unseres Aufbaues unschädlich machen!

In Erfurt haben leitende „Beamte“ der früheren HO-Landesleitung Thüringen bedeutende Schäden in Höhe von 4,5 Millionen DM für unser Volksvermögen durch ihr schädliches Verhalten hervorgerufen. Die Staatsanwaltschaft hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und bei der Bedeutung dieses Prozesses für den Aufbau des Sozialismus die Angeklagten mit entsprechenden Strafen belegt. Der Staatsanwalt hat in seinen Darlegungen in der Gerichtsverhandlung mit Fug und Recht gesagt:

*„Die Angeklagten dienten durch ihre verbrecherische Handlungsweise dem Klassenfeind, den Feinden der*

*Republik und aller Werktätigen. Wer in den staatlichen Handelsorganen Verluste an lebenswichtigen Erzeugnissen herbeiführt, ist ein Feind unseres Aufbaues. Alle diejenigen Angestellten, die ihre Arbeit nicht mit der notwendigen Verantwortung verrichten, müssen aus diesem Verfahren die Lehre ziehen.“*

Ich benutze diese Gelegenheit, um zu betonen, daß diese Lehre von uns allen gezogen werden muß.

Der Ministerrat hat beschlossen, die Regierung, die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden für die Durchführung des Staatshaushaltsplanes in strenger Disziplin und unter Beachtung des Sparsamkeitsprinzips verantwortlich zu machen. Sie haben insbesondere zu sorgen

1. für den rechtzeitigen und vollen Eingang der Einnahmen und für die Finanzierung aller Maßnahmen, die im Haushaltsplan vorgesehen sind;
2. für die rechtzeitige Überweisung der Umlaufmittelüberschüsse, der Steuern und Gewinnabführung der ihnen unterstellten volkseigenen Wirtschaft in der festgesetzten Höhe an die zuständigen Finanzorgane;
3. für die sparsame und ordnungsgemäße Verwendung der Haushaltsmittel und für die Durchführung von Maßnahmen zur Minderung der Verwaltungskosten.

#### **Abgabenverwaltung vernachlässigt Steuereinzahlung**

Wenn der Haushaltsplan auf der Einnahmeseite nicht erfüllt wird, so können auf der anderen Seite auch nicht die Mittel zur Verausgabung bereitgestellt werden, die für den Aufbau des Sozialismus erforderlich sind. Die Steuerrückstände in unserer Wirtschaft sind erheblich. Die Schuldner sind vor allen Dingen private Unternehmer. Sie bezahlen ihre Steuern nicht und betrachten ihre Steuerrückstände anscheinend als für sie bestimmte Kredite. Erhebliche Steuerrückstände bestehen auch bei den Hausbesitzern. Ich will Sie, Herr Finanzminister, ausdrücklich darauf hinweisen, daß eine Reihe verantwortlicher Leiter der Abgabenverwaltung die Einziehung dieser Steuerrückstände bewußt vernachlässigt. Sie schonen die Hausbesitzer, „weil sie zum größten Teil doch nur von ihrer Rente leben müßten und man deshalb nicht so hart zugreifen könne“.

Ähnlich ist es bei den großen Steuerrückständen der Großbauern. Hier erklären manche Amtsleiter Ihrer Abgabenverwaltung, „daß man diese Großbauernwirtschaften doch nicht so ohne weiteres lahmlegen könne“. Das bedeutet also, daß der staatliche Abgabenapparat in manchen Gegenden unserer Republik in eine Versorgungsanstalt für Hausbesitzer und in ein Kreditinstitut für Großbauern verwandelt wurde. Der staatliche Abgabenapparat ist noch immer tief im kapitalistischen Denken befangen. Alle Tendenzen dieser Art sind auf das genaueste zu beachten und rücksichtslos auszumerzen. Private Unternehmer, die glauben, auf eine solche staatliche Wohlfahrt reisen zu können, müssen sich darüber klar sein, daß sie mit ihrer eigenen Existenz spielen, denn der Staat kann es nicht zulassen, daß sie auf Kosten unserer fleißigen Arbeiter und Bauern sich Vorteile verschaffen.

Der Ministerrat hat darum beschlossen, den Minister der Finanzen zu verpflichten, alle Maßnahmen zu treffen, um die laufenden Steuern restlos einzuziehen und die Steuerrückstände mit allen Mitteln im Laufe des Haushaltsjahres um 400 Millionen DM zu senken. Dazu muß die Methode der Abgabenverwaltung aber grundlegend geändert werden.

Bis 1950 lagen die Akten über Rückstände bei jedem Steuervorgang griffbereit. Dann wurde eine „Reform“ durch Schaffung einer Zentralkartei mit dem Erfolg

#### **Länderkammer billigt Staatshaushaltsplan 1953**

##### **Sparprogramm für jeden Bezirk**

Die Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik hat am Donnerstag nach eingehender Beratung den von der Volkskammer beschlossenen Staatshaushaltsplan 1953 einstimmig gebilligt. Der Gesetzentwurf wurde von Staatssekretär Georgino vom Ministerium der Finanzen begründet. Er betonte, daß mit diesem Gesetz ein neuer Abschnitt in der Arbeit der Bezirke eingeleitet wird. Weiter wies er darauf hin, daß den örtlichen Organen der Staatsgewalt in den Bezirken bei der Aufstellung der Haushaltspläne für die Kreise und Gemeinden erhöhte Verantwortung auferlegt wird. Im Gegensatz zum Vorjahr seien diese Pläne nicht im Gesetz enthalten.

Kritisch stellte Staatssekretär Georgino fest, daß alle von den Bezirken eingereichten Haushaltspläne nicht auf dem Prinzip eines strengen Sparsamkeitsregimes basieren. Jeder Bezirk, jeder Kreis und jede Gemeinde müsse ein Sparprogramm aufstellen, wie es die Regierung der Republik bereits getan hat. Eine der Hauptaufgaben sei die Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, wie schon aus der Bereitstellung von 60 Mill. DM zu diesem Zweck hervorgeht. Staatssekretär Georgino hob die im Gesetz enthaltene Forderung hervor, die Mittel für den Arbeitsschutz, für die Gesundheitsfürsorge und für alle sozialen und kulturellen Aufgaben auszuschöpfen und auf keinen Fall zweckentfremdend zu verwenden. Auch durch das Nationale Aufbauwerk, aus dem den Ständigen Kommissionen im dritten Jahr des Fünfjahresplanes große Aufgaben erwachsen, dürfe keine zusätzliche Belastung des Haushaltsplanes entstehen. Die Sprecher aller Fraktionen hatten in ihren Zustimmungserklärungen noch wertvolle Vorschläge für die Verbesserung der Arbeit gemacht.

einer völligen Desorganisation durchgeführt. Die Sucharbeiten der Angestellten nach Akten erforderten nun mindestens 30 % der Arbeitszeit. Diese „Reform“ ist inzwischen wieder rückgängig gemacht worden, aber dieses behördliche Gesellschaftsspiel „Rein in die Kartoffeln — raus aus den Kartoffeln“ zeigt uns, daß das Regime der Sparsamkeit als Methode der sozialistischen Wirtschaftsführung von allen Wirtschaftsleitern und Staatsfunktionären exakt und korrekt erfaßt und zu einem unabdingbaren Begriff gemacht werden muß.

#### **Wertgesetz studieren und Wettbewerb organisieren**

Ich wende mich an alle Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, an alle Aktivisten und Brigadiere, sich mit dem Studium der Wirkungsweise des Wertgesetzes in unserer Wirtschaft zu befassen und sich durch das Studium der ökonomischen Gesetze der sozialistischen Wirtschaft zu qualifizieren. Mit Hilfe des Wertgesetzes messen wir die Einnahmen und Ausgaben der Betriebe, die Selbstkosten, den Gewinn, die einzelnen Elemente des Produktionsprozesses, wie Materialverbrauchsnormen und technische Arbeitsnormen, wir messen damit das Volkseinkommen und die Einnahmen und Ausgaben des

Staatshaushaltes. Die genaue Kenntnis des Wertgesetzes ist also notwendig, um ein tiefwirksames Sparsamkeitsregime durchzuführen, die Rentabilität der Betriebe zu steigern und die sozialistische Akkumulation zu beschleunigen. Die Gelder des Staatshaushaltes dienen der **Mehrung des gesellschaftlichen Eigentums** und damit der Hebung unseres materiellen und kulturellen Lebensniveaus. Sie sind Volksvermögen. Wer Volksvermögen dem Haushalt vorenthält, verlangsamt das Tempo des Aufbaues. Ein solches Verhalten ist nicht zu entschuldigen und kann vom Staat nicht hingenommen werden. Es ist gleichzusetzen mit einer Verletzung des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums.

Es gilt darum, einen entschlossenen Kampf gegen solche Elemente zu führen, die gesellschaftliches Eigentum vergeuden und mit staatlichen Mitteln nachlässig umgehen. An diesem Kampf muß sich die gesamte Bevölkerung in der erweiterten Selbstverwaltung unseres demokratischen Aufbaues beteiligen; denn es geht um ihr Geld, um den Ertrag ihrer Arbeit. Der Volkswirtschaftsplan 1953 sieht eine Steigerung der gesamten Industrieproduktion auf 112,8% vor. Dazu muß auch die Anwendung neuer Arbeitsmethoden und die Verbesserung der Arbeitsorganisation mehr als bisher im Mittelpunkt der betrieblichen Arbeit stehen. Wir müssen auch erkennen, daß die erfolgreiche Lösung solcher Aufgaben, wie die Erweiterung der Metallurgie, die Erhöhung der Kohlenproduktion, die Schaffung neuer Energiekapazitäten und die erfolgreiche Arbeit der Landwirtschaft-

lichen Produktionsgenossenschaften nur dann gewährleistet ist, wenn es uns gelingt, den sozialistischen Wettbewerb als Methode des sozialistischen Aufbaues auf einer breiten Basis zu entfalten. Wir dürfen uns nicht mehr mit Sonderleistungen einzelner Aktivisten und Neuerer der Arbeit zufriedengeben, sondern müssen um die Verwirklichung des Hauptprinzips des sozialistischen Wettbewerbs, die kameradschaftliche Unterstützung der Zurückgebliebenen durch die Fortgeschrittenen, zur Erreichung eines allgemeinen Aufschwunges kämpfen. Der sozialistische Wettbewerb muß sich durch seine Vielfalt, Konkretheit der Aufgaben, wissenschaftliche Zielsetzung und leidenschaftliche Anteilnahme der Arbeiter auszeichnen. Die Annahme, daß der sozialistische Wettbewerb vom grünen Tisch aus organisiert und durchgeführt werden kann, ist völlig falsch. Einen sozialistischen Wettbewerb ohne Werktätige gibt es nicht und kann es nicht geben; Wettbewerbsbedingungen müssen in kämpferischer Diskussion in den Betrieben erarbeitet und von den Werktätigen erfüllt werden. Hier gilt es vor allem, aus der Vielfalt und aus dem Reichtum der Formen des sozialistischen Wettbewerbs der Sowjetunion zu lernen und rechtzeitig alle auftretenden Fehler und Mängel zu erkennen. Die großen Erfolge der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, der Arbeiter, der werktätigen Bauern und der Intelligenz in den ersten Jahren des Fünfjahrplans haben die Voraussetzungen gegeben, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus beginnen konnten.

## Der Kampf um die Sparsamkeit steht 1953 an erster Stelle

*Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister der Finanzen, Dr. Hans Lock, führte in der Begründung zum Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1953 aus:*

Die Erfolge unserer Werktätigen in den ersten beiden Jahren des Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft waren die Voraussetzungen für den historischen Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen. Diesen Aufbau müssen wir aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln durchführen. Eine wichtige Quelle der Akkumulation für den Staatshaushalt und der zweckmäßigen Verwendung dieser Mittel ist die Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes. Darum muß der Kampf um die Sparsamkeit im Jahre 1953 an erster Stelle stehen.

Der Staatshaushalt im Jahre 1953 hat die durch den Volkswirtschaftsplan gestellten großen Aufgaben zu finanzieren. In erster Linie sind es die Investitionen für die Stärkung und Erweiterung unserer sozialistischen Wirtschaft. Dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen für die ständige Hebung des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung unserer Republik. Der Staatshaushalt hat weiter die finanziellen Mittel für die Sicherung unseres sozialistischen Aufbaus und die Erhaltung des Friedens gegenüber den Kriegsabsichten der anglo-amerikanischen und deutschen Imperialisten bereitzustellen. Durch größte Sparsamkeit und Ausschöpfung aller inneren Reserven ist es möglich, die zusätzlichen neuen Aufgaben zu finanzieren und zugleich, wie im Fünfjahrplan vorgesehen, den Lebensstandard der Bevölkerung weiter zu verbessern.

Das Gesetz über den Staatshaushalt 1953 sieht Einnahmen in Höhe von 34 688,5 Mill. DM und Ausgaben in

Höhe von 34 688,5 Mill. DM vor. Gegenüber dem Vorjahr steigt das Haushaltsvolumen um 16,4%. Diese Steigerung ist Ausdruck der Erhöhung des Volkseinkommens. Sie beruht zu einem erheblichen Teil auf den wachsenden Erträgen der volkseigenen Wirtschaft. Die Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft betragen 24,4% an den Gesamteinnahmen. Sie liegen um 25% höher als die tatsächlichen Einnahmen im Vorjahre. Wenn man die übrigen Teile des sozialistischen Sektors unserer Wirtschaft, zum Beispiel die Genossenschaften, hinzurechnet, ergibt sich ein Anteil von 28,2% an den Gesamteinnahmen. Diese Tatsache verdanken wir den Leistungen unserer Werktätigen in den volkseigenen Betrieben.

Der Anteil der Steuern an den Gesamteinnahmen fällt, und zwar von 52% im Jahre 1952 auf 50,6% im Jahre 1953. Hierin sind die Steuern aus der volkseigenen Wirtschaft nicht enthalten.

Diese Entwicklung beweist, daß die Erträge der sozialistischen Wirtschaft in immer größerem Maße zur Finanzierung des Staatshaushaltes beitragen. Durch die Tatsache, daß der Anteil der Steuern an den Gesamteinnahmen sinkt, sinkt auch der Anteil der Steuern aus der Bevölkerung an den Gesamteinnahmen. Hier zeigt sich die entgegengesetzte Entwicklung in Westdeutschland und den anderen kapitalistischen Staaten, wo die Steuern rund 90% der Einnahmen des Haushalts ausmachen. Insbesondere ist zu verzeichnen, daß die Lohnsteuer in unserer Republik, die im Jahre 1952 4% der Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes ausmachte, auf 3,7% im Jahre 1953 zurückgeht.

### Die Verantwortlichkeit der örtlichen Staatsorgane festigen!

Das Gesetz über den Staatshaushalt sieht — wie bereits ausgeführt — Ausgaben in Höhe von 34 688,5 Mill. DM vor, das sind 2951,9 Mill. mehr als im Jahre 1952. Zu beachten ist aber dabei, daß im Jahre 1952 im Ausgabevolumen die Zuschüsse an die ehemaligen Länder und Kreise zum Ausgleich ihrer Haushalte enthalten waren. Im Jahre 1953 sind die bisherigen Steueranteile, die den Bezirken und Kreisen im Jahre 1952 als Zuschüsse zum Ausgleich ihrer Haushalte gegeben wurden, eigene Einnahmen der Bezirke und Kreise, so daß Zuschüsse aus dem Republikhaushalt nur noch in Ausnahmefällen, wie sie das vorliegende Gesetz vorsieht, notwendig sind. Auch diese Maßnahme trägt dazu bei, die Verantwortlichkeit der örtlichen Staatsorgane zu festigen, sie ist Ausdruck der weiteren Demokratisierung der Verwaltung.

Die Ausgaben erhöhen sich im wesentlichen durch die Investitionen, die nach dem Volkswirtschaftsplan 1953 eine Steigerung um 25 % erfahren. Die Ausgaben für die Stärkung und Erweiterung der volkseigenen Wirtschaft steigen gegenüber dem Vorjahr um 12,4 %, die Ausgaben für Volksbildung, Wissenschaft und Kultur um 21,6 % und die Ausgaben für die Landwirtschaft um 13,4 %. (Da der größte Teil dieser Ausgaben auf den freien Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse entfällt, steigen die Einnahmen der bäuerlichen Bevölkerung aus solchen Verkäufen um 25 %.) Die Ausgaben auf dem Gebiet des Sozial- und Gesundheitswesens steigen um 650 Mill. DM.

Im Jahre 1953 übersteigen die Gesamteinnahmen die Gesamtausgaben um 10 Mill. DM. Der planmäßige Überschuß des Jahres 1952 beträgt 775 Mill. DM (einschließlich Berlin). Tatsächlich wurde ein Überschuß von 910 Mill. erreicht, so daß sich am Ende des Jahres 1953 ein Gesamtüberschuß von 920 Mill. DM ergibt.

Wir können also feststellen, daß der Staatshaushalt 1953 ausgeglichen ist und daß darüber hinaus ein weiteres Anwachsen des Überschusses zu verzeichnen ist. Dieser Überschuß wird erreicht, obwohl die Politik der planmäßigen Abdeckung der Verbindlichkeiten, die vorwiegend ein Erbe aus der Zeit vor 1945 darstellen, fortgesetzt wird. Im vorliegenden Staatshaushalt sind die notwendigen Mittel für die Prämienausschüttung für das Nationale Aufbauprogramm Berlin 1952 sowie für die Tilgung der Wiederaufbauanleihen, die von den Ländern im Jahre 1946 aufgenommen wurden, vorgesehen. Wir finanzieren unseren Haushalt aus eigener Kraft und weisen außerdem in jedem Jahr noch anwachsende Überschüsse aus.

### Die Stabilität unserer Währung ist gewährleistet

Die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank hat ihre Stabilität bewiesen. Dies ist ein Erfolg unserer Finanzpolitik, die davon ausgeht, daß kein Pfennig ausgegeben werden darf, der nicht vorher erarbeitet worden ist.

Die Stabilität unserer Währung wird gewährleistet durch das ständig wachsende Warenangebot bei regulierten, sinkenden Preisen. Jeder kann die benötigten Waren kaufen und stellt von Mal zu Mal fest, daß sich die Qualitäten ständig verbessern. Das ist der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik, die der anarchischen Produktion des Kapitalismus tausendfach überlegen ist.

Die Stabilität unserer Währung ist selbst Herrn Reuter schon aufgefallen. Er stellte kürzlich in einer Rede fest, daß der Geldumlauf in der Deutschen Demokratischen Republik trotz der offensichtlichen Steigerung des Warenangebotes und trotz der steigenden Zahl der Beschäftigten und trotz der ständig steigenden Löhne erstaunlicherweise stabil geblieben ist. Wir können Herrn

## Hier wurde nicht sparsam gewirtschaftet!

Der Rat der Stadt Halle hat bisher den Grundsatz strenger Sparsamkeit bei der Verwendung von Haushaltsmitteln nicht auf allen Gebieten konsequent durchgesetzt. Die Leiterin des Kindervollheimes „Clara Zetkin“, Kollegin Kranich, hat 3 Bettcouches im Werte von 1650 DM für das im Heim wohnende Personal beschafft und die bisher benutzten noch brauchbaren Betten auf dem Boden untergestellt. Sie hat 1770,85 DM für Schränke und Kästen im Monat Dezember 1952 ausgegeben, obwohl diese Schränke bis Ende Januar 1953 noch nicht geliefert waren. Hierbei wurde ein Geschirrschrank angeschafft, weil die vorhandenen Schränke „unmodern“ seien. Von dem kürzlich gekauften Spielzeug werden Spielsachen im Werte von rund 1000 DM im Materialschrank aufbewahrt und nicht benutzt, da sie nicht nötig sind. Für 4433 DM Kleidungsstücke sind im Monat Dezember beschafft worden, so daß jetzt für jedes Kind 4 Paar Lederschuhe, 8 Paar lange Strümpfe, 8 Paar Kniestrümpfe, 12 Paar Socken, 7 Nachthemden sowie 5 Pullover und Strickjacken zur Verfügung stehen. Außerdem wurden noch 340 m Stoff im Werte von 2276 DM beschafft. Die Leiterin des Kindervollheimes Dieselstraße, Kollegin Müller, kaufte zur Aufbewahrung von Akten und Schreibmaterialien einen zweiteiligen Anbauschrank, Eiche furniert, für 294 DM obwohl ein Schränkchen für 50 DM genügt hätte. Der Sachbearbeiter Friedrich veranlaßte für die Kindertagesstätten Wörlitz und Leuchtturm die Anschaffung von 42 Kinderstühlen im Werte von 562 DM, obwohl in der Pestalozzi-Schule genügend Kinderstühle lagern.

Was hat der Rat der Stadt Halle bisher getan, um die sparsame Verwendung der Haushaltsmittel sicherzustellen und die verantwortlichen Kollegen zur Rechenschaft zu ziehen?

Reuter versichern, daß unsere Mark der Deutschen Notenbank nicht nur stabil bleiben wird, sondern daß ihre Kaufkraft ständig weiter wachsen wird zum Wohle des werktätigen Menschen.

Der Bargeldumlauf ist seit der Währungsreform praktisch unverändert geblieben. Er betrug Ende 1948 3382 Mill. DM, Ende 1952 3353 Mill. DM. Mit dieser Bargeldmenge wurde ein Warenumsatz bewältigt, der sich von 1949 bis Ende 1952 fast verdoppelt hat.

### Steigende Inflationsgefahr in Westdeutschland

Diese Zahlen sind erst in ihrer vollen Bedeutung zu verstehen, wenn man sich daran erinnert, daß in der gleichen Zeit die Preise unserer HO elfmal gesenkt wurden. Der Werktätige der Deutschen Demokratischen Republik kann sich heute für seinen gesteigerten Lohn nicht nur mehr Waren, sondern vor allem auch bessere Waren kaufen. Anders ist die Situation in Westdeutschland. Der Warenumsatz hat sich nicht verdoppelt wie bei uns, sondern ist von Juli 1949 bis Mitte 1952 nur um ein Drittel gestiegen. Dieser geringen Entwicklung des Handels steht eine fast vollständige Verdoppelung des Bargeldumlaufes gegenüber. Es befanden sich Ende 1948 6641 Mill. DM im Umlauf, im Dezember 1952 dagegen 11 270 Mill. Die Höhe des Geldumlaufes ist ein Zeichen für die sich entwickelnde Inflation, deren Ursachen in den im anglo-amerikanischen Auftrag durchgeführten Kriegsvorbereitungen liegen. Die Aufrüstung

verschlingt Rohstoffe und Arbeitskraft, die Herstellung von Gebrauchsgütern geht zurück, die Preise steigen, ganz besonders diejenigen für Waren des Massenbedarfs.

Der wachsende Wohlstand unserer Bevölkerung dokumentiert sich auch in den wachsenden Spareinlagen. Der Zuwachs an Spargeld betrug 1952 je Kopf der Bevölkerung rund 30 DM. Dabei muß aufgezeigt werden, daß die Masse der Sparer bei uns die Werktätigen sind. Frei von der Angst vor Arbeitslosigkeit können sie aus ihren Arbeitseinkommen nicht nur ihren Lebensbedarf gleichmäßig decken und ständig ihre kulturellen Bedürfnisse in steigendem Maße befriedigen, sondern sie haben auch Freude daran, laufend zu sparen, um sich immer wieder im gegebenen Augenblick etwas Besonderes leisten zu können. Für den westdeutschen Arbeiter gibt es keinen solchen Lichtblick. Steigende Preise, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit vermindern ständig sein Realeinkommen und lassen ihn weiter verelenden.

Es liegt mir ein Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ vom 21. Januar 1953 vor, in dem über die Entwicklung der Spareinlagen in Westdeutschland im Monat Dezember berichtet wird. Der Hauptposten sind steuerbegünstigte Spareinlagen. Das sind solche Einlagen von Unternehmern, denen der westdeutsche Staat ein besonderes Geschenk macht, indem auf die eingezahlten Spareinlagen keine Steuern vom Unternehmergeinn gezahlt zu werden brauchen. Dieses Steuergeschenk geht zu Lasten der Werktätigen und ist dazu bestimmt, die Mittel für die Akkumulation für Rüstungszwecke zu schaffen. Das hiernach verbleibende Sparaufkommen des Monats Dezember, das allein als echtes Sparaufkommen zu werten ist, ist niedriger als das in der gleichen Zeit bei uns Gesparte, obwohl die Bevölkerungszahl doppelt so groß ist wie in der Deutschen Demokratischen Republik.

#### **Sparverträge fördern nationales Aufbauprogramm**

Das Vertrauen unserer Werktätigen in unsere wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, in unsere Friedenspolitik und in unsere Sparkassen hat im Jahre 1952 noch seinen besonderen Ausdruck im Nationalen Aufbauparen gefunden. 1,5 Millionen werktätiger Menschen haben freudig gespart, um die Stalinallee in Berlin aufbauen zu helfen. Tausende Menschen gehen täglich durch diese herrliche Straße und sagen einander: „Das ist unsere Straße! Ich habe mit meinem Spargeld geholfen, diese schönen Häuser aufzubauen!“ Und wieder drängen in diesem Jahr unsere Werktätigen dazu, weiter für den Aufbau zu sparen. Hunderttausende haben in den letzten Wochen mit den Sparkassen Sparverträge abgeschlossen, durch die sie sich verpflichten, regelmäßig einen festen Betrag zu sparen, damit weitere Wohnstraßen aufgebaut werden können als Zeugen unseres friedlichen Strebens. Die Auslosung der Prämien für das Sparen in der Aufbau-lotterie 1952 hat in diesen Tagen weitere Massen von Werktätigen für das Aufbauparen gewonnen. Mit dem Abschluß eines Sparvertrages bezeugt der Sparer seinen Willen, am beschleunigten Aufbau der Grundlagen des Sozialismus mitzuhelfen. Er reiht sich ein in die Reihen derer, die bewußt handeln. Aus der individuellen Vorsorge für die Notfälle des Lebens ist ein bewußtes Sparen geworden.

Der ständig steigende Überschuss des Staatshaushalts und die planmäßige Abdeckung der Verbindlichkeiten stärken das Kreditvolumen, so daß unsere Kreditinstitute in der Lage sind, den durch die stürmische Entwicklung der Volkswirtschaft steigenden Kreditbedarf zu befriedigen.

#### **Bonner Haushalt finanziert Kriegsvorbereitungen**

Während die Deutsche Demokratische Republik ohne Schulden und aus eigener Kraft große Fortschritte im friedlichen Aufbau und in der Erfüllung des großen Fünfjahrplans erzielt, weist der Haushalt der volksfeindlichen Adenauer-Regierung ein von Jahr zu Jahr wachsendes Defizit auf. Der Bonner Finanzminister Schäffer legte heute vor einer Woche den Bonner Haushalt vor und mußte in seiner Etatsrede eingestehen, daß allein im Jahre 1953 der Bonner Haushalt ein Defizit von 1750 Millionen aufweist und daß an die Deckung des Defizits der Vorjahre überhaupt nicht gedacht werden kann. Zu diesem Defizit von 1750 Millionen kommt das Defizit der Haushalte der Länder, Kreise und Gemeinden. Trotz Fortfalls der Subventionen für die Grundnahrungsmittel und der damit verbundenen Verschlechterung der Lebenshaltung der Bevölkerung ist es den Bonner Politikern nicht möglich, ihren Haushalt auszugleichen. Die Ursachen hierfür liegen in den immer größer werdenden Ausgaben für die Kriegsvorbereitung dieser volksfeindlichen Politiker. Die Lasten muß die werktätige Bevölkerung tragen. So sind die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel laufend erhöht worden. Darüber hinaus sind die Mieten um 10 % gestiegen. Damit aber noch nicht genug! Jetzt hat man die Finanzierungspläne Hitlers hervorgeholt und vergreift sich, wie auch schon Hitler nach 1933, an dem Vermögen der Sozialversicherung, das heißt, die Werktätigen müssen weitere neue Lasten für die Kriegsvorbereitung tragen, indem die Sozialversicherungsbeiträge zur Deckung des Defizits des Bonner Haushalts herangezogen werden sollen.

Während die Hauptaufgabe unseres Staatshaushalts in der Finanzierung des friedlichen Aufbaus liegt, weist der westdeutsche Haushalt eine völlig andere Struktur auf. Drei Fünftel der Gesamtausgaben sind für die Kriegsvorbereitungen bestimmt, weitere 600 Millionen allein für diesen Zweck in Westberlin. Der „Telegraf“ verkündete am Donnerstag, dem 29. Januar 1953: „Jede zweite Mark für Wehrausgaben!“ Das müßte doch allen Deutschen ernstlich zu denken geben! So begann auch Hitler, der am 1. September 1939 erklärte: „Sechs Jahre habe ich gerüstet, in dieser Zeit sind über 90 Milliarden dafür verwendet worden.“ Das Endergebnis einer solchen Politik ist doch nur zu bekannt. Von diesem Rüstungstau sind alle Länder befallen, die sich in das Schlepptau der amerikanischen Kriegstreiber haben nehmen lassen. So betragen zum Beispiel in Frankreich die Ausgaben für die Rüstung mehr als 40 % der Gesamtausgaben des Haushalts.

Wie ich bereits ausführte, betragen die Einnahmen aus unserer volkseigenen Wirtschaft 24,4 % der Gesamteinnahmen. Die Ausgaben für die Stärkung und Erweiterung der volkseigenen Wirtschaft steigen gegenüber dem Vorjahr um 12,4 %. Die Fachminister und Leiter der Betriebe sind dafür verantwortlich, daß die im Volkswirtschaftsplan festgelegten Aufgaben mit den dafür festgesetzten Mitteln durchgeführt, insbesondere die Lohn- und Materialfonds für die Durchführung ihrer Produktion und Investitionen nicht überschritten werden. Sie sind dafür verantwortlich, daß die in den Plänen festgelegten Abführungen an den Staatshaushalt pünktlich und in voller Höhe geleistet werden. Sie haben die notwendigen Revisionen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen und haben Maßnahmen zu treffen, die die Einhaltung der Finanzpläne garantieren. Das sind große Aufgaben.

#### **Ständigen energischen Kampf um die Erfüllung der Finanzpläne führen**

Es ist die Aufgabe aller Wirtschaftsfunktionäre und aller Werktätigen, einen ständigen energischen Kampf

um die Erfüllung und Übererfüllung der Finanzpläne zu führen, um die Einnahmen des Staatshaushalts zu sichern. Es ist dabei zu bemerken, daß entsprechend den Vorschlägen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die Änderung der Finanzierung in den volkseigenen Betrieben die notwendigen Maßnahmen vorbereitet werden und die Änderung der Finanzierung Mitte dieses Jahres erfolgt. Das bedeutet, daß dann die Betriebe die für sie im Plan vorgesehenen Umlaufmittelzuführungen und Investitionen in erster Linie aus ihrem Gewinn zu finanzieren haben.

Es kommt darauf an, die vorhandenen Kapazitäten in unseren volkseigenen Betrieben voll auszunutzen, die alten, kapitalistischen Maschinenleistungsnormen zu brechen, technisch begründete Arbeitsnormen in allen Produktionszweigen zu schaffen und den sozialistischen Wettbewerb zur Erfüllung der Pläne, zur Beschleunigung der Umlaufmittel und zur überplanmäßigen Senkung der Selbstkosten und des Materialverbrauchs voll zu entfalten. Es geht nicht an, daß die uns am Ende des vergangenen Jahres aus der Sowjetunion gelieferten modernen technischen Einrichtungen für den Steinkohlenbergbau nur zu etwa 50 bis 60 % ausgenutzt werden, wie dies aus einer Mitteilung des Herrn Staatssekretär Fritsch vor dem Ausschuß für Haushalt und Finanzen der Volkskammer hervorging. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität darf nicht länger dadurch gehemmt werden, daß es im Steinkohlenbergbau nur etwa 15 % technisch begründete Arbeitsnormen gibt. In der Yachtwerft Köpenick und im Lokomotivwerk Babelsberg gibt es überhaupt noch keine Materialverbrauchsnormen. In den meisten Betrieben bestehen Materialverbrauchsnormen nur für die wichtigsten Einsatzstoffe. Ähnlich verhält es sich mit den Maschinenleistungs- und Energieverbrauchsnormen.

#### **Finanzdisziplin muß wesentlich verbessert werden**

Die Finanzdisziplin muß wesentlich verbessert werden. Dazu wird der Beschluß des Ministerrates über die Finanzrevision in den staatlichen Verwaltungen und volkseigenen Betrieben vom 6. November 1952 wesentlich beitragen.

Ich weiß, daß die vom Herrn Ministerpräsidenten geübte Kritik an der Finanzkontrolle berechtigt ist. Sie können versichert sein, daß wir die Finanzkontrolle ganz wesentlich verschärfen werden, insbesondere beim Einzug der Steuern in der privaten Wirtschaft.

Im Jahre 1952 wurde in fast allen Wirtschaftszweigen der Arbeitskräfteplan und der Lohnfonds überschritten. In den Betrieben der VVB Spinnweben, der VVB Wolltuch, der VVB Papier und Pappe und VVB Papierverwertung, der VVB Druck des Ministeriums für Leichtindustrie wurden die Lohnfonds des Jahres 1952 planwidrig überschritten, und zwar teilweise durch die Beschäftigung von Arbeitskräften über den Arbeitskräfteplan hinaus und teilweise durch die Zahlung von ungesetzlichen Löhnen.

Diese ungesetzliche Erscheinung trifft besonders für den Verwaltungsapparat der Betriebe zu. In unseren volkseigenen Betrieben wird der Kampf um die Planerfüllung und Sparsamkeit noch nicht energisch genug geführt. Große Reserven liegen in den Ausgaben für die Verwaltung der volkseigenen Betriebe. Im Staatshaushalt ist vorgesehen, durch die Reduzierung des Verwaltungspersonals in den volkseigenen Betrieben im Jahre 1953 217 Millionen DM einzusparen. Das ist eine große Aufgabe und bedarf der sofortigen Anspannung aller Kräfte. Administrative Maßnahmen genügen nicht, wenn sich nicht die Erkenntnis über die Notwendigkeit und Richtigkeit dieser Maßnahmen bei allen verantwortlichen Mitarbeitern in den Wirtschaftsministerien und volks-

## **Rat des Bezirkes Potsdam ahndet Verstöße gegen Finanzdisziplin**

Wegen grober Verstöße gegen die Finanzdisziplin belegte der Rat des Bezirkes Potsdam in seiner Sitzung am 5. Februar 1952 zwei leitende Angestellte der Verwaltung mit Ordnungsstrafen. Der Leiter der Finanzabteilung des Rates des Bezirkes, Westphal, forderte, das Prinzip der Sparsamkeit zu einer Methode der sozialistischen Wirtschaftsführung in Verwaltung und Wirtschaft zu machen. Deshalb mußten Vergehen gegen die Finanzdisziplin, wie die des ehemaligen Leiters der Landesverwaltung Brandenburg für Kunstangelegenheiten, Otto Müller, und des früheren Leiters des Landesorganisationsbüros für die Landesauscheidung der Festspiele der Deutschen Volkskunst, Wysocki, die 30 000 DM aus öffentlichen Mitteln vergeudet haben, unnachsichtlich geahndet werden. Für die Verschwendung der von den Werktätigen geschaffenen Werte erhielten Müller und Wysocki Geldstrafen von 1000 und 500 DM.

Die beiden Verwaltungsfunktionäre überschritten die ihnen für die Durchführung des Landesauscheidens zur Verfügung stehenden 180 000 DM um rund 19 000 DM. Weitere 11 000 DM hätten bei einer gründlicheren Vorbereitung und besseren Buchführung und Kontrolle eingespart werden können. Allein für die aus etwa 150 Personen bestehende Jury wurden an vier Tagen über 10 200 DM ausgegeben. Dabei kostete ein Mittagessen 8 bis 10,85 DM. Die Aufwendungen für einen Empfang betragen rund 5700 DM, wobei je Person 38 DM ausgegeben wurden. 2990 DM wurden nur für Wein, Zigaretten und Erdbeeren bezahlt. An private Gaststätten gab das Organisationsbüro 45 000 DM für Essen, ohne zu kontrollieren, ob die entsprechende Gegenleistung erfolgte.

eigenen Betrieben durchsetzt. Ich weise darauf hin, daß diese 217 Millionen DM eine zusätzliche Selbstkostensenkung darstellen. Das ist aber durchaus möglich, wenn wir bedenken, daß ein Prozent überplanmäßige Selbstkostensenkung einen Betrag von 220 Millionen DM ausmacht.

#### **Durch Reorganisation der Arbeitsweise**

zu weiteren Einsparungen im Verwaltungsapparat Diese Einsparung im Verwaltungsapparat der Betriebe läßt sich aber nicht durchführen, wenn nicht vorher eine Reorganisation der Arbeitsweise durchgeführt wird. So berichten zum Beispiel die Leiter der ehemaligen SAG-Betriebe, daß sie nunmehr, da sie den Bestimmungen der volkseigenen Betriebe unterworfen sind, zusätzlich Angestellte einstellen müssen, um allen Anforderungen an Statistiken und Meldungen zu genügen. Die Ministerien sollten doch ernsthaft prüfen, ob all die von ihnen verlangten Meldungen und Statistiken in diesem Umfange notwendig sind.

Wie ich bereits erwähnte, betragen die Steuern ohne die Steuereinnahmen aus der sozialistischen Wirtschaft 50,6 % an den Gesamteinnahmen des Staatshaushalts. Obwohl unsere volkseigenen Betriebe einen wesentlichen Anteil an den Gesamteinnahmen des Staatshaushalts tragen, darf es jedoch nicht dazu kommen, daß den anderen Einnahmequellen untergeordnete Bedeutung beigemessen wird. Die Abgabenverwaltung muß einen energischen Kampf um den rechtzeitigen und vollen Eingang der Steuern führen. Sie wird dazu in immer breiterem Maße die Bevölkerung zur Mithilfe

heranziehen. Dort, wo dies geschehen ist, konnten gute Erfolge erzielt werden. Anlässlich der Beratung des Staatshaushaltes 1952 in der Volkskammer war die Abgabenverwaltung des Ministeriums der Finanzen einer sehr ernsten Kritik unterzogen worden. Wir haben versucht, aus dieser Kritik die Lehren zu ziehen. Wir waren bemüht, die Steuerrückstände zu senken. Die Steuerrückstände stiegen bis Mitte des Jahres 1952 weiter an; diese Entwicklung konnte jedoch aufgehalten und die Steuerrückstände gesenkt werden. Die Tatsache aber, daß die Steuerrückstände aus der privaten Wirtschaft immer noch sehr hoch sind, zeigt, daß die Maßnahmen, die im II. Halbjahr 1952 zum Anlaufen kamen, ungenügend waren. Das ist darauf zurückzuführen, daß es innerhalb der Abgabenverwaltung ideologische Unklarheiten und ernsthafte Widerstände gegen beschlossene Maßnahmen gibt. Es wird ernsthafter Anstrengungen der Leitung des Ministeriums und aller willigen Mitarbeiter bedürfen, mit Hilfe der Kritik ein besseres Ergebnis in der Arbeit zu erreichen.

#### Steuerrückstände der privaten Industrie beseitigen

Der vorliegende Plan sieht eine entscheidende Verminderung der Steuerrückstände der privaten Wirtschaft vor. Dazu ist aber notwendig, daß die Mitarbeiter der Abgabenverwaltung davon überzeugt sind, daß die in der Produktion und im Warenumsatz realisierten Steuern der privaten Unternehmer Volkseigentum sind und unverzüglich dem Staatshaushalt zugeführt werden müssen, da eine Stundung und nachlässige Behandlung des Einzuges der Steuern eine Schädigung des Volkseigentums und der demokratischen Ordnung darstellen. Ich darf versichern, daß wir uns unnachlässig von allen Mitarbeitern trennen werden, die nicht bereit sind, die notwendige Lehre aus der geübten Kritik und der bisherigen Arbeitsweise zu ziehen. Soweit sie die verbrecherische Haltung einzelner Steuerpflichtiger decken, werden wir sie unnachlässig zur Verantwortung ziehen.

Notwendig ist es auch, steuerliche Vergünstigungen, die in vielen Fällen ein Privileg für die Unternehmer darstellen, zu beseitigen. Wir werden auch ernsthaft prüfen, ob die steuerlichen Gesetze richtig angewandt und dafür sorgen, daß Lücken in den Gesetzen geschlossen werden. Es gibt z. B. Lücken im Gesetz über die Besteuerung des Handwerks, indem Betriebe, die ihrem Charakter nach keine Handwerksbetriebe sind, die Vergünstigung des Gesetzes über die Besteuerung des Handwerks erhalten. Dafür ein Beispiel: Ein solcher Handwerker zahlte nach dem Handwerkssteuergesetz drei Prozent Steuern von seinem erzielten Gewinn in Höhe von 40 000 DM im Jahr, während von einem Lohnempfänger, wenn er einen derart hohen Verdienst hätte, mindestens 20 Prozent Lohnsteuer einbehalten worden wären. Wir begrüßen daher die vom Ausschuß für Haushalt und Finanzen der Volkskammer aufgenommenen Anregungen der Handwerker, eine Neuabgrenzung der Handwerksbetriebe vorzunehmen, die unter die Steuer des Handwerks fallen.

Noch ein Wort zum System der steuerfreien Pauschbeträge für erhöhte Werbungskosten. Dieses System entspricht nicht mehr dem Stand unserer gesellschaftlichen Ordnung. Durch dieses System wurden einem bestimmten Personenkreis, ohne Berücksichtigung des Leistungsprinzips, steuerliche Erleichterungen gewährt, wobei diese Erleichterungen gegenüber den Arbeitern in der Produktion vielfach ungerechtfertigte Steuervorteile nach sich ziehen.

Wir haben daher mit diesem System der steuerfreien Pauschbeträge bis auf einige Ausnahmen, für die eine zeitlich begrenzte Berechtigung zur Inanspruchnahme

besteht, gebrochen. Das schließt nicht aus, daß im Einzelfall erhöhte Werbungskosten geltend gemacht werden können, soweit sie nachgewiesen werden.

Nach wie vor ist es nicht gelungen, die Rückstände der Sozialversicherungsbeiträge voll zu beseitigen. Interessant ist aber, wie sich diese rückständigen Beiträge zusammensetzen. Von den rückständigen Sozialversicherungsbeiträgen entfällt ein großer Teil auf Nicht-Lohn- und -Gehaltsempfänger. Was bedeutet das? Die Sozialversicherung, die eine Versicherung der Arbeiter und Angestellten sein soll, wird von den Versicherten mißbraucht, denen seinerzeit das Recht zugestanden wurde, die Vorteile dieser Versicherung in Anspruch zu nehmen. Auf Grund dieser Tatsache wäre es wohl an der Zeit zu überprüfen, ob man nicht den Personenkreis, der dem Charakter nach nicht in die Sozialversicherung gehört, empfehlen soll, sich bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt zu versichern, nachdem dort die Möglichkeit der Versicherung geschaffen wurde.

#### Alle Einnahmequellen restlos ausschöpfen

Vielen Angestellten in der Verwaltung ist es scheinbar entgangen, daß es neben den Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft und neben den Steuern auch noch sonstige Einnahmen gibt, die dem Staatshaushalt zustehen. In der Planung werden solche Einnahmen großzügig vergessen, und — soweit sie geplant werden — wird der Einziehung keine Aufmerksamkeit gewidmet. Was soll man zum Beispiel dazu sagen, wenn — wie in Bernau — für ein Kreiskulturorchester Zuschüsse von 280 000 DM geplant werden und als Einnahme eine einzige Mark vorgesehen ist. Ich glaube, Sie sind mit mir der gleichen Meinung, daß es vorteilhafter wäre, die Zuschüsse für dieses Kreiskulturorchester zu streichen, dann würde es sich so qualifizieren, daß es für seine Darbietungen Eintrittsgeld nehmen könnte.

Im Kreis Erfurt war die Arbeit der Abteilung Mutter und Kind und Jugendhilfe und Heimerziehung mehr als mangelhaft. Man verzichtete großzügig auf die Heranziehung der Unterhaltsverpflichteten und damit auf nicht unwesentliche Einnahmen. Man hat sich nicht die Mühe gemacht, die Unterlagen wirklich gewissenhaft durchzusehen, so daß zur Zeit der Prüfung noch über 1000 Akten nicht bearbeitet waren.

Wir sind der Auffassung, daß man gerade den sonstigen Einnahmen mehr Beachtung schenken muß, insbesondere bei den örtlichen Organen der Staatsgewalt. Der Ausgleich der Haushalte der örtlichen Organe der Staatsgewalt hängt nicht unwesentlich davon ab, daß sie die vorhandenen Einnahmequellen ausschöpfen.

#### Die großen Reserven der örtlichen volkseigenen Industrie mobilisieren

Große Reserven liegen in der örtlichen volkseigenen Wirtschaft. Bei der Planung der Haushalte 1953 wurde dieser Tatsache nicht die genügende Beachtung geschenkt. So war zum Beispiel vorgesehen, daß der Kreisbaubetrieb Cottbus einen Verlust von 696 000 DM im Jahre 1953 haben soll.

Für die Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe in Potsdam war bei einer Leistungssteigerung von vier Prozent eine Steigerung des Materialverbrauchs von 28 Prozent, eine Steigerung der Löhne von zwölf Prozent, eine Steigerung der Gehälter von 15 Prozent und eine Steigerung der Amortisationen von über zehn Prozent im Entwurf geplant. Allein die über die vierprozentige Leistungserhöhung hinausgehende Steigerung des Materialverbrauchs machte eine Million DM aus.

Insbesondere sollten auch bestehende Tarife einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden. Es ist nicht zu vertreten, daß die Müllabfuhr noch aus dem

Staatshaushalt subventioniert wird. So wird zum Beispiel in Bitterfeld das Aufkommen an Grundsteuer verwendet, um die Müllabfuhr der privaten Hausbesitzer zu subventionieren. Nur die Mobilisierung aller Einnahmen wird es uns ermöglichen, die im Plan vorgesehenen Ausgaben, insbesondere für die Investitionen, zu leisten.

Zur Förderung der Landwirtschaft sind im Jahre 1953 2252 Millionen DM vorgesehen. Den größten Betrag stellen die Ausgaben für den freien Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse dar. Weiter sind vorgesehen 150 Millionen DM für die Förderung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und weitere 60 Millionen DM für langfristige Kredite für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften. Die Ausgaben für die Maschinen-Traktoren-Stationen erfahren eine wesentliche Steigerung. Dadurch wird unseren werktätigen Bauern und den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die Ausnutzung moderner technischer Einrichtungen mehr als bisher möglich gemacht. Die Bereitstellung wesentlicher Mittel für die Förderung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bedeutet eine große Unterstützung für unsere werktätigen Bauern bei der Entwicklung unserer Landwirtschaft durch den Übergang von der Handtuchwirtschaft zur Großflächenbewirtschaftung.

Während in Westdeutschland durch den Wegfall der Subventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, durch die Verwüstung weiter Strecken und durch sonstige Kriegsvorbereitungen die Landwirtschaft mehr und mehr ruiniert wird, erfährt die Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik eine großzügige Förderung. Die volkseigenen Güter steigern ihre Erträge aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Jahre 1953 gegenüber dem Vorjahre beträchtlich, und zwar im wesentlichen in der tierischen Produktion.

Der Schwerpunkt der Produktion der volkseigenen Güter liegt bei der Aufzucht von hochwertigem Zucht- und Nutzvieh für die Festigung der Viehwirtschaft in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und in der Erweiterung der Schweinemast für die Versorgung der Werktätigen mit Fett und Fleisch. Diese Maßnahmen spiegeln sich in entsprechend höheren Zuführungen an Umlaufmitteln wider. Es muß aber festgestellt werden, daß auch 1953 bei der Mehrzahl der volkseigenen Güter noch Zusehüsse notwendig sind. Dies ist zum Teil auf die Übernahme von bisher unbewirtschafteten und schlecht bewirtschafteten Flächen zurückzuführen. Aber auch sonst ist die Wirtschaftsführung in den volkseigenen Gütern noch mangelhaft. Die volkseigenen Güter müssen durch Steigerung der Arbeitsproduktivität, im besonderen durch Anwendung des Leistungslohnes, in weit größerem Umfange als bisher und durch eine gründliche Ausbildung der Betriebsleiter und Qualifizierung der vorhandenen Kader im Jahre 1953 das bereits für 1951 gesteckte Ziel, ohne Stützung zu arbeiten, erreichen.

#### Steigende Ausgaben für Volksbildung und Kultur

Die Ausgaben für Volksbildung, Wissenschaft und Kultur erfahren gegenüber dem Jahre 1952 eine Steigerung um 21,8 % und betragen damit auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet 145 DM. Im Jahre 1953 werden das Hochschulfernstudium und das Fachschulfernstudium weiter ausgebaut. Die Ausgaben an unseren Schulen und Hochschulen erfahren gegenüber 1952 eine weitere Steigerung. Im Jahre 1953 werden bei uns pro Hochschulstudent 5749 DM aufgewendet, das sind 761 DM mehr als im Jahre 1952. Je Oberschüler werden 919 DM ausgegeben gegenüber 850 DM im Vorjahr, je Berufsschüler 202 DM gegenüber 153 DM im Vorjahr und je Grundschüler 286 DM gegenüber 262 DM im Vorjahr.

Von den Schülern an Ober- und Zehnjahresschulen werden im Jahre 1953 80 % von der Zahlung eines Schulgeldes befreit, im Jahre 1952 waren es 70 %, 60 % aller Schüler an Ober- und Zehnjahresschulen erhalten Unterhaltsbeihilfen. 50 % aller Schüler erhalten die Lernmittel unentgeltlich, 94 % aller Studenten an den Hochschulen erhalten Stipendien. Im vorigen Jahr waren es 88 %. Für die im Volkswirtschaftsplan vorgesehene Steigerung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sind die notwendigen Mittel im vorliegenden Staatshaushalt berücksichtigt.

Zu den kulturellen Ausgaben sind noch die Aufwendungen für Jugend und Sport zu nennen. Zu einer Zeit, wo in Westdeutschland eine große Arbeitslosigkeit besonders unter den Jugendlichen herrscht (es befinden sich etwa 700 000 Jugendliche ohne Lehrstellen), steigen bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik die Aufwendungen für Berufsausbildung und -betreuung erheblich.

Für die Durchführung der Ferienaktionen und für die zentralen Pionierferienlager werden bei uns im Jahre 1953 17 % mehr Mittel zur Verfügung gestellt als im Jahre 1952.

Notwendig ist es, daß mit den im Plan vorgesehenen Mitteln sparsamer als bisher umgegangen wird. So unterhält die Abteilung Jugendhilfe und Heimerziehung des Kreises Bad Salzungen das Durchgangslager Kraysen. Das Lager hat eine durchschnittliche Belegung von 16 bis 18 Personen. Zum Zeitpunkt der Prüfung waren 14 Jugendliche auf der Kraysen. Zu ihrer Betreuung war ein Personal von sechs Personen vorhanden. Die Ausgaben auf dem Gebiet des Sozial- und Gesundheitswesens erfahren ebenfalls gegenüber 1952 eine Steigerung. Betragen die Aufwendungen je Kopf der Bevölkerung im Jahre 1952 356 DM, so sind es 1953 390 DM. In Westdeutschland betragen sie im Jahre 1953 210 DM, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß in diesem Betrag die Arbeitslosenunterstützung enthalten ist.

#### Auch in der Sozialversicherung strengstes Regime der Sparsamkeit

Während der Haushalt der Sozialversicherung im Vorjahr noch einen Staatszuschuß erhalten mußte, ist es durch die Steigerung der Bruttolohnsumme und des dadurch erhöhten Beitragsaufkommens möglich gewesen, den Haushalt der Sozialversicherung auszugleichen. Notwendig ist es aber, daß auch bei der Sozialversicherung ein strenges Regime der Sparsamkeit eingeführt wird. Jede Unterstützung und Fürsorge unserer Werktätigen! Aber ein schonungsloser Kampf allen, die die Sozialversicherung und ihre Einrichtungen mißbrauchen. So sind wir der Auffassung, daß es durchaus möglich ist, die werktätigen Menschen, die dringend einer Kur bedürfen, in den Kurorten unterzubringen, wenn die Sozialversicherung ernsthafte Maßnahmen einleitet, die verhindern, daß sich Nutznießer der Sozialversicherung in den Kurorten einnisten. Dabei denke ich erstens an Angestellte des Staatsapparates, die sich mit ihren Familienangehörigen einen zusätzlichen Urlaub auf Kosten der Sozialversicherung in den Kurorten verschaffen, vor allen Dingen aber denke ich auch an die Unternehmer und Geschäftsleute, die auch auf diesem Gebiet, wie auch auf anderen Gebieten, die Sozialversicherung in stärkstem Maße ausnutzen.

Dadurch, daß für den Arbeitsschutz von Jahr zu Jahr mehr Mittel aufgewendet werden, in diesem Jahr 40 % mehr als im Jahre 1952, muß es möglich sein, die Unfallziffern und den Krankenstand wesentlich herabzusetzen.

Wir haben feststellen müssen, daß seitens der Sozialversicherung die vorgeschriebenen Nachuntersuchungen der Invalidentrentner in vielen Fällen nicht durchgeführt wurden, wodurch oftmals jahrelang ungerechtfertigt Renten gezahlt wurden. Wir sind auch hier der Auffassung, daß im Interesse der Werktätigen die Sozialversicherung mehr als bisher darauf achten muß, daß keine ungesetzlichen Leistungen der Sozialversicherung erfolgen.

Ähnlich liegen die Dinge auf dem Gebiet der Sozialfürsorge. Jede Hilfe und Unterstützung den wirklich Bedürftigen! Wir haben aber festgestellt, daß auch hier sehr leichtfertig mit Haushaltsmitteln umgegangen wird. In erster Linie muß versucht werden, diese Menschen dem Arbeitsprozeß zuzuführen. Wir haben einen großen Bedarf an Arbeitskräften.

Im Jahre 1953 werden 5640 neue Plätze in Kinderkrippen eingerichtet und 1525 Betten in Dauerheimen für Säuglinge und Kleinstkinder geschaffen. Dadurch wird den Müttern die Sorge um ihre Kleinstkinder abgenommen, und sie können sich in den Produktionsprozeß einreihen.

#### Weitere Senkung der Verwaltungskosten dringend notwendig

Im Jahre 1952 sind rund 150 Millionen DM Verwaltungskosten im Staatsapparat eingespart worden. Die Verwaltungskosten sind noch zu hoch. Sie betragen 7,9% von den Gesamtausgaben. Eine weitere Senkung ist dringend erforderlich. Im vorliegenden Plan ist eine weitere Senkung der Verwaltungskosten im Staatsapparat von 114 Millionen DM vorgesehen. Das strenge Sparsamkeitsregime hat bei uns in der Verwaltung immer noch nicht Eingang gefunden. Das wird immer wieder bei allen Revisionen festgestellt. Wir sind der Auffassung, daß die im vorliegenden Haushalt vorgesehene Verwaltungskosteneinsparung durchaus realisiert werden kann. Für die unwirtschaftliche Verwendung von Haushaltsmitteln einige Beispiele:

Das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse mußte in diesem Jahr eine Schadensrechnung an den Vordruck-Leitverlag in Halle in Höhe von 11 238 DM bezahlen. Dieser Schadenersatzanspruch ist durch das schuldhafte Verhalten einiger Angestellter des Staatssekretariats entstanden. Es wurden 25mal soviet Formulare bestellt als benötigt wurden. Bei der Rückgängigmachung des Auftrages verlangte der Verlag Schadenersatz.

Auch vom Rat des Kreises Meiningen ist das Sparsamkeitsprinzip noch nicht genügend beachtet worden. Der Kampf um die Senkung der Verwaltungskosten wurde nicht entschieden geführt. Während zum Beispiel die Ausgaben für Telefongebühren im Jahre 1950 pro Tag 51 DM betragen, stiegen sie im Jahre 1951 auf 75 DM und in der ersten Hälfte des Jahres 1952 sogar auf 83 DM pro Tag.

Was soll man dazu sagen, wenn die Kammer der Technik 18 neue Schreibmaschinen beschafft, obwohl bereits 25 überzählige Schreibmaschinen vorhanden sind? Die Kammer der Technik hat den vorhandenen Wagenpark nicht ausgelastet, schafft aber ein weiteres Kraftfahrzeug an. Die tariflichen Bestimmungen sind anscheinend für die Kammer der Technik nicht bindend. Den Angestellten werden mehr Leistungsstufen zu ihren Gehältern zugestanden, als nach den tariflichen Bestimmungen zulässig sind. Angestellte erhalten höhere Bezüge, als im Tarif vorgesehen!

Das trifft auch für die Meisterwerkstätten der Deutschen Bauakademie zu. Zur Abgeltung der Überstunden erhielten rund die Hälfte aller Angestellten in gesetzwidriger Weise Monat für Monat sogenannte Leistungszuschläge, die in einzelnen Fällen bis zu 100%

des Monatsgehaltes betragen. So hatten diese sogenannten Leistungszuschläge praktisch den Charakter eines zweiten Monatsgehaltes. Die Gesamtsumme der Zuschläge betrug im Monat 47 000 DM.

Die Verschwendung von Haushaltsmitteln beginnt aber bereits schon bei der Planung. Die überhöhten Anforderungen der Kreise und Gemeinden sind zum Teil auf überhöhte Anforderungen für Verwaltungsausgaben begründet. So haben die Kreise 70 Millionen DM mehr angefordert, als nach den bestätigten Stellenplänen zulässig sind.

Der vor uns liegende Plan stellt große Aufgaben; seine Durchführung wird gewährleistet durch die Tätigkeit der Millionen Werktätigen unserer Republik. Ihre Initiative und ihr Wille, diesen Plan zu erfüllen und zu überbieten, wird auch durch das Nationale Aufbauwerk in organisierte Bahnen gelenkt. Das Nationale Aufbauwerk soll dazu führen, die im Plan vorgesehenen Aufgaben, insbesondere die der Industrieproduktion, des Warenumschlages und der Erhaltung und des Baues von Verkehrswegen, vorfristig und mit geringeren Mitteln als im Haushalt vorgesehen, zu erfüllen. Wenn wir jedoch die Pläne einiger Kreise betrachten, müssen wir feststellen, daß die Initiative nicht auf die im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Aufgaben gerichtet ist, sondern daß man beabsichtigt, außerhalb des Volkswirtschaftsplanes zusätzliche Aufgaben zu stellen, für die zusätzliche Haushaltsmittel in Anspruch genommen werden sollen.

Die Durchführung des vor uns liegenden Planes ist nur möglich bei Durchsetzung eines strengen Sparregimes. Es gibt bei uns immer noch eine Reihe von leitenden Mitarbeitern im Wirtschafts- und Staatsapparat, die glauben, daß das Regime der Sparsamkeit eine augenblickliche Notwendigkeit sei, um diesen oder jenen Engpaß zu beseitigen. Sie betrachten das Regime der Sparsamkeit als eine Übergangslösung und begreifen dabei nicht, daß es eine Methode der sozialistischen Wirtschaftsführung überhaupt ist. Die Durchsetzung eines strengen Sparsamkeitsregimes bedeutet aber auch für alle verantwortlichen Mitarbeiter und in erster Linie für die Mitarbeiter in den Finanzorganen eine andere Einstellung zur Arbeit. Diese Umstellung muß jeder selbst vollziehen. Mitarbeiter im Finanzapparat, die glauben, daß ihre Arbeit nur in der Addition von Zahlen besteht, sind fehl am Platz und schnellstens durch willige, junge Kräfte zu ersetzen. Die Geldbeziehungen sind Ausdruck von Klassenbeziehungen. Unsere Finanzpolitik kann daher nur dann Erfolg haben, wenn sie von den Millionen unserer Werktätigen verstanden und getragen wird. Daher müssen alle finanzpolitischen Maßnahmen gut vorbereitet und den werktätigen Menschen verständlich gemacht werden. Dann werden diese zum Träger unserer Maßnahmen und dazu beitragen, daß unsere Finanzpolitik mit größerem Erfolg als bisher durchgeführt wird. Das wird weiter dazu beitragen, die Finanzdisziplin wesentlich zu festigen.

Diese von mir soeben aufgezeigten Grundbedingungen für die erfolgreiche Arbeit des Finanzapparates sind in der Vergangenheit nicht eingehalten worden. Das hat sich sowohl bei der Planaufstellung wie bei der Plandurchführung gezeigt. Obwohl die Planung des Staatshaushalts 1953 gegenüber der Planung des Staatshaushalts 1952 Fortschritte gemacht hat, sind auch hier noch erhebliche Mängel zu verzeichnen, aus denen die notwendigen Lehren für die Planung 1954 gezogen werden müssen. Diese Mängel liegen unter anderem darin, daß der Staatshaushalt noch nicht die aktive Rolle bei der Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes gespielt hat, daß die Bevölkerung in ungenügendem Maße zur Mitarbeit herangezogen worden ist. Des wei-

teren gab es noch Unklarheiten in der Methodik der Planung. Eine teilweise schlechte Arbeitsorganisation brachte Terminverzögerungen.

Was für die Planung gilt, gilt auch für die Plandurchführung. Der Kampf um die Festigung der Plandisziplin ist ungenügend geführt worden. Das liegt zum großen Teil daran, daß wir es nicht verstanden haben, die werktätige Bevölkerung aktiv an der Kontrolle der Plandurchführung zu beteiligen. Das gilt insbesondere auch bei der Erfüllung des Steuerplanes und der Finanzpläne in den volkseigenen Betrieben.

Der Entwicklung junger Kader wird nicht die genügende Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Erfüllung des Staatshaushaltsplanes 1953 ist nur möglich, wenn die Fehler des Jahres 1952 überwunden

werden. Die Sparsamkeit, von der bei der Aufstellung des Planes ausgegangen worden ist, wird auf dem Papier stehenbleiben, wenn es uns nicht gelingt, die Arbeiter in den Betrieben, die Verkäuferinnen in den Handelsorganisationen, die Traktoristen in den MTS, die Arbeiter in den volkseigenen Gütern und die übrigen Werktätigen in den Dörfern und Städten von der Notwendigkeit der Durchsetzung dieses Sparsamkeitsregimes zu überzeugen und sie für die Plandurchführung zu mobilisieren.

Und so wird auch dieser Plan als ein weiterer Beweis unseres Friedenswillens und unseres wirtschaftlichen Aufstiegs ein wesentliches Bollwerk im Kampf um die nationale Wiedervereinigung sein und zur Stärkung des Friedenslagers beitragen.

## Konsequenter Kampf um die Einführung einer strengen und allseitigen Sparsamkeitswirtschaft

*Im Namen der Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ergriff Abgeordneter Willy Rumpf bei der Beratung des Gesetzes über den Staatshaushaltsplan das Wort. Er sagte:*

„Die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf zu. Es muß aber für die Durchführung dieses Gesetzes und Planes mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß für den Kampf um die Erfüllung der Pläne eine Änderung der Methoden der Wirtschaftsführung eintreten muß, daß Schluß gemacht werden muß mit den kapitalistischen Methoden und mit den kapitalistischen Auffassungen über die Wirtschaftsführung und daß ein konsequenter Kampf um die Durchsetzung sozialistischer Methoden beginnen muß.

Während im Kapitalismus die Erweiterung der Wirtschaft und die Bereicherung der Kapitalisten durch die rücksichtslose Ausbeutung und Verelendung der werktätigen Massen erfolgte, besteht im Sozialismus die große doppelte Aufgabe darin, die materielle und kulturelle Lage der Werktätigen laufend zu verbessern und gleichzeitig die Produktionsanlagen zu erweitern und auszubauen. Der Kampf um die Einführung einer strengen und allseitigen Sparsamkeitswirtschaft stellt daher nicht eine vorübergehende oder eine Notmaßnahme dar, sondern ist die ständige Methode der sozialistischen Wirtschaftsführung. Da die Akkumulation aus der volkseigenen Wirtschaft in schnellem Tempo zur entscheidenden Finanzierungsquelle des Staatshaushalts und damit zur Finanzierungsquelle für die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung und für die Erweiterung unserer Volkswirtschaft wird, kommt dem Kampf um die Durchsetzung und Anwendung dieser neuen Sparsamkeitswirtschaft in den volkseigenen Betrieben eine entscheidende Bedeutung zu. Es muß aber festgestellt werden, daß man sich in vielen Betrieben dieser sozialistischen Wirtschaftsmethode gegenüber gleichgültig verhält, und es kommen krasse Fälle von Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung vor.

### Krasse Verstöße gegen die Durchsetzung einer neuen Sparsamkeitswirtschaft

Infolge schlechter Arbeitsorganisation hatte beispielsweise der Betrieb ‚Heinrich Rau‘ in Wildau im Jahre 1952 Aufwendungen allein für innerbetriebliche Transporte in Höhe von 2,5 Mill. DM und mußte Wagenstandsgelder für Ölwagen in Höhe von 75 000 DM bezahlen. Im VEB LQWA dagegen, der bis zum Beginn des IV. Quartals noch laufend mit Verlust gearbeitet hat, wurde eine radikale Änderung der Arbeitsorganisation durchgeführt, und es wurde dadurch die Rentabilität hergestellt, indem man die persönliche Verantwortung der Wirtschaftsfunktionäre im Betrieb regelte, der Produktionsablauf dadurch systematisiert wurde, der Einsatz der Arbeitskräfte kontinuierlich wurde, der Durchlauf der Materialien sich beschleunigte und 30 % des Verwaltungspersonals überflüssig wurden. Dadurch konnte der Betrieb bereits im IV. Quartal ohne Verlust arbeiten und bringt mit Beginn dieses Jahres bereits Überschüsse.

Die Leiter der Hauptverwaltungen haben aber bisher in völlig unzureichendem Umfang ihren Werkleitungen in der entscheidenden Frage, nämlich der Verbesserung der Arbeitsorganisation im Betrieb, konkrete Anleitung und Hilfe geleistet. Statt dessen haben sie den Versuch der Schablonisierung gemacht. Eine Unzahl von Beispielen berechtigt zu der Behauptung, daß in allen Betrieben die vorhandenen Produktionskapazitäten unzureichend ausgenutzt werden, große Stillstandszeiten der Maschinen vorhanden sind, nicht erforderliche Investitionsmittel angefordert werden und Fehlinvestitionen durchgeführt werden. So ist beispielsweise an Investitionsmitteln 1 Mill. DM für die Errichtung einer Barbitur-Säureanlage in Radebeul verausgabt, deren Produktion für den Export bestimmt war. Nach Fertigstellung der Anlage wurde festgestellt, daß kein Exportbedarf vorhanden ist und der Bedarf der Deutschen Demokratischen Republik mit einem Drittel unserer Kapazitäten gedeckt werden kann. Durch diese Fehlinvestitionen wurden Arbeitszeit, Material und Geld vergeudet, was zum Bau anderer, viel notwendigerer Produktionsmittel hätte verwendet werden können.

Ein positives Beispiel zeigt die Durchführung verbesserter Arbeitsmethoden dagegen im VEB LBH-Werk Fortschritt in Neustadt in Sachsen. Durch die konsequente Auslastung der Gesamtkapazität, die im Oktober durchgeführt wurde, konnten die Gemeinkostenzuschläge, die die Kosten der Produktion sehr stark belasteten, von 239 % auf 168 % gesenkt werden. Durch diesen Kampf um die volle Ausnutzung der Kapazität wurden Einsparungen in Höhe von 254 000 DM erzielt.

**Baukosten wesentlich senken**  
Eine entscheidende Rolle spielt für den Plan die Senkung der Baukosten. Auch im Jahre 1952 ist es nicht gelungen, die von der Bauindustrie geforderte Baukostensenkung in vollem Umfange zu erwirtschaften.

Noch immer werden Baustellen schlecht organisiert; es erfolgt keine richtige Einteilung der Arbeitskräfte, und noch immer werden Baumaterialien unsorgfältig gelagert, wodurch hohe Verluste eintreten. Statt dessen wird der Versuch gemacht, Selbstkostensenkungen zu manipulieren und vorzutäuschen. So wurde beispielsweise jetzt bei der Bau-Union Dresden festgestellt, daß sie für 1 cbm Erdbewegung im Zweischichtenbetrieb 9 DM verlangt, während nach den Kalkulationsvorschriften nur 7,94 DM zulässig sind. Dadurch würden dem Investitionsträger allein für diese Teilarbeit Mehrkosten in Höhe von 118 000 DM entstehen, die die Bau-Union Dresden wahrscheinlich als überplanmäßige Selbstkostensenkung deklariert hätte.

Es ist ein weitverbreitetes Übel, bei der Durchführung von Investitionen übertriebene und luxuriöse Aufwendungen zu machen, Aufwendungen für Wandbekleidung, Türen, Fußböden sowie die Verwendung teurer Gesteinsarten, Granit, Marmor für Treppensäulen usw. So forderte z. B. der Verlag 'Volk und Wissen' für seine Vorhalle die Ausstattung mit Natursteinen, die 29 000 DM mehr kosten würden als die Verkleidung mit Putzsteinen, wie sie von der Deutschen Investitionsbank vorgeschlagen und jetzt auch durchgeführt wurde. Bedeutsame Einsparungen in der Volkswirtschaft könnten erzielt werden, wenn der Materialverbrauch und die Materialbewirtschaftung unter dem Gesichtspunkt der strengsten Sparsamkeit durchgeführt würde. So wird z. B. bei Galvano-Technik in Leipzig in Werk 2 ein Lager für Gußteile im Freien unterhalten. Die in Nachtschicht arbeitenden Kollegen ergänzen ihre durch Ausschussarbeit verringerten Materialbestände aus diesem Lager, ohne daß die für die Materialverwaltung im Betrieb verantwortlichen Werkleiter und Hauptbuchhalter diese Verlustquelle überhaupt merken oder beseitigen. In allen Betrieben muß daher eine feste Ordnung über den Eingang von Material und seine Ausgabe eingeführt werden.

Ein entscheidender Hebel für die Materialeinsparung ist die Einführung der Persönlichen Konten, die absolut vernachlässigt wird. Es konnte beispielsweise im VEB Großarmaturen in Magdeburg auf Grund der Einführung von Persönlichen Konten im zweiten Halbjahr 1952 eine Materialeinsparung von 10 000 DM erzielt werden. Viele Beispiele zeigen, daß es überhaupt keine Koordinierung in der Arbeit der Materialverwaltungen, der Einkaufsabteilungen, der Produktionsabteilungen und der Absatzabteilungen im Betriebe gibt. Die Einkaufsabteilungen bestellen zu Terminen, an denen die Zulieferer, Rohstoffe oder Halbfabrikate noch nicht für die Produktion benötigt werden; diese müssen demzufolge lange auf Lager liegen und verursachen Kosten. Die Absatzabteilungen machen aber ihre Verkaufsverträge oft unabhängig von den Terminen des Produktionsausstoßes, wodurch entweder die Fertigfabrikate unnötig lange im Betriebe lagern oder aber für Nichtlieferung Konventionalstrafe gezahlt werden muß. Welch große Einsparungen durch eine solche Verbesserung der Arbeit im Betriebe möglich sind, zeigt der Betrieb Zeiß, Jena. Die Verpflichtung von 21 Werkdirektoren gegenüber dem Präsidenten unserer Republik, die Rentabilität herzustellen, die Umschlagstätigkeit zu verbessern, das Vertragswesen, also Terminstellung, Materialart usw., zu verbessern, führte in diesem Betrieb dazu, daß die Überplanbestände in den Monaten November und Dezember um 13,8 Millionen durch Auftragsbereinigung und Beschleunigung des Umlaufs verringert werden konnten.

#### **Richtiges Verhältnis der Arbeitskräfte in Produktion und Verwaltung herstellen**

Eine große Rolle spielt bei der Hebung der Rentabilität und der richtigen Verwendung der Arbeitskraft das

Verhältnis der Produktionsarbeiter und der nicht in der Produktion Beschäftigten. Beispielsweise wurden in der Hauptverwaltung Chemie bei einer Erfüllung des Produktionsplanes am 30. September von 75,9% bei den Fertigungslöhnen und -gehältern 4,5 Mill. DM eingespart, aber bei der Bezahlung der nichtproduktiven Kräfte der Plan um 4 Mill. DM überschritten. Bei der Hauptverwaltung Textil wurden bei einer Erfüllung des Produktionsplanes am 30. September von 76,3% bei den Produktionslöhnen und -gehältern 10 Mill. DM eingespart, aber für die Bezahlung der nichtproduktiven Kräfte in diesem Betrieb 14,7 Mill. DM mehr verausgabt, als im Plan vorgesehen waren. Diese Beispiele zeigen, daß die Rentabilität unserer Betriebe allein dadurch gesteigert werden kann, daß das Verwaltungspersonal verringert wird, was dadurch möglich ist, daß die Arbeitsorganisation verbessert und das umfangreiche Berichterstattungs- und Formularwesen reduziert wird.

Durch das planlose Herumfahren von Angestellten der Verwaltung der Betriebe werden Mittel und Zeit vergeudet und die Werktätigen von der Arbeit abgehalten. Dieses planlose Herumfahren ist zu ersetzen durch schwerpunktmäßige Anleitung und Kontrolle und die Zusammenlegung von mehreren Aufträgen, die mit einer Reise erledigt werden können.

In vielen Betrieben berufen aber auch die Partei, der FDGB, die FDJ und andere demokratische Organisationen während der Arbeitszeit Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen ein. Viele Leitungen der demokratischen Organisationen rufen die Arbeiter, Brigadiers und Aktivisten, die Meister, Ingenieure, Techniker und Werkleiter während der Arbeitszeit zu Besprechungen und Konferenzen auf ihre Büros. Dadurch wird die Brigade gezwungen, die Arbeit der ausfallenden Kollegen mit durchzuführen, werden die Brigadeabteilungen und die im Leistungslohn stehenden Arbeiter verhindert, ihren Plan zu erfüllen. Der Produktionsprozeß wird gestört, die Selbstkosten steigen, und es entstehen in den Betrieben große Ausgaben für gesellschaftliche Arbeit. Aus diesem Grunde fordern wir, daß Schluß gemacht wird mit der Verwendung der achtstündigen Arbeitszeit für andere als Produktionszwecke; wir fordern den Kampf um die Erhöhung der Arbeitsmoral, gegen die Fluktuation und gegen das Bummelantentum.

#### **Jedliche Verschwendung muß endlich radikal beseitigt werden**

An den Gebäuden des Staatsapparates und unserer volkseigenen Betriebe wird in übertriebenem Umfang Sichtwerbung betrieben, die fast ausschließlich aus Staatsmitteln oder zu Lasten der Selbstkosten der Betriebe finanziert wird. Es wird unnötig Material vergeudet, Arbeitszeit wird verbraucht, die bei der Durchführung der Aufgaben im Staatsapparat und in der Produktion ausfällt. Dasselbe gilt bezüglich der Sichtwerbung im Inneren der Gebäude.

In den Betrieben werden gelegentlich von Besuchen große Ausgaben für Repräsentationszwecke, Geschenke usw. gemacht. Diese Ausgaben belasten die Selbstkosten. Aus dem Repräsentationsfonds leitender Staatsfunktionäre werden Geschenke gelegentlich von Jubiläen und Geburtstagen anderer Staatsfunktionäre gemacht, werden oft unnötige Bankette veranstaltet, werden die Mitarbeiter der Ministerien und Wirtschaftsverwaltungen auf Staatskosten zu den Banketten hin- und zurücktransportiert. Wir sind der Auffassung, daß mit dieser Vergeudung öffentlicher Gelder und der Mittel der Betriebe Schluß gemacht werden muß.

Der Anteil der Verwaltungskosten an den Ausgaben für soziale, kulturelle und gesundheitliche Zwecke ist zu hoch. Die Verausgabung der Mittel muß in der Form

geändert werden, daß diese Mittel wirklich der Bevölkerung zugute kommen und nicht unnötig durch Verwaltungsausgaben reduziert werden. Es muß auch darauf bestanden werden, daß vornehmlich und ausschließlich die werktätige Bevölkerung in den Genuß derjenigen Mittel kommt, die von Staats wegen für soziale, kulturelle und gesundheitliche Dinge verausgabt werden.

#### **Abgabenverwaltung muß schnellstens eine klare Linie bekommen**

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur Arbeit der Abgabenverwaltung und zur Eintreibung der Steuern: Tatsache ist, daß jede Art von Steuer, welchen Namen sie auch führen mag, im Preis der Ware, die die privaten Unternehmer verkaufen, enthalten ist. Tatsache ist weiter, daß jedwede Steuer, die bei uns von Unternehmern erhoben wird, später fällig wird, als der Unternehmer den Preis der Ware beim Verkauf realisiert. Jeder Pfennig Steuer, der einen Tag später gezahlt wird, als er fällig ist, ist ein Kredit des Staatsapparates an den privaten Unternehmer. Es gibt also keinen Grund, jede Steuer der Privatunternehmer nicht zum Fälligkeitstermin zu zahlen. Wir müssen aber feststellen, daß viele Unternehmer, teilweise sogar mit Unterstützung einiger Organisationen, ihre Arbeiter und Angestellten zu den Finanzorganen schicken und sagen: Wenn die Steuer bezahlt werden soll, bekommen die Arbeiter nicht ihren Lohn. Man versucht also, den Arbeitern in den Privatbetrieben die Nichtzahlung der Löhne als ein schuldhaftes und bürokratisches Verhalten dieses Teils unseres Staatsapparates hinzustellen. Tatsache ist aber, daß fast alle Unternehmer und insbesondere diejenigen, die auf diese Art ihre Arbeiter gegen unsere Republik zu mobilisieren versuchen, nachweislich für Privatzwecke aus ihren Betrieben wesentlich höhere Mittel entnommen haben, als sie aus ihrer Unternehmerstätigkeit verdient haben. Es müssen also Maßnahmen getroffen werden, daß die Unternehmer nur so viel Gelder aus ihren Privatbetrieben entnehmen können, als sie effektiv nach Zahlung der Steuern verdient haben, weil es sonst dazu kommt, daß sie die Betriebe finanziell aushöhlen, die Arbeiter ihre Löhne nicht bekommen und unsere Republik um den Anteil der Steuer betrogen wird. Die Klarstellung dieser Frage ist eine der entscheidenden Voraussetzungen, um Ordnung auf diesem Gebiet zu bekommen.

#### **Ungenügendes Vertrauen zu den unteren Organen**

Gestatten Sie mir zum Schluß einige selbstkritische Bemerkungen zur Arbeit des Ministeriums der Finanzen: Die Grundursache der schlechten und ungenügenden Arbeit des Finanzministeriums liegt in folgenden Dingen: Entscheidend ist eine Zurückhaltung und ein nicht genügendes Vertrauen sowohl zu den Organen unseres

Staates im Bezirk und Kreis als auch zu dem politischen Bewußtsein unserer Bevölkerung. Es gibt bei einer erheblichen Anzahl der Mitarbeiter des Finanzministeriums die Einstellung, daß man den unteren Organen keine Freiheit, keine Initiative geben darf, weil sonst Fehler gemacht werden und die Finanzwirtschaft gefährdet wird. Das schlägt sich dann nieder in solchen bürokratischen Erscheinungen wie folgenden: Die Verwaltung der Stadt Heiligenstadt machte den Vorschlag, die Defzite für Müllabfuhr zu beseitigen, indem man eine Änderung der Müllabfuhrgebühren in dieser Stadt durchführt. Leute, die viel Müll haben, beispielsweise Bäcker und andere Produktionsbetriebe, sollten höhere Gebühren zahlen als die Besitzer einfacher Wohnhäuser. Die Stadt hatte die Absicht, dadurch die Müllabfuhr defizitlos durchzuführen. Alle Finanzorgane, angefangen vom Kreis, über den Bezirk bis zum Ministerium der Finanzen, haben diesen Vorschlag abgelehnt, weil er angeblich irgendwelchen Bestimmungen widerspräche. Wenn so in den Finanzorganen weitergearbeitet wird und so die Initiative zur Durchführung des Sparsamkeitsprinzips weiter gehemmt wird, können die Finanzorgane ihre Aufgaben nicht erfüllen.

#### **So geht es nicht!**

Zweites Beispiel: Es wurde dieser Tage der Beschluß durchgeführt, daß eine steuerliche Vergünstigung, die ungerechtfertigterweise für leitende Mitarbeiter des Staatsapparates und hochbezahlte freiberuflich Tätige weitergegeben wurde, reduziert wird. Wie wurde das durchgeführt? Es gab Rundschreiben und Anweisungen, aber keine Erläuterung. Man hat nicht die entsprechenden Funktionäre im Staatsapparat, nämlich die Haushaltsbearbeiter, zusammengenommen, nicht die Vertreter der Organisationen, des Kulturbundes, des Schriftstellerverbandes, und ihnen die Auswirkung erläutert, ihnen die Notwendigkeit klargemacht, sondern nur angeordnet.

Wir werden deshalb in Zusammenarbeit mit der Parteiorganisation des Ministeriums der Finanzen, da heute hierzu zeitlich keine Möglichkeit besteht, in der Öffentlichkeit, in Presse und Rundfunk alle die Fehler, die in der letzten Zeit gemacht worden sind, durchleuchten, analysieren und wirklich konkret festlegen, wie und mit welchen Methoden die Arbeit dieses wichtigen Apparates verändert werden muß und verändert werden kann. Nur so, durch die Weckung der Initiative, durch das wirkliche Einschalten aller werktätigen Menschen, wird es möglich sein, diesen großen Plan zu erfüllen und damit mit dem Tempo des Aufbaus Schritt zu halten!."

*\*) Anmerkung der Redaktion: Über die weiteren Diskussionsbeiträge anlässlich der Haushaltsdebatte in der Volkskammer berichten wir in der nächsten Nummer.*

## **Schluß mit der Unterschätzung der Ausschüsse und Kommissionen der Volksvertretungen**

*Als Berichterstatter des Haushaltsausschusses der Volkskammer erklärte Abgeordneter Ledtberg in der Volkskammertagung vom 5. Februar u. a.:*

Die Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses waren getragen von dem Ernst der Stunde, von dem Bewußtsein der großen Verantwortung und von der ehrlichen Bereitschaft, durch ernste und sachliche Kritik Mängel und Schwächen zu ermitteln, die sich in der Erfüllung des Haushalts des Jahres 1952 gezeigt haben, und damit den Weg zu weisen zu einer besseren Erfüllung des Staatshaushaltsplanes 1953.

Zu den Beratungen wurden in vier Sitzungen hinzugezogen: der Wirtschaftsausschuß, der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft, der Ausschuß für Arbeits- und Gesundheitswesen, der Volksbildungsausschuß so-

wie die Vertreter der entsprechenden Ausschüsse der Länderkammer. Die für diese Arbeitsgebiete zuständigen Minister und Staatssekretäre mit eigenem Geschäftsbereich waren rechtzeitig von dem Termin dieser Sitzungen benachrichtigt worden. Der Gegenstand der Beratungen war ihnen aus dem Beschluß des Ministeriums, den Staatshaushaltsplan 1953 der Volkskammer zur Genehmigung vorzulegen, bekannt. Der Haushalts- und Finanzausschuß sieht sich aber leider zu der Feststellung genötigt, daß die anwesenden verantwortlichen Leiter des Staatsapparates durchweg nicht auf die Behandlung des Beratungsgegenstandes vorbereitet waren.

den für ihren Bereich in Frage kommenden Staatshaushalt 1952 wie auch 1953 oft nur ungenügend, ja zum Teil gar nicht kannten und daher offensichtlich nur auf die mehr oder weniger ausreichende Assistenz ihrer Haushaltssachbearbeiter angewiesen waren, daß aber auch wiederholte und sogar dringende Aufforderungen notwendig wurden, pünktlich zu diesen Beratungen zu erscheinen, und daß z. B. das Zentralamt für Forschung und Technik nur durch einen Vertreter des Vertreters des Leiters, Prof. Lange, an den Beratungen teilnahm.

Von seiten des Staatlichen Filmkomitees und des Staatlichen Rundfunkkomitees hat trotz wiederholter Aufforderung keine der verantwortlichen Personen und auch kein Vertreter an den Beratungen teilgenommen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß erblickt darin eine Unterschätzung der Wichtigkeit seiner Aufgaben und damit auch des höchsten Organes der Abgeordneten des Volkes, der Volkskammer, sogar von seiten einiger Minister und Staatssekretäre. So mußte mit dem Minister für Land- und Forstwirtschaft erst eine längere Diskussion darüber geführt werden, daß nach Artikel 64 der Verfassung auch die Minister und Staatssekretäre vor den Ausschüssen der Volkskammer auf Verlangen zu erscheinen und dort Auskunft über ihren Verantwortungsbereich zu geben haben.

Der Haushalts- und Finanzausschuß stellt fest, daß seine im Jahre 1952 bei der Beratung des damaligen Staatshaushalts gegebenen Empfehlungen durchweg nicht die Beachtung gefunden haben, die bei der Wichtigkeit der Steigerung der Plandisziplin und in bezug auf die Verbesserung der Plankontrolle sowie bezüglich einer organisierten Anwendung des Sparregimes erforderlich gewesen wäre. Der Ausschuß hält es daher für notwendig, auch seine eigene Arbeit dadurch zu verbessern, daß er nach einem genauen Arbeits- und Terminplan sich davon überzeugt, daß die gelegentlich seiner diesjährigen Beratung gegebenen Empfehlungen nun auch wirklich in kürzester Zeit in der Arbeitsweise der Organe des Staatsapparates ihre Auswirkung finden.

#### **Ministerium der Finanzen hat seine Kontrollpflichten stark vernachlässigt**

Desgleichen hat sich sowohl aus den vier Beratungen mit den verschiedenen Fachausschüssen wie auch aus der fünften Beratung, die abschließend über das Gesetz zum Staatshaushaltsplan 1953 stattfand, ergeben, daß von seiten des Ministeriums der Finanzen bei aller Berücksichtigung der im Gesetz festgelegten Eigenverantwortlichkeit der Minister, Staatssekretäre usw. für die Planerfüllung die ihm obliegende Kontrollpflicht stark vernachlässigt worden ist und daß eine wesentlich bessere Zusammenarbeit in der Beratung, in der Anleitung und in der Kontrolle mit den anderen Ministerien und Staatssekretariaten sowohl bei der Erfüllung wie auch bei der Aufstellung der Pläne hätte organisiert werden müssen. Der Staatshaushaltsplan 1952 ist daher auch nicht ausreichend mit der Bevölkerung diskutiert worden. Er wurde nicht bis zum letzten Planträger rechtzeitig aufgeschlüsselt und mit den daran interessierten Kreisen der Bevölkerung diskutiert. Die Kontrolle des Staatshaushalts konnte daher auch nicht von unten im erforderlichen Umfange, also von der Basis her, erfolgen.

#### **Zur Vorbereitung des Staatshaushalts die Werktätigen heranziehen**

Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt daher dem Minister der Finanzen, den Kollegen Ministern und Staatssekretären und auch den Räten der Bezirke und Kreise, an Hand guter Beispiele und unter Beteili-

gung der entsprechenden Ständigen Kommissionen bei den Bezirks- und Kreistagen Anleitung zu einer solchen konsequenten Demokratisierung der Arbeitsweise des Staatsapparates zu geben und die Auswirkungen dieser Anleitung auch zu kontrollieren. Der Haushalts- und Finanzausschuß ist der Ansicht, daß sich alsdann auch bei späteren gemeinsamen Beratungen Diskussionen solcher Art erübrigen, wie sie zwischen den Vertretern des Ministeriums der Finanzen und den verantwortlichen Vertretern anderer Ministerien und Staatssekretariate stattgefunden haben.

Der Haushalts- und Finanzausschuß vertritt die Auffassung, daß auf diesem Wege der Demokratisierung der Arbeitsweise des Staatsapparates auch die Mobilisierung der Bevölkerung für die Verminderung der Steuerrückstände, die ja dem Staat gehören, durch ehrenamtliche Helfer in den Gemeinden und Städten und damit eine Verbesserung der gesamten Arbeit des Apparates der Abgabenverwaltung erreicht wird. Die unrealen Pläne der Abgabenverwaltung werden der Vergangenheit angehören, wenn diese Demokratisierung der Arbeitsweise des Staatsapparates nun auch von seiten der Abgabenverwaltung endlich ernst genommen wird.

Die Verhandlungen und Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß zeigten auch auf den verschiedensten Gebieten, daß die Bedeutung der Demokratisierung der Arbeitsweise des Staatsapparates, die Heranführung der Werktätigen an die Leitung des Staatsapparates, von den leitenden Funktionären im allgemeinen stark unterschätzt, dagegen aber die Bedeutung des eigenen Schreibtisches stark überschätzt wird. Der Haushalts- und Finanzausschuß unterstreicht und unterstützt daher den im vorliegenden Gesetz entfalteten Generalangriff auf den Bürokratismus in der Verwaltung und die damit verbundene Verkleinerung des Verwaltungsapparates um 20 %, wenn auch die Bezirke und Kreise vorerst davon ausgenommen sind. Es wird dadurch eine wesentliche Veränderung des jetzigen Verhältnisses der Zahl der produzierenden Arbeiter zu der Zahl der verwaltenden Angestellten erreicht werden.

#### **Bei der Durchführung eines strengen Sparsamkeitsregimes von den sowjetischen Vorbildern lernen**

Die volkseigene Wirtschaft wird in diesem Jahre in schnellem Tempo die entscheidende Finanzierungsquelle für unsere gesamte Volkswirtschaft. Der Haushalts- und Finanzausschuß lenkt daher die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf die mit dieser Feststellung verbundene unbedingte Voraussetzung erstens der Organisation des schärfsten Kampfes um die Erfüllung des Staatshaushaltsplanes insgesamt und in allen seinen Teilen, und zwar besonders in der Erfüllung des Finanzplanes unserer volkseigenen Wirtschaft; zweitens der Anwendung organisierter konsequenter Maßnahmen zur kämpferischen Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes als des elementaren Bestandteils sozialistischer Wirtschaftsführung; drittens der organisierten Senkung der Selbstkosten in allen Betrieben der volkseigenen Wirtschaft und damit der Steigerung ihrer Rentabilität vermittelt konsequenter Durchsetzung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung; viertens der Verbesserung der Arbeitsorganisation in unserer Volkswirtschaft unter Anwendung der Vorbilder der sozialistischen Wirtschaftsführung, die uns in den SAG-Betrieben zur Verfügung stehen, die im vergangenen Jahre der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übergeben worden sind. Die großen Anstrengungen, die in unserer volkseigenen Wirtschaft seitens unserer Werktätigen in der kämpferischen Erfüllung dieser Voraussetzung zur Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber

dem Gesetz des Staatshaushaltes gemacht werden, rechtfertigen ihre Forderung, daß die Besitzer der Privatbetriebe nachdrücklich zur Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten dem Staatshaushalt und der Gesellschaft gegenüber angehalten werden.

Zur Verbesserung der Arbeit der Abgabenverwaltung auf der Basis ökonomisch-wissenschaftlicher Überlegungen wird dem Ministerium der Finanzen eine noch engere und bessere Zusammenarbeit mit den Experten für ökonomisch-wissenschaftliche Fragen an unseren Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten dringend empfohlen.

#### Die volkseigenen Güter zu Musterwirtschaften entwickeln

Die Verhältnisse auf den volkseigenen Gütern, die dort teilweise vorhandene mangelhafte Arbeitsorganisation, die Tatsache, daß von einer Reihe von Betriebsleitern noch längst nicht überall mit den althergebrachten, bei den Junkern und Schlotbaronen üblich gewesenen Methoden Schluß gemacht worden ist, die immer noch vorhandene Unrentabilität vieler volkseigener Güter geben dem Haushalts- und Finanzausschuß begründeten Anlaß, mit allem Ernst und in aller Eindringlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Entwicklung der volkseigenen Güter zu musterhaften Beispielbetrieben und damit zu Lehr- und Anleitungsbetrieben für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hinter dieser Aufgabenstellung zurückgeblieben ist.

Mit Rücksicht auf die zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Staatshaushalt bereitgestellten ganz erheblichen Mittel empfiehlt daher der Haushalts- und Finanzausschuß dem Minister für Land- und Forstwirtschaft, sich kämpferisch und mit aller Energie für die schnellste Veränderung solcher Zustände auf volkseigenen Gütern einzusetzen, die schöpferische Initiative der Landarbeiter durch bessere Heranziehung an den gesamten Betriebsablauf zu entwickeln, zu fördern und zu entfalten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, neuen Nachwuchs aus diesen Kreisen zu schaffen, der Kaderbildung eine erheblich größere Aufmerksamkeit zu widmen und die dazu angeordneten Maßnahmen auch gewissenhaft anzuleiten und auf ihre Durchführung hin genügend kontrollieren zu lassen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß ist der Auffassung, daß auch die Arbeit des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf wesentlich mehr zur Festigung dieses Bündnisses beitragen kann und muß, indem die Arbeitsweise des zu diesem Staatssekretariat gehörenden Apparates nach dem Prinzip der Demokratisierung der Arbeitsweise verbessert wird. Dazu gehört auch eine bessere Anleitung der Zusammenarbeit mit den Dorfaktiven, mit den Ständigen Kommissionen in den Bezirken und Kreisen und die energische Wendung zur unbürokratischen Arbeitsweise, um dadurch auch den Erfassungsplan bei den großbäuerlichen Betrieben nachdrücklich zu realisieren. Der Haushalts- und Finanzausschuß hält den Hinweis für angebracht, daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß auch das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf im Jahre 1953 mit den im Staatshaushaltsplan angesetzten Mitteln auskommen muß.

#### Mißstände im Handel schnellstens beseitigen

In ungleich stärkerem Maße trifft dieser Hinweis auch auf den staatlichen Einzelhandel zu. Die hier in Erscheinung tretenden Millionenverluste aus der Schädlingarbeit des früheren Ministers Hamann rechtfertigen die Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang von

der Regierung getroffen wurden. Der Haushalts- und Finanzausschuß ist der Ansicht, daß es jetzt an der Zeit ist, die vom Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands angeregte Reorganisation dieses Ministeriums in kurzer Frist durchzuführen und begrüßt die inzwischen erfolgte Bestätigung des neuen Ministers für Handel und Versorgung sowie die Schaffung des Staatlichen Komitees für Handel und Versorgung.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern muß auch von seiten des Ministers für Leichtindustrie durch organisierte Anleitung und Kontrolle der von ihm verantwortlich zu erfüllenden Produktionsprobleme sowohl auf dem volkseigenen wie auf dem Sektor der Privatindustrie erheblich besser unterstützt werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hält es für erforderlich, daß sich Minister Dr. Feldmann persönlich noch mehr für die Kontrolle seines Staatshaushalts interessiert und energische Maßnahmen einleitet, um die Nichterfüllung des Finanzplanes bei der ihm unterstellten HV Leder-Schuhe-Rauchwaren zu gewährleisten und die Mitarbeiter des Ministeriums zu veranlassen, ganz allgemein ihren Steuerungs- und Kontrollaufgaben auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft sowohl in der volkseigenen Wirtschaft wie auch bei den ihnen unterstellten Haushaltsorganen erheblich mehr gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang hält der Haushalts- und Finanzausschuß den Hinweis an die Räte der Bezirke und Kreise für angebracht, den § 13 des vorliegenden Gesetzes über den Staatshaushaltsplan ganz besonders zu beachten und die darin angeordneten Revisionen und Kontrollen sowohl in den staatlichen Einrichtungen wie auch in den volkseigenen Betrieben sehr ernst zu nehmen. Die Anwendung des Sparregimes kann hier nur gewährleistet werden, wenn die erforderlichen Maßnahmen auch tatsächlich wirkungsvoll organisiert werden und die Arbeit der Ständigen Kommissionen für die Kontrolle und die Unterstützung dieser Maßnahmen erheblich besser angeleitet und intensiviert wird.

#### Die schöpferischen Energien der Arbeiterklasse werden Bürokraten in der Verwaltung hinwegfegen

Bei der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes über den Staatshaushaltsplan 1953 unterstrich der Haushalts- und Finanzausschuß nochmals die Notwendigkeit, den Kampf um die Durchsetzung des Sparregimes zur Sache der gesamten Bevölkerung zu machen, indem unter Mitwirkung breiter Kreise der Bevölkerung ein Sparprogramm aufgestellt und in den Kreisplänen des Nationalen Aufbauwerkes niedergelegt wird. Es wird dann nicht nur möglich sein, die im Volkswirtschaftsplan 1953 vorgesehenen Aufgaben mit geringerem Aufwand an finanziellen Mitteln zu erfüllen und so zusätzliche Einsparungen vorzunehmen; diese breit zu entfaltende Masseninitiative wird auch die Ausschöpfung der örtlichen Reserven an Rohstoffen und Produktionskapazitäten in bedeutendem Umfang ermöglichen und so dazu beitragen, den Lebensstandard unserer Bevölkerung planmäßig zu verbessern.

Es ruhen ungeheure schöpferische Energien in der Arbeiterklasse, die von einer Welle der Begeisterung entfaltet werden, wenn sowohl in den Organen des Staatsapparates wie auch im Verwaltungsapparat der volkseigenen Wirtschaft selbst das Dornengestrüpp bürokratischer Arbeitsweise gesprengt und Schreibtischbarrikaden federfuchsender Bürokraten in gewaltigem Durchbruch der Demokratisierung und durch die Heranführung der Masse der Werktätigen an die Leitung des Staatsapparates beiseite geräumt werden.

## Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1953

Die Erfolge der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik in den ersten beiden Jahren des Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft bildeten die Voraussetzungen für den historischen Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen. Dieser Aufbau muß sich aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln vollziehen.

Die Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes ist eine wichtige Quelle der Akkumulation für den Staatshaushalt und der zweckmäßigen Ausnutzung der Mittel. Deshalb steht der Kampf um die Sparsamkeit im Jahre 1953 an erster Stelle.

Die Hauptaufgabe des Staatshaushalts 1953 besteht in der Bereitstellung großer Investitionsmittel für die Erweiterung und Stärkung unserer sozialistischen Wirtschaft. Dadurch werden die Voraussetzungen für eine ständige Hebung des Lebensstandards der werktätigen Menschen in unserer Republik geschaffen.

Aufgabe des Staatshaushalts im Jahre 1953 ist es weiterhin, die Mittel für die Verteidigungsbereitschaft unserer Republik zu sichern. Durch größte Sparsamkeit und Ausschöpfung aller inneren Reserven ist es möglich, die neuen Aufgaben zu finanzieren und, wie im Fünfjahrplan vorgesehen, den Lebensstandard der Bevölkerung weiter zu verbessern.

Während die Deutsche Demokratische Republik ohne Verschuldung und aus eigener Kraft große Fortschritte im friedlichen Aufbau erzielt, bereitet die volksfeindliche Adenauer-Regierung einen neuen imperialistischen Weltkrieg vor. Die Kosten dafür werden der werktätigen Bevölkerung fortgesetzt durch neue Steuern, Preiserhöhungen und Lohnkürzungen aufgebürdet. Das Defizit des Bonner Staatshaushalts wächst von Jahr zu Jahr.

Deshalb stellt der Kampf für die Sicherung des Friedens, für die Wiedervereinigung Deutschlands, für ein besseres Leben jedem Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die ehrenvolle Aufgabe, seine ganze Kraft für die Erfüllung des Staatshaushaltsplans 1953 einzusetzen.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat daher beschlossen:

### § 1 Bestätigung des Staatshaushaltsplans

Der Staatshaushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1953 wird wie folgt bestätigt:

Einnahmen .....	34 698,5 Mill. DM
Ausgaben .....	34 688,5 Mill. DM
Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Jahres 1953 .....	10,0 Mill. DM
Überschuß aus dem Jahre 1952 .....	910,2 Mill. DM
Überschuß am Ende des Jahres 1953 .....	920,2 Mill. DM

### § 2 Bestätigung des Haushaltsplans der Republik

Einnahmen .....	28 415,5 Mill. DM
Ausgaben .....	28 300,9 Mill. DM
Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Jahres 1953 .....	114,6 Mill. DM
Überschuß aus dem Jahre 1952 .....	642,6 Mill. DM
Überschuß am Ende des Jahres 1953 .....	757,2 Mill. DM

### § 3 Bestätigung der Haushaltspläne der Bezirke

Die Haushaltspläne der Bezirke für das Jahr 1953 werden wie folgt bestätigt:

für den Bezirk	Einnahmen Mill. DM	Ausgaben Mill. DM	Überschuß am 31.12. 53 Mill. DM
Rostock .....	308,6	299,8	8,8
Schwerin .....	249,3	242,2	7,1
Neubrandenburg .....	217,1	210,8	6,3
Potsdam .....	382,8	371,8	11,0
Frankfurt (Oder) .....	193,1	187,5	5,6
Cottbus .....	233,9	227,1	6,8
Magdeburg .....	443,4	430,6	12,8
Halle .....	591,9	574,7	17,2
Erfurt .....	382,8	371,8	11,0
Gera .....	228,0	219,5	6,5
Suhl .....	152,8	148,5	4,3
Dresden .....	614,6	596,8	17,8
Leipzig .....	419,0	407,0	12,0
Chemnitz .....	554,8	539,0	15,8
Berlin .....	1580,5	1560,5	20,0

### § 4 Bestätigung der Finanzpläne der volkseigenen Wirtschaft

Die Finanzpläne der volkseigenen Wirtschaft für das Jahr 1953 werden bestätigt, und zwar:

- mit Abführungen an den Staatshaushalt in Höhe von ..... 8 185,8 Mill. DM
- mit Zuführungen an den Direktorfonds in Höhe von ..... 392,8 Mill. DM
- mit Zuführungen aus dem Staatshaushalt, insbesondere für Investitionen zur Erweiterung der volkseigenen Wirtschaft in Höhe von 5 091,7 Mill. DM

### § 5 Bestätigung des Haushaltsplans der Sozialversicherung

Der Haushaltsplan der Sozialversicherung für das Jahr 1953 wird wie folgt bestätigt:

Einnahmen .....	4 743,9 Mill. DM
Ausgaben .....	4 743,9 Mill. DM

### § 6 Langfristige Kredite

(1) Der Plan für langfristige Kredite wird mit 416 Millionen DM bestätigt.

(2) Von dieser Summe sind unter anderem 60 Millionen DM zur Förderung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bereitzustellen.

### § 7 Finanzierung der Ausgaben der Bezirke, Kreise und Gemeinden

(1) Zur Finanzierung ihrer Ausgaben, die nicht aus eigenen Einnahmen gedeckt sind, erhalten die Bezirke, Kreise und Gemeinden Steueranteile und Zuweisungen.

(2) Die Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer der volkseigenen Wirtschaft werden denjenigen staatlichen Organen in voller Höhe zugewiesen, in deren Haushalt die Finanzpläne einbezogen sind.

(3) Die Kreise erhalten von den Einnahmen der MTS, soweit sie Lieferungen und Leistungen betreffen, 50 %.

Beachten Sie die Anleitung für die  
**Fachpolitische Schulung**  
 in den „Fachnachrichten für den Staatshaushalt“

(4) Jeder Bezirk erhält von seinem Aufkommen an den Besitz- und Verkehrsteuern, mit Ausnahme der nach Absatz (2) verteilten Steuern, folgende Anteile:

Bezirk	Einkommensteuer	Handwerkersteuer	Lohnsteuer	Vermögenssteuer	Körperschaftsteuer priv. Wirtschaft	Umsatzsteuer priv. Wirtschaft	Gewerbesteuer priv. Wirtschaft
Rostock .....	100	100	100	100	100	100	100 %
Schwerin .....	100	100	100	100	100	100	100 %
Neubrandenburg ..	100	100	100	100	100	100	100 %
Potsdam .....	100	100	100	100	100	90	100 %
Frankfurt (Oder) ..	100	100	100	100	100	100	100 %
Cottbus .....	90	100	80	100	90	90	100 %
Magdeburg .....	90	90	50	100	40	50	100 %
Halle .....	100	90	30	70	30	30	100 %
Erfurt .....	90	100	70	70	60	50	100 %
Cera .....	100	100	70	70	60	70	100 %
Suhl .....	90	100	60	70	60	60	100 %
Dresden .....	90	100	50	60	60	40	100 %
Leipzig .....	50	80	10	40	10	10	100 %
Chemnitz .....	80	90	30	50	20	30	100 %
Berlin .....	80	100	60	60	60	60	100 %

(5) Darüber hinaus erhalten folgende Bezirke zum Ausgleich ihrer Haushalte Zuweisungen:

Rostock .....	52,2 Millionen DM
Schwerin .....	49,2 Millionen DM
Neubrandenburg .....	57,2 Millionen DM
Frankfurt (Oder) .....	2,5 Millionen DM

### § 8 Feststellung der Haushaltspläne durch die Bezirksräte, Kreistage und Gemeindevertretungen

(1) Die Bezirksräte werden ermächtigt, im Rahmen dieses Gesetzes ihre Haushaltspläne einschließlich der zusammengefaßten Haushaltspläne ihrer Kreise und Gemeinden zu beschließen.

(2) Zur Finanzierung der Ausgaben der Kreise, die nicht aus eigenen Einnahmen gedeckt sind, erhalten die Kreise neben den Steuern nach § 7 Abs. (2) vom Bezirk Anteile an den Besitz- und Verkehrsteuern nach § 7 Abs. (4) entsprechend dem Aufkommen in den einzelnen Kreisen.

(3) Die Kreistage werden ermächtigt, den Haushaltsplan des Kreises einschließlich der zusammengefaßten Haushaltspläne ihrer Gemeinden zu beschließen.

(4) Zur Finanzierung der Ausgaben der Gemeinden, die nicht aus eigenen Einnahmen gedeckt sind, erhalten die Gemeinden neben den Steuern nach § 7 Abs. (2) Zuweisungen vom Kreis.

(5) Die Gemeindevertretungen beschließen ihren Haushaltsplan.

### § 9 Prämienfonds

(1) Prämienfonds werden in Verwaltungen, Anstalten und Einrichtungen sowie für Verwaltungen der volkseigenen Wirtschaft in Höhe von 1 1/2 % des Lohn- und Gehaltsfonds gebildet.

(2) Berechnungsgrundlage für die Zuführungen zum Prämienfonds ist die planmäßige Bruttolohn- und Gehaltssumme.

### § 10 Maßnahmen auf dem Gebiete der Besteuerung

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird beauftragt, Maßnahmen zur Vereinfachung der Besteuerung durchzuführen und den Kreis der Handwerker, die der Steuer des Handwerks unterliegen, neu abzugrenzen.

### § 11 Verwendung von Mehreinnahmen und Haushalts-einsparungen

Die auf örtlicher Initiative beruhenden Mehreinnahmen und Einsparungen von Haushaltsmitteln können von den örtlichen Organen für zusätzliche Aufgaben des sozialistischen Aufbaues nach eigener Entscheidung verwendet werden.

### § 12 Haushaltsdisziplin

(1) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden haben den Staatshaushaltsplan in strenger Disziplin unter Anwendung des Sparsamkeitsprinzips durchzuführen. Sie haben insbesondere zu sorgen:

- für den rechtzeitigen und vollen Eingang der Einnahmen und für die Finanzierung aller Maßnahmen, die im Haushaltsplan vorgesehen sind,
- für die rechtzeitige Überweisung der Umlaufmittelüberschüsse, der Steuern und Gewinnabführungen der ihnen unterstellten volkseigenen Wirtschaft in der festgesetzten Höhe an die zuständigen Finanzorgane,
- für die sparsame und ordnungsmäßige Verwendung der Haushaltsmittel und für die Durchführung von Maßnahmen zur Minderung der Ausgaben für die Unterhaltung des Verwaltungsapparates.

(2) Die Minister und Staatssekretäre sowie die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden sind in ihrem Bereich für die im Absatz (1) bezeichneten Maßnahmen verantwortlich.

(3) Die Minister und Staatssekretäre sowie die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden sind für die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens, des Abrechnungsverfahrens und für die regelmäßige Finanzkontrolle der ihnen unterstellten Teile der volkseigenen Wirtschaft verantwortlich.

(4) Die Minister und Staatssekretäre sowie die Räte der Bezirke und Kreise haben durch Anleitung und Kontrolle in ihren Aufgabengebieten die Durchführung des Staatshaushaltes bei den nachgeordneten staatlichen Organen sicherzustellen.

### § 13 Die Organisation der Sparsamkeit in den volkseigenen Betrieben und im Staatsapparat

(1) Um den Kampf um die Sparsamkeit in den volkseigenen Betrieben und im Staatsapparat wirksam führen zu können, genügen die bisherigen Methoden der Kontrolle und Revision nicht mehr.

Es bedarf einer gründlicheren Revision in allen staatlichen Einrichtungen und volkseigenen Betrieben, die entsprechend der Verordnung über die Finanzrevision in den staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen und in den Betrieben und Verwaltungen der volkseigenen Wirtschaft vom 6. November 1952 mindestens jährlich einmal durchzuführen ist.

Die Minister und Staatssekretäre sowie die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise sind verpflichtet, diese Revisionen durchzuführen.

Bei diesen Revisionen ist insbesondere zu prüfen, ob die Haushalts- und Finanzpläne der staatlichen Einrichtungen und volkseigenen Betriebe unter dem Gesichtspunkt der strengsten Sparsamkeit aufgestellt worden sind und durchgeführt werden. Dabei ist darauf zu achten, ob die Ausgaben der materiellen Erfüllung den im Plan festgelegten Aufgaben entsprechen und ob alle Einnahmen, die im Plan festgelegt wurden, realisiert worden sind.

(2) Eine verstärkte Kontrolle über die Einhaltung der Stellenpläne und der Pläne für Verwaltungsausgaben der staatlichen Organe und der volkseigenen Betriebe ist sicherzustellen.

Das Ministerium der Finanzen muß die Registrierung und Kontrolle der bestätigten Pläne, der Lohn- und Gehaltsfonds und der Fonds für Verwaltungsausgaben in den staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen und den Verwaltungen der volkseigenen Betriebe durchführen. Bei Verstößen gegen die Finanz- und Stellenplandisziplin sind die Bankkonten der betreffenden Verwaltungen zu sperren und die Verantwortlichen zu bestrafen.

**§ 14 Haushaltskontrolle**

(1) Dem Minister der Finanzen obliegt die Organisation der Kontrolle und der Anleitung hinsichtlich des rechtzeitigen Einganges der Einnahmen sowie der sparsamen und zweckentsprechenden Verwendung der Haushaltsmittel der Republik, der Bezirke, Kreise und Gemeinden. Die gleichen Aufgaben haben die Leiter der Abteilungen Finanzen der Räte der Bezirke hinsichtlich der Haushalte der Stadt- und Landkreise und hinsichtlich der Haushalte der Städte und Gemeinden.

(2) Das Ministerium der Finanzen und die Abteilungen Finanzen der Räte der Bezirke und Kreise haben zur Prüfung der ordnungsmäßigen Berechnung und Abführung der Steuern und der Sozialversicherungsbeiträge ehrenamtliche Kräfte einzusetzen. Die Bevollmächtigten der Sozialversicherung in den Betrieben sind berechtigt, die ordnungsmäßige Berechnung und Abführung der Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge zu prüfen.

**§ 15 Berichterstattung**

(1) Das Ministerium der Finanzen erläßt Vorschriften für die Abrechnung und Berichterstattung über die Erfüllung des Staatshaushaltsplans.

(2) Die Vierteljahres- und Jahresabschlüsse der in der Verwaltung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik befindlichen Teile der volkseigenen Wirtschaft sind von den zuständigen Ministern und Staatssekretären mit der Stellungnahme des Ministe-

riums der Finanzen dem Ministerrat zur Bestätigung vorzulegen.

In den Bezirken, Kreisen und Gemeinden ist entsprechend zu verfahren.

(3) Bei nicht fristgerechter Vorlage der Abrechnungen über die Erfüllung der Haushaltspläne oder der Vierteljahres- oder Jahresabschlüsse der Betriebe der volkseigenen Wirtschaft ist das Ministerium der Finanzen oder die zuständige Abteilung Finanzen des Rates des Bezirkes, Kreises oder der Städte und Gemeinden berechtigt, die Finanzierung einzustellen.

(4) Das Ministerium der Finanzen und die Abteilungen Finanzen der Räte der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden haben die Vierteljahresberichte über die Erfüllung des Haushaltsplans dem Ministerrat bzw. dem Rat zur Beratung und Beschlußfassung über weitere Maßnahmen zur Erfüllung und Übererfüllung des Haushaltsplans vorzulegen.

(5) In den Rechenschaftsversammlungen vor der Bevölkerung ist über die Durchführung des Haushaltsplans regelmäßig zu berichten.

**§ 16 Durchführungsbestimmungen**

Durchführungsbestimmungen erläßt das Ministerium der Finanzen.

**§ 17 Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1953 in Kraft.

## Zur Kritik an der Reisekostenverordnung

A. Strauß und Julius Richter, Berlin

Wohl kaum eine Anordnung der letzten Zeit hat bei den Beteiligten eine so starke Kritik hervorgerufen wie die Änderungsverordnung zur Verordnung über Reisekostenvergütung. Aus der Fülle der Einsendungen, die den Ministerien für Finanzen und Arbeit, der Tagespresse und den Fachzeitschriften zuzugingen, sind drei Schwerpunkte der Kritik festzustellen:

1. wird die Herabsetzung der Tagegeldhöchsätze, die Gruppeneinteilung und die Nichtgewährung von Tagegeld bei Eintagsreisen als Härte bezeichnet;
2. wird der Text der Verordnung als schwer verständlich und widerspruchsvoll empfunden;
3. werden gegen die Anwendung des § 4 mit seinen halben Tagegeldsätzen auch bei Reisen im Bezirks- und DDR-Maßstab heftige Einwendungen gemacht.

Es ist die Aufgabe der verantwortlichen Stellen, jeder Kritik nachzugehen. Falsche Auffassungen und unberechtigte Einwendungen zu allen Fragen, die mit den notwendigen Sparmaßnahmen in Verbindung stehen, müssen in offener Aussprache geklärt werden.

Berechtigte oder auch nur teilweise berechtigte Kritik muß zur Prüfung und Abstellung vorhandener Mängel führen. In diesem Sinne ist es vor allem Aufgabe der Tagespresse, sich mit dem ersten Schwerpunkt der Kritik zu befassen. Hier soll zu dieser Frage nur darauf hingewiesen werden, daß die Senkung der Tagegeldsätze nach der Änderungsverordnung vom 4. Dezember 1952 gegenüber der Verordnung von 1949 in beiden Reisekostengruppen nur 1 DM pro Tag beträgt. Das Reisen ist aber gegenüber 1949 weitaus billiger geworden.

Wer ehrlich bemüht ist, an der Einführung eines strengen Sparregimes mitzuhelfen, wird also die Kritik an der Senkung der Spensätze nach § 1 als unberechtigt empfinden.

Anders ist es bei der Kritik am Wortlaut der Verordnung und an den Bestimmungen des § 4. Zweifellos ist

die Auslegung der Verordnung schwierig, da sie nur im Zusammenhang mit der Verordnung von 1949 und ihren in verschiedenen Ministerialblättern erschienenen drei Durchführungsbestimmungen anzuwenden und zu verstehen ist. Es wird daher von vielen Seiten gefordert, die Reisekostenverordnung von 1949 mit ihren Durchführungsbestimmungen und der Änderungsverordnung aufzuheben und durch eine zusammenfassende Verordnung abzulösen. Bis zu einer notwendigen Klärung auf dem Verordnungswege sollen im nachfolgenden einige wesentliche Fragen beantwortet werden.

**Zu § 1:**

Hier sei zunächst auf den Druckfehler in der Verordnung vom 4. Dezember 1952 bei den Tagegeldsätzen in der Gruppe I hingewiesen. Anstatt 5,50 DM muß es heißen: 3,50 DM. Die Berichtigung erfolgte im Gesetzblatt 1952 Nr. 180, S. 1374.

**Reisen von drei oder mehr Tagen Dauer.**

Bei drei oder mehr als drei Tage dauernden Dienstreisen sind die Tagegeldsätze nach § 1 vom ersten Tage an zu zahlen. Die halben Tagegeldsätze (3,50 DM bzw. 2,50 DM) kommen zur Anwendung, sofern der erste oder der letzte Reisetag nur eine Abwesenheit von mehr als acht bis zwölf Stunden erforderte.

**Zu § 2. Eintägige Dienstreisen.**

Bei eintägigen Dienstreisen wird ein Tagegeld nicht gewährt, auch wenn sich die Abwesenheit vom Wohnort über die vollen 24 Stunden eines Kalendertages erstreckt. Gegen diese Maßnahme wird heftig polemisiert. Es wird nicht bestritten, daß auch bei eintägigen Dienstreisen ein Mehraufwand entstehen kann. Wenn aber ein Mitarbeiter eines Staatsapparates oder der VE-Wirtschaft dienstlich nach außerhalb fährt und zur Nacht wieder zurückkehrt, wird er seine Ausgaben nach seinen Bedürfnissen einrichten und aus seinen Mitteln bestreiten können. Wir weisen dabei auf die Ausführungen des

Herrn Staatssekretärs Rumpf auf der 10. Tagung des ZK der SED hin (vgl. DFW, Heft 24, Seite 1295). Im Sinne dieser Ausführungen bestimmt der Abs. 2 des § 2, daß Beschäftigte mit einem monatlichen Bruttoverdienst bis einschließlich 350 DM auch bei Eintagsreisen bei Abwesenheit über zwölf Stunden einen Verpflegungszuschuß von 2 DM erhalten.

### Zu § 3. Zweitägige Dienstreisen.

Der Kalendertag zählt von 0 bis 24 Uhr. Nach dem Absatz 1 wird auch bei zweitägigen Dienstreisen bei einer Abwesenheit bis zu zwölf Stunden kein Tagegeld gezahlt. Wird bei einer zweitägigen Dienstreise eine Abwesenheit vom Wohnort oder Dienstort von zwölf bis 48 Stunden notwendig, so wird für beide Tage nur ein Tagegeld nach § 1 gewährt.

Beschäftigte mit einem monatlichen Bruttoverdienst bis einschließlich 350 DM, denen nach § 2 Abs. 2 bei eintägigen Dienstreisen ein Verpflegungszuschuß von 2 DM zusteht, erhalten bei Dienstreisen über zwei Kalendertage, bei der die Abwesenheit am ersten wie auch am zweiten Kalendertage zwölf Stunden überschreitet, für den ersten Tag einen Verpflegungszuschuß von 2 DM, für den zweiten Tag ein Tagegeld bis zu 5 DM.

### Zu § 4:

Die Verordnung von 1949 sah eine Herabsetzung der Tagegeldsätze bei regelmäßig wiederkehrenden Bezirksreisen um 50 % vor. Diese Bestimmung fand so gut wie gar keine Anwendung, da über den Begriff einer Bezirksreise bei den Beteiligten keine Übereinstimmung zu erzielen war. Es ist aber mit den Prinzipien der Sparsamkeit völlig unvereinbar, täglich an die Masse der im Außendienst Beschäftigten bei Fahrten nach außerhalb ein volles Tagegeld bis zu 7 DM zu zahlen. Bei ständig wiederkehrenden Dienstreisen im Kreismaßstab, bei der die Beschäftigten in der Mehrzahl der Fälle zur Nacht wieder an ihren Dienst- oder Wohnort zurückkehren können, decken die Tage- und Übernachtungsgeldsätze nach § 4 unbedingt den tatsächlich notwendigen Mehraufwand.

Von seiten der überwiegend im Außendienst Beschäftigten, die im Bezirks- oder DDR-Maßstab tätig sind, wird das für Reisen in diesem Umfang bestritten.

Die Diskussion um diese Frage ist noch nicht abgeschlossen.

Zur Anwendung dieses Paragraphen ist zunächst folgendes zu sagen: Die Tagegeldsätze nach § 4 werden für jeden Reisetag gezahlt, also auch bei eintägigen Dienstreisen. Als überwiegend sind mehr als 13 einzelne oder zusammenhängende Reisetage im Monatsdurchschnitt anzusehen.

### Zu § 7:

Die Kritik, die von den Kraftfahrern an der Verordnung geübt wird, ist nicht stichhaltig. Vergleicht man die Tage- und Übernachtungsgeldsätze mit den Sätzen nach der Verordnung von 1949, so stehen den Höchstsätzen von bisher 11 DM jetzt 9 DM bis 13 DM bei Fahrten von drei oder mehr Tagen gegenüber.

Zur Anwendung des § 7 folgende Erklärungen und Beispiele:

**Kraftfahrer, Kuriere usw. erhalten**

bei eintägigen Dienstfahrten von mehr als zwölf Stunden einen Verpflegungszuschuß von 2 DM,

bei Fahrten, die sich über zwei Kalendertage erstrecken und eine Abwesenheit von über zwölf Stunden erfordern, einen Verpflegungszuschuß bis zu 5 DM,

bei Fahrten über zwei Kalendertage, bei der die Abwesenheit am ersten Tage zwölf Stunden und auch am zweiten Tage zwölf Stunden überschreitet, für den

ersten Tag einen Verpflegungszuschuß von 2 DM, für den zweiten Tag einen Verpflegungszuschuß bis zu 5 DM.

### Beispiele zu § 7:

	Ablfahrt Tag	Uhrzeit	Rückkehr Tag	Uhrzeit	Abwesenheit vom dienstlichen Wohn- sitz oder Wohnort	Ver- pflegungs- zuschuß
A.	14.2.	8.00	14.2.	22.00	über 12 Std. ....	2,— DM
B.	14.2.	19.00	15.2.	1.00	an 2 Tagen unter 12 Std. ....	—
C.	14.2.	8.00	15.2.	1.00	an 2 Tagen über 12 Std. ... bis zu	5,— DM
D.	14.2.	7.00	15.2.	13.00	am 1. Tag über 12 Std. ....	2,— „
					am 2. Tag über 12 Std. ... bis zu	5,— „
E.	14.2.	15.00	16.2.	18.00	am 1. Tag über 8 Std. ... bis zu	2,50 „
					am 2. Tag über 12 Std. ... bis zu	5,— „
					am 3. Tag über 12 Std. ... bis zu	5,— „

Diese Beispiele gelten auch sinngemäß für den Personenkreis zu § 2 Ziff. (2) der Verordnung vom 4. Dezember 1952.

### Übernachtungsgeld:

Hinsichtlich der Höhe des Übernachtungsgeldes ist die Kritik nicht so stark. Die Praxis hat gezeigt, daß die neuen Sätze ausreichen. Eine Überprüfung im Ministerium für Gesundheitswesen ergab, daß von den im Monat Januar vorgelegten Reisekosten-Abrechnungen 42 % der Anforderungen für Übernachtungen unter der Höchstgrenze lagen.

Die Bestimmungen, nach denen Übernachtungsgeld ausgezahlt wird, wenn der Beschäftigte die Nacht zur Reise verwendet, sofern die Hinreise vor 2 Uhr oder die Rückreise nach 2 Uhr beendet wird, ist nicht aufgehoben. (Verordnung von 1949 § 2.) Die Höhe des Übernachtungsgeldes richtete sich in diesen Fällen nach dem für den Ort vorgeschriebenen Satz, in dem die Übernachtung erfolgt wäre. Das wird im allgemeinen der Ort des Reisezieles sein. Ausgeschlossen ist der Dienst- oder Wohnort des Beschäftigten. Diese Regelung dient der Einsparung von Arbeitszeit und Tagegeld.

### Längerer Aufenthalt in einem Geschäftsort:

Die Bestimmung der Verordnung von 1949, wonach bei längerem Aufenthalt in einem Geschäftsort von mehr als sieben Tagen (bzw. 17 Tagen nach der DB vom 7. März 1950) an Stelle des Tages- und Übernachtungsgeldes in Gruppe I 6 DM, in Gruppe II 4 DM täglich zu zahlen sind, bleibt in Kraft.

Die Reisekosten-Verordnung von 1949 trug den seit 1945 eingetretenen politischen und ökonomischen Veränderungen Rechnung, ohne etwas grundsätzlich Neues bringen zu können. Die Änderungs-Verordnung soll das Prinzip der sparsamsten Verwendung der Mittel unseres Staates auf diesem Gebiet der Verwaltungskosten zum Durchbruch bringen. Es ist verständlich, daß sie nicht sogleich bei allen Beschäftigten volles Verständnis gefunden hat. Es muß aber abschließend darauf hingewiesen werden, daß die am heftigsten kritisierten Spensätze nunmehr im gleichen Rahmen liegen, wie die Tage- und Übernachtungsgelder nach den Montage-Abkommen der Kollektivverträge. Es wird Aufgabe der kommenden Gesetzgebung sein, auch auf diesem Teil des Arbeitsrechtes einheitliche Bestimmungen für alle Werktätigen unserer Republik zu schaffen.

## Der Weg in eine leitende Funktion ist für jede Frau offen

Liesbeth Grun, Berlin



Die Verfasserin des nachfolgenden Beitrages, Kollegin Grun, gehört zu den Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik, die seit 1945 ihre ganze Kraft und ihre Fähigkeiten in den Dienst des Aufbaues unserer fortschrittlichen Gesellschaftsordnung gestellt haben. Ihr Leben und insbesondere ihre

unermüdliche Arbeit sind ein Vorbild für viele unserer Frauen.

Als Tochter eines Landarbeiters, der im ersten Weltkrieg Opfer des räuberischen deutschen Imperialismus wurde, hat Liesbeth Grun die harten Lebensbedingungen der Werktätigen unter dem kapitalistischen System schon in ihrer frühesten Jugend kennengelernt. Sie, die an ihren schulfreien Nachmittagen auf dem Gut eines mecklenburgischen Junkers arbeiten mußte, um mit ihrem kargen Lohn den Lebenskampf ihrer Mutter zu unterstützen, hat das elende Los des Landproletariats selbst erfahren. Nach Beendigung der Volksschule lernte sie in einer Genossenschaftsbank für Landwirtschaft und Handwerk, in der sie nach Beendigung der Lehrzeit zunächst als Stenotypistin und dann dank ihres Fleißes als Buchhalterin tätig war. Nach 1945 stellte sie sich sofort in die Reihen derer, die sich aktiv am Aufbau der vom Faschismus befreiten Heimat beteiligten. Sie war zunächst stellvertretende Filialleiterin bei der Deutschen Notenbank, Kreisfiliale Rügen (vormals: Landeskreditbank Mecklenburg). Im Jahre 1950 wurde sie in die Leitung der Landesgenossenschaftsbank Mecklenburg-Schwerin gewählt, wo sie sich besonders für die Demokratisierung des Genossenschaftswesens auf dem Lande einsetzte. Im Oktober 1951 erfolgte ihre Berufung in das Direktorium der Deutschen Bauern-Bank. Dort leitet sie jetzt die Hauptabteilung Kredite für die bäuerliche Landwirtschaft und für die landwirtschaftlichen Spezialgenossenschaften sowie Bäuerlichen Handelsgenossenschaften. Die im August 1952 von der Deutschen Bauern-Bank herausgegebenen Kreditrichtlinien für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften sind in erster Linie ihr Werk, für dessen Verwirklichung sie jetzt ihre ganze Kraft einsetzt.

Die Redaktion.

Mit besonderer Freude und Dankbarkeit begehen die Frauen der Deutschen Demokratischen Republik den Internationalen Frauentag. Durch die Gesetze unserer Regierung sind ihnen auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens die gleichen Rechte wie den Männern gegeben worden.

In der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist die Gleichberechtigung der Frau gesetzlich garantiert. Damit allein wäre jedoch nichts Entscheidendes geschehen, denn diese formale Gleichstellung gibt es auch in einigen kapitalistischen Ländern, und trotzdem wird dort die Frau unterdrückt und noch

stärker ausgebeutet als der Mann. Was Gleichberechtigung bedeutet und welche Errungenschaften und Rechte sich daraus verwirklichen lassen, zeigt der Weg, den die Frau in der Sowjetunion gegangen ist. Der sozialistische Staat begnügt sich nicht mit der Proklamation der Gleichberechtigung der Frau, sondern er schafft zugleich auch die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Prinzips und mobilisiert die Menschen, dieses Prinzip kämpferisch durchzusetzen.

Es ist das Bestreben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Frau nicht nur alle Arbeitsgebiete zugänglich zu machen, sondern sie in dem von ihr gewählten Beruf zu qualifizieren, damit sie in höherem Maße als bisher in leitender Stellung arbeiten kann. Hier sei nur auf das Gesetz über die Rechte der Frau vom 27. September 1950 hingewiesen, das ein sichtbarer Ausdruck dieser Bemühungen ist.

Man darf die Rolle der Frau nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Kräfteinsatzes für den Fünfjahrplan sehen. Ihre politische Bedeutung ist viel größer.

Deshalb sagte auch Walter Ulbricht auf der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands:

„daß die hohe Aufgabe des Ausbaues des Sozialismus nur erfüllt werden kann, wenn es uns gelingt, die Frauen für die Lösung dieser Aufgaben zu begeistern.“

Sieht man sich als Frau nun in der Praxis um, so ergibt sich nicht immer der Eindruck, daß die Funktionäre im Staatsapparat diese Aufgabe richtig sehen. Das hat seine Ursachen in der geschichtlichen Vergangenheit. Die Unterdrückung und Entwürdigung der Frau ist eine jahrtausendlang geübte Politik der Ausbeuterstaaten, zuletzt der kapitalistischen Ausbeuter. Hieraus ergibt sich im Denken vieler Menschen, auch noch in der sozialistischen Gesellschaft, eine Einschätzung der Frau, die von kapitalistischen Gefühlen und Vorstellungen genährt wird. Dabei ist sich die Frau der Rolle, die ihr unsere Gesellschaft einräumt, noch nicht immer bewußt. Aber auch für einen großen Teil unserer Männer ist die Gleichberechtigung der Frau sehr oft noch lediglich eine juristische Feststellung, aber kein bewußter politischer Begriff.

Im Bankbetrieb tritt diese Erscheinung vielleicht deshalb deutlicher hervor, weil im Kapitalismus das Bankfach ein traditioneller Männerberuf war. Die kapitalistische Bank legte auf Repräsentation Wert, und nach ihrer Auffassung war Repräsentation mit dem Begriff Frau unvereinbar. Man kann leider nicht sagen, daß diese Einstellung bei uns restlos überwunden ist.

Hierzu ein Beispiel:

Eine Frau in leitender Stellung sollte im Auftrage eines zentralen Kreditinstituts die Bank auf Versammlungen von Kreditgenossenschaften vertreten. Das wurde nicht für gut gehalten. Als Begründung wurde angegeben, daß man einen Mann zu diesen Versammlungen schicken müsse, weil dort eine Frau „nicht anspreche“. Die Frage der Repräsentation wurde also im alten Sinne beantwortet. Man hat hier, offensichtlich befangen in der alten Einstellung, nicht nach der Qualifikation dieser Frau gefragt.

Auf der gleichen Linie liegt es, wenn der Mann es ablehnt, „unter einer Frau“ zu arbeiten. Leider kommt dies noch manchmal vor. „Unter“ jemandem arbeitete nur die Bürokratenseele, die ihrem „Chef“ nur den Buckel zu zeigen wagte, aber nie eine Meinung. Die fortschrittliche Frau von heute ist sich ihrer Aufgabe bewußt und vertritt ihre Meinung!

Diese Beispiele, die nur einige von vielen sind, beweisen, daß noch viel Schutt der alten Denkweise wegzuräumen ist, um alle diese Hemmnisse, die der Frauenförderung noch entgegenstehen, zu beseitigen.

Bei den volkseigenen Banken sind im Durchschnitt 50 % Frauen beschäftigt. Ein großer Mangel ist es aber, daß sehr wenig Frauen in leitenden Stellungen tätig sind. Bei der Deutschen Bauern-Bank sind zum Beispiel nur knapp 5 % in leitender Funktion tätig, nämlich eine Frau als Hauptabteilungsleiter, eine Frau als Bezirksstellenleiter und acht Frauen als Kreisstellenleiter.

Die Zweckklüge, daß die Frau ihrer Natur nach nicht für alle Berufe geeignet sei, ist durch die Geschichte der Sowjetunion längst widerlegt. Inzwischen sind auf einem Drittel der Erde die Frauen im wahrsten Sinne des Wortes gleichberechtigt geworden. Diese Gleichberechtigung

hat auch bei uns ihren sichtbaren Ausdruck gefunden. Es ist viel erreicht worden, aber es ist noch mehr zu tun. Die Förderung der Frau in der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Angelegenheit der ganzen Gesellschaft.

Als im Jahre 1910 auf Antrag unserer Clara Zetkin der 8. März zum Internationalen Frauentag erklärt wurde, war noch die ganze Welt vom Kapitalismus beherrscht. Das Leben Clara Zetkins war der große Kampf um die Befreiung der Frau. Noch heute, nach 43 Jahren, müssen Millionen Frauen in den kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern um den Achtstundentag, um den gleichen Lohn für gleiche Arbeit und um ihre volle Gleichberechtigung kämpfen. Mit dem Internationalen Frauentag am 8. März 1953 ist die Forderung nach der internationalen Solidarität aller Frauen der Welt und ihr Kampf um den Frieden verbunden. Darin liegt die besondere Bedeutung dieses Tages für unser deutsches Vaterland. Die Erfolge der Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik werden unseren Schwestern in Westdeutschland ein Ansporn sein, entschlossener denn je um ihre Gleichberechtigung zu kämpfen.

★

**Zum Thema „Qualifizierung der Frauen“ schreibt uns die Leiterin der Deutschen Investitionsbank, Filiale Frankfurt (Oder), Elfriede Petruschke:**

Erst Ende 1947 begann meine Tätigkeit im Finanzapparat, und zwar als Stenotypistin in der damaligen Deutschen Zentralfinanzverwaltung in Berlin. Im August 1952 wurde mir die Leitung der Bezirksfiliale der Deutschen Investitionsbank in Frankfurt (Oder) anvertraut.

Die Folgerichtigkeit meiner Entwicklungsstufen hat mir jede meiner Tätigkeiten lieb und meine jetzige Arbeit leichter gemacht. Anfang 1949 wurde ich von meiner Dienststelle zu einem einjährigen Finanzlehrgang an der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ delegiert. Da das Fachstudium mit dem Studium der Lehren des Marxismus-Leninismus verbunden war, erhielt ich dort die Grundlage für meine weitere Entwicklung. Ich entschied mich für die Tätigkeit in der Deutschen Investitionsbank, weil mir der Aufbau unserer Wirtschaft, insbesondere unserer volkseigenen Wirtschaft, besonders am Herzen lag und mir dieser Sektor der Finanzwirtschaft am lebendigsten erschien. Ich begann 1950 meine Arbeit als Sachbearbeiterin und gleichzeitig als Anfänger der Investpraxis, wurde jedoch nach wenigen Monaten schon als stellvertretender Abteilungsleiter und bald darauf als Abteilungsleiter eingesetzt, lernte die Planung kennen und übernahm Ende 1951 die Leitung der Außenstelle Potsdam der Investitionsbank.

In meiner heutigen Funktion lege ich das größte Gewicht auf die gesellschaftliche und fachliche Schulung, da ich weiß, wie viele unserer Frauen noch ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten in sich tragen, die ohne

intensive Anleitung dem Aufbau unserer Friedenswirtschaft verlorengehen würden. Große Freude z. B. bereiten mir solche Dinge wie die Entwicklung einer Kollegin, die vor Beginn ihrer Tätigkeit in der DIB Frankfurt als Putzfrau ohne jegliche Bürokenntnisse gearbeitet hatte. In rund drei Monaten intensiver Anleitung und Schulung durch unsere Mitarbeiterinnen konnte sie als Investitionsbuchhalterin selbständig und sicher arbeiten. Eine andere Kollegin kam durch die DFD-Werbung unter den Hausfrauen zu uns und hat sich heute von einer Expedientin zu einer qualifizierten Kreditbearbeiterin entwickelt. Zwei Drittel der leitenden Funktionen des Betriebes nehmen Frauen ein.

Wollen wir schneller unserem Ziele, der Einheit Deutschlands und dem Aufbau des Sozialismus in Deutschland entgegenschreiten, so muß an der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten der Wirtschaft und der Politik noch viel energischer gearbeitet werden. Wir Frauen dürfen aber mit den bisher erreichten Erfolgen nicht zufrieden sein, denn Stillstand bedeutet Rückschritt, wir müssen uns die größte Mühe geben, um unseren Männern zu ermöglichen, die Plätze einzunehmen, an denen sie zum Gelingen unserer Sache noch dringender benötigt werden.

Dabei müssen wir uns immer vor Augen halten, daß es solche Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen nur in einem wahrhaft demokratischen Staat gibt und geben kann.

**Frauen, werdet aktive Erbauerinnen des Sozialismus,  
helft mit bei der Erfüllung unseres Fünfjahrplanes!**

**Die Kollegin Ilse Becker von der Deutschen Notenbank Chemnitz schreibt:**

Wir Mitarbeiterinnen im Finanzapparat spüren sehr wohl, daß bei der Entwicklung und Förderung der Frauen schon mancher Schritt vorwärts getan wurde, daß aber andererseits, ganz besonders von uns Frauen selbst, noch vieles zu tun ist. Kolleginnen! Zeigt, daß in euch Fähigkeiten vorhanden sind, leitende Stellungen zu übernehmen, überwindet endlich Minderwertigkeitsgefühle und Hemmungen, die euch anhaften!

Wir müssen nicht jahrzehntelang die „rechte Hand“ des „Chefs“ bleiben. Eine Stenotypistin kann durchaus zu einer guten Sachbearbeiterin werden. Jahrelang hat sie aus ein paar Worten, die ihr der „Chef“ angibt, den Schriftverkehr geformt und sich ein umfassendes fachliches Wissen auf dem betreffenden Gebiet angeeignet, so daß sie ohne weiteres eine höhere Position einnehmen könnte. Ein Hemmnis in der Qualifizierung der Frauen sind auch oft die männlichen Kollegen. Mancher Kollege befürchtet wohl, daß, wenn er sein Wissen an die aufnahmefähige Kollegin weitergibt, ihn diese aus dem Sattel heben will. Es ist aber keineswegs so, daß wir Frauen unsere Kollegen vom Arbeitsplatz verdrängen möchten. Aus Presse und Diskussionen geht doch immer wieder hervor, daß an qualifizierten Mitarbeitern ein großer Mangel besteht und es noch nicht gelungen ist, den Bedarf an wertvollen Fachkräften zu decken. Wir Frauen können die großen Aufgaben im Finanzapparat nur lösen helfen, wenn wir von der Richtigkeit der

Wirtschafts- und Finanzpolitik und den Maßnahmen der Regierung voll überzeugt sind. Es genügt nicht, nur ein ausgezeichnetes Fachwissen ohne notwendige gesellschaftliche Kenntnisse zu haben. Eine wertvolle Grundlage, um sich weiterzubilden, sind die Verwaltungs- und Bankenschulen, die nicht nur das vorhandene Fachwissen auffrischen, sondern die Aufgaben unseres Staates eingehend behandeln, die Gesetze und Verordnungen erläutern und ein umfassendes gesellschaftliches Wissen vermitteln. Es ist dringend nötig, daß wir Frauen uns mit diesen Dingen beschäftigen, wenn wir mit Erfolg für die Gesellschaft arbeiten wollen. Die Gesellschaft, für die wir lernen und arbeiten, sind wir selbst und die Früchte unserer Bemühungen kommen uns allen zugute.

Die eine oder andere Kollegin wird mir entgegenhalten, daß sie keine Zeit hat für gesellschaftliche Arbeit. Wenn wir einen Blick in die Volksdemokratien und besonders in die Sowjetunion tun, so können wir feststellen, daß man dort mit diesen Problemen schon längst fertig geworden ist. Die Kindergärten, Großküchen, Wäschereien und sozialen Einrichtungen aller Art tragen wesentlich dazu bei, die Frauen von einem großen Teil ihrer Hausarbeiten zu entlasten. Wir sind bemüht, diese Einrichtungen auch bei uns immer mehr zu erweitern. Dazu gehört, daß wir jetzt an die großen vor uns liegenden Aufgaben mit Freude und Verantwortung herangehen.

★

**Die Kollegin Margarete Hausmann berichtet uns von ihrer Arbeit in der Stadt- und Kreissparkasse Dresden:**

Seit 1945 setze ich meine ganze Kraft ein, um am friedlichen Aufbau unserer Heimat mitzuhelfen. Ich erkannte, daß der Wiederaufbau schneller möglich ist, wenn auch die Frauen entscheidend in den Arbeitsprozeß eingereicht werden und am politischen Geschehen aktiv teilnehmen.

In den Jahren 1945 bis 1948 arbeitete ich in unserem Zweigstellennetz und war vorwiegend als Kassiererin und stellvertretende Zweigstellenleiterin tätig.

In den Jahren 1946 bis 1951 war ich Mitglied des Betriebsrates, später der BGL. Seit Beginn meiner Gewerkschaftsarbeit stellte ich mir zum Ziel, für unseren Betrieb soviel als möglich Frauen in verantwortliche Funktionen mit zu entwickeln und damit das Gesetz zur Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen.

1948 erhielt ich für besondere Leistungen am Aufbau die Aktivistenerkunde und 1950 die Aktivistenerkunde mit Nadel für den Zweijahrplan.

Im Jahre 1949 übernahm ich die Abteilung Betriebs-, Schul- und Abholersparen und Werbung. Es galt, das Vertrauen der Bevölkerung zur Sparkasse und zum Sparen überhaupt zu gewinnen, hatten doch gerade unsere werktätigen Menschen durch zwei imperialistische Weltkriege die empfindlichsten Verluste erlitten. Hier war eine geduldige Aufklärungsarbeit erforderlich.

Als BGL-Mitglied wurde mir außerdem die Aufgabe übertragen, die ausgeliehenen Kredite mit zu überwachen. Dabei habe ich festgestellt, daß nicht in jedem Falle die Kredite nach unseren kreditpolitischen Richtlinien und der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit ausgeliehen waren. Diese Mängel wurden inzwischen beseitigt. Am 1. April 1951 erfolgte die Zusammenlegung

der Stadt- und Kreissparkasse Dresden, und ich wurde auf Vorschlag des DFD als stellvertretende Leiterin eingesetzt. Mir wurde die Leitung der Kredit- und Hypothekenabteilung übertragen. Meine Aufgabe sah ich darin, die Gelder unserer werktätigen Menschen streng nach den finanzpolitischen und volkswirtschaftlichen Richtlinien auszuleihen, um auch hier den Beitrag zur Erfüllung und Übererfüllung des Fünfjahresplanes zu leisten.

Im Mai 1952 erkrankte unser Betriebsleiter, und mir wurde die Leitung der Sparkasse übertragen.

Die Entwicklung der Frauen für leitende und verantwortliche Funktionen in unserem Betrieb ist wie folgt:

Am 31. März 1951: 31 Kolleginnen;  
Ende Dezember 1951: 65 Kolleginnen;  
Ende Dezember 1952: 72 Kolleginnen.

Die Zahlen beweisen, daß es uns gelungen ist, Frauen in verantwortliche und leitende Funktionen mit gutem Erfolg einzusetzen. So konnte z. B. unsere Kollegin Hertha Gunkel am 13. Oktober 1952 als „Neuerer“ ausgezeichnet werden. Sie ist als Zweigstellenleiterin eine der ersten, der es gelungen war, unsere Kampfmeßzahl einzuführen und den Arbeitsablauf innerhalb der Zweigstelle reibungslos zu gestalten.

Wir Frauen sind in den ersten Jahren zum Teil zögernd an verantwortungsvolle Aufgaben herangegangen. Heute stellen wir fest, daß die Frauen bewiesen haben, daß sie in der Lage sind, hohe Leistungen zu vollbringen, und mit Freude und Enthusiasmus werden wir weiter an uns arbeiten, um am Aufbau des Sozialismus entscheidend mitwirken zu können.

## Steuern sind keine Kosten

Einige Bemerkungen zur Anweisung Nr. 1 zur I. DB zur Verordnung über das Rechnungswesen der zentral geleiteten volkseigenen Betriebe der Industrie vom 23. Dezember 1952<sup>1)</sup>

Walter Gellrich, Berlin

Der Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Anleitung zum Handeln für jeden Bürger, besonders für die leitenden Kader im Staatsapparat. Denn ihre Arbeit trägt in entscheidendem Maße dazu bei, die Massen des Volkes durch richtige Anordnungen, Anweisungen usw. zu mobilisieren.

Daß der Klassenfeind nichts unversucht läßt, seine volks- und klassenfeindlichen Ideologien, soweit sie noch in den Köpfen unserer Menschen vorhanden sind, zu festigen, sie zu erhalten und sie weiterzuerweitern, obwohl bei uns für diese Ideologien die ökonomischen Grundlagen in entscheidendem Maße vernichtet sind, wird jedem, der ernsthaft die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus studiert, in zunehmendem Maße klarer.

Daher fordert der Beschluß der II. Parteikonferenz den entschiedenen Kampf gegen alle bürgerlichen, zersetzenden Ideologien und gegen alle Reste kapitalistischer Methoden, denn „Das Tempo des sozialistischen Aufbaus ist entscheidend abhängig von der Überwindung der Überreste des kapitalistischen Denkens und der kapitalistischen Methoden in der volkseigenen Wirtschaft“. (Beschluß der II. Parteikonferenz.)

Besondere Überreste kapitalistischen Denkens und kapitalistischer Methoden halten sich immer noch in unserer volkseigenen Wirtschaft, gegen die aber vor allem bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen Rechnungsführung der entscheidende Schlag geführt wird. Ein Schwerpunkt bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist das betriebliche Rechnungswesen, das durch den Beschluß unserer Regierung vom 30. Oktober 1952 (Gesetzblatt 52 S. 1117) für die zentralgeleiteten volkseigenen Betriebe der Industrie völlig umgestaltet worden ist und ab 1. Januar 1953 dort angewendet wird. Natürlich konnten bei der Ausarbeitung noch nicht alle Schlacken der Vergangenheit abgestreift werden, da das Studium der wissenschaftlichen Arbeiten und Erfahrungen sowjetischer Wissenschaftler und Praktiker auf diesem Gebiet noch ungenügend gewesen ist.

Dennoch aber ist besonders in der entscheidenden Frage der Kostenrechnung eine generelle, eine revolutionäre Wendung gemacht worden, die zur Folge haben wird, daß die in den Köpfen der alten Betriebswirtschaftler eingefressenen Kostenrichtlinien (LSO) der faschistischen Kriegswirtschaft auf dem Gebiet der Selbstkostenermittlung, der Betriebsabrechnung und der Preisbildung endlich überwunden werden. Diese Preisbildungsvorschriften waren der Kernpunkt der faschistischen Betriebswirtschaftslehre, die die verbrecherischen Ausbeutungsmethoden zur Erzielung von Maximalprofiten „wissenschaftlich“ begründen half.

Um so mehr muß die Verordnung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt werden, die nunmehr eine solche Preisermittlung gewährleistet, die auf den Selbstkosten der Produktion aufbaut. Denn ohne die genaue Kenntnis der Selbstkosten kann man keine Preise festsetzen, die dem Wert der zur Her-

stellung eines Produktes gesellschaftlich notwendigen Arbeit entsprechen.

Es wird noch eine große und anstrengende Arbeit erforderlich sein, ehe wir bei uns Preise geschaffen haben, die die Ergebnisse der sich nach dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung bewegenden Wirtschaft richtig widerspiegeln. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Preise einzelner Produkte über oder unter ihrem Wert festgesetzt werden können.

Das Tempo der richtigen Preisplanung hängt davon ab, inwieweit die Wirkung des Wertgesetzes in unserer Wirtschaft voll erkannt wird. Mit zunehmender Erkenntnis der Wirkung des Wertgesetzes nimmt auch die Möglichkeit seiner bewußten Anwendung zu, nachdem die entscheidende Ursache der Spontaneität und des blinden Wirkens des Wertgesetzes ausgeschaltet ist. Denn der Hauptwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem kapitalistischen Charakter der Aneignung ist durch Schaffung sozialistischer Eigentumsverhältnisse — außer im privatkapitalistischen Sektor unserer Wirtschaft — durch die Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz beseitigt worden.

Die erste und wichtigste Aufgabe besteht also darin, die Wirkungen des Wertgesetzes zu erkennen, sie zu studieren, um sie in den Berechnungen zu berücksichtigen. Dazu ist die genaue Kenntnis der Selbstkosten der Produktion die erste Voraussetzung. Hier bei der Kostenrechnung eine klare Bestimmung zu treffen, welche Kostenelemente zu den Selbstkosten zu zählen sind, muß Aufgabe der Wirtschaftler sein, die eingehend die marxistisch-leninistische Wissenschaft und die großen wissenschaftlichen Erkenntnisse sowjetischer Wissenschaftler und die konkreten Bedingungen in unseren Betrieben studieren müssen, um der Praxis richtige Anleitung zu geben.

Das bedeutet zugleich die Schaffung einer Betriebswirtschaftslehre vom sozialistischen Betrieb. Denn, wie Walter Ulbricht auf der Sondersitzung der Deutschen Akademie der Wissenschaften am 22. Januar 1953 sagt, „ist z. B. die sogenannte Betriebswirtschaftslehre der kapitalistischen Zeit für die Betriebe sozialistischen Charakters so rückständig, daß man sie nicht als System übernehmen kann“ (ND Nr. 21 vom 25. Januar 1953).

Man muß sich kämpferisch mit dieser alten Betriebswirtschaftslehre und ihren Kostenrechnungs- usw. -methoden auseinandersetzen. Jede Beschönigung oder Verwendung solcher Methoden ist schädlich und hemmt unseren Aufbau. Aber weit schädlicher ist, wenn solche alten Methoden mit Hilfe einer Anweisung des Ministeriums der Finanzen in die vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik beschlossene neue Kostenrechnung wieder hineingenommen werden sollen. Nachdem in mühevoller Kleinarbeit in Lehrgängen und Kursen Tausende Hauptbuchhalter, Buchhalter, Betriebsabrechner, Lehrer von Fachschulen und Berufsschulen, Aktivisten, Brigadiere, Meister usw. mit dem Inhalt des neuen Rechnungswesens mehr oder weniger vertraut gemacht worden sind, wird in dem in der „Deutschen Finanzwirtschaft“ als Beilage erschei-

<sup>1)</sup> „Handbuch des Hauptbuchhalters“ in DFV 1/1953.

nenden „Handbuch des Hauptbuchhalters“ eine Anweisung Nr. 1 des Ministeriums der Finanzen veröffentlicht, in der der Nachweis, die Verrechnung, Abrechnung und der buchhalterische Ausweis der Steuern der alten kapitalistischen Kostenrechnung angepaßt wird. In der einleitenden Begründung zu dieser Anweisung wird behauptet, daß die nachfolgende Änderung deswegen notwendig sei, weil das Nichteinbeziehen der Steuern in die Selbstkosten das Vorhandensein einer differenzierten Warensteuer zur Voraussetzung habe.

Diese Begründung ist ebenso plump wie falsch. Ebenso könnte man sagen: da wir noch nicht überall technisch begründete Arbeitsnormen haben, können wir noch nicht überall einen Plan aufstellen. Der Ausweis der vom Betrieb gezahlten verschiedenen Steuerarten wird im neuen Rechnungswesen in einwandfreier Weise dargestellt, so daß eine noch bessere Kontrolle kaum gegeben ist. Die Verrechnung der Steuern wird allerdings nicht mehr in den Selbstkosten vorgenommen. Es ist auch falsch, in der Anweisung zu behaupten, daß die bisher in den sogenannten Gemeinkosten verrechneten Steuern nunmehr in den kommerziellen Kosten zu verrechnen seien. Da in der durch den Ministerrat beschlossenen gesetzlichen Regelung der alte Begriff und die alte Zusammensetzung der Gemeinkosten völlig zerlegt ist, kann man auch nicht sagen, daß in den Gemeinkosten in ihrer neuen Zusammensetzung noch Steuern verrechnet sind.

Wenn die neue Kostenrechnung einen Schritt nach vorwärts bedeutet, und es sich klar zeigt, daß durch die mehr als nachhinkende Arbeitsweise des Ministeriums der Finanzen in der Frage der differenzierten Warensteuer noch immer keine Lösung und Entscheidung für das Jahr 1953 getroffen worden ist, obwohl in vielen Besprechungen und Artikeln von der Vereinheitlichung der Steuern gesprochen wurde, so müßte die neue Kostenrechnung um so mehr begrüßt werden, als sie, abgesehen von einigen noch bestehenden Mängeln, in entscheidendem Maße dazu beitragen wird, eine feste Arbeitsgrundlage für die richtige Herausarbeitung einer differenzierten Warensteuer zu geben. Statt dessen fällt man in den kapitalistischen Widersinn zurück, verschiedene Steuern wieder in die Selbstkosten zu verrechnen. Daß dies ein Widersinn ist, ist nicht nur wissenschaftlich schon seit langem begründet, sondern zeigt sich auch in der Praxis der Ermittlung einwandfreier Selbstkosten. Denn hier werden staatliche Abgaben in die Selbstkosten einbezogen, auf deren Höhe der Betrieb nicht Einfluß nehmen kann. Diese staatlichen Abgaben haben mit den betrieblichen Selbstkosten nichts zu tun. Wenn man diese staatlichen Abgaben in die Selbstkosten einbezieht, erhält man ein falsches Bild der Selbstkosten des Betriebes und damit eine falsche Berechnungsgrundlage für die Festsetzung von Werksabgabepreisen und der Gewinne. Verwirrend und störend wirkt sich dies auch dort aus, wo der Nachweis geführt werden soll, daß der Betrieb ohne Subventionen auskommt. Die Rentabilität kann der nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitende Betriebsleiter nicht erreichen, wenn die Höhe der Selbstkosten von Kostenelementen abhängig ist, die nicht zu den Selbstkosten gehören. Es ist absurd und falsch, solche staatlichen Abgaben in die Selbstkosten einzubeziehen, da bei der Festsetzung der Selbstkostensenkung der Prozentsatz der Senkung auf die Gesamtsumme der Selbstkosten bezogen wird. Ein so errechneter Selbstkostensenkungsbetrag ist falsch; er muß — unter sonst gleichen Umständen — höher sein als im Plan angegeben. Gegenüber dem Betrieb und dem Staat ist das eine betrügerische und den Plan störende Handlungsweise, die eine zersetzende Wirkung auf die Entwicklung unserer Wirtschaft ausübt.

Was die Frage der Verrechnung der Steuern betrifft, so ist diese gerade in der neuen Kostenrechnung und Betriebsabrechnung sehr klar und einfach gelöst. Da zu Beginn eines Planungs- und Abrechnungszeitraumes die an den Staat und seine örtlichen Verwaltungsorgane abzuführenden staatlichen Abgaben in ihren verschiedensten Formen feststehen — man könnte ja sonst weder einen Betriebsfinanz- noch einen Haushaltsplan aufstellen —, kann man die Gesamtsumme der abzuführenden staatlichen Abgaben mit den geplanten Selbstkosten der abzusetzenden Produkte in Beziehung setzen und erhält so einen Verrechnungssatz für alle staatlichen Abgaben, der über die Ergebnisrechnung des Betriebes schließlich als Teil des Gesamtergebnisses als Steuern abzuführen ist. Das liegt im Steuerplan fest und wird durch die tatsächliche Abführung kontrolliert, ohne daß besondere „Verbindlichkeitskonten“ eingerichtet zu werden brauchen, die ohnehin die tatsächliche Finanzlage des Betriebes verschleiern. Aber daß die Umsatzsteuer, die ja die Grundlage für die differenzierte Warensteuer bilden wird, nach dieser Anweisung wieder als Umsatz- und Ergebnisschmälerung ausgewiesen wird, das ist ein Hohn auf die uns aus der Sowjetwissenschaft zur Verfügung stehenden Quellen.

Lernen wir nicht aus den Arbeiten sowjetischer Ökonomen, daß die Umsatzsteuer die eine Art der Abführung des vom Betrieb erarbeiteten Gesamtgewinnes an den Staat ist, daß die andere Art der abzuführende Nettogewinn ist?

Statt dessen soll man nach der Anweisung Nr. 1 des Ministeriums der Finanzen die Umsatzsteuer wie 'n der kapitalistischen Wirtschaft als umsatz- und gewinnschmälernd betrachten!

Der Rückfall in alte kapitalistische Methoden der Kostenrechnung ist Sabotage an der Entwicklung der wirtschaftlichen Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Steuern sind und bleiben ein Teil des vom Betrieb erarbeiteten Ergebnisses, ganz gleich in welcher Form und unter welchem Namen sie an den Staat abgeführt werden.

Auch die an die örtlichen staatlichen Verwaltungen abzuführenden Steuern gehören ökonomisch nicht in die Selbstkosten.

Es ist noch nicht abzusehen, welche ungeheueren Verwirrungen diese Anweisung, die offiziell im „Handbuch für den Hauptbuchhalter“ erscheint, anrichten wird, nicht nur bei den mit dem neuen Rechnungswesen vertraut gemachten Buchhaltern, sondern bei all denen, denen gelehrt worden ist, daß die neue Kostenrechnung auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Politischen Ökonomie aufgebaut ist und bei der Ausarbeitung sowjetische Erfahrungen angewendet wurden.

Aber noch eines muß sehr zu denken geben. Beim Ministerium der Finanzen ist ein Institut für Rechnungswesen gegründet worden, welches die Aufgabe hat, das Rechnungswesen der volkseigenen Wirtschaft auf wissenschaftlicher Grundlage weiterzuentwickeln. Diese Anweisung ist zu einem Teil auch das Ergebnis der Arbeit dieses Instituts, welches dadurch zeigt, daß es noch nicht richtig auf wissenschaftlicher Grundlage arbeitet und selbst in die alten kapitalistischen Methoden zurückzugleiten droht. Was aber erwarten wir von einem wissenschaftlichen Institut?

Walter Ulbricht sagt: „Deshalb stellen wir die Wissenschaft, die eine objektive Wahrheit ist, beim Übergang von der alten kapitalistischen Gesellschaft zur neuen sozialistischen Gesellschaft in den Dienst des Neuaufbaus. Die Umwälzung in der Gesellschaft, die

sich gegenwärtig vollzieht, muß sich notwendigerweise auch in der Umstellung der wissenschaftlichen Institutionen, in ihrer neuen Aufgabenstellung und in ihrer neuen Arbeitsweise auswirken. Die methodische Grundlage der modernen fortschrittlichen Wissenschaft ist der dialektische Materialismus, der die allgemeingültigen Gesetze jeder Entwicklung erschließt. Die Methode des dialektischen Materialismus lehrt, daß das Wesen des wissenschaftlichen Fortschritts der ständige Kampf der fortschrittlichen materialistischen Ideen gegen die überlebten reaktionären Ideen ist.“ (ND Nr. 21 vom 25. Januar 1953.)

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der kämpferischen Auseinandersetzung. „Die Schaffung der Grundlagen

des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“, sagt Walter Ulbricht, „ist verbunden mit dem gleichzeitigen Kampf gegen die kapitalistische Ideologie im Bewußtsein der Menschen. Die Vertreter der reaktionären Klassen sind interessiert an der Erhaltung und Verbreitung unwissenschaftlicher Anschauungen, die sie als Wissenschaft auszugeben versuchen.“

Daß unsere Wissenschaftler mit unversöhnlicher Parteilichkeit die fortschrittliche Wissenschaft gegen alle Spielarten von sogenannter Wissenschaftlichkeit der Apologeten des Imperialismus der USA und Westdeutschlands kämpfen müssen, ist oberstes Gesetz für die Reinhaltung der Wissenschaft von allen zersetzenden Ideologien der Feinde der Menschheit.

## Die ersten Ergebnisse und Erfahrungen im Vertragssparen

R. Müller, Berlin

In diesen Tagen wurde die Auslosung der Aufbau- lotterie für das Nationale Aufbauprogramm Berlin 1952 abgeschlossen. Fast 8000 Teilnehmer an der Aufbau- lotterie werden in diesen Tagen von den Sparkassen die Benachrichtigung erhalten, daß sie zu den glücklichen Gewinnern gehören. Aber es wäre falsch, in der Aus- losung der Gewinne allein den Hauptzweck der Auf- baulotterie zu sehen. Der Hauptzweck der Beteiligung an der Aufbau- lotterie liegt vielmehr darin, daß unsere Werktätigen durch ihre Sparbeiträge dem Nationalen Aufbauprogramm Berlin 1952 die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellten und dadurch zum Wiederaufbau der deutschen Hauptstadt aktiv beigetragen haben. Die prächtigen Bauten der ersten sozialistischen Straße Berlins, der Stalinallee, sind das sichtbare Symbol der Bemühungen unserer Bevölkerung, sich ein Leben im Wohlstand und Glück aufzubauen.

Dieser gewaltige Erfolg hat die Begeisterung unserer werktätigen Menschen zum bewußten Sparen geweckt. Ihrer berechtigten Forderung, auch im Jahre 1953 durch ihren Sparbeitrag am weiteren Aufbau unserer Städte mitzuwirken, wurde Rechnung getragen durch den Aufruf des Nationalen Komitees für den Neuaufbau der deutschen Hauptstadt anlässlich seiner IV. Tagung am 13. Dezember des vergangenen Jahres. Seitdem sind etwas mehr als anderthalb Monate vergangen. Während dieser kurzen Zeit konnten bereits zahlreiche Erfah- rungen über den bisherigen Verlauf der Sparaktion gesammelt werden, die neben einer Reihe guter Ergeb- nisse auch noch erhebliche Mängel aufweisen.

Es muß vor allem festgestellt werden, daß die Spar- kassen im Monat Dezember 1952 es nicht in genügendem Maße verstanden haben, der Begeisterung und den Wünschen der Bevölkerung zur Fortsetzung des Sparens für den Aufbau im Jahre 1953 Rechnung zu tragen, ob- wohl ihnen diese Aufgabe bereits mit den Richtlinien zur Ausgabe der Lose für die Aufbau- lotterie in den ersten Dezembertagen bekannt und gestellt wurde. Wenn auch der geschäftsstarke Monat Dezember sowie die Vorarbeiten und die Durchführung des Jahres- abschlusses ohne Zweifel eine Anhäufung von Arbeiten mit sich brachten, so muß dennoch gesagt werden, daß in diesen Anfangswochen eine Unterschätzung der Be- deutung und der damit verbundenen organisatorischen Aufgabe bei den Sparkassen vorlag. Wie anders soll man z. B. die Tatsache auffassen, wenn am 5. Januar

1953 in Frankfurt (Oder) insgesamt lediglich zwei Spar- verträge, nämlich der des Leiters und seines Vertreters, vorlagen.

An dieser unbefriedigenden Anfangsarbeit in der letzten Dezemberhälfte ist ohne Zweifel auch die nur schwache Instrukteurtätigkeit der Hauptreferate Sparkassen und Banken bei den Bezirken nicht schuldlos. Hier ist wich- tige Zeit versäumt worden, und die Forderungen vieler Werktätiger auf den Abschluß von Sparverträgen wur- den ständig stärker.

Einige Sparkassen werden dem vielleicht entgegen- halten, daß irgendwelche Richtlinien oder Formulare zu spät bei ihnen eingegangen seien. Ohne Zweifel sind auch einige Mängel in der Arbeit der Abteilung Spar- kasse des Finanzministeriums zu suchen. Bewußt ist jedoch anfänglich auf technische Richtlinien für die betriebsinterne Buchung verzichtet worden, da alle Kräfte auf die Werbung, die Aufklärungsarbeit und auf den Abschluß der Sparverträge konzentriert werden sollten. Die Veröffentlichungen des Beschlusses und der Referate auf der IV. Tagung des Nationalen Komitees für den Neuaufbau der deutschen Hauptstadt am 13. De- zember 1952 und die inzwischen erfolgten Pressepubli- kationen sowie die in den ersten Dezembertagen er- gangenen Richtlinien waren durchaus ausreichend, um die Sparkassen zur größten Initiative zu veranlassen.

In den ersten Januartagen hat sich durch ständige Instrukteurtätigkeit und Anleitung der Sparkassen durch die Abteilung Sparkassen und die Hauptreferate der Bezirke die Arbeit der Sparkassen wesentlich ver- bessert, die Bedeutung der Aufgabe wurde klarer er- kannt. In Zusammenarbeit mit den Parteien und Orga- nisationen der Kreise und der Betriebe sind gute Bei- spiele geschaffen worden. Die vorliegenden Berichte zeigen eine große Aufgeschlossenheit und positive Ein- stellung der werktätigen Menschen in unseren Be- trieben, der werktätigen Bauern und unserer Haus- frauen. Dieser aufgeschlossenen Haltung unserer Be- völkerung ist es zu verdanken, daß bereits Hundert- tausende von Sparverträgen abgeschlossen wurden. Es gibt dafür eine Reihe von guten Beispielen, die hier besonders hervorgehoben werden müssen.

Im größten Betrieb Wurzens, wo sich im Jahre 1952 nur etwa 10 % der Belegschaft am Nationalen Aufbau- programm Berlin 1952 beteiligt haben, unterzeichneten heute bereits 53 % der Belegschaft Sparverträge. Ein

weiteres gutes Beispiel kann von dem **Textil- und Gummiwerk Neugersdorf** im Kreise Löbau genannt werden, wo bereits Ende Dezember 1952 60% der gesamten Belegschaft einen Sparvertrag abgeschlossen hatten. Besonders rühmig war auch die **Stadt- und Kreissparkasse Leipzig**. Ebenso berichtet die **Kreissparkasse Weimar**, daß sie bereits in diesen nächsten Tagen 10 000 Sparverträge abschließen wird. Im Kreise Kamenz wurde in einem staatlichen Handelsbetriebe zu einem innerbetrieblichen Wettbewerb zum Abschluß von Sparverträgen aufgerufen. Den beiden Siegern, die eine Freifahrt zur Besichtigung der Stalinallee erhielten, gelang es, je 355 Sparverträge abzuschließen. Im Kreis Mühlhausen ist besonders der **VEB IFA Möwe-Werk** Vorbild. Dieses gute Beispiel ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß im Kreis Mühlhausen ein Komitee zur Förderung des Aufbausparens gebildet wurde, zu dem ständige Vertreter der Nationalen Front, des FDGB, des Rates des Kreises, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der anderen Parteien und Massenorganisationen gehören. In den Kreisräten und Kreistagen, in den Stadträten und Stadtverordnetenversammlungen wird über die Förderung und Unterstützung des Aufbausparens beraten. Es erscheint beachtenswert, wenn aus Ludwigslust und auch einigen anderen Städten berichtet wird, daß die Förderung des Abschlusses von Sparverträgen in den Industriebetrieben größere Unterstützung findet als in den Verwaltungen. Das kann man allerdings nicht verallgemeinern. So gibt es außer der **Stadtverwaltung in Storkow** noch eine Vielzahl anderer Verwaltungen, wo die Kollegen sich ebenfalls 100prozentig am Vertragssparen beteiligen und damit zum Ausdruck bringen, daß sie gewillt sind, mit all ihrer Kraft an der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus mitzuarbeiten.

Bei diesen Feststellungen einer so positiven Einstellung unserer werktätigen Menschen zu unserem Aufbauwerk, bei den Beweisen so großer Begeisterung, wie sie uns in hunderteiligen Beispielen vorliegen, müssen einige negative Stellungnahmen einzelner Sparkassen uns verwunderlich anmuten. Wenn z. B. die **Kreissparkasse Eisleben** dem Ministerium der Finanzen mitteilt:

*„Ihre Ansicht ist vollkommen falsch, wenn Sie annehmen, daß es nur eines geringen Anstoßes der Sparkasse bedarf, um die bisherigen Teilnehmer am Nationalen Aufbauprogramm Berlin 1952 für das Vertragssparen zu gewinnen.“*

so steht diese Feststellung im Gegensatz zu den zahlreichen Instrukteurberichten und Ergebnissen aus den anderen Kreisen, und die **Kreissparkasse Eisleben** und einige andere Kreise sollten sorgfältig überprüfen, wo die Ursachen der ungenügenden Entwicklung der Abschlüsse liegen. Wir wissen, daß ein großer Erfolg nicht ohne Mühen und Anstrengungen erreicht werden kann, daß es darauf ankommt, ständig mehr Menschen von der Richtigkeit unseres Weges zu überzeugen und darzulegen, daß ihr Sparvertrag ein kleiner Beitrag zu unserem großen Aufbauwerk ist. Dabei könnte ohne Zweifel an manchen Orten die Unterstützung der Parteien und Massenorganisationen noch durchaus stärker

sein. So klagt z. B. die **Stadt- und Kreissparkasse Plauen** über die noch mangelnde Unterstützung und Hilfe, die sie sowohl von den staatlichen Organen als auch von den Parteien und Massenorganisationen des Kreises erhält. Die **Kreissparkasse Glauchau** beschwert sich insbesondere über die schlechte Arbeit der Industriegewerkschaften auf dem Gebiete des Vertragssparens. Allgemein wird auch berichtet, daß eine Unterschätzung des Aufbausparens bei einem Teil unserer Lehrerschaft zu verzeichnen ist. Hier sollte sich das Ministerium für Volksbildung aufklärend und helfend einschalten; denn die Einstellung der Lehrer unserer demokratischen Schule zum Vertragssparen wird sich letztlich auch im Schulsparen widerspiegeln und damit Auswirkungen auf die Erziehung unserer Kinder zu bewußt sparenden Menschen haben.

Man kann feststellen, daß die Ergebnisse auf dem Gebiet des Vertragssparens, die nicht zuletzt die intensive Arbeit der Mitarbeiter der Sparkassen wiedererkennen lassen, im Monat Januar 1953 durchaus befriedigend sind. Sie wären noch besser gewesen, wenn die Sparkassen bereits in den letzten Wochen des Monats Dezember allgemein mit ihrer Aufklärungs- und Werbearbeit begonnen hätten.

Die nächsten Aufgaben der Sparkassen bestehen jetzt darin, mit Beharrlichkeit und Überzeugung die Bedeutung des Vertragssparens den heute noch Zögernden klarzulegen. Dabei müssen sie in enger Zusammenarbeit mit den Parteien und Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung in den Kreisen, Städten und Gemeinden, in allen Betrieben die einfachste und bequemste Methode des Sparens entwickeln und durchführen. Es ist die Aufgabe der Sparkassen, in enger Zusammenarbeit mit den Kreisstellen der Deutschen Bauern-Bank und den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften die besten Möglichkeiten für die Beteiligung der ländlichen Bevölkerung am Vertragssparen zu schaffen und diese mit aufzurufen, durch ihren Sparbeitrag den raschen Aufbau unserer Städte zu unterstützen. Die Sparkassen müssen beim Abschluß von Sparverträgen in einem weit höheren Maße als bisher das Schwergewicht darauf legen, möglichst viele Sparwillige für die Sparform zu gewinnen, bei der Einlagen bis zum Ablauf des Fünfjahrplans unkündbar sind.

Erst vor wenigen Tagen hat der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister der Finanzen Dr. Hans Loch anlässlich der Begründung des Staatshaushaltsgesetzes 1953 vor der Volkskammer erklärt:

*„Mit dem Abschluß eines Sparvertrages bezeugt der Sparer seinen Willen, am beschleunigten Aufbau der Grundlagen des Sozialismus mitzuhelfen. Er reiht sich ein in die Reihe derer, die bewußt handeln. Aus der individuellen Vorsorge für die Notfälle des Lebens ist ein bewußtes Sparen geworden.“*

Daraus mögen alle am Vertragssparen Beteiligten, insbesondere aber die Mitarbeiter der Sparkassen, die Bedeutung und ihre Aufgabe erkennen. Der Sparvertrag ist ein Mittel zur weiteren Hebung des Wohlstandes unseres Volkes!

**Wenn die Mehrung des sozialistischen Eigentums die Grundlage für den wachsenden Wohlstand der Massen ist, dann muß der sparsamste Umgang mit dem sozialistischen Eigentum und mit der Arbeit, die es hervorbringt, zum obersten Prinzip der Wirtschaftsführung erklärt werden.**

# Fachnachrichten für die Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft

1953

28. Februar

Nr. 2

**Anweisung Nr. 23/1953****Betr.: Finanzplan 1953 der volkseigenen örtlichen Verkehrsbetriebe (Kap. 291)****Bezug: Anweisung Nr. 6/1953 vom 10. Januar 1953, Ziffer III 4 a**

Für die Aufstellung des Finanzplanes der volkseigenen örtlichen Verkehrsbetriebe, die einen Finanzplan gemäß Ziffer III 4 a der Anweisung 6/1953 vom 10. Januar 1953 aufzustellen haben, gelten folgende Bestimmungen:

**I. Allgemeine Bestimmungen:**

1. Grundlagen für die Ausarbeitung des Finanzplanes sind die dem Betrieb übergebenen Auflagen (Produktion, Arbeitskräfte, Selbstkostensenkung, Investitionen usw.), die im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes 1953 die Aufgaben für den Betrieb festlegen.

2. Verantwortlich für die Aufstellung und Durchführung des Finanzplanes ist der Betriebsleiter. Er ist verpflichtet, die gesamte Belegschaft zur Mitarbeit heranzuziehen.

3. Der Finanzplan ist in dreifacher Ausfertigung auszuarbeiten und der zuständigen Fachabteilung beim Rat der Gebietskörperschaft zuzuleiten. Ein Exemplar verbleibt nach Bestätigung durch den Rat der Gebietskörperschaft bei der Fachabteilung, ein Exemplar erhält der Betrieb nach Bestätigung zurück. Ein Exemplar leitet die Fachabteilung an die Fachabteilung des Kreises. In besonderen Fällen kann bestimmt werden, daß mehrere Exemplare angefertigt werden.

4. Die zuständige Fachabteilung hat die Planteile 005 (ö) und 006 (ö) zusammenzufassen. Je ein Exemplar der Zusammenfassung ist der Abteilung Finanzen, der Plankommission und der übergeordneten Fachabteilung zuzuleiten. Einzelheiten siehe Anweisung Nr. 6/1953 vom 10. Januar 1953 des Ministeriums der Finanzen.

5. Vorschläge zur Verbesserung der Methode der Finanzplanung sind über den zuständigen Rat des Kreises und Bezirkes dem Ministerium der Finanzen, HA Staatshaushalt, zuzuleiten.

6. Für die Aufstellung des Finanzplanes gelten die Erläuterungen zum Betriebsplan 1952 VEB örtl. Industrie mit folgenden Ergänzungen bzw. Änderungen:

**II. Erläuterungen zu den einzelnen Formularen****1. Plan 005 (ö) — wichtige Betriebsdaten und Planziele, Finanzplan-Zusammenfassung — Teil 1.**

Das Formblatt entspricht in seinen Grundzügen dem des Jahres 1952. Es wurde um den Abschnitt E „Lehrlingsausbildung“ erweitert. Die Finanzierung dieser Position erfolgt nach gesetzlichen Bestimmungen.

Von dem im Betrieb erwirtschafteten Gewinn (Bruttogewinn) wird der Direktorfonds abgesetzt. Dieser Betrag unterliegt der Körperschaftsteuer generell mit einem Satz von 65 % und der Nettogewinnabführung von 35 %. Die Staffelung entsprechend dem Körperschaftsteuergesetz wird nicht angewandt.

Der Umlaufmittelüberschuß bzw. Fehlbetrag des Vorjahres wird nicht mehr ausgewiesen. Die Umlaufmittelausstattung 1953 (Ziffer B) ist wie folgt zu ermitteln:

Umlaufmittelfonds per 31. Dezember 1952	DM.....
+ ständige Passiva 1953 (laut Nachweis über die Liquidität) .....	DM.....
Summe	DM.....
./. eigene Mittel laut Plan 53 (Plan 81 Sp. 11 Summe) .....	DM.....
Zuführung/Abführung .....	DM.....

**Erläuterung der ständigen Passiva**

Als ständige Passiva wird der geringste Plusbestand lt. Nachweis über die Liquidität ausgewiesen. Sind die stän-

digen Passiven höher als der Umlaufmittelfonds, dann überschreitet die Abführung niemals den Umlaufmittelfonds.

Im Abschnitt E wird nur die vom Haushalt zu finanzierende Lehrlingsausbildung, die die Kosten der Betriebsberufsschulen und Lehrlingswohnheime gem. Plan 72, 1, Sp. 14 und 15 enthält, als durchlaufender Posten behandelt. Sie werden in den Einnahmen als auch in den Ausgaben ausgewiesen.

**2. Plan 006 (ö) — wichtigste Betriebsdaten und Planziele, Finanzplan-Zusammenfassung — Teil 2**

Dieser Plananteil hat gegenüber 1952 folgende Änderungen:

a) Im Abschnitt B entfällt die Wiedergabe des Richtsatzplanes. An seine Stelle tritt die Errechnung des Selbstkostensenkungssatzes für Löhne und Gehälter, unterteilt nach:

1. Fahrbetrieb (sowohl Straßenbahn als auch Kraftverkehr und Fährbetrieb),
  - a) Einsatz- und Fertigungslohn,
  - b) Gemeinkostenlohn;
2. Werkstatt,
  - a) Einsatz- und Fertigungslohn,
  - b) Gemeinkostenlohn.

b) Im Abschnitt C wird die Selbstkostensenkung auf die vier Quartale des Jahres 1953 aufgeschlüsselt.

**3. Vorbemerkung zur Gruppe 70 — Kosten- und Ergebnisplan —**

Im Jahre 1953 wird der gesellschaftliche Aufwand als „Sonstige produktionsbedingte Kosten“ in die Selbstkostensenkungsaufgabe des Betriebes einbezogen.

„Sonstige produktionsbedingte Kosten“ sind sämtliche Aufwendungen der Kontengruppe 23 außer Betriebsberufsschulen und Lehrlingswohnheimen. Letztere werden als Lehrlingsausbildung nach folgenden Grundsätzen geplant:

a) Die Aufwendungen für Betriebsberufsschulen werden aus dem Haushalt finanziert. Betriebsberufsschulen sind für das Jahr 1953 mit voller Klassifikation und allen Einnahmen und Ausgaben (persönlich und sächlich) in den Haushalten der Kreise zu planen. Entsprechend dem ersten Nachtrag zur Haushaltsdirektive vom 17. Oktober 1952 sind die Betriebsberufsschulen bei Kapitel 311 zu führen. Die Trennung der kommunalen Berufsschulen von den Betriebsberufsschulen muß unbedingt vorgenommen werden. Wenn eine direkte Trennung der sächlichen Kosten der Betriebe nicht möglich ist, so sind mit den Kreisen Nutzungsverträge abzuschließen und die anteiligen Kosten vom Kreis an den Betrieb zu erstatten.

b) Die Aufwendungen für die Lehrlingswohnheime sind gemäß erstem Nachtrag zur Direktive für die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes vom 17. Oktober 1952 im Bruttoprinzip in den Haushalten der Kreise bei Einzelplan 20 Kapitel 843 zu planen. Die Trennung der betrieblichen Lehrlingswohnheime von den kommunalen Wohnheimen muß unbedingt durchgeführt werden. Wenn eine direkte Trennung der sächlichen Kosten für die betrieblichen Lehrlingswohnheime von den Kosten der Betriebe nicht möglich ist, sind zwischen Kreisen und Betrieben Nutzungsverträge abzuschließen und die anteiligen Kosten an die Betriebe vom Kreis zu erstatten.

Die Aufwendungen zu a und b sind im Plan 005 auszuweisen. Die Zuweisung und Abrechnung der Mittel erfolgt nach besonderen Richtlinien.

c) Die Aufwendungen für Lehrwerkstätten und Lehrkombinate, die Betrieben angeschlossen sind, und Lehrrecken in der Produktion sind auszusondern und im Ergebnisplan (Plan 75, Zeile 4 a) als Lehrlingsausbildung unter den sonstigen Aufwendungen und Erträgen des Betriebes auszuweisen.

(195) 3

**FACHNACHRICHTEN****für die Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft**

Die geplanten produktiven Leistungen der Lehrlingsausbildung sind bei der Planung des Bedarfs an Produktionsarbeitern im Arbeitskräfteplan zu berücksichtigen.

**d) Betriebsstipendien** werden im Jahre 1953 durch die Fachschulen gezahlt. Es dürfen deshalb keine Betriebsstipendien beim Betrieb geplant werden. Die Kosten für poliklinische Einrichtungen der Betriebe und Betriebskindergärten sind für 1953 nach der Regelung, die für 1952 maßgebend war, zu planen, d. h. die persönlichen Kosten werden im Haushalt geplant, alle anderen bei den Betrieben.

**e) Im Jahre 1952** wurden die Kosten der Betriebsvolkshochschulen aus den Produktionskosten, dem gesellschaftlichen Aufwand und dem Haushalt der Kreise bestritten. Für 1953 sind die Kosten für Fortzubildende unter „Sonstige produktionsbedingte Kosten“ zu planen. Entsprechend der von der Staatlichen Plankommission herausgegebenen Auflage für die Fortbildung sind je Fortzubildenden (Plan der Arbeitskräfte, Produktivität und Lohn — Formblatt 0502, Pos. 17 —) pro Kopf und Jahr nicht mehr als 100 DM zu planen. Die Pro-Kopf-Quote umfaßt:

1. die Einrichtung und Durchführung der genehmigten technischen Betriebsabendschulen,
2. die Übernahme aller sächlichen und persönlichen Kosten der bei den Betrieben vorhandenen Betriebsvolkshochschulen,
3. die Kosten für die Qualifizierung der Frauen.

**4. Plan 71 (Leistungsplan und Selbstkostensenkung)**

In der Spalte 15 ist zu der Summe der Selbstkosten 1953 auf Basis 1952 der gesellschaftliche Aufwand („Sonstige produktionsbedingte Kosten“) hinzuzurechnen.

Als Basiskosten sind dem Finanzplan 1953 die um Außerplanmäßigkeiten des Produktionsablaufes 1952 bereinigten effektiven Istkosten 1952 einschl. der sonstigen produktionsbedingten Kosten zugrunde zu legen. Die Kostenbereinigung 1952 umfaßt ferner u. a. die Eliminierung außerplanmäßiger Investitionen und Generalreparaturen, d. h. auch Generalreparaturen, die wegen fehlender Generalreparaturmittel in Kl. 4 gebucht wurden, Aufwendungen, die in die Kl. 2 gehören, falsche Kontierungen usw.

Die Selbstkostensenkung in Spalte 17 ergibt sich demnach durch die Summierung der Spalten 15 und 16. Der Prozentsatz der Gesamtselbstkostensenkung, Sp. 18, muß mindestens den Prozentsatz der beauftragten Selbstkostensenkung erreichen.

**5. Plan 72 (Kostenplan)**

Das Planformular ist auf wenige Kostengruppen und Kostenstellen zusammengedrängt worden.

Unter der Kostenstelle Fahrbereich ist der gesamte Verkehr, also Straßenbahn, Omnibus sowie sonstiger Kraftverkehr und Fährbetrieb, zu verstehen. Unter den Begriff Verwaltung fällt die bisherige Kostenstelle Verwaltung.

Die Zusatzleistungen entsprechen dem Begriff des Jahres 1952. Bei den Spalten 14 und 15 wird auf Plan 005 (ö) hingewiesen.

Betriebe mit einer ordnungsgemäßen Betriebsabrechnung können das Formular aus den vorhandenen Kostenstellen errechnen.

Kosten für Umsetzungen und Betriebsverlagerungen sind nicht zu planen.

Die Gewerbesteuer wird vom Bruttoumsatz erhoben. Sie wird dem Betrieb vom Rat des Kreises in einem Gesamtbetrag und als Prozentsatz des Bruttoumsatzes mitgeteilt. Als Bruttoumsatz gilt der geplante Umsatz.

Die Gewerbesteuer wird so festgesetzt, daß die veranlagte Gewerbesteuer 1952 mit der Produktionssteigerung multipliziert wird.

**6. Plan 75 (Ergebnisplan)**

Im Ergebnisplan wurde die bisherige Aufgliederung nach Ergebnis A, B und C beseitigt.

In der Zeile 4 a des Planes sind die Aufwendungen und Erträge der vom Betrieb finanzierten eigenen Lehrwerkstatt oder Lehrrecke zu planen.

Die in der Zeile 4 b (übrige Aufwände und Erträge) geplanten Aufwände und Erträge sind auf der Rückseite des Planes einzeln aufzuführen und zu begründen.

Die im Ergebnisplan in der Pos. „Übrige Aufwände und Erträge“ enthaltenen Mieteinnahmen und die Verwendung der Mieten und Zuschüsse für die in Rechtsträgerschaft oder Verwaltung der volkseigenen Betriebe befindlichen Grundstücke mit Wohnungen für die Beschäftigten sind in einer formlosen Anlage nachzuweisen.

Zuschüsse für Wohnungen für Werk tätige der Betriebe dürfen aus Mitteln der Betriebe nicht geleistet werden.

Bei der Planung der Aufwände ist besonders unter Berücksichtigung der Selbstkostensenkungsaufgabe vorzugehen.

**7. Plan 81 (Richtsatzplan)**

Der Richtsatzplan wird für 1953 in vereinfachter Form aufgestellt. Bei der Festsetzung der Richttage 1953 ist von den in 1952 durch die Abführung überschüssiger Umlaufmittel korrigierten Richttagen auszugehen.

Die Deckung ist im Verhältnis 70 : 30 — Eigenmittel/Kredit — vorzunehmen.

**8. Plan 82 (Kassenplan)**

Es wird das Planformular 1952 verwandt.

**9. Plan 92 (Abschreibungsplan)**

Dieses Formular erfährt gegenüber 1952 keine Änderung.

**10. Nachweis über die Liquidität**

Dieses Formblatt ist entsprechend den Richtlinien des Sonderheftes 13 — C 4 b, Abschnitt B S. 35 — der DFW auszufüllen.

Berlin, den 30. Januar 1953  
1240—53

Ministerium der Finanzen  
HA Staatshaushalt  
Paulig  
Hauptabteilungsleiter

**Betr.: Kreisbaubetriebe (zur Anweisung Nr. 6/53 — Finanzplanung der volkseigenen örtlichen Wirtschaft)**

Zur Frage, welche Kreisbaubetriebe die VEB-Planung nach den Formularen der zentralgeleiteten Betriebe oder der örtlichen Industrie durchzuführen haben (Ziffer III, 2 der Anweisung), ist zu sagen, daß die Zahl von 250 Beschäftigten nicht bindend ist. Das Hauptmerkmal für die verschiedenen Aufstellungen der VEB-Pläne besteht darin, ob die Kreisbaubetriebe auf das neue Rechnungswesen geschult worden sind und es zum 1. Januar 1953 eingeführt haben. Baubetriebe auch über 250 Beschäftigte, die das neue Rechnungswesen nicht eingeführt haben, stellen ihren VEB-Plan nach den Grundsätzen der Planung für die volkseigene örtliche Industrie auf, unabhängig von der Anzahl der Beschäftigten.

Berlin, den 30. Januar 1953  
— 12 42—53 —

Ministerium der Finanzen  
HA Staatshaushalt  
Paulig  
Hauptabteilungsleiter

**Überstunden:**

Jede über die tägliche achtstündige oder betrieblich vereinbarte tägliche Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeit gilt als Überstundenarbeit. Jede geleistete Überstunde ist mit dem Zeitlohn oder Akkordlohn und einem Zuschlag von 25 % zum Zeitlohn oder Akkordgrundlohn (Akkordrichtsatz) zu bezahlen.

Überstunden können von der Betriebsgewerkschaftsleitung für nachstehende Ausnahmefälle genehmigt werden:

- für die Verrichtung von Arbeiten, die zur Verhütung oder Beseitigung von Notständen und Gefahren, die die Allgemeinheit bedrohen, notwendig sind,
  - für die Beseitigung unvorhergesehener Störungen, die das einwandfreie Arbeiten des Kanalisations-, Beleuchtungs-, Wasserversorgungs-, Post- und Fernmeldedienstes sowie des Verkehrs behindern,
  - für Arbeiten, die die Beschädigung von Maschinen und Material und das Verderben von Gütern verhindern,
  - für Reparaturen an Maschinen oder Anlagen, bei deren Unterbleiben für eine größere Anzahl von Werk tätigen ein Arbeitsausfall eintreten würde.
- Für Wirtschaftszweige, deren Eigenart eine Arbeitszeitverlängerung für einen bestimmten Zeitraum notwendig macht, kann von dem Ministerium für Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik eine allgemeine Ausnahmeregelung getroffen werden.

In allen anderen Fällen wird die Genehmigung von Überstunden durch die Abteilung für Arbeit und Berufsausbildung bei den Räten des Kreises (Arbeitschutzinspektion) erteilt.

In besonders dringenden Fällen ist diese Genehmigung unverzüglich nachzuholen.

Während einer Dienstreise werden Überstunden nicht bezahlt, da nach den Vorschriften der VO vom 1. Dezember 1949 über Reisekostenvergütung, Trennungsschädigung und Unzugskostenvergütung (GBl. 1949 S. 83) Tages- und Übernachtungsgelder gezahlt werden.

Angestellte (außer Meistern), die jährlich einen Urlaub von 18 bis 24 Arbeitstage erhalten, haben keinen Anspruch auf Überstundenzuschläge. Ihnen wird entsprechende Freizeit gewährt.

Treffen mehrere Zuschläge aus Feiertags-, Sonntags- Überstunden- oder Nachtarbeit zusammen, so ist nur der höchste Zuschlag zu zahlen.

(Aus der VO zum Schutze der Arbeitskraft vom 25. Oktober 1951 — GBl. 1951 S. 957; der 1. DB zur VO zum Schutze der Arbeitskraft vom 15. September 1952 — GBl. 1952 S. 870; der VO über die Wahrung der Rechte der Werk tätigen... vom 20. Mai 1952 — GBl. 1952 S. 377.)

Aufwendungen für Überstunden, für die keine diesen angeführten Bestimmungen entsprechende Genehmigung vorliegt, werden im vollen Umfange nicht als Betriebsausgaben anerkannt.

Mit den dargestellten Vergütungsverpflichtungen sind die hauptsächlichsten Vergütungen aufgeführt, die neben dem Lohn oder Gehalt laut Tabelle des maßgebenden Tarifvertrags an Arbeiter und Angestellte gewährt werden müssen. Diese Darstellung soll dazu beitragen, den Abgabenschuldnern die zutreffende Ermittlung ihres zu versteuernden Gewinns und der abzuführenden Steuern zu erleichtern. Sie soll den Angestellten der Abgabenverwaltung nicht nur für ihre Arbeit wichtige Bestimmungen des Arbeitsrechts, sondern zugleich auch Hinweise auf deren Fundstellen vermitteln, die dazu beitragen werden, auftretende Zweifelsfragen schneller zu klären.

**Löhne, Gehälter und soziale Aufwendungen in der steuerlichen Gewinnermittlung der privaten Wirtschaft<sup>1)</sup>**

Horst Geier, Berlin

**Anweisung Nr. 243/52 — Behandlung der Akkordlöhne**

Die Bestimmung, daß die in einem Wirtschaftsjahr gezahlten Akkordlöhne, die nicht auf tariflich festliegenden Akkordzeiten basieren, als Betriebsausgaben nur abzugsfähig sind, soweit ihr Gesamtbetrag 130 % des Jahresbetrags der Akkordrichtsatzlöhne nicht übersteigt, ist zum Teil so verstanden worden, daß der einzelne im Akkord tätige Arbeiter im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 130 % des Akkordrichtsatzlohnes verdienen dürfe, wenn sein Lohn im vollen Umfange gewinnmindernd anerkannt werden soll.

Diese Auslegung ist unzutreffend.

Nicht der Lohn des einzelnen Arbeiters, sondern der Jahresbetrag der Akkordlöhne aller im Akkord Beschäftigten ist entscheidend. Der Akkordlohn des einzelnen kann während des ganzen Jahres über 130 % seines Akkordrichtsatzlohnes liegen, ohne daß seine steuerliche Abzugsfähigkeit beeinträchtigt wird, solange der Gesamtbetrag der Jahreslöhne aller im Akkord Tätigen die festgelegte Grenze nicht übersteigt.

Es ist durchaus auch möglich, daß z. B. in Saisonbetrieben während einer bestimmten Zeitdauer die Löhne aller in einem Betrieb im Akkord Beschäftigten 130 % ihrer Akkordrichtsatzlöhne übersteigen und dennoch im vollen Umfange Betriebsausgaben sind, weil nicht die Relationen eines Monats, Quartals oder halben Jahres, sondern die Verhältnisse des ganzen Wirtschaftsjahres für die Beurteilung der Abzugsfähigkeit der Akkordlöhne entscheidend sind.

Werden also die Akkordlöhne, die während eines Teils des Jahres für jeden einzelnen Arbeiter 130 % des Akkordrichtsatzlohnes übersteigen haben, durch Minderverdienste während der übrigen Zeit des Jahres derart ausgeglichen, daß ihr Jahresbetrag die 130 %-Grenze nicht übersteigt, so sind auch die während der Saison gezahlten Löhne uneingeschränkt abzugsfähig.

Dabei ist jedoch darauf zu achten, daß nur die auf freier Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern beruhenden Akkordlöhne zum Ausgleich herangezogen werden, wie überhaupt nur diese Löhne bei dem Vergleich berücksichtigt werden dürfen.

Bei der Berechnung des abzugsfähigen Teils der Akkordlöhne sind also alle Zeitlöhne und die auf tariflich festgelegten Akkordzeiten basierenden Akkordlöhne auszuscheiden.

Für schwere, gefährliche oder gesundheitsschädigende Arbeiten sind nach den Bestimmungen der einzelnen Tarifverträge für die Dauer der Erschwernis Zuschläge zum Zeit- oder Akkordlohn (Akkordrichtsatz) zu zahlen. Die Art der Erschwernisse, für die solche Zuschläge gezahlt werden müssen und die Höhe der Zuschläge ist in Anlagen zu den Tarifverträgen festgelegt.

Diese Zuschläge sind bei der Errechnung der als Betriebsausgaben abzugsfähigen Akkordlöhne dem Jahresbetrag der Akkordrichtsatzlöhne hinzuzurechnen.

Das gleiche gilt für Zuschläge infolge Feiertags-, Sonntags-, Überstunden- und Nachtarbeit, die nach der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werk-

<sup>1)</sup> Grundsätzliche Ausführungen zu diesem Thema siehe DFW Nummer 4, Seite 211.

**Besitz- und Verkehrssteuern allgemein**  
Einkommensteuer allgemein

tätigen und über die Regelung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten vom 20. Mai 1952 (GBl. 1952 S. 377) gezahlt werden müssen.

Diese Zuschläge können allerdings nur dann dem Jahresbetrag der Akkordrichtsatzlöhne hinzugerechnet werden, wenn sie an Hand der Lohnbuchhaltung eindeutig als solche nachgewiesen werden.

Die Berechnung der als Betriebsausgaben abzugsfähigen Akkordlöhne soll an Hand folgenden Beispiels erläutert werden:

**Tatbestand:**

Der Jahresbetrag aller auf freier Vereinbarung zwischen Arbeitern und Unternehmer beruhenden Akkordlöhne beträgt ..... 160 000,— DM  
Der maßgebende Akkordrichtsatz wird zur Vereinfachung einheitlich mit ..... 1,15 DM  
angenommen.

Es sollen 100 000 Akkordlohnstunden gearbeitet werden und an Erschwernis-, Überstunden- und Nachtzuschlägen nachweislich gezahlt worden sein. 8 000,— DM

**Berechnung:**

Jahresbetrag der Akkordrichtsatzlöhne (100 000 Akkordlohnstunden × 1,15 DM Akkordrichtsatz) ..... 115 000,— DM  
+ 30 % steuerlich anerkannter Akkordmehrverdienst ..... 34 500,— DM  
+ Summe der Erschwernis-, Überstunden- und Nachtzuschläge ..... 8 000,— DM  
Von dem Gesamtbetrag der Akkordlöhne sind als Betriebsausgaben abzugsfähig ..... 157 500,— DM  
Der Unterschied gegenüber der tatsächlichen Lohnsumme von 160 000,— DM im Betrage von ..... 2 500,— DM  
ist aus dem versteuerten Gewinn zu tragen.

In der Praxis wird der Jahresbetrag der Akkordrichtsatzlöhne aus den Zusammenstellungen des Betriebs entnommen werden können. Die Anzahl der Akkordlohnstunden und die Höhe der einzelnen Akkordrichtsätze werden nur für die Überprüfung der Richtigkeit dieser Summe der Akkordrichtsatzlöhne von Bedeutung sein.

Bei der Berechnung des abzugsfähigen Teils der Akkordlöhne ist jedoch immer darauf zu achten, daß der steuerlich anerkannte 30 %ige Akkordmehrverdienst von der reinen Summe der Akkordrichtsatzlöhne zu berechnen ist. Zuschläge für Erschwernisse, Feiertags-, Sonntags-, Überstunden- und Nachtarbeit sind erst nach deren Errechnung zuzufügen.

Die einzelnen Wirtschaftszweig-Tarifverträge sehen durchweg eine scharfe Trennung des Zeitlohns vom Akkordlohn vor. Eine Verquickung der beiden Lohnarten könnte sich nur aus einer in allen Tarifverträgen enthaltenen Bestimmung ergeben, die vorsieht, daß an ständig im Akkord beschäftigte Arbeiter, die vorübergehend im Zeitlohn tätig sind, während dieser Zeit der Akkordgrundlohn (Akkordrichtsatz) zu zahlen ist. Es wäre also darauf zu achten, daß auch diese Zeitlöhne als solche behandelt und nicht etwa dem Jahresbetrag der Akkordrichtsatzlöhne zugerechnet werden.

Verbindliche Akkordzeiten sind in folgenden Wirtschaftszweig-Tarifverträgen festgelegt:

- |  |                            |
|--|----------------------------|
| 1. Holz-Be- und -Verarbeitung, Musikinstrumentenherstellung und Herstellung von Kulturwaren, | 4. Kunstblumenherstellung, |
| 2. Textil,   | 5. Keramik,                |
| 3. Steine und Erden einschließlich Baustoffe,  | 6. Bekleidung,             |
|  | 7. Leder und Schuhe.       |

**Besitz- und Verkehrssteuern allgemein**  
Einkommensteuer allgemein

Der Sonntagszuschlag ist zum Zeitlohn oder Grundgehalt sowie zum Akkordgrundlohn (Akkordrichtsatz) zu zahlen.

Angestellte (außer Meistern), die jährlich einen Urlaub von mehr als 17 Arbeitstagen erhalten, haben keinen Anspruch auf diese Zuschläge. Ihnen wird entsprechende Freizeit gewährt.

Treffen mehrere Zuschläge aus Feiertags-, Sonntags-, Überstunden oder Nachtarbeit zusammen, so ist nur der höchste Zuschlag zu zahlen.  
(Aus der VO über die Wahrung der Rechte der Werk tätigen . . . vom 20. Mai 1952 — GBl. 1952 S. 377.)

**Stärkungsmittel:**

Besteht bei der Arbeit die Gefahr einer Gesundheitsschädigung oder Vergiftung, so ist die Betriebsleitung verpflichtet, den Werk tätigen neutralisierende Stoffe oder Stärkungsmittel, wie Milch, Fette u. a. im Rahmen der geltenden Vorschriften kostenlos zur Verfügung zu stellen.

(Aus der VO zum Schutz der Arbeitskraft vom 25. Oktober 1951 — GBl. S. 267.)  
Werden derartige Stärkungsmittel in der HO erworben, so sind nur die normalen, preisrechtlich zulässigen Anschaffungskosten als Betriebsausgaben abzugsfähig.

**Tagungen, Schulungs- und Ausbildungskurse:**

Teilnehmer an Tagungen, Schulungs- und Ausbildungskursen oder ähnlichen Lehrgängen und Einrichtungen demokratischer Organisationen sind für die Dauer der Veranstaltung von der Arbeit freizustellen.

Lohn oder Gehalt sind durch Betrieb oder Verwaltung bis zur Dauer von 26 Wochen eines Kalenderjahres weiterzuzahlen.

Die Berechnung von Lohn und Gehalt erfolgt nach den Bestimmungen des Tarifvertrages über Erholungsurlaub.

(Aus der Anordnung über Freistellung zu Schulungs- und Ausbildungszwecken vom 19. November 1948 — ZVOBl. 1948 S. 544.)

**Trennungs- und Unterkunftsgeld:**

Trennungs- und Unterkunftsgeld wird in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich entsprechend den Bestimmungen des jeweils maßgebenden Wirtschaftszweig-Tarifvertrages gewährt.

**Urlaub:**

Das Urlaubsjahr ist das Kalenderjahr. Ist die Gewährung des Urlaubs im Urlaubsjahr ohne Gefährdung der plangemäßen Aufgaben des Betriebs nicht möglich, so muß der Urlaub bis zum 31. März des folgenden Jahres gewährt werden.

Als Urlaubsvergütung ist der Durchschnittsverdienst der letzten drei Monate vor Urlaubsbeginn zu zahlen.

Eine Abgeltung des Urlaubs in Geld ist unzulässig.

Wird ein Arbeitsvertragsverhältnis durch fristgemäße Kündigung der Betriebsleitung beendet, so kann auf Antrag der Gekündigten unter Vorlage einer Vereinbarung über einen Ferienplatz beantragen, daß der Betrag der Urlaubsvergütung für den zustehenden Anteil des Jahresurlaubs an den Nachfolgebetrieb überwiesen wird. Der Nachfolgebetrieb, mit dem das neue Arbeitsvertragsverhältnis abgeschlossen wird, ist verpflichtet, die Freizeit für den im vorigen Betrieb erworbenen Anspruch auf Anteilurlaub zu gewähren. Der überwiesene Betrag ist bei Antritt des Urlaubs an den Berechtigten auszuzahlen.  
(Aus der VO über Erholungsurlaub vom 7. Juni 1951 — GBl. 1951 S. 547 und der 3. DB zu dieser VO vom 4. September 1952 — GBl. 1952 S. 840.)

**Bußtag,**

1. und 2. Weihnachtsfeiertag (25. und 26. Dezember),  
Reformationstag oder Fronleichnam nach Landesgesetz.

Treffen mehrere Zuschläge aus Feiertags-, Sonntags-, Überstunden- oder Nachtarbeit zusammen, so ist nur der höchste Zuschlag zu zahlen.

Angestellte (außer Meistern), die jährlich einen Urlaub von 18 bis 24 Arbeitstagen erhalten, haben keinen Anspruch auf diese Zuschläge. Ihnen wird entsprechende Freizeit gewährt.

(Aus der VO über die Wahrung der Rechte der Werkstätigen... vom 20. Mai 1952. — GBl. 1952 S. 377.)

**Fernstudium:**

Der während des Fernstudiums zur Durchführung von Kursen und zur Ablegung von Prüfungen notwendige Sonderurlaub ist von den Betrieben auf Antrag der Abteilung für Fernstudium zu gewähren.

Die Teilnehmer am Fernstudium sind an vier Tagen im Monat für die Konsultationsarbeit und für das Selbststudium von ihrer Tätigkeit freizustellen.

Das Arbeitsentgelt wird während dieser Zeit und während des Sonderurlaubs nach den Bestimmungen der Anordnung über Freistellung zu Schulungs- und Ausbildungszwecken vom 19. November 1948 (ZVOBl. 1948 S. 544) weitergezahlt.

(Aus der VO über die Einrichtung des Fernstudiums für Werkstätige vom 15. Juni 1950 — GBl. 1950 S. 495 und der zu ihr ergangenen 1. DB vom 18. Oktober 1950 — GBl. 1950 S. 1119.)

**Getränke:**

Für die Werkstätigen sind während der Arbeit qualitativ gutes Trinkwasser oder Getränke, wie Kaffee, Tee oder Limonade bereitzuhalten.

Beschäftigten in Arbeitsstätten mit hohen Temperaturen sind diese Getränke sowie salzhaltiges Wasser kostenlos zu gewähren.

(Aus der VO zum Schutz der Arbeitskraft vom 25. Oktober 1951 — GBl. 1951 S. 957.)

**Gewerkschaftliche Arbeit:**

Gewerkschaftliche Betätigung, die während der Arbeitszeit notwendig ist, wird mit dem Durchschnittsverdienst der jeweiligen Lohnperiode vergütet.  
(Ist in allen Tarifverträgen enthalten.)

**Hausarbeitstag:**

Weiblichen Arbeitern und Angestellten ist, wenn sie einen eigenen Haushalt führen, ein freier Tag im Monat als Hausarbeitstag zu gewähren, wenn

1. im eigenen Haushalt der Ehemann voll beschäftigt, krank oder dauernd arbeitsunfähig ist,
2. pflegebedürftige Familienangehörige zum Haushalt gehören und die Pflegebedürftigkeit ärztlich nachgewiesen wird,
3. Kinder zum eigenen Haushalt gehören,
4. Jugendliche unter 16 Jahren bei der Mutter wohnen und in einem Ausbildungs- oder Arbeitsvertragsverhältnis stehen.

Eine Abgeltung des Hausarbeitstages in Geld ist unzulässig.

(Aus der VO über die Wahrung der Rechte der Werkstätigen... vom 20. Mai 1952 — GBl. 1952 S. 377.)

**Quartals- und Jahresberichterstattung 332**

nischen Personal vergleichbar wird. Das wird zweifellos auch dazu beitragen, die Geringschätzung der Wirtschaftler zu beseitigen, die durch das Zahlenspiel der bisherigen Methoden der Berichterstattung mit hervorgerufen wurde.

**Zu 4.:** Die Ausführungen über den abgegrenzten Umfang des Hilfspersonals in den „Grundsätzen für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe — Industrie“ sowie in den „Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrechnung“ sind eindeutig und erschöpfend, so daß es eigentlich keiner besonderen Erwähnung bedarf. Trotzdem bestehen in den Betrieben noch mannigfaltige Unklarheiten, die darauf zurückzuführen sind, daß sich der Begriff der Hilfslohnempfänger noch nicht restlos eingebürgert hat. Das Hilfspersonal ist nur ein Teil der Hilfslohnempfänger. Wie für die Arbeitskräfte überhaupt, ist es auch für das Hilfspersonal unwesentlich, ob sie nach den bisherigen Begriffen Lohn oder Gehalt beziehen. Nach Lohn und Gehalt wird in den „Grundsätzen für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe — Industrie“ bekanntlich nicht unterteilt, weil beide Kategorien ökonomisch den gleichen Inhalt haben. Einige Kollegen in Betrieben und Verwaltungen sind nun der Ansicht, daß sich das Hilfspersonal aus Produktionshilfsarbeitern und Hilfslohnempfängern zusammensetzt, wobei sie unter Produktionshilfsarbeitern solche verstehen, die Lohn gezahlt bekommen. Diese Auffassung ist natürlich falsch. Bei Produktionshilfsarbeitern kann es sich nur um Beschäftigte in den produzierenden Abteilungen handeln. Sie können niemals in den Abteilungen auftreten, in denen Hilfslohn entsteht. Bestehen aus Überlieferungen in den Betrieben noch Verhältnisse, daß unter Hilfslohnempfänger einzuordnende Beschäftigte teilweise nach der bisherigen Begriffsbestimmung Lohn oder Gehalt beziehen, so ist das ohne Bedeutung.

**Zu 5.:** Zu den in den „Erläuterungen“ gegebenen Hinweisen für die Lehrlinge wird auf die Ausführungen im Abschnitt II/1 hingewiesen.

**Zu 6.:** Zum Betreuungspersonal sind die in den „Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrechnung“ nicht in der Produktion Beschäftigten, die für die Betreuung der Belegschaft tätig sind, zu rechnen. Das ist das gesamte Personal, das in den sonstigen produktionsbedingten Abteilungen eingesetzt ist.

Die in den „Erläuterungen“ unter den nicht in der Produktion Beschäftigten aufgezählten Werkstätigen, die nicht aus dem Lohnfonds des Betriebes zu entlohnen sind, wurden bereits unter dem Abschnitt II/1 erwähnt. Es handelt sich hierbei um Arbeitskräfte, die mit der betriebs-eigenen Durchführung von Investarbeiten oder Großreparaturen bzw. mit Forschungs- und Entwicklungsarbeiten beschäftigt sind. Der Begriff „Lohnfonds des Betriebes“ wird für das Planjahr 1954 von der Staatlichen Plankommission so gefaßt werden, daß die Lücke in der Finanzierung der Löhne von nicht in der Produktion Beschäftigten, die in diesem Jahr noch auftritt, geschlossen wird.

Eine besondere Kategorie stellen die Heimarbeiter dar. Zur Vervollständigung des Kontenrahmens der volkseigenen Industrie ist das Konto

### 332 Quartals- und Jahresberichterstattung

3402 — Grundlohn für Heimarbeiter — eingerichtet worden. Die Heimarbeiter gehören vom Standpunkt der Produktionsabrechnung zu den Produktionsgrundarbeitern. Die für sie zu zahlenden Zuschläge im Sinne des Kontos 3971 — Entschädigung für Benutzung eigener Werkzeuge, Heimarbeiterzuschläge — sind als Grundkosten zu verrechnende Zuschläge. Bei der Abrechnung des Arbeitskräfteplanes sind die Heimarbeiter im Sinne der „Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrechnung“ als Arbeitskräfte anzusehen, die, ohne selbständige Gewerbetreibende zu sein, in eigenen Räumen für Rechnung des Betriebes arbeiten. Sie können bei der Kontrolle der Arbeitsproduktivität nicht einbezogen werden.

Am Schluß der „Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrechnung“ wird bestimmt, daß Zuschläge und Zusatzlöhne nach den Urbelegen aufzugliedern sind. Diese Anweisung bedarf einer Erläuterung der Methoden. Die Darstellung dieser Methoden erfolgt im Abschnitt IV.

#### III. Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Arbeitskräfteplanabrechnung

Es bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung, daß die Prinzipien bei der Planung und Abrechnung der Arbeitskräfte nach Beschäftigtengruppen die gleichen sein müssen. Daß dieser Grundsatz noch nicht überall angewandt wird, liegt nicht nur an einer mangelnden Koordinierung in den Betrieben und den Hauptverwaltungen der volkseigenen Industrie, sondern auch daran, daß noch nicht die unbedingt notwendigen Hilfsmittel geschaffen wurden, die die Anwendung dieses Grundsatzes einheitlich organisieren können. Diese Mängel zeigen sich nicht nur in den Abrechnungsunterlagen einiger Versuchsbetriebe, die die praktische Anwendung des neuen Rechnungswesens erproben, wo es vorkam, daß Beschäftigte als Produktionshilfsarbeiter geplant und in der Abrechnung als Produktionsgrundarbeiter nachgewiesen wurden, obwohl die Art der Arbeit im Plan und in der Durchführung unverändert blieb. Diese Mängel zeigen sich auch dadurch, daß infolge mangelhafter Anleitung die Betriebe noch nicht dazu übergegangen sind, Stellenpläne ihrer Arbeitskräfte nach Abteilungen und Brigaden aufzustellen und das Erfassungswesen über den mengen- und wertmäßigen Verbrauch der Arbeitszeit nicht den Erfordernissen der wirtschaftlichen Rechnungsführung entsprechend aufgebaut haben.

Folgende Hauptvoraussetzungen können aufgestellt werden:

1. Für alle Abteilungen des Betriebes sind Stellenpläne der Arbeitskräfte aufzustellen. Innerhalb der produzierenden Abteilungen sind die Arbeitskräfte möglichst nach Brigaden aufzugliedern. Dabei muß die Zuordnung der Beschäftigten nach den im Arbeitskräfteplan vorgesehenen Gliederungsgesichtspunkten erfolgen und der Gliederung des Betriebes nach dem technologischen Prozeß entsprechen.

2. Das Erfassungswesen über den mengen- und wertmäßigen Verbrauch von Arbeitszeit ist in den produzierenden Abteilungen des Betriebes so zu organisieren, daß die Werkstätten den Nachweis über die für die Durch-

#### Besitz- und Verkehrssteuern allgemein Einkommensteuer allgemein

12 O | Seite 73

leitung mit über 300 Belegschaftsmitgliedern der AGL-Vorsitzende freigestellt. (Ist in allen Tarifverträgen enthalten.)

#### Belegschaftsversammlungen:

Für Belegschaftsversammlungen, die aus besonderen Anlässen während der Arbeitszeit stattfinden müssen, ist den Mitgliedern der Belegschaft die dafür erforderliche Zeit mit dem Durchschnittsverdienst der jeweiligen Lohnperiode zu bezahlen.

(Ist in allen Tarifverträgen enthalten.)

#### Berufsschulunterricht:

Den Jugendlichen ist die zur Erfüllung der gesetzlichen Berufsschulpflicht notwendige Zeit zu gewähren. Lehrlingen, die nach Vollendung des 18. Lebensjahres die Berufsschule freiwillig besuchen, ist unter Weiterzahlung des Entgelts die erforderliche Freizeit zu gewähren.

(Aus der VO zum Schutze der Arbeitskraft vom 25. Oktober 1951 — GBl. 1951 S. 957.)

#### Betriebsunfälle:

Arbeitsunfähigkeit infolge Betriebsunfall ist durch ärztliche Bescheinigung nachzuweisen.

Arbeitern und Angestellten ist vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an die Differenz zwischen dem Krankengeld der Sozialversicherung und 90 % des Nettoverdienstes zu zahlen.

Die Differenz zwischen Krankengeld und 90 % des Nettoverdienstes wird bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder bis zum Eintritt der Invaldität gezahlt.

Lehrlingen ist während dieser Zeit die Differenz zwischen dem Krankengeld der Sozialversicherung und 100 % des Nettolohnes zu vergüten.

(Aus der VO über die Wahrung der Rechte der Werkstätten... vom 20. Mai 1952 — GBl. 1952 S. 377.)

#### Betriebsstörungen:

Kann den Arbeitern während der Störung keine Arbeit zugewiesen werden, erhalten sie für die Zeit der Betriebsstörung 90 % des Zeitlohns ihrer Lohngruppe.

(Aus § 12 der VO über die Wahrung der Rechte der Werkstätten... vom 20. Mai 1952 — GBl. 1952 S. 377.)

#### Erschwerniszuschläge:

Den einzelnen Wirtschaftszweig-Tarifverträgen liegt eine Liste bei, die die in Betracht kommenden Erschwernisse sowie die entsprechende Höhe des für diese zu zahlenden Sonderzuschlags enthält.

#### Feiertagsarbeit:

Für Arbeit, die an gesetzlichen Feiertagen geleistet wird, ist ein Zuschlag von 100 % zum Zeitlohn oder Grundgehalt bzw. Akkordlohn (Akkordrichtsatz) zu zahlen.

Als gesetzliche Feiertage gelten

1. Mai,  
Tag der Befreiung (8. Mai),  
Tag der Republik (7. Oktober),  
Neujahr (1. Januar),

Karfreitag,  
1. und 2. Osterfeiertag,  
Himmelfahrt,  
1. und 2. Pfingstfeiertag,

### 3 32 Quartals- und Jahresberichterstattung

geordneten Sortierungen in der kollektiven Arbeitsweise aller Bearbeiter die zweckentsprechenden Unterlagen für seine Aufgaben. Bisher mußte entweder auf die endgültigen Lohnzusammenstellungen in Lohnlisten gewartet werden, die in der Zusammenfassung aller Lohnbestandteile auf den einzelnen Arbeiter bezogen, nicht das ausreichende Material für die Arbeitskräfteplanabrechnung lieferten, oder er mußte alle Urbelege erneut für seine Gliederungsgeschichte sortieren oder sogar durch handschriftliche Auszüge sich mühsam die erforderlichen Zahlen zusammenstellen.

W. Kusch

### Quartals- und Jahresberichterstattung 3 32

#### **Neues Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe — Industrie und Arbeitskräfteplanabrechnung 1953**

In der Ordnung der Planung zum Volkswirtschaftsplan 1953, Teil II, ist eine Anweisung zur Koordinierung des Arbeitskräfteplanes und des Finanzplanes gegeben worden. Von besonderer Bedeutung ist, daß

„die Planung der Lohnentwicklung Aufgabe der Arbeitskräfteplanung und nicht der Finanzplanung ist. Die ermittelte Lohnsumme ist aus dem Arbeitskräfteplan in den Finanzplan zu übernehmen und nicht umgekehrt.“

Damit wird die Bedeutung der Arbeitskräfteplanung als Querschnittsplanung besonders hervorgehoben. Sie bestimmt die übrigen Plangebiets wesentlich.

In den „Grundsätzen für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe — Industrie“ werden die Betriebe nach dem technologischen Prozeß gegliedert. Durch diese Gliederung werden die produzierenden Abteilungen von den Verwaltungsabteilungen klar abgegrenzt. Als Lohnkosten stehen sich Grund- und Hilfslohn gegenüber. Grundlöhne werden als Grundkosten, Hilfslöhne als Gemeinkosten abgerechnet. Es ist selbstverständlich, daß die Zuordnung aller Beschäftigten eines Betriebes nach diesen Grundsätzen erfolgen muß, um eine entsprechende Kostenrechnung zu ermöglichen.

In den in Kürze erscheinenden „Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrechnung Industrie — AQJ 1/VEB und AQJ 2/VEB — für das Jahr 1953“ der Zentralverwaltung für Statistik der Staatlichen Plankommission kommt zum Ausdruck, daß die Übereinstimmung zwischen den Grundsätzen für das Rechnungswesen und der Berichterstattung herbeigeführt worden ist. Gleichfalls ist die Übereinstimmung mit der Buchhaltung gegeben. Für die volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe sind bei den Erläuterungen der Beschäftigtengruppen jeweils Hinweise auf die entsprechenden Konten des neuen Rechnungswesens aufgenommen worden, um alle Beschäftigten einheitlich und klar abgegrenzt in die verschiedenen Gruppen einzuordnen.

#### **I. Die Abrechnung der Produktionsarbeiter**

Für die Produktionsarbeiter wurden in die Erläuterungen die Begriffe aus den Grundsätzen für das neue Rechnungswesen aufgenommen. Besonders hervorzuheben sind die einheitlichen Richtlinien für die Aufgliederung der Gesamtzahl der Produktionsarbeiter auf Grund- und Hilfsarbeiter. Im Arbeitskräfteplan sind diese beiden Gruppen nach der Art der von ihnen zu leistenden Arbeit innerhalb des technologischen Prozesses festgelegt. Eine Kontrolle des Planes ist nur möglich, wenn am Ende des Berichtszeitraumes nicht von den gemäß dem Plan festgelegten Produktionsgrund- und -hilfsarbeitern ausgegangen wird, sondern von den tatsächlich gebrauchten Stunden, in denen die Beschäftigten als Produktionsgrund- oder -hilfsarbeiter tätig waren. Da von den Arbeitern sehr oft Produktionsgrund- und -hilfsarbeiten wechselnd durchgeführt werden, muß bei der Aufgliederung der Gesamtzahl von den für Grund- und Hilfsarbeiten abgegrenzten Stundenzahlen ausgegangen werden. Die Produktionsarbeiter sind in dem Verhältnis der geleisteten Stunden nach Produktionsgrund- und -hilfsarbeitern aufzugliedern. Das geschieht über die tatsächlich geleisteten Arbeitstage. Die bei dieser Rechnung entstehenden Bruchteile der Kopfzahl sind so aus-

### 332 Quartals- und Jahresberichterstattung

zugleich, daß sich durch Addition der aufgliederten Zahlen die Gesamtzahl der Produktionsarbeiter ergibt.

Durch diese Regelung spiegelt sich die Leistungsabrechnung in dem Nachweis der Beschäftigten wider. Produktionsgrund- und -hilfsarbeiten stellen unterschiedliche Leistungen dar. Schon auf Grund der für diese Leistungen unterschiedlich bestehenden Normen werden sie in der Betriebsabrechnung getrennt als Hauptleistungen und Hilfsleistungen abgerechnet. Der Umfang dieser Leistungen ist durch den Plan festgelegt, wodurch auch die Anzahl der Produktionsgrund- und -hilfsarbeiter bestimmt ist.

Indem am Ende des Berichtszeitraumes von den tatsächlich gebrauchten Stunden für Grund- und Hilfsarbeiten ausgegangen wird, um die Anzahl der tatsächlich beschäftigten Produktionsgrund- und -hilfsarbeiter zu ermitteln, wird zwischen der Berichterstattung, die der Kontrolle des Arbeitskräfteplanes dient, und der Betriebsabrechnung Übereinstimmung erzielt. In vielen Betrieben war diese Übereinstimmung bisher nicht vorhanden. Deshalb war auch eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Arbeitskräfteplanabrechnung nicht gegeben.

In der Arbeitskräfteplanabrechnung muß sich also auswirken, wenn in einer Hauptabteilung, in der neben Hilfsarbeitern vorwiegend Produktionsgrundarbeiter beschäftigt sind, die Reparaturzeiten und geplanten technisch bedingten Stillstandszeiten gesenkt werden. Dann muß zwangsläufig über die tatsächlich höher gewordenen Stunden für Produktionsgrundarbeiten eine höhere Zahl von Produktionsgrundarbeitern ermittelt werden. Durch diese Methode der Arbeitskräfteplanabrechnung nach der Kopzzahl der Beschäftigten wird erreicht, daß Maßnahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betriebsabteilungen erkennbar werden. In dem durch das Beispiel gegebenen Falle drückt sich die Mobilisierung von Arbeitskräfte reserven aus. Denn der geplanten Anzahl von Produktionshilfsarbeitern steht im Ist in der Arbeitskräfteplanabrechnung eine geringere Zahl gegenüber.

Es ist verständlich, daß eine Auswertung der Arbeitskräfteplanabrechnung, die nach Abteilungen aufgliedert ist und monatlich erfolgt, größere Erkenntnisse bietet als in der Zusammenfassung des gesamten Betriebes für größere Zeiträume. Ein Beispiel dafür liefert die volkseigene Kohlenindustrie, die auf dem Gebiete der Arbeitskräfteplanabrechnung Pionierarbeit geleistet hat. Monatlich werden die Arbeitskräfte abteilungsweise nach Kopffzahl am Stichtag der Berichterstattung und im Durchschnitt des Berichtsmonats, hinsichtlich ihrer Produktivität nach Beschäftigtengruppen und der mittleren Arbeitsdauer je Beschäftigtem, hinsichtlich der geleisteten Arbeitszeit und des bezogenen Lohnes ebenfalls nach Beschäftigtengruppen abgerechnet.

Im Abschnitt IV wird noch darauf hingewiesen, wie einfach und kurzfristig diese Berichtsform durchgeführt werden kann.

#### II. Die Abrechnung der Hilfslohnempfänger

In den „Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrechnung“ werden in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Rechnungswesens untergliedert:

1. Technisches Personal,
2. Kaufmännisches Personal (Wirtschaftler und Verwaltungspersonal),

### Quartals- und Jahresberichterstattung 332

Zusatzlöhne, die gewöhnlich erst am Ende des Monats errechnet werden und deren Erfassung im Abschnitt G der Meldung erfolgt, können bereits vor Fertigstellung der Lohnlisten aus den brigade- und abteilungsweisen Abrechnungen des Lohnes in der Betriebsabrechnung entnommen werden, und zwar lediglich für die produzierenden Einheiten, in denen nur Produktionsarbeiter abgerechnet werden.

1. Im Abschnitt H der Meldung wird die Arbeitsstundenminderung nachgewiesen. Wo die Werktätigen dazu übergegangen sind, die gebrauchte Arbeitszeit aufzuschreiben, werden auch die verschiedenen Arten der Arbeitsstundenminderung auf den Urbelegen erfaßt. Zur Vereinfachung der Aufschreibung werden Kurzzeichen verwandt, die einheitlich festgelegt sind. Die Kontrolle ist durch die Brigadiers sowie Schicht- oder Abteilungsleiter gegeben. Der Nachweis ist nur in Stunden zu führen. Er erfolgt aus den Urbelegen fehlerfrei und schneller als aus den Lohnlisten.

Damit ist der Nachweis erbracht, daß Zuschläge und Zusatzlöhne aus den Urbelegen nach den Gliederungsgesichtspunkten der Arbeitskräfteplanabrechnung geführt werden kann. Es ist darauf hinzuweisen, daß der Arbeitsauftrag, der nur durch die Zusammenfassung aller Urbelege abgerechnet werden kann, die Grundlage der Betriebsabrechnung nach dem neuen Rechnungswesen bildet. Auf dieser Grundlage muß auch die Berichterstattung aufbauen.

Die Arbeitsmethode ist sehr einfach. Besteht ein der Darstellung entsprechendes Belegsystem und enthalten die Urbelege alle geforderten Merkmale, so läßt sich die Zusammenfassung der Zahlen für die Abrechnung des Arbeitskräfteplanes statistisch durchführen. Diese Abrechnung erfolgt kollektiv durch einen zweckentsprechenden Durchlauf der Urbelege in einer statistisch-maschinellen Form. Die Vollständigkeit der Urbelege mit allen Merkmalen für die Betriebsabrechnung und Arbeitskräfteplanabrechnung läßt die verschiedensten Möglichkeiten der Sortierung zu. Die jeweilig gewonnene Ordnung wird hinsichtlich des mengen- oder wertmäßigen Nachweises mit einer schreibenden Rechenmaschine nachgewiesen und auf formlosen Aufbereitungsunterlagen zusammengestellt. In einem Betrieb von rund 1000 Beschäftigten wurde unter Berücksichtigung des sehr umfangreichen Berichtsmaterials der volkseigenen Kohlenindustrie (etwa 32 Vordrucke) die Abrechnung des Arbeitskräfteplanes von einem Statistiker und zwei Hilfskräften, die ihm aus der Lohnabteilung oder einer anderen Abteilung zur Verfügung standen, in 16 Stunden vollzogen. Als Termin für die Abgabe sämtlicher Berichtsunterlagen an die zuständige Verwaltung war der 5. des auf den Berichtsmonat folgenden Monats erreicht worden. Voraussetzung für die Durchführung dieser Methode ist ein guter Zeit- und Arbeitsplan und die Anwendung der Methode Losinski-Optiz.

Durch die Beweglichkeit des Lohnstatistikers, der seinen Arbeitsplatz für die Erarbeitung seiner für die Arbeitskräfteplanabrechnung notwendigen Zahlen zeitlich mit der brigade- und abteilungsweisen Abrechnung des Lohnes zusammenlegt, gewinnt er nicht nur Zeit, sondern er findet bei dem Durchlauf der Urbelege durch die fortlaufenden und systematisch an-

**3 32 Quartals- und Jahresberichterstattung**

durch eine beträchtliche Doppelarbeit in der Lohnstatistik beseitigt. Als Urbelege werden die Erfassungsbelege der Lohnrechnung bezeichnet, die als Hauptmerkmal die von den Werkträgern selbst aufgeschriebene, gebrauchte Zeit tragen. Bereits in den Ausführungen über die Hauptvoraussetzungen (Abschnitt III) wurde darauf hingewiesen, daß die Urbelege alle Merkmale enthalten müssen, die auch für die Arbeitskräfteplanabrechnung benötigt werden.

Zunächst soll untersucht werden, inwieweit sich der Nachweis für die AQJ 2/VEB-Meldung aus den Urbelegen führen läßt. Dabei wird von Erfahrungen ausgegangen, die in einigen Betrieben der volkseigenen Kohlenindustrie gesammelt wurden.

1. Im Abschnitt F werden für Produktionsarbeiter die Arbeitsstunden einschließlich Überstunden und die dafür zu zahlenden Überstundenzuschläge für alle Lohnarten insgesamt nachgewiesen. In der tatsächlich gebrauchten Zeit zur Fertigstellung der verschiedenen Leistungen der Produktionsarbeiter sind die Überstunden enthalten. Die Lohnart ist durch die Leistungsabrechnung zu ermitteln. Jede Leistung hat ihre bestimmte Lohnart. Sind die produzierenden Abteilungen nach dem technologischen Prozeß gegliedert, so steht meist schon für jede Brigade die Lohnart fest. Außerdem können die Lohnarten durch Verschlüsselung in der Kontrollnummer der Arbeiter kenntlich gemacht werden. Auf den Erfassungsbelegen sind die Überstunden mengen- und wertmäßig nachzuweisen, um sie insgesamt gesondert in der Meldung auszuweisen. Diese Meldung ist vom Standpunkt der Arbeitskräfteplanabrechnung kein Soll-Ist-Vergleich, denn unter Soll sind die laut Arbeitskräfteplan festgelegten Arbeitskräfte zu verstehen, die auf Quartale oder Monate und nach Abteilungen und Brigaden aufgeteilt sind. Die in der Meldung geforderte Zahl der Produktionsarbeiter bezieht sich vielmehr auf die Zugehörigkeit zu den vier Lohnarten nach Maßgabe der überwiegenden Beschäftigung. Also konnten für diese Meldung auch bisher nur die Urbelege herangezogen werden; denn in den Lohnlisten, die meist durch Adremaeindruck vorbereitet werden, sind die Arbeiter nach dem Stellenplan des Arbeitskräfteplanes aufgeführt. Die Zahl der Produktionsarbeiter im Abschnitt F der Meldung kann nur über die tatsächlich geleisteten Stunden errechnet werden.

2. Im Abschnitt G wird der Mehrleistungslohn (bisher Mehrverdienst) sowie nicht aus dem Lohnfonds des Betriebes gezahlte Beträge der Beschäftigten und Produktionsarbeiter nachgewiesen. Der Mehrleistungslohn ist als Ergebnis der Leistungsabrechnung in jedem Falle aus dem Urbeleg ersichtlich. Das gilt auch für die als Grundkosten zu verrechnenden Zuschläge (Schmutz-, Gefahren- und Hitzezuschläge).

Die in der Betriebsabrechnung (Brigade- und Abteilungsabrechnung) als Gemeinkosten zu verrechnenden Zuschläge werden bei Zuschlägen für Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie für Überstunden, Erschwerungs-, Schmutz- und Gefahrezulagen ebenfalls auf den Urbelegen oder auf Unterlagen für die Betriebsabrechnung erfaßt, da sie entweder an bestimmte Leistungen, bestimmte Orte oder bestimmte Arten der Arbeit gebunden sind.

**Quartals- und Jahresberichterstattung 3 32**

3. Verwaltungspersonal (als Darunterzahl des kaufm. Personals),
4. Hilfspersonal,
5. Lehrlinge,
6. Betreuungspersonal.

**Zu 1.:** Der Personenkreis vom technischen Personal bis einschließlich zu den Lehrlingen gehört zu den in der Produktion Beschäftigten, während das Betreuungspersonal auf die nicht in der Produktion Beschäftigten entfällt. Die Zurechnung der Lehrlinge zu den in der Produktion Beschäftigten gilt vorläufig noch für das Planjahr 1953. Für 1954 ist eine neue Regelung vorgesehen, denn die Zurechnung der Lehrlinge zu den in der Produktion Beschäftigten ist nur mit Einschränkung möglich. Folgende Erwägungen sollten berücksichtigt werden: Der Anteil der Lehrlingsarbeit an der Produktion ist in den Industriezweigen verschieden hoch. Die Auffassung der Praktiker geht dahin, die Lehrlinge zunächst als nicht in der Produktion Beschäftigte auszuweisen und nur in dem Umfange einzubeziehen, wie sie tatsächlich Produktionsarbeit leisten. Die Rückrechnung über die für diese Leistungen geleisteten Arbeitsstunden führt zu einer Kopffzahl, die unter den in der Produktion Beschäftigten auszuweisen ist. Von der Zentralverwaltung für Statistik wird zu überlegen sein, ob nicht durch geeignete, vielleicht nur innerbetriebliche Statistik die Zahl der für die Produktion tätigen Lehrlinge auf Grund der Ermittlung über die geleisteten Stunden als Darunterzahl der gesamten Lehrlinge zu erfassen ist. Dadurch würde sich Ende 1953 eine Kennziffer errechnen lassen, die für die Ermittlung des geplanten Anteils der Lehrlinge als in der Produktion Beschäftigte zugrunde gelegt werden kann. In diesem Zusammenhang hat sich auch die Einsicht bei allen maßgeblichen Stellen durchgesetzt, daß bei der Errechnung der Arbeitsproduktivität die Berücksichtigung aller Lehrlingschichten zu einem falschen Nachweis führt. Wenn sich auch die Methoden der Ermittlung der geplanten Arbeitsproduktivität für 1953 nicht mehr ändern lassen, da Erfahrungszahlen durch die neu entstehenden Relationen von Produktion und der für sie tatsächlich gebrauchten Arbeitszeit nicht zur Verfügung stehen, so sollten alle Vorkerhungen durch ein entsprechendes Erfassungswesen getroffen werden, diese Erfahrungszahlen durch Ist-Nachweise in der Berichterstattung zu schaffen. Die vorstehende Regelung würde auch für eine saubere Ermittlung der Arbeitsproduktivität zu bevorzugen sein. Eine entsprechende Untergliederung des Kontos 354 kann eingerichtet werden.

Unterschiedliche Auffassungen bestehen noch hinsichtlich der Zuordnung der Lehrlingsausbilder. In den „Grundsätzen für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe — Industrie“ ist in den Erläuterungen zum Kontenrahmen (S. V/3/5) zum Konto 354 — Lehrlingsentgelt der Zusatz gestrichen worden, wonach die Bezüge der Ausbilder auf dem Konto 355 — Lohn für Betreuungspersonal — zu buchen waren, so daß sie nunmehr für Lehrmeister auf dem Konto 350 — technisches Personal für Lehrgesellen auf dem Konto 341 — Produktionshilfsarbeiter auszuweisen sind.

### 3 32 Quartals- und Jahresberichterstattung

Das Konto 350 wird umbenannt in „Lohn für technisches Personal“. Die Betriebe können unverbindlich untergliedern in:

- 3500 — Lohn für technisches Personal innerhalb des Lohnfonds des Betriebes,
- 3501 — Lohn für technisches Personal, der aus anderen zweckgebundenen Mitteln finanziert wird.

Die Umbenennung war erforderlich, weil nicht alle Techniker Ingenieure sind (z. B. Chemiker). Unter dieser Position sind auch Lehrmeister und technische Zeichner zu erfassen. Die Techniker, die für Forschungs- und Entwicklungsaufträge arbeiten, die vom Zentralamt für Forschung und Technik bezahlt werden, gehören nach den Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrechnung zu den Beschäftigten außerhalb der Produktion. Das gleiche trifft für alle Beschäftigten zu, die an Aufgaben arbeiten, die aus besonderen Fonds bzw. besonderen Mitteln finanziert werden, z. B. Investitionen außerhalb der Produktionsaufgabe. Durch entsprechende Aufgliederung der Lohnkosten sind die Beschäftigtengruppen nach den Gesichtspunkten in oder außerhalb der Produktion zu trennen. Um auf die Lehrlingsausbilder zurückzukommen, so findet der Lehrmeister seine Zuordnung nach den oben angeführten Erläuterungen zum Kontenrahmen zu dem technischen Personal. Demzufolge gehört er zu den in der Produktion Beschäftigten. Er übt eine praktische Lehrausbildung aus. Dazu kommen die Funktionen der Verteilung der Arbeit, der Aufsicht und Kontrolle über die Arbeit der Lehrlinge. Es ist also eine Tätigkeit wie die der Meister in der Produktion, die nach den „Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrechnung“ eindeutig zu dem technischen Personal gehören. Der Lehrgeselle wird in überwiegenden Fällen selbst mitarbeiten. Demzufolge wird er zu den Produktionshilfsarbeitern gerechnet.

Zu 2.: Die Zusammenfassung der Wirtschaftler und des Verwaltungspersonals nach der Begriffsbestimmung der „Grundsätze“ für das Rechnungswesen ergibt das in den „Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrechnung“ auszuweisende kaufmännische Personal. Eine Trennung von Wirtschaftlern und Verwaltungspersonal in der Arbeitskräfteplanabrechnung kann sehr leicht herbeigeführt werden, indem das Verwaltungspersonal, das als Darunterzahl besonders zu melden ist, von dem kaufmännischen Personal abgesetzt wird. Durch diese Regelung wird ein Vergleich von technischem Personal und Wirtschaftlern zu den Produktionsarbeitern erzielt. In dem Verwaltungspersonal, das bisher in dem kaufmännischen Personal so aufging, daß es nicht gesondert nachgewiesen werden konnte, steckt Personal, das im engeren Sinne nicht im kaufmännischen, sondern im technischen Sektor arbeitet (z. B. Schreibkräfte für technische Abteilungen). Ferner ist das Verwaltungspersonal sowohl für den Sektor der Wirtschaftler als auch der Techniker tätig. Drückte sich bisher in dem Zahlenverhältnis des kaufmännischen Personals zu den Produktionsarbeitern im Vergleich zu dem technischen Personal ein Mißverhältnis aus, das oft zu Rückschlüssen auf die Leistungen dieser beiden Gruppen führte, so wird sich durch die Trennung des Verwaltungspersonals von dem sogenannten kaufmännischen Personal ein anderes Bild ergeben. Die Anzahl der Wirtschaftler wird erst durch diese Bereinigung zu einer Größe der Beschäftigten, die entsprechend der tatsächlichen Verantwortung für den Produktionsprozeß mit dem tech-

### Quartals- und Jahresberichterstattung 3 32

führung des Produktionsprozesses gebrauchte Zeit selbst aufschreiben. Die dadurch entstehenden Urbelege sind so zu gestalten, daß sie nicht nur der Brigade- und Abteilungsabrechnung als besondere Formen der Betriebsabrechnung genügen, sondern auch alle Merkmale enthalten, die für die Berichterstattung zur Arbeitskräfteplanabrechnung benötigt werden.

3. Nach der Zuordnung unter 1. entstehen für die einzelnen Industriezweige feststehende Grundsätze, die je Industriezweig in einer Nomenklatur zusammengefaßt werden, wobei für die einzelnen Betriebe eines Industriezweiges wiederum branchenbedingte Zusätze berücksichtigt werden können. Die für die Eingruppierung der Arbeitskräfte nach Beschäftigtengruppen entstandenen Grundsätze sind den Produktionsstätten, den Planungs- und Abrechnungsabteilungen so ausreichend bekanntzugeben, daß eine einheitliche Anwendung gewährleistet wird.

4. Durch entsprechende Aufklärung der Belegschaft durch die Funktionäre der Massenorganisationen ist zu erläutern, daß die Trennung von Produktionsgrundarbeitern und Produktionshilfsarbeitern kein Werturteil darstellt. Die ersten sind mit der Durchführung einer Produktionstätigkeit beauftragt, die dem Hauptzweck des Betriebes entspricht. Die anderen üben eine Tätigkeit aus, die die Haupttätigkeit unterstützt. Hinsichtlich der Leistungen wird entsprechend unterschieden in Haupt- oder Hilfsleistungen. Dem Institut für Rechnungswesen liegt von der Polygraphischen Industrie bereits eine Nomenklatur der Arbeitskräfte nach Beschäftigtengruppen und nach der Gliederung des Betriebes nach dem technologischen Prozeß vor. Einigen Hauptabteilungen wurde vom Institut für Rechnungswesen empfohlen, solche Stellenpläne, auf den Betrieben aufbauend, aufzustellen. Aus der volkseigenen Kohlenindustrie liegen dem Institut einige Entwürfe vor. Es ist nicht verwunderlich, daß sie noch Fehler aufweisen. Es ist also notwendig, daß die Hauptabteilungen aller Industriegruppen der volkseigenen Wirtschaft diese Arbeit sofort aufgreifen, einheitlich steuern und die eingereichten Stellenpläne koordinieren. Mit der Zentralverwaltung für Statistik bei der Staatlichen Plankommission und dem Institut für Rechnungswesen wurde abgesprochen, daß diese Pläne nach der Zusammenfassung durch die Hauptabteilungen der Staatlichen Plankommission vorgelegt werden, um sie vom Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Arbeitskräfteplanung aus zu überprüfen und zu bestätigen. Es wird notwendig sein, daß entsprechende Anweisungen erfolgen und den Betrieben geholfen wird, die in dieser Arbeit bisher dem Selbstlauf überlassen waren.

#### IV. Die Aufgliederung von Zuschlägen und Zusatzlöhnen für die Arbeitskräfteplanabrechnung aus den Urbelegen

Die Arbeitskräfteplanabrechnung verlangt den Nachweis der Zuschläge und der Zusatzlöhne nach verschiedenen Gesichtspunkten. Es ist nicht notwendig, im Kontenrahmen eine entsprechende, sehr weitgehende Gliederung der Kostenartenkonten einzurichten. Dies geschieht, einfacher und dem tatsächlichen Anfall von Zuschlägen und Zusatzlöhnen entsprechend durch die Erfassung aus den Urbelegen bzw. aus Zusammenstellung derselben, wie sie für die Betriebsabrechnung benötigt werden. Außerdem wird da-

**GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN**

Genossenschaften

I, F | Seite 14

der neuen Konsumgenossenschaften gilt als Veranlagungszeitraum die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1952. Es ist jedoch auf dieses erzielte Einkommen nicht der Jahrestarif, sondern der Vierteljahrestarif anzuwenden.

Die Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuer-Planraten sind ab 1. Oktober 1952 von den neuen Konsumgenossenschaften zu leisten. Zu diesem Zweck haben die Abwicklungsstellen (alten KG) die bisher geleisteten Planraten anteilig auf die neuen Konsumgenossenschaften aufzuschlüsseln. Die Entrichtung von Planraten für die Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer für die Abwicklungsstellen entfällt ab 1. Oktober 1952. Jedoch wird die Gewerkekapitalsteuer für das gesamte Kalenderjahr 1952 von den alten KG (Abwicklungsstellen) erhoben. Soweit im Rahmen der Reorganisation ein Umlaufmittel-Ausgleich innerhalb des gesamten KG-Sektors vorgenommen wird, ergeben sich hieraus keine steuerlichen Auswirkungen. **Hillich**

**GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN**

Genossenschaften

Seite 11-14

DFW Heft 4/28. Februar 1953

**Die Besteuerung der Konsumgenossenschaften**

Die weitere Verwirklichung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung und die Reorganisation im konsumgenossenschaftlichen Sektor brachten auch steuerliche Probleme mit sich, die in den Seiten 3 bis 10 noch nicht berücksichtigt werden konnten.

**1. Körperschaftsteuer**

In der Anweisung Nr. 175/52 (DFW 1952, Heft 16, S. 895) ist bestimmt, welche Aufwendungen im Kalenderjahr 1952 als gesellschaftlicher und genossenschaftlicher Aufwand gelten. Während der genossenschaftliche Aufwand der Höhe nach nicht begrenzt ist, darf der gesellschaftliche Aufwand 40 DM je Belegschaftsmitglied nicht übersteigen. Diese 40 DM sind in der Weise aufzuteilen, daß 30 DM von den alten Konsumgenossenschaften (Abwicklungsstellen) und 10 DM von den neuen Konsumgenossenschaften verbraucht werden können. Zu dem genossenschaftlichen Aufwand gehören auch bestimmte Aufwendungen für Jubiläumsfeiern (25-, 40- bzw. 50-Jahrfeiern der Konsumgenossenschaften), wenn diese Jubiläumsfeiern im Rahmen von Mitgliederversammlungen stattfinden.

Die Rundverfügung 186/52 (DFW 1952, Heft 13, S. 701) über die Aktivierung von Generalreparaturen ist für den konsumgenossenschaftlichen Sektor im vollen Umfange anzuwenden. Der Hinweis auf die Rundverfügung 186/52 (DFW 1952, Heft 17, S. 923) schließt die Anwendung nicht aus.

Alle im Rahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung zum 1. Januar 1952 oder zu einem späteren Zeitpunkt selbständig gewordenen Einheiten sind von den Konsumgenossenschaften bzw. -verbänden mit Anlage- und Umlaufmittelfonds auszustatten. Bei dieser planmäßigen Ausstattung ist der Wertzusammenhang zu wahren, so daß die Gesamtsumme der Bilanzwerte in den Eröffnungsbilanzen aller selbständigen Einheiten mit der Bilanzsumme der Schlußbilanz bzw. Vierteljahresbilanz der aufgeteilten Konsumgenossenschaften bzw. der -verbände übereinstimmt.

Steuerliche Verlustabzüge (§ 10 EStG) aus den Jahren 1950 und 1951 können aber nur von den bestehengebliebenen Konsumgenossenschaften (KG-Zentralen) bzw. -verbänden geltend gemacht werden.

Die Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen, die nach Planraten zu leisten sind, werden an Hand des tatsächlichen, vom 1. Januar des Jahres bis zum Ende eines Vierteljahres erzielten Ergebnisses desselben Jahres abgerechnet. Die einzelnen Abrechnungstermine ergeben sich aus der Anweisung Nr. 183/52 (DFW 1952, Heft 18, S. 1006). Zum Zwecke der Abrechnung sind Vierteljahresbilanzen (Quartalsbilanzen) einzureichen und die zu zahlende Körperschaft-

**GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN  
Genossenschaften**

I, F | Seite 12

steuer ist den geleisteten Planraten gegenüberzustellen. Etwaige Nachzahlungen sind dann bis zu dem in der Anweisung Nr. 183/52 genannten Abrechnungstermin nachzuentrichten, während Überzahlungen mit fällig werdenden Planraten verrechnet werden können.

Nach der Anordnung Nr. 183/52 ist der Erlaß über die Heranziehung der Konsumgenossenschaften in schwieriger wirtschaftlicher Lage zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer ab 1. Januar 1952 nicht mehr anzuwenden. Der genannte Erlaß gilt also letztmalig für den Veranlagungszeitraum 1951.

**2. Gewerbesteuer**

Bei der Entrichtung monatlicher Gewerbesteuer-Vorauszahlungen gilt das unter Ziffer 1 Gesagte sinngemäß, jedoch mit der Einschränkung, daß eine Abrechnung nach dem tatsächlichen Ergebnis grundsätzlich nicht erfolgt. Nur in besonderen Ausnahmefällen kann auf Antrag eine Abrechnung der Gewerbesteuer-Planraten mit dem im jeweiligen Abrechnungszeitraum erzielten Ergebnis erfolgen.

Die im Rahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung nach dem 1. Januar 1952 neu gegründeten Einheiten entrichten 1952 grundsätzlich nur Gewerbeertragsteuer. Die Erhebung der Gewerkekapitalsteuer erfolgt bei diesen neu gegründeten Einheiten erst ab 1. Januar 1953. Die KG-Zentrale (aufgeteilte Einheit) hat aber die Gewerkekapitalsteuer für das Kalenderjahr 1952 noch nach dem Gewerkekapital, das nach dem Stande vom 1. Januar 1952 zu ermitteln ist, zu entrichten.

Die Kürzung nach § 9, Ziffer 1 des Gewerbesteuergesetzes ist bei den nach dem 1. Januar 1952 neu gegründeten Einheiten nicht vorzunehmen. Eine Kürzung erfolgt noch bei den aufgeteilten Einheiten (KG-Zentrale) von den Einheitswerten der Betriebsgrundstücke, die am 1. Januar 1952 zur KG-Zentrale gehörten.

Diese Regelungen gelten jedoch nicht für die bereits zum 1. Januar 1952 selbständig gewordenen Einheiten. Diese Einheiten entrichten bereits ab 1. Januar 1952 die Gewerkekapitalsteuer, da bei diesen eine Nachfeststellung des Betriebsvermögens bereits erfolgt ist. Es ist somit auch die Kürzung nach § 9, Ziffer 1 des Gewerbesteuergesetzes vorzunehmen.

Wegen der Berücksichtigung des Gewerbeerlustes wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen, die hier sinngemäß gelten.

**3. Einheitsbewertung**

Die Schaffung neuer wirtschaftlicher Einheiten nach dem 1. Januar 1952 macht bei den bisherigen Konsumgenossenschaften, deren Einheitswert des Betriebsvermögens auf den 1. Januar 1952 ermittelt ist, Wertfortschreibungen des Betriebsvermögens auf den 1. Januar 1953 erforderlich. Soweit die ausgegliederten Einheiten bereits seit dem 1. Januar 1952 selbständig sind, sind die Wertfortschreibungen bereits auf den 1. Januar 1952 durchzuführen. Nach der Anweisung 183/52 (DFW 1952, Heft 18, S. 1006) sind diese Wertfortschreibungen

**GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN  
Genossenschaften**

I, F | Seite 13

nicht an die Grenzen des § 22 des Reichsbewertungs-Gesetzes in Verbindung mit § 9 der Vermögensteuereinführungsgesetzbestimmungen 1949 gebunden.

Für die neu gebildeten wirtschaftlichen Einheiten sind Nachfeststellungen des Betriebsvermögens auf den 1. Januar 1952, und soweit sie später gegründet worden sind, auf den 1. Januar 1953 durchzuführen.

Durch die Kapitalausstattung der neuen wirtschaftlich selbständigen Einheiten entstehen bei den KG-Zentralen bzw. -Verbänden langfristige Forderungen gegenüber den neuen Einheiten. Diese Forderungen und die Schulden der selbständigen Einheiten in gleicher Höhe an die KG-Zentralen bzw. -Verbände werden bei der Ermittlung der Einheitswerte des Betriebsvermögens weder bei den KG-Zentralen bzw. -Verbänden noch bei den wirtschaftlich selbständigen Einheiten berücksichtigt.

In der Rundverfügung Nr. 104/52 (DFW 1952, Heft 9, S. 479) und in der Anweisung Nr. 183/52 (DFW 1952, Heft 18, S. 1006) ist ausgeführt, daß bei der Feststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens die nach den Bewertungsvorschriften der volkseigenen Wirtschaft ermittelten Werte abweichend von Ziffer 39 ff. der Bewertungsrichtlinien 1950 zugrunde zu legen sind. Für Betriebsgrundstücke ist jedoch nicht der Bilanzwert, sondern der dafür gesondert festgestellte Einheitswert anzusetzen. Die Konsumgenossenschaften sind also lediglich von der Ermittlung der Teilwerte nach den Ziffern 41 bis 50 der Bewertungsrichtlinien 1950 befreit.

**4. Umsatzsteuer**

Die Konsumgenossenschaften sind für verschiedene Waren, die zu HO-Preisen verkauft werden, Abgabenschuldner der Haushaltsaufschläge. Die von den Konsumgenossenschaften bei dem Verkauf dieser Waren vereinnahmten Haushaltsaufschläge sind umsatzsteuerpflichtig.

Die Anordnung Nr. 85/50 (DFW 1950, Heft 23/24, S. 565) gilt nur für Waren, die im Rahmen eines Agenturvertrages umgesetzt werden.

**5. Lohnsteuer**

Die Richtlinien für die Einführung „Persönlicher Konten“ in den konsumgenossenschaftlichen Produktionsbetrieben und dem Transportwesen gelten ab 1. Oktober 1952. Die nach diesen Richtlinien gezahlten Prämien sind lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei.

**6. Reorganisation**

Die im konsumgenossenschaftlichen Sektor durchgeführten Reorganisationsmaßnahmen, die sich für die Konsumgenossenschaften aus dem Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaues und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR ergeben, werden steuerlich nach der Anweisung 249/52 (DFW 1952, Heft 24, S. 1324) behandelt.

Die alten Konsumgenossenschaften (Abwicklungsstellen) werden 1952 für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1952 besteuert. Für die Veranlagung

Bei eintägigen Reisen wird ein Tagegeld nicht gewährt.

Die leitenden Angestellten mit eigenverantwortlicher Tätigkeit sind in die Reisekostengruppe I, alle übrigen Beschäftigten in die Reisekostengruppe II einzustufen.

Beschäftigte, deren Tätigkeit überwiegend Dienstreisen bedingt (Einkäufer usw.), erhalten an Tagegeld

in der Gruppe I ..... bis zu 3,50 DM  
in der Gruppe II ..... bis zu 3,— DM

wenn die Zeitdauer der Abwesenheit 12 Stunden übersteigt.

Bei einer Abwesenheit von mehr als 10 bis 12 Stunden ermäßigen sich diese Höchstsätze um 1,— DM.

Bei einer Abwesenheit bis zu 10 Stunden wird ein Tagegeld nicht gewährt.

Bei diesem Personenkreis wird das Tagegeld auch bei eintägigen Dienstreisen gezahlt.

Das Übernachtungsgeld beträgt

bei Übernachtungen in Berlin bis zu 8,— DM,  
bei Übernachtungen in Leipzig und Dresden bis zu 7,— DM,  
bei Übernachtung in besonderen Orten (Anlage zur VO vom 4. Dezember 1952) bis zu 5,— DM,  
bei Übernachtung in den übrigen Orten bis zu 4,— DM.

Übersteigen die gewährten Reisekostenvergütungen diese Sätze, so stellt der sie übersteigende Betrag eine freiwillige Zuwendung des Unternehmers dar, die den Gewinn nicht mindern darf.

Bei den Beschäftigten sind diese Teile der Vergütungen steuerpflichtiger Arbeitslohn.

#### b) Trennungentschädigung

Sie kann bei Versetzung für die Zeit der doppelten Haushaltsführung, höchstens aber für den Zeitraum von 3 Monaten gewährt werden und darf täglich den Betrag von 4,— DM nicht übersteigen.

Wenn während dieser Zeit am neuen Dienstort eine Wohnung nicht zu erlangen war, kann sie weitere 6 Monate gewährt werden.

c) **Umzugskostenvergütungen**  
werden den auf Grund einer Versetzung umziehenden Beschäftigten in Höhe der preisrechtlich zulässigen, tatsächlich entstandenen und unbedingt notwendigen Umzugskosten gewährt.

#### Schutzkleidung:

Den Werk tätigen sind Arbeitsschutzmittel und Arbeitsschutzkleidung nach den geltenden Arbeitsschutzbestimmungen in zweckdienlicher Beschaffenheit vom Betrieb kostenlos zur Verfügung zu stellen und laufend instand zu halten.  
(Aus der VO zum Schutz der Arbeitskraft vom 25. Oktober 1951 — GBl. 1951 S. 957.)

#### Sonntagsarbeit:

Bei regelmäßiger Sonntagsarbeit, bei der an Stelle des Sonntags ein durch Dienst- oder Schichtplan bestimmter freier Tag gewährt wird, ist kein Zuschlag zu zahlen.

Für Sonntagsarbeit, die nicht regelmäßig zu leisten ist, ist ein Zuschlag von 50 % zu zahlen.

Die neuen Tarifverträge für diese Wirtschaftszweige enthalten in § 2 durchweg folgende Bestimmung:

„Bis zur Festlegung neuer einheitlicher Akkordzeiten bilden, soweit in einzelnen Sparten vorhanden, die alten einheitlich festgelegten Stück- oder Akkordzeiten die Grundlage für die betrieblichen Akkordvereinbarungen.“

Diese Vorschrift verweist auf die vor Inkrafttreten der neuen Tarifverträge für die angeführten Wirtschaftszweige geltenden Tarife. In diesen ansonsten überholten Tarifverträgen sind für typische, in allen Betrieben des Wirtschaftszweigs vorkommende Arbeiten verbindliche Akkordzeiten festgelegt, die der Akkordvereinbarung mindestens als Zeitvorgabe zugrunde gelegt werden müssen. Diese Akkordzeiten sind in den alten Tarifverträgen selbst nicht enthalten. Sie wurden getrennt von ihnen in Form besonderer Normenhefte herausgegeben. Nur Akkordlöhne, denen die in diesen Heften enthaltenen Normen zugrunde liegen, basieren auf tariflich festliegenden Akkordzeiten im Sinne der Anweisung. Es wird von den Steuerpflichtigen gefordert werden müssen, daß sie für derartige Löhne, die sie uneingeschränkt als Betriebsausgaben absetzen wollen, an Hand der Normenhefte nachweisen, daß der Akkordvereinbarung tatsächlich die verbindlichen Akkordzeiten zugrunde gelegt sind. Wurden der Akkordvereinbarung für Arbeiten, für die an sich verbindliche Akkordzeiten bestehen, höhere Akkordzeiten zugrunde gelegt, so sind diese Löhne steuerlich wie die auf freier Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeitern beruhenden Akkordlöhne zu behandeln.

Die für die Bauindustrie herausgegebenen sogenannten „gelben Arbeitsnormen“ gelten nur für kalkulatorische Zwecke. Sie sind nicht Bestandteil des Tarifvertrags und tarifrechtlich in keiner Weise verbindlich. Die auf ihnen basierenden Akkordlöhne sind nur Betriebsausgaben, soweit ihr Gesamtbetrag 130 % der Akkordrichtsatzlöhne nicht übersteigt. Dasselbe gilt für Akkordlöhne, zu deren Zahlung sich der Unternehmer bei Übernahme eines Auftrages von der vorkommenden Wirtschaft vertraglich verpflichtet hat.

Die auf tariflichen Akkordzeiten beruhenden Akkordlöhne sind uneingeschränkt Betriebsausgaben und müssen folglich in den vorgeschriebenen vierteljährlichen Zusammenstellungen der Akkordrichtsatzlöhne und der Akkordlöhne oder Akkordmehrverdienste getrennt gehalten werden.

Den auf tariflich festliegenden Akkordzeiten beruhenden Akkordlöhnen sind in ihrer gewinnmäßigen Behandlung lediglich die Heimarbeiterlöhne gleichzustellen, weil die für Heimarbeiter angesetzten Stückpreise nach der Heimarbeiterverordnung vom 27. Juli 1948 (ZVOBl. 1948 S. 279) von der Abteilung Arbeit und Berufsausbildung des zuständigen Kreisrates festgesetzt werden müssen. Auch sie sind uneingeschränkt als Betriebsausgaben abzugsfähig und müssen in den vierteljährlichen Zusammenstellungen mit den auf tariflich festliegenden Akkordzeiten basierenden Löhnen zusammengefaßt werden.

Der letzte Satz der Anweisung — „Der Zeitraum vom 1. Dezember 1952 bis zum Ende des laufenden Wirtschaftsjahres tritt an die Stelle des vollen Wirtschaftsjahres im Sinne dieser Bestimmungen“ — hat zu Zweifeln Anlaß gegeben. Wie ist er zu verstehen?

Die Bestimmungen der Anweisung gehen von dem Jahresbetrag der Akkordlöhne bzw. der Akkordrichtsatzlöhne aus. Nach den Verhältnissen eines ganzen Wirtschaftsjahres, eines Zeitraums von 12 Monaten, der nur bei Rumpfwirtschaftsjahren kürzer sein kann, ist die Abzugsfähigkeit der Akkordlöhne zu beurteilen. Die Anweisung ist erst am 1. Dezember 1952 in Kraft getreten, also zu einem Zeitpunkt, zu dem nur sehr wenige Wirtschaftsjahre beginnen

werden. In den meisten Fällen wird das Wirtschaftsjahr am 31. Dezember 1952 geendet haben. In einzelnen Betrieben wird es zum 31. März oder 30. Juni 1953 abschließen. Bei der erstmaligen Anwendung der Anweisung müssen deshalb in der Regel die Verhältnisse eines kürzeren Zeitabschnitts, des Zeitraums vom 1. Dezember 1952 bis zum Schluß des gerade laufenden Wirtschaftsjahres zugrunde gelegt werden. Das wird in dem letzten Satz der Anweisung zum Ausdruck gebracht.

**Anweisung Nr. 272/1952 — Löhne, Gehälter und soziale Aufwendungen**  
Von freiwilligen Zuwendungen der Unternehmer an die in der privaten Wirtschaft tätigen Arbeiter und Angestellten sind ab 1. Januar 1953 nur noch die in Ziffer 4 unter Buchstaben a bis c aufgeführten als Betriebsausgaben abzugsfähig. Alle anderen übertariflichen Zuwendungen, wie z. B. Weihnachtsgartifikationen, Zuschüsse zu Urlaubsreisen und dergleichen dürfen den steuerlichen Gewinn nicht mindern, und zwar auch dann, wenn die Zahlungsvereinbarungen so gehalten sind, daß sie einen Rechtsanspruch des Beschäftigten begründen. Sie müssen aus dem nach Abzug der Steuern verbleibenden Nettogewinn der Unternehmer getragen werden.

Als Betriebsausgaben abzugsfähig sind grundsätzlich nur die Löhne und Gehälter, die auf Grund der am 1. Januar 1953 geltenden Tarifverträge, aber auch auf der Grundlage anderer arbeitsrechtlicher Bestimmungen gezahlt werden. Um für die Praxis einen Überblick über die hauptsächlichsten Zahlungsverpflichtungen auf Grund dieser sonstigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu gewähren, sollen sie im folgenden unter Angabe der Rechtsquellen alphabetisch geordnet aufgeführt werden:

**Ärztliche Untersuchung:**

Werktätige, die mit schweren oder gesundheitsgefährdenden Arbeiten beschäftigt werden, sind vor ihrer Einstellung gemäß den vom Ministerium für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik erlassenen Anweisungen ärztlich zu untersuchen und während der Dauer ihrer Beschäftigung laufend gesundheitlich zu überwachen.

Schwangere, deren Arbeit gesundheitsgefährdend sein kann, sind mindestens alle zwei Monate auf Veranlassung des Betriebsleiters oder des Betriebsinhabers ärztlich zu untersuchen.

Die Betriebsleiter oder Betriebsinhaber sind verpflichtet, alle Jugendlichen vor der Einstellung und während der Dauer der Beschäftigung in periodischen Abständen ärztlich untersuchen zu lassen.

Die Kosten der ärztlichen Untersuchungen und Überwachungen trägt der Betrieb.

(Aus der VO zum Schutz der Arbeitskraft vom 25. Oktober 1951 — GBl. 1951 S. 957.)

**BGL-Vorsitzender und Schreibkraft:**

In den Betrieben mit über 200 Arbeitern und Angestellten sind der BGL-Vorsitzende und eine Schreibkraft von der Arbeit freizustellen. Die Bezahlung erfolgt durch den Betrieb nach Vereinbarung mit dem Zentralvorstand der zuständigen Industriegewerkschaft bzw. Gewerkschaft.

Die gleiche Regelung gilt für Vorsitzende der Leitung von Gewerkschaften für Kleinbetriebe mit mehr als 200 Arbeitern und Angestellten.

In Betrieben mit mehr als 750 Belegschaftsmitgliedern ist ein weiteres Mitglied der BGL freizustellen. Zusätzlich wird für jede Abteilungsgewerkschafts-

**Krankheit:**

Die Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit ist durch ärztliche Bescheinigung nachzuweisen.

Arbeitern und Angestellten ist vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an Krankengeld von der Sozialversicherung und die Differenz zwischen dem Krankengeld und 90 Prozent des Nettoverdienstes vom Betrieb zu zahlen. Die Zahlung des Differenzbetrages kann bei mehreren Krankheitsfällen erfolgen, darf aber insgesamt die Dauer von sechs Wochen im Kalenderjahr nicht überschreiten.

Den Lehrlingen wird bei Verlust der Arbeitsfähigkeit infolge Krankheit vom Betrieb für die Zeit bis zu 12 Wochen im Kalenderjahr die Differenz zwischen dem von der Sozialversicherung gezahlten Krankengeld und 100 Prozent des Nettolohnes vergütet.

(Aus der VO über die Wahrung der Rechte der Werkstätigen . . . vom 20. Mai 1952 — GBl. 1952 S. 377.)

**Nacharbeit:**

Als Nacharbeit gilt Arbeit in der Zeit von 22 bis 6 Uhr. Für planmäßige Nacharbeit ist ein Zuschlag von 10 % zu zahlen, soweit nicht in den Tarifverträgen ein anderer Prozentsatz vereinbart ist.

Als nichtplanmäßige Nacharbeit gilt Nacharbeit, die nicht mindestens 48 Stunden vor Beginn festgelegt ist.

Für nicht planmäßige Nacharbeit ist ein Zuschlag von 50 % zu zahlen.

Die Nachzuschläge sind zum Zeitlohn oder Grundgehalt sowie zum Akkordgrundlohn (Akkordrichtsatz) zu zahlen.

Treffen mehrere Zuschläge aus Feiertags-, Sonntags-, Überstunden- oder Nacharbeit zusammen, so ist nur der höchste Zuschlag zu zahlen.

Angestellte (außer Meistern), die jährlich einen Urlaub von mehr als 17 Tagen erhalten, haben keinen Anspruch auf diese Zuschläge. Ihnen wird entsprechende Freizeit gewährt.

(Aus der VO über die Wahrung der Rechte der Werkstätigen . . . vom 20. Mai 1952 — GBl. 1952 S. 377.)

**Reisekosten, Trennungsschädigungen und Umzugskostenvergütungen:**

Vergütungen dieser Art sind nach den gleichlautenden Bestimmungen aller Wirtschaftszweig-Tarifverträge nach der Verordnung über Reisekostenvergütung, Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung vom 1. Dezember 1949 (GBl. 1952, S. 83) und den dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen zu gewähren. Die Verordnung vom 1. Dezember 1949 ist durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über Reisekostenvergütungen, Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung vom 4. Dezember 1952 (GBl. 1952, S. 1303) bezüglich der Reisekostensätze geändert worden. Die Bestimmungen dieser Verordnung sind auch für die private Wirtschaft verbindlich. Sonderbestimmungen bestehen in den Tarifverträgen für Transport, Bergbaubetriebe und Bauindustrie.

Nach diesen Vorschriften sind — von Einzelheiten abgesehen — die folgenden Vergütungssätze zu gewähren:

## a) Reisekosten:

Das Tagesgeld beträgt

in der Gruppe I	..... bis zu 7,— DM
in der Gruppe II	..... bis zu 5,— DM

# Fachnachrichten für den Staatshaushalt

1953

28. Februar

Nr. 4

## I. Mitteilungen

### Fachpolitische Schulung im Staatsapparat:

#### Studienmaterial für die Mitarbeiter aller Haushaltsorganisationen

Im Auftrage der Abteilung Schulung des Ministeriums der Finanzen wurde nachstehende Studienanleitung zum Thema „Aufgaben und Bedeutung des Staatshaushaltsplanes 1953“

von der Finanzschule Siebenlehn, Fachrichtung Haushalt, ausgearbeitet.

Die Schulung zu diesem Thema ist in sämtlichen Haushaltsorganisationen an zwei Schulungstagen durchzuführen,

Behandelt werden

am 1. Schulungstag die Abschnitte I bis III,  
am 2. Schulungstag die Abschnitte IV und V.

Weitere Studienanleitungen für Themen aus dem Haushaltssektor werden den Bezirken durch die Abteilung Schulung des Ministeriums der Finanzen in Durchführung der Direktive des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. Dezember 1952 über die staatspolitische und die fachliche Weiterbildung der Mitarbeiter der Staatsverwaltung in der Deutschen Demokratischen Republik zugeleitet werden.

#### I. Die gegenwärtige Lage in Deutschland

Studieren Sie zunächst:

1. Die Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer am 4. Februar 1953

„Neues Deutschland“ vom 5. Februar 1953, Seite 5, von „Mitglieder der Volkskammer“ bis „... wird auch die Einheit Deutschlands wiedererstehen“.

2. „Der Klassenkampf verschärft sich“ ... bis Schluß.

Zusatzliteratur:

Walter Ulbricht: „Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Seite 18 bis 23 und Seite 41 bis 45.

Sie erkennen daraus folgendes:

1. Die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist ein großer Schlag für das imperialistische Lager und seine Kriegspläne. Sie werden mit allen Mitteln versuchen, unseren friedlichen Aufbau zu stören.

2. Die Wachsamkeit in Wirtschaft und Verwaltung muß entschieden verstärkt werden.

#### II. Die ökonomischen und finanzpolitischen Aufgaben bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus

Studieren Sie zunächst:

1. Lehrmaterial für innerbetriebliche Schulung Heft 21/1952, Seite 20 bis 27.

2. Lehrmaterial für innerbetriebliche Schulung Heft 22/1952, Seite 8 bis 10.

3. Lehrmaterial für innerbetriebliche Schulung Heft 23/1952, Seite 10 bis 13 „... in der tschechoslowakischen Volksrepublik.“

Sie erkennen daraus folgendes:

1. Die drei Hauptaufgaben unserer Staatsmacht in der Deutschen Demokratischen Republik sind:

a) Brechung des Widerstandes der gestürzten und enteigneten Großkapitalisten und Großagrarien. Liquidierung aller ihrer Versuche, die Macht des Kapitals wiederherzustellen.

b) Organisierung des Aufbaues des Sozialismus mit Hilfe des Zusammenschlusses aller Werktätigen um die Arbeiterklasse.

c) Schaffung der bewaffneten Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik, zur Verteidigung der Heimat gegen die äußeren Feinde, zum Kampf gegen den Imperialismus.

Der Staatshaushalt hat die Finanzierung dieser Aufgaben zu garantieren.

2. Auf ökonomischem Gebiet ist es erforderlich, die Schwerindustrie, insbesondere die Betriebe des Schwermaschinenbaues, des Bergbaues, der Metallurgie und der Energieerzeugung, zu erweitern.

3. Die Förderung der Bildung, Festigung und Entwicklung von Produktionsgenossenschaften mit Hilfe der Finanzwirtschaft trägt zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern bei.

4. Die systematische Versorgung der Bevölkerung muß entsprechend den Beschlüssen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands umgestaltet und entschieden verbessert werden.

#### III. Zwei Haushalte in Deutschland

Studieren Sie zunächst:

1. Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer am 4. Februar 1953

„Neues Deutschland“ vom 5. Februar 1953, Seite 5, von „Zwei Haushalte — zwei Welten“ bis „... Lebensansprüche der arbeitenden Menschen.“

2. Rede des Stellvertreters des Ministerpräsidenten und Ministers der Finanzen Dr. Hans Loch vor der Volkskammer am 4. Februar 1953. DFW 4/1953, Seite 172, bis „... mehr als 40 % der Gesamtausgaben des Haushalts.“

„Die Ausgaben für Volksbildung...“ bis „... sie können sich in den Produktionsprozeß einreihen“ (Seite 177).

3. Erich Strehl „Bonner Haushaltsakrobatik“ (DFW 2/1953, Seite 69).

Sie erkennen daraus folgendes:

1. Der Staatshaushalt 1953 hat die durch den Volkswirtschaftsplan gestellten Aufgaben zu finanzieren.

Unser friedlicher Aufbau wird aus eigenen Mitteln finanziert, im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Schulden an die USA immer größer werden.

Sie werden erkennen, daß bei uns der Anteil der Einnahmen aus Steuern der Bevölkerung ständig abnimmt und der Anteil der Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft zunimmt. Dagegen werden in Westdeutschland die Steuerlasten der Werktätigen immer größer.

Im Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik ständig zunehmender Überschuß — im Bonner Haushalt ständig steigendes Defizit.

2. Die Ausgaben für Volksbildung, Wissenschaft und Kultur, für Gesundheitswesen und für Jugend und Sport nehmen laufend zu. Dagegen werden die Ausgaben für diese Zwecke im Bonner Haushalt immer mehr durch die Rüstungsausgaben verdrängt.

3. In Westdeutschland wird die Vorbereitung eines neuen Krieges finanziert. Dort trägt die Finanzpolitik zur verstärkten Verelendung der werktätigen Massen, insbesondere der Arbeiterklasse bei.

Daraus ergibt sich die Verpflichtung, für alle fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte, die Finanzierung der Aufrüstung und die Steigerung der Konsumentenpreise durch den Sturz der Adenauer-Regierung zu verhindern.

4. In der Deutschen Demokratischen Republik ist der Staatshaushaltsplan 1953 Ausdruck des Wachstums unserer Friedenswirtschaft und führt zur Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Werktätigen.

Daraus ergibt sich die Verpflichtung für alle Werktätigen, an der Erfüllung des Staatshaushaltsplanes 1953 mit aller Entschiedenheit mitzuarbeiten.

**IV. Feldzug für strenge Sparsamkeit — eine der wichtigsten Methoden der sozialistischen Wirtschaftsführung**

Studieren Sie zunächst:

1. Beschluß des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 3. Februar 1953 („Neues Deutschland“ vom 4. Februar 1953, Seite 1 „Feldzug für strenge Sparsamkeit.“)
2. Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer am 4. Februar 1953 „Neues Deutschland“ vom 5. Februar 1953, Seite 5, „Neue Prinzipien der Haushaltführung“ und „Den sozialistischen Wettbewerb auf breiter Basis entfalten“.
3. Staatssekretär Willi Rumpf „Das Sparsamkeitsprinzip als Methode der sozialistischen Wirtschaftsführung durchsetzen“ (DFW 24/1952, Seite 1295).
4. Rede des Stellvertreters des Ministerpräsidenten und Ministers der Finanzen Dr. Hans Loch vor der Volkskammer am 4. Februar 1953 (DFW 4/1953, Seite 174 „Wie ich bereits ausführte...“ bis „... ohne Stützung zu arbeiten, erreichen.“)

Zusatzliteratur:

- G. M. Malenkow „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag“ Seite 66 bis 73 „Sparsamkeitsregime — der wichtigste Hebel für den weiteren Aufstieg der Volkswirtschaft“.

**Sie erkennen daraus folgendes:**

1. Sparsamkeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft und Verwaltung beschleunigt das Tempo unseres Aufbaues. Dadurch werden dem Staatshaushalt zusätzlich Mittel zur Verfügung gestellt, die zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus verwendet werden können.
2. Der Feldzug der Sparsamkeit kann nur durch die aktive Mitarbeit der Werktätigen in Stadt und Land, durch die allseitige Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten erfolgreich geführt werden.
3. In Betrieben, Landwirtschaft, Handel, Verwaltung, kulturellen und sozialen Einrichtungen müssen alle Maßnahmen zur Durchführung der Sparsamkeit eingeleitet werden ohne die Aufgaben, die im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes gestellt sind, zu beeinträchtigen.
4. Die persönliche Verantwortung — eine wesentliche Voraussetzung zur konsequenten Durchführung des Sparsamkeitsregimes.

**V. Welche Schlussfolgerungen ergeben sich für die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere für die Mitarbeiter des Finanzapparates?**

Studieren Sie zunächst:

1. Die Rede des Stellvertreters des Ministerpräsidenten und Ministers der Finanzen Dr. Hans Loch vor der Volkskammer am 4. Februar 1953 (DFW 4/1953, Seite 178 von „Im Jahre 1952 sind rund 150 Millionen DM...“ bis zum Schluß).
2. Walter Ulbricht „Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Seite 158 bis Seite 160 „... diese Beschlüsse durchgeführt werden“, Seite 168 „Was heißt Aufbau des Sozialismus?“

**Sie erkennen daraus folgendes:**

1. Restlose Ausschöpfung aller Einnahmequellen und Erschließung neuer Einnahmequellen, wobei die Bevölkerung noch stärker zu mobilisieren ist. Beseitigung von Steuerrückständen.
2. Bei der Ausgabe von öffentlichen Geldern Anlegung der Maßstäbe äußerster Wirtschaftlichkeit und strengster Sparsamkeit.
3. Senkung der Verwaltungskosten sowohl in den staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen als auch in den volkseigenen Betrieben und Verwaltungen volkseigener Betriebe.
4. Allseitige Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbes als Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Verwaltungs- und Selbstkosten.
5. Je größer die Erfolge bei der Entfaltung der Sparsamkeitsbewegung, sind, desto mehr Mittel werden zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus zur Verfügung stehen\*).

**\*) Anmerkung der Redaktion:**

Die Anleitungen der Abteilung Schulung des Ministeriums der Finanzen für die fachpolitische Schulung der Haushaltsorganisationen werden laufend in den „Fachnachrichten für den Staatshaushalt“ veröffentlicht.

**Berichtigung**

In den „Fachnachrichten für den Staatshaushalt“ Nr. 2 vom 30. Januar 1953, Seite (83) 5 unten, muß der Text für die Anweisung Nr. 270 vom 17. Dezember 1952 lauten: „Einzahlung von Forderungen der Gebietskörperschaften aus der Zeit nach dem 8. Mai 1945.“

**II. Hinweis**

**Betr.: Anweisung Nr. 6/1953 — Finanzplanung der volkseigenen örtlichen Wirtschaft**

In den Fachnachrichten für die Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft Nr. 2 (2. Februar 1953) ist ein Hinweis zu der Frage abge-

druckt, welche Kreisbaubetriebe die VEB-Planung nach den Formularen der zentralgeleiteten Betriebe oder der örtlichen Industrie durchzuführen haben.

## **Aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien**

### **Abschaffung des Kartensystems und Neuregelung der Löhne in Polen**

E. Walter, Berlin

Am 3. Januar 1953 hat die Regierung der Volksrepublik Polen eine Reihe wichtiger Maßnahmen über die Aufhebung der Lebensmittelrationierung, die Neuregelung der Preise und über die Erhöhung der Löhne und Gehälter beschlossen. Der Beschluß bringt zugleich die Aufhebung der Beschränkungen im Handel mit den landwirtschaftlichen Produkten, die den Bauern nach Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Staat zur freien Verfügung verbleiben.

Diese Maßnahmen spiegeln die wirtschaftlichen Erfolge wider, die das polnische Volk in den letzten Jahren errungen hat. Sie haben aber nicht nur eine hervorragende wirtschaftliche Bedeutung, sondern sind zugleich ein Ausdruck des Klassenkampfes gegen die noch vorhandenen kapitalistischen Elemente, die den sozialistischen Aufbau des Landes aufzuhalten versuchen.

Die jetzt von der Regierung beschlossene Aufhebung der Lebensmittelrationierung, die im engsten Zusammenhang mit der gleichzeitig vorgenommenen Neuregelung der Preise und Löhne steht, ist das Ergebnis der Produktionserfolge in der Industrie und Landwirtschaft. Die Volksrepublik Polen, die sich im Anfangsstadium ihres sozialistischen Aufbaus befindet, hat dabei viele Schwierigkeiten zu überwinden, die teils aus der früheren wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes resultieren, teils die Folge der ungeheuren Zerstörungen sind, die der zweite Weltkrieg dort hinterlassen hat. Eine der größten Schwierigkeiten ist die ungleichmäßige und im Verhältnis zur Industrie bisher zu langsam fortschreitende Entwicklung der Landwirtschaft.

Der 1950 begonnene Sechsjahrplan stellt auch der Landwirtschaft große Produktionsaufgaben, deren Erfüllung für die Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung ist. Die gegenwärtige Struktur der Landwirtschaft, in der noch kleinere, technisch wenig entwickelte Betriebe überwiegen, hielt bisher mit der Entwicklung der übrigen Volkswirtschaftszweige nicht Schritt. Diese unterschiedliche Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft konnte häufig von kapitalistischen Elementen dazu ausgenutzt werden, die Preise für landwirtschaftliche Produkte hochzuschrauben. Dabei war die Regierung nicht immer in der Lage, dieser Tendenz, die sich in erster Linie für arbeitende Schichten als schädlich erwies, wirksam entgegenzutreten, da sie oft nicht über genügende Reserven an landwirtschaftlichen Produkten verfügte, um dadurch eine ungesunde Preisentwicklung zu verhindern. Besonders deutlich traten die negativen Folgen dieser Entwicklung im Jahre 1951 in Erscheinung, als infolge großer Dürre die Ernterträge weit unter dem Durchschnitt lagen und somit den Spekulanten auf dem freien Markt Tür und Tor geöffnet wurden. Die hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte auf dem freien Markt, die im umgekehrten Verhältnis zu den Preisen im staatlichen und genossenschaftlichen Handel standen, gaben den kapitalistischen Elementen die Möglichkeit, Güter des täglichen Bedarfs, insbesondere aber Industriewaren, zu

vorteilhaften Preisen aufzukaufen und diese, infolge der künstlich herbeigeführten Warenknappheit, mit erheblichen Gewinnen weiterzuverkaufen.

In der richtigen Erkenntnis der Gefahren, die sich aus dieser Situation für die Versorgung der arbeitenden Schichten ergaben, entschloß sich damals die polnische Regierung, eine Rationierung für Fleisch, Zucker, Fette und Seife einzuführen, um dadurch den Mindestbedarf der Bevölkerung an diesen Gütern sicherzustellen. Die Einführung der Rationierung für diese Produkte sicherte die notwendigste Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln. Dennoch hatte die Rationierung auch Nachteile, da sie den Anstieg der Preise für landwirtschaftliche Produkte auf dem freien Markt nicht beseitigte und sich schließlich auch als ein Hemmnis für die Befriedigung der im schnellen Tempo wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung erwies.

Das Vorhandensein der stark unterschiedlichen Preise auf dem freien Markt einerseits, im staatlichen und genossenschaftlichen Handel andererseits, gab den kapitalistischen Elementen nach wie vor die Möglichkeit, sich auf Kosten der arbeitenden Schichten zu bereichern. Die Spekulanten nutzten insbesondere das zwischen Industriewaren und landwirtschaftlichen Produkten bestehende ungesunde Preisniveau zu ihrem Vorteil aus. Vor allem wurden die kapitalistischen Elemente zu ihren Spekulationen durch die Tatsache verleitet, daß der Preis des von der Rationierung nicht erfaßten Brotgetreides, im Verhältnis zu den Preisen für Fleisch- und Fettprodukte, außergewöhnlich niedrig lag. Das wurde von den Spekulanten häufig dazu ausgenutzt, das Brotgetreide für Viehfütterung aufzukaufen, wodurch es in einigen Gebieten des Landes zur Verknappung an Brotgetreide kam. Dabei darf es nicht unerwähnt bleiben, daß die gesamte Brotgetreideproduktion völlig ausreichend war, um den Bedarf der Bevölkerung restlos zu decken. Begünstigt wurden diese Spekulationen durch die ebenfalls außergewöhnlich niedrigen Eisenbahntarife, die den Transport größerer Mengen von Brotgetreide für Spekulationszwecke erleichterten. Die Folge der starken Inanspruchnahme der Eisenbahn durch Spekulanten waren oft Schwierigkeiten in der normalen Beförderung der werktätigen Bevölkerung zu ihren Arbeitsstätten.

Diese eben aufgezeigten Gründe veranlaßten deshalb die Regierung, neben der Aufhebung der Lebensmittelrationierung zugleich eine weitgehende Neuregelung der Preise durchzuführen. Es wurde daher vom Ministerrat der Beschluß gefaßt, ab sofort für landwirtschaftliche und industrielle Produkte einheitliche Preise einzuführen, die dem neuen Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft, insbesondere aber der starken industriellen Entwicklung des Landes entsprechen. Durch die Einführung des einheitlichen, staatlich festgesetzten Preissystems für landwirtschaftliche und industrielle Produkte wurde die ungesunde Preisentwicklung auf diesen beiden Gebieten der Volkswirtschaft beseitigt. Damit wurde zugleich ein entscheidender Schritt getan, um den kapitalistischen Elementen und Schiefern, die

die bisherige Preisentwicklung zu Spekulationszwecken auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ausnutzten, das Handwerk zu legen. In diesem Zusammenhang erwies es sich auch als erforderlich, das bis dahin bestehende, außerordentlich stark unterschiedliche Preisniveau für landwirtschaftliche Produkte im staatlichen sowie genossenschaftlichen Handel einerseits und auf dem freien Markt andererseits anzugleichen. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit, die bisherigen Preise für landwirtschaftliche Produkte im staatlichen und genossenschaftlichen Handel in einem gewissen Umfang zu erhöhen, wodurch das ungesunde Preisverhältnis der beiden Märkte, das zwangsläufig Spekulationsgeschäfte erleichterte, endgültig beseitigt wurde.

Das neue, einheitliche Preisniveau, das eine gewisse Erhöhung gegenüber den bisherigen Preisen im staatlichen und genossenschaftlichen Handel bedeutet, das jedoch unter den bisherigen Preisen des freien Marktes liegt, wurde mehr als ausgeglichen durch die in dem Beschluß des Ministerrats festgelegte Erhöhung der Löhne, Gehälter, Renten und Stipendien. Damit wird gewährleistet, daß durch die neue Preisregelung den arbeitenden Schichten keine materiellen Verluste entstehen.

Dabei wurde von dem Grundsatz ausgegangen, daß Arbeiter und Angestellte mit niedrigerem Einkommen bei der Lohnerhöhung in stärkstem Maße berücksichtigt wurden. So z. B. erhöhte sich der Stundenlohn eines Arbeiters, der bisher bis 2,31 Zloty betrug, um 27 bis 40 %. Bei bisherigem Stundenlohn von 2,31 bis 4,62 Zloty schwankt die Lohnerhöhung zwischen 21,3 und 27,7 %. Dagegen erhöht sich der bisherige Stundenlohn von mehr als 7,70 Zloty um durchschnittlich 12 %. Die Lohnerhöhung bezieht sich jedoch nur auf die Grundlöhne, wobei das bisherige prozentuale Verhältnis zwischen Grundlöhnen und Leistungszuschlägen unverändert bleibt.

Unverändert blieben auch alle Bestimmungen, die das prozentuale Verhältnis der zu zahlenden Prämien im Vergleich zu den Grundlöhnen regeln.

Neben den Löhnen wurde auf Grund des Ministerratsbeschlusses eine wesentliche Erhöhung der Renten, und zwar um 46 %, und der Stipendien um durchschnittlich 25 % vorgenommen.

Gleichzeitig mit der Lohnerhöhung wurde eine Neuregelung der Lohnsteuer beschlossen. Die neuen Lohnsteuersätze berücksichtigen die für einzelne Einkommensgruppen festgelegte Erhöhung der Grundlöhne in der Weise, daß das neue Lohnsteuersystem die von der Regierung festgesetzten Lohnerhöhungen nicht vermindert.

Bei der Neuregelung der Lohnsteuer wurde von dem Grundsatz ausgegangen, daß nach Abzug der Lohnsteuer die Erhöhung des Nettolohnes für die niedrigste Einkommensgruppe nicht weniger als 40 % und für die höchste Einkommensgruppe nicht weniger als 15 % betragen darf. Durch den Beschluß der Regierung vom 3. Januar 1953 wurde ferner eine erhebliche Senkung der Steuer für Einkünfte aus der wissenschaftlichen, künstlerischen, literarischen, publizistischen und aus

der Lehrtätigkeit vorgenommen. Eine Gegenüberstellung der bisherigen und der neuen Besteuerung der Einkünfte in diesen Berufen zeigt deutlich die Vergünstigungen, die diese Steuerzahler jetzt erhielten. Wenn die Besteuerung nach den bisher geltenden Steuersätzen bei monatlichem Einkommen bis 600 Zloty = 5 %, von 600 bis 1500 Zloty = 10 % und über 1500 Zloty = 15 % betrug, so beträgt der Steuersatz jetzt für ein monatliches Einkommen bis 800 Zloty = 4 %, für ein Einkommen von 800 bis 1700 Zloty = 8 % und für Einkommen über 1700 Zloty nur 12 %.

Die neue Lohnsteuerregelung bringt ferner eine Vergünstigung für Vergütungen aus der Tätigkeit in Kommissionen zur Behandlung verschiedener wirtschaftlicher und administrativer Fragen, die von der Lohnsteuer befreit wurden. Es wurden auch neue Grenzen für Steuererhöhungen oder Steuererleichterungen festgelegt. Die laut Regierungsbeschluß zu gewährenden einmaligen Ausgleichszuschläge von 0,8 % pro Tag sind steuerfrei. Weitere Steuererleichterungen wurden auch auf Grund der Unterhaltspflicht für Kinder geschaffen.

Die Einführung der einheitlichen Preise für landwirtschaftliche Produkte und die Erhöhung der Löhne, Renten und Stipendien ermöglichten es der Regierung, den Handel mit freien Spitzen, die den Bauern nach restloser Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Staat verbleiben, neu zu regeln. Den Bauern ist es somit gestattet, diese Produkte zu einem zwischen Käufer und Verkäufer frei zu vereinbarenden Preis ohne irgendwelche Beschränkungen zu verkaufen. Eine unerläßliche Voraussetzung hierfür ist jedoch die unbedingte Einhaltung der gesetzlich festgelegten Ablieferungsverpflichtungen gegenüber dem Staat. Diese Maßnahme entspricht insbesondere den Interessen der werktätigen Bauern und gibt ihnen die Möglichkeit, ihre freien Spitzen zu günstigeren Preisen zu verkaufen. Die höheren Einnahmen aus dem Verkauf dieser Waren sind auch ein wichtiger materieller Anreiz für die Bauern, ihre landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Hinzu kommt, daß durch die im Beschluß vom 3. Januar 1953 getroffene Neuregelung des Vertragssystems für den Aufkauf von landwirtschaftlichen Produkten durch staatliche Handelsorgane den Bauern der Absatz ihrer Erzeugnisse zu äußerst günstigen Bedingungen gesichert wird. Dabei bedeutet die Tatsache, daß die Preise für die freien Spitzen zwischen Käufer und Verkäufer frei vereinbart werden können, keine Gefahr der Entstehung von Spekulationen. Diese ist schon deshalb unmöglich, weil jetzt der Bedarf der Bevölkerung durch den staatlichen und genossenschaftlichen Handel in beliebiger Menge und zu festen Preisen gedeckt werden kann und somit die Verkaufspreise für die überschüssigen Produkte der Bauern nur unerheblich über den festen Preisen liegen.

Die jetzt von der Regierung der Volksrepublik Polen getroffenen Maßnahmen stellen einen wichtigen Abschnitt in der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und Festigung des Landes dar. Insbesondere ist die Tatsache der Aufhebung der Rationierung und des steigenden Realeinkommens der Werktätigen ein Beweis für die Erfolge, die das polnische Volk auf dem Wege zum Sozialismus errungen hat.

**Die Einführung eines strengen Sparsamkeitsregimes ist nicht eine aus Notständen geborene zeitweilige Maßnahme, sondern das ständige, kluge Prinzip der sozialistischen Wirtschaftsführung im Interesse des Volkes. Jede Vergeudung von sozialistischem Eigentum und von Arbeitskraft ist ein Verlust für unser ganzes Volk.**

## Finanzen der sozialistischen Wirtschaft

### Wie sparten Betriebe des Maschinenbaus Umlaufmittel ein?

Rudolf Adamek, Berlin

Nach Bekanntwerden des Planes zur Einsparung der Umlaufmittel des VEB Askania Teltow, Ende September 1952, der auf Werkleiter- und Hauptbuchhaltertagungen den Betrieben erläutert und zur Nachahmung empfohlen wurde, haben verschiedene Betriebe des Maschinenbaues ebenfalls Maßnahmen getroffen, die sich in einer verstärkten Abführung freigewordener Umlaufmittel an den Haushalt erfolgreich auswirkten.

Dabei ist von besonderer Bedeutung, durch welche innerbetrieblichen Maßnahmen es den Betrieben möglich war, wesentliche Einsparungen an Umlaufmitteln zu erzielen.

Zur Berichterstattung hierüber wurden die Betriebe herangezogen, die anteilmäßig im IV. Quartal 1952 Umlaufmitteleinsparungen über 1 Million DM aufwiesen.

Der VEB Deutsche Niles-Werke Chemnitz berichtet, wie eine Überprüfung der Lagerbestände ergab, daß ihre Höhe am Verbrauch gemessen nicht gerechtfertigt war. Durch Einstellung weiterer Bestellungen wurde der Lagerbestand auf den tatsächlich notwendigen Bedarf reduziert.

Durch die restlose Ausnutzung der vorhandenen Alterungsanlage für Mittel- und Großgußteile war es möglich, eine wesentliche Herabsetzung der Bestände an Gußeisen zu erreichen.

Da infolge Lieferverzugs bei Guß- und Schmiedeteilen ein erheblicher Produktionsausfall eintrat, wurde an Hand der Bestandsanalysen der Lagerbestände eine Minderung der übrigen Bestände, soweit nicht vertragsgebunden, in Anpassung an die verminderte Produktion vorgenommen.

Die Unterplanbestände an halbfertigen Erzeugnissen ließen erkennen, daß die planmäßigen Bestände überhöht sind. Es wurde auch hier erreicht, mit geringeren Beständen auszukommen.

Weitere innerbetriebliche Sparmaßnahmen, wie die Verringerung des Stromverbrauchs durch den Einbau von Kondensatoren zur Vermeidung des Blindstromverbrauchs, die Einschränkung des Werkzeugverbrauchs durch sorgfältigere Behandlung und gewissenhafte Verbrauchsüberwachung, die Verminderung der Fremdreparaturen bei Übernahme der Reparaturarbeiten durch die eigene Reparaturabteilung, ferner die Einschränkung der Transportlöhne durch striktes Verbot, daß Produktionsgrundarbeiter Transportleistungen ausführen, führten zu weiteren Umlaufmitteleinsparungen. Die Arbeitsproduktivität der Nachtschichten wurde durch den ausreichenden Einsatz verantwortlicher technischer Führungskräfte gesteigert. Hierdurch wurden Kosteneinsparungen erreicht und die Anlagen besser ausgenutzt.

Der VEB Hochseeschiffbau Warnowert Warnemünde erzielte wesentliche Erfolge bei der Reduzierung der Umlaufmittel im Jahre 1952. Durch Veränderung der bisherigen Richttage, Verbesserung der Materialdisposition und straffe Anwendung und Kontrolle des Vertragsystems gelang es auch diesem Betrieb, die Materialbestände wesentlich zu verringern. Die sorgsame Disposition erstreckte sich auf die termingemäße Beschaffung, den richtigen Einsatz und die sparsame Verwendung des Materials bei laufender Überwachung und Veränderung der Richttage.

Zusätzlich wurde eine laufende Kontrolle sämtlicher Fonds auf zweckentsprechende und sparsame Verwendung durchgeführt.

Die nachstehende Aufstellung gibt Aufschluß, wie erfolgreich sich diese Maßnahmen hinsichtlich einer Reduzierung der Richtsatzplanbestände auswirkten.

	Plan-Voranschlag	1953 I. Plan	1953 II. Plan	1953
Einsatz- und Fertigungsmaterial .	100 %	80,0 %	61,3 %	60,9 %
Halbfabrikate . .	100 %	65,5 %	63,1 %	55,9 %

Der Umlaufmittelfonds ermäßigte sich entsprechend, und es wurden Umlaufmittel im Verhältnis zur Produktionsauflage nur noch benötigt:

1951 = 29,9 %    1952 = 18,5 %    1953 = 16,5 %.

Mit der Einführung des neuen Rechnungswesens werden im Betrieb weitere Verbesserungen der Kontrolle und eine weitere Senkung der Umlaufmittel erwartet.

Der VEB Elbewerft Boizenburg meldet, daß aus Anlaß der II. Parteikonferenz der SED erhebliche Umlaufmitteleinsparungen dadurch erreicht werden konnten, daß durch Abschluß von Typenverträgen mit einer präzisen Terminstellung die Liegedauer und somit die Richttage für das Einsatz- und Fertigungsmaterial reduziert werden konnten. Dies ergab allein in einer Position Einsparungen von über 540 000 DM.

Durch die Verbesserung des Produktionsablaufs im Kühlschiffprogramm, insbesondere durch Verminderung der Hellingliegezeiten von 38 auf 28 Tage, konnten die Richttage bzw. Bestände für halbfertige Erzeugnisse herabgesetzt werden.

Weiterhin wurden die Durchlaufzeiten für Kühlschiffe und Logger wesentlich verkürzt, wodurch die Umschlaggeschwindigkeit erhöht und die gebundenen Umlaufmittel verringert wurden.

In dem VEB Volkswerft Stralsund konnten durch entsprechende Verbesserung des Produktionsablaufs die Durchlaufzeiten bei Loggern von 90 Arbeitstagen auf 70 Arbeitstage, bei Trawlern von 180 Arbeitstagen auf 140 Arbeitstage und bei Küstenschiffen von 240 Arbeitstagen auf 180 Arbeitstage herabgesetzt werden. Bei Zugrundelegung dieser neuen Durchlaufzeiten ergaben sich neue Richttage für Logger — 80 Tage, für Trawler — 165 Tage, für Küstenschiffe — 210 Tage.

Die Neuerrechnung von Richttagen für Fertigungsmaterial wurde nach folgendem Schema vorgenommen:

1. Dauer des außerbetrieblichen Transportweges in Tagen
2. Dauer des innerbetrieblichen Durchlaufs in Tagen (z. B. techn. Lagerung)
3. Dauer der durchschnittlichen Lagerung in Tagen — gerechnet vom Tage der benötigten Bereitstellung nach dem technologischen Plan bis zum Übergang in den Halbfabrikatebestand. Dabei wurde zugrunde gelegt, daß mit der Hälfte der Gesamtfertigungszeit der Übergang in den Halbfabrikatebestand erfolgt.
4. Zusätzliche Dauer eines „Eisernen Bestandes“ in Tagen entsprechend außerbetrieblicher Transportzeit und innerbetrieblicher Durchlaufzeit (ohne Produktionsvorbereitungszeit).

Metallurgische Erzeugnisse wurden mit einem Erfahrungswert von 75 Richttagen eingesetzt. Für Gemeinkostenmaterial und Werkzeuge wurden differenzierte Richttage entsprechend den Erfahrungswerten mit sinkender Tendenz eingesetzt.

Durch diese analytischen Maßnahmen konnten z. B. folgende Richttage gesenkt werden: Kiefernholz von 290 Rtg. auf 220 Rtg.; Dieselmotoren mit Pumpen von 90 Rtg. auf 40 Rtg.; Deckmaschinen (Netz- und Ankerwinden) von 90 Rtg. auf 38 Rtg.; Armaturen von 90 Rtg. auf 59 Rtg.; Werkzeuge von 360 Rtg. auf 34 Rtg.; Schmiedestücke von 90 Rtg. auf 43 Rtg.; Drahtseile, Ketten von 90 Rtg. auf 42 Rtg.; Elektroden von 90 Rtg. auf 60 Rtg.; gesamte Schiffsausrüstung von 90 Rtg. auf 34 Rtg.; Baumaterialien (Eisen, Zement, Verkleidungsplatten) von 90 Rtg. auf 53 Rtg.; flüssige Brennstoffe von 90 Rtg. auf 60 Rtg.; Metallurgie von 90 Rtg. auf 75 Rtg.; Funk- und Spezialausrüstung von 90 Rtg. auf 34 Rtg.; Betriebstypische und sonstige Hilfs- und Betriebsstoffe von 90 Rtg. auf 60 Rtg.; Papier von 90 Rtg. auf 60 Rtg.; Werkzeuge, Kleingerät und Instandhaltungsmaterial von 350 Rtg. auf 180 Rtg.

Diese Ergebnisse zeigen, wie durch eine genaue Differenzierung entsprechend dem technologischen Prozeß eine wesentliche Herabsetzung der Bestände möglich ist, vor allem, wenn parallel hierzu Maßnahmen zur Verkürzung der Durchlaufzeiten ergriffen werden. Besonders im Schiffbau, der stark materialintensiv ist und bei dem wertmäßig die Zulieferungen und Einbauaggregate eine wesentliche Rolle spielen, wird durch eine gute innerbetriebliche Organisation in Verbindung mit einem straffen Vertragssystem erreicht, daß die Materialeingänge und die Eingänge der Einbauaggregate besser als bisher mit dem Produktionsbedarf und dem technologischen Prozeß abgestimmt werden. Dadurch werden viele Millionen DM, die bisher in Beständen gebunden waren, freigesetzt.

Der VEB Mathias-Thesen-Werft Wismar konnte ebenfalls erhebliche Umlaufmitteleinsparungen erreichen durch wesentliche Verkürzung der Richttage für Grundmaterial von 150 auf 113 und für Halbfabrikate von 83 auf 42 Tage, durch bessere Disposition in der Materialversorgung, durch schnellste Abrechnung der monat-

lichen Abschlagszahlungen mit ihren Auftraggebern, ferner durch kollektive Zusammenarbeit aller Mitarbeiter der Nachkalkulation. Darüber hinaus wurden nicht unwesentliche Umlaufmitteleinsparungen erreicht durch die Verwirklichung des Rationalisatorenplans und durch die Überwachung der Kostenentwicklung bis in die Werke hinein.

Auch in den Absatzabteilungen besteht die Möglichkeit, durch geeignete Maßnahmen die Lagerbestände an Fertigerzeugnissen niedrig zu halten und durch einen guten Belegfluß besonders dort, wo „ab Lager“ geliefert wird, den Zeitraum vom Auftragseingang bis zur Auslieferung der Bestellung und dem Ausschreiben der Ausgangsrechnung und Lieferbelege stark zu verkürzen.

So hat z. B. der Kollege Heinz Koch im VEB Dralowidwerk Teltow den Arbeitsablauf nach der Methode Lóbinski/Opitz, ähnlich wie bei der kurzfristigen Abrechnung, genau analysiert, neu geordnet, einen Plan der Pflichten und Termine für die Mitarbeiter der Absatzabteilung aufgestellt und erreicht, daß die frühere Durchlaufzeit vom Auftragseingang bis zu Auslieferung von 10 Tagen auf 4 Tage verkürzt wurde.

Bei einem Umsatz im Monat von 900 000 DM ergab eine Verringerung der Lagerzeiten um 6 Tage eine mögliche Senkung der Lagerbestände um 180 000 DM.

Außerdem wurden Arbeitskräfte frei, so daß sich Einsparungen von 13 000 DM im Jahre ergaben.

Die im letzten Quartal 1952 von den einzelnen Betrieben eingesparten Beträge bewegten sich zwischen mehreren Hunderttausend DM und bis zu 16 Millionen DM. Die ausgewählten Beispiele zeigen, welche wesentlichen Einsparungen von Umlaufmitteln möglich sind, wenn die Werktätigen unserer sozialistischen Betriebe, getragen von einer neuen Einstellung zur Arbeit, das Sparsamkeitsregime als ständiges, kluges Prinzip der sozialistischen Wirtschaftsführung beharrlich verwirklichen.

## Zur Frage der Bestätigung von Betriebsplänen

Dr. Harald Engelhardt, Ministerium der Finanzen

Der Staatshaushaltsplan 1953 hat am 22. Januar 1953 dem Ministerrat zur Bestätigung vorgelegen und wurde am 5. Februar 1953 von der Volkskammer beschlossen. Es ist damit gelungen, im termingemäßen Ablauf der Finanzplanung gegenüber den Vorjahren eine erhebliche Verbesserung zu erzielen. Mit der Beschlußfassung zum Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1953 in der Volkskammer ist andererseits die Frage der Finanzplanung 1953 noch nicht abgeschlossen. Um die noch ausstehenden Aufgaben richtig zu erkennen, ist es notwendig, den bisherigen Ablauf der Planung noch einmal kurz darzustellen.

Nachdem die Fachministerien im III. Quartal 1952 der Staatlichen Plankommission ihre Vorschläge für den Volkswirtschaftsplan 1953 eingereicht hatten, war damit gleichzeitig eine Grundlage für die Differenzierung der Kontrollziffern und Finanzkennziffern geschaffen, die von den Fachministerien endgültig vorzunehmen ist, wenn diese Ziffern Gesetzeskraft erhalten haben. Als eine weitere Voraussetzung für einen klaren Planungsablauf wurde bestimmt, daß der Staatshaushaltsplan die Kontrollziffern des Volkswirtschaftsplanes zugrundelegt. Nachträge zum Volkswirtschaftsplan, die in der Zeit zwischen der Beschlußfassung über den Volkswirtschaftsplan und den Staatshaushaltsplan bekanntgegeben werden, gehen daher nicht in den Staatshaushaltsplan ein, sondern sind in entsprechenden Nachträgen zum Staatshaushaltsplan aufzunehmen. Nach Beschlußfassung über den Volkswirtschaftsplan

im Ministerrat bzw. Annahme des Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan in der Volkskammer begannen die Betriebe ihre Betriebspläne aufzustellen. Gleichzeitig führten die Fachministerien und das Ministerium der Finanzen auf der Basis dieser Kontrollziffern ihre abschließenden Planberechnungen durch. Zuvor waren bereits Finanzplanberechnungen durchgeführt worden unter Zugrundelegung der Vorschläge der Betriebe, wie sie mit den Formblättern 0630/83 dem Ministerium der Finanzen über die Fachministerien zugegangen waren und unter Zugrundelegung von Entwürfen der Staatlichen Plankommission über den Volkswirtschaftsplan 1953. Es standen also die Fachministerien und das Ministerium der Finanzen seit dem III. Quartal 1952 ständig in Diskussion und Abstimmung über die „Vorrunden“ und den endgültigen Finanzplan 1953, so daß auch Besonderheiten in der Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige im Jahre 1953 — soweit erforderlich — in den Betrieben eine Klärung erfahren konnten. In der Zeit vor der Stellungnahme des Ministerrates zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplanes konnte deshalb bereits die Übereinstimmung zwischen den Fachministerien und dem Ministerium der Finanzen über die Finanzpläne 1953 erzielt werden. Einige Fachministerien vertraten den Standpunkt, daß eine endgültige Stellungnahme von ihnen erst dann abgegeben werden könne, wenn ihnen die von den Betrieben aufgestellten Pläne vorliegen. Dem konnte natürlich nicht zugestimmt werden. Ganz unabhängig

davon, daß dadurch eine erhebliche Verzögerung in der Bestätigung des Staatshaushaltsplanes und damit der Finanzpläne hätte eintreten müssen, kommt darin zum Ausdruck, daß das Fachministerium seine Betriebe nicht genügend kennt.

Als nächster Schritt folgte die Beratung des vom Ministerium der Finanzen vorgelegten Entwurfes zum Staatshaushaltsplan im Ministerrat. Mit Beschlußfassung erhielten die Fachminister — vorbehaltlich der Zustimmung durch die Volkskammer — die Bestätigung, den vorgelegten Finanzplan des Ministeriums bzw. selbständigen Staatssekretariats als Grundlage für die Aufteilung in die Finanzpläne der nachgeordneten Verwaltungen und Betriebe zu nehmen. Das heißt, es ist dem Fachminister damit der Rahmen gegeben, in dem er unter Durchsetzung eines strengen, vom Ministerrat beschlossenen Sparsamkeitsregimes die Erfüllung der den Betrieben gestellten Aufgaben garantiert. Auf dieser Basis wird er deshalb mit den Betrieben den von ihnen vorgelegten Plan diskutieren.

Aus der bisherigen Darstellung ergibt sich, daß die Bestätigung der Betriebspläne dem Fachminister obliegt.

Es muß mit aller Eindeutigkeit der irrigen Auffassung entgegengetreten werden, daß die Bestätigung von Finanzplänen — besser des Betriebsplanes — Teil Finanzen — vom Ministerium der Finanzen abhängig sei. Soweit sich das Fachministerium im Rahmen des ins Gesetz über den Staatshaushaltsplan eingegangenen Finanzplanes hält, ist es Aufgabe des Ministeriums der Finanzen, zur Sicherung der Haushaltseinnahmen und Nichtüberschreitung der vorgesehenen Ausgaben die Differenzierung des Fachministeriums zu überprüfen. Der aufgeteilte Finanzplan eines Fachministeriums gehört verständlicherweise zu den Arbeitsunterlagen des Ministeriums der Finanzen.

Das MdF wurde wiederholt in Pressekritiken dafür verantwortlich gemacht, daß Betriebe zum Teil bis in das IV. Quartal 1952 hinein noch keine bestätigten Finanzpläne vorliegen hatten. Es wurde hierbei aber nicht berücksichtigt, daß sich das Fachministerium den Standpunkt des Betriebes zu eigen machte und einen Plan forderte, der über den im Haushaltsgesetz gezogenen Rahmen hinausging. Das Ministerium der Finanzen würde seine Aufgabe schlecht erfüllen, wenn es sich in diesen Fällen nicht den Nachweis für die

Notwendigkeit dieser Planüberschreitung erbringen ließe. Solange das Fachministerium diesen nicht schafft und hierzu die Zustimmung des Ministerrats nicht vorliegt, ist es verfehlt, das Ministerium der Finanzen für unbestätigte Finanzpläne der Betriebe verantwortlich zu machen.

Wenn es in diesem Jahre gelungen ist, wie von Staatssekretär Rumpf vor dem Finanz- und Haushaltsausschuß der Volkskammer ausgeführt wurde, in der Deutschen Demokratischen Republik als erstem Land im Friedenslager den Staatshaushaltsplan der Volksvertretung vorzulegen, so erlaubt dieser Vorsprung doch nicht, nun bis zur Bestätigung der Betriebspläne eine Atempause einzulegen. Es stehen noch einige Aufgaben bevor, die mit Sorgfalt zu lösen sind, bevor die Betriebe über ihre endgültigen Pläne verfügen.

Die Strukturänderungen innerhalb einiger Fachministerien sowie Veränderungen in der Zuordnung einzelner Wirtschaftszweige zu den Ministerien verlangen eine Umsortierung der Finanzpläne, die beispielsweise im Maschinenbau etwa einen Monat in Anspruch nimmt. Diese Zusammenfassung der Pläne nach den neuen Hauptverwaltungen und Ministerien erfolgt auf der Basis des alten Rechnungswesens und der bis 31. Dezember 1952 gültigen Preise für diejenigen Grundstoffe, deren Preisgestaltung in Wirklichkeit der auf der II. Parteikonferenz der SED geforderten Aufhebung von Subventionen im Gesetzblatt 182/52 neu geregelt wurde. Durch Ministerratsbeschluß ist festgelegt, daß das Ministerium der Finanzen berechtigt ist, Änderungen der Finanzpläne der Fachministerien und Staatssekretariate meG zu genehmigen, soweit sie sich aus den beschlossenen Preisänderungen für Steinkohle, Zechen- und Gaskoks, Buntmetall und Buntmetallhalbezeug, Elektricnergie und Gas ergeben. Nachdem also eine Bestätigung der Betriebspläne — Teil Finanzen — auf der Basis altes Rechnungswesen und alte Preise durch die Fachminister erfolgt ist, wird zwischen diesen und dem Ministerium der Finanzen eine Abstimmung stattfinden über die Fassung der Finanzpläne der Fachministerien und Staatssekretariate meG nach Umstellung auf neue Struktur, neues Rechnungswesen und neue Preise. Der Fachminister wird abschließend auf dieser Basis den Betrieben erneut ihren Betriebsplan bestätigen.

## Übernimmt Patenschaften für unsere landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften!

In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Zahl der Produktionsgenossenschaften ständig im Wachsen. Es kommt jetzt darauf an, die bestehenden Produktionsgenossenschaften zu festigen und zu stärken. Maßnahmen dazu sind die Entwicklung ihrer inneren Organisationsform, Einführung einer richtigen Arbeitsorganisation, die richtige Bewertung der Arbeit der Genossenschaftsmitglieder nach den geleisteten Arbeitseinheiten und dem eingebrachten Boden, die gute Zusammenarbeit mit den MTS. All diese Maßnahmen aber finden ihren Niederschlag in der Buchhaltung, auf deren Führung die Organe der Staatsmacht größtes Augenmerk legen müssen.

Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft hat für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eine Buchführung entwickelt, die anfangs den gestellten Ansprüchen zu genügen schien. Es stellte sich aber bald heraus, daß sie in vielen Dingen kompliziert und unverständlich ist. In Nummer 2 unserer Zeitschrift hat Kollege Christow dieses System beschrieben.

Obwohl sich die Mängel dieses Systems bald herausstellten, hat das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft trotzdem den Druck der von ihm entwickelten Buchhaltungsformulare angeordnet und diese größtenteils an die Genossenschaften ausgeliefert. Inzwischen ist das Institut für Rechnungswesen beim Ministerium der Finanzen beauftragt worden, dieses System einfacher und so klar darzustellen, daß die lückenlose Erfassung sämtlicher Vorgänge der Produktionsgenossenschaft ohne große Rechnerieen möglich ist. In der Zwischenzeit führen die Produktionsgenossenschaften die vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft eingeführten Bücher.

Das wichtigste Problem, das jetzt im Hinblick auf die Buchhaltung von unseren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu lösen ist, ist die Kaderfrage. Auf dem Lande ist es schwierig, sofort die notwendigen qualifizierten Kräfte für die Buchhaltung zu finden. Meist sind die auf dem Lande vorhandenen geeigneten Kräfte bereits in der Industrie oder in anderen Wirtschaftszweigen tätig.

Die Buchhalter für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften müssen also aus den Reihen der Genossenschaftsmitglieder selbst hervorgehen. Es wird sich hierbei meist um Bäuerinnen oder Söhne und Töchter von Bauern handeln, die man schnellstens auf Qualifizierungslehrgänge schicken muß. Es ist nicht vorgesehen, Buchhalter aus der Stadt abziehen und aufs Land zu schicken. Das Mittel zur Überwindung dieser Schwierigkeit liegt in dem Abschluß von Patenschaftsverträgen der Industrie-, Handels- und Bankbetriebe mit den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Interessierte und befähigte Menschen aus den Reihen der Genossenschaftsmitglieder, die sich für die Übernahme der Buchhaltungsarbeit eignen, sollten auf dem Wege eines solchen Patenschaftsvertrages von den Buchhaltern der Industrie angeleitet und mit den Grundkenntnissen der Buchhaltung ausgerüstet werden.

Die Patenschaftsbewegung hat bereits bei einigen Produktionsgenossenschaften gute Erfolge gezeitigt. So hat sich z. B. die Kollegin Se bald vom VEB Getriebewerk Coswig verpflichtet, die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft „Fortschritt“ bei der Rechnungsführung zu unterstützen. Im Patenschaftsvertrag des VEB Karl-Marx-Werk Zwickau mit der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Alfred Baumann“ heißt es ebenfalls, daß die Produktionsgenossenschaft bei der Einrichtung und Führung der Buchhaltung zu unterstützen ist.

Diese Atmosphäre der gegenseitigen Hilfe muß jedoch noch weit mehr verstärkt und intensiviert werden. Es ist eine große Verpflichtung für die Buchhalter unserer sozialistischen Betriebe, dem Aufbau des Sozialismus auf dem Lande größtmögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Viele Buchhalter haben, da noch keine Buchführungsrichtlinien für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften vorlagen, dort eine auf den Erkenntnissen des industriellen Rechnungswesens aufbauende Buchführung selbst ausgearbeitet. In der Zwischenzeit sind jedoch die Vordrucke des Ministeriums für Land- und Fortwirtschaft erschienen, so daß jetzt mitunter mehrgleisig gefahren wird. Um hier zu einer Einheitlichkeit zu kommen, ist es notwendig, die ausgearbeiteten Systeme zur Diskussion zu stellen, damit von den in Betracht kommenden Stellen ein einheitliches System ausgearbeitet werden kann.

Es gilt also jetzt, einmal die verschiedenen Buchführungssysteme auszuwerten und zu vereinheitlichen, zum anderen müssen unsere Kollegen Buchhalter in Industrie, Handel und Banken Patenschaftsverträge mit den Produktionsgenossenschaften abschließen. Unsere Losung muß lauten: **Für jede Produktionsgenossenschaft einen Patenschaftsvertrag!** Wir betrachten es als unsere vornehmste Aufgabe, die Patenschaftsbewegung mit allen Kräften zu unterstützen und erwarten von unseren Kollegen Buchhaltern regé Mitarbeit an der Lösung dieser politisch äußerst wichtigen Frage.

Herbert Jeschke

## Neues Rechnungswesen entfacht Atmosphäre des Lernens

Martin Gentsch, Berlin

Die Einführung des neuen Rechnungswesens unterschied sich schon in der Methode von allen Änderungen, die bis jetzt auf diesem Gebiet durchgeführt wurden. Es kam uns dabei nicht darauf an, das Ergebnis unserer Arbeit den Kollegen des Rechnungswesens zu vermitteln, sondern es handelte sich darum, gleichzeitig mit diesen zu diskutieren, aus diesen Diskussionen zu lernen und Schwächen, die in unserer Arbeit noch enthalten waren, zu beseitigen. Weiterhin mußten diese Diskussionen nicht nur mit den Kollegen des Rechnungswesens, sondern auch mit den Kollegen des technischen Sektors und der gesellschaftlichen Organisationen geführt werden. Diese Aufgabe stand deshalb vor uns, weil das Rechnungswesen in Zukunft nicht mehr eine Ressortangelegenheit der Buchhalter sein darf, sondern zum Kontrollinstrument aller Werktätigen unserer sozialistischen Betriebe werden muß.

Aus diesem Grunde wurde der von uns erarbeitete Entwurf für das neue Rechnungswesen auf einem Sonderlehrgang in Leipzig mit über 700 Kollegen des Rechnungswesens, der Technik, der Planung sowie der Hoch- und Fachschulen diskutiert, wobei wertvolle Ergänzungen und Verbesserungen erfolgten.

Diese Kollegen führten dann in ihren Industriezweigen Lehrgänge durch, die speziell auf die Belange der einzelnen Produktionszweige abgestimmt waren. Auch an diesen Lehrgängen, deren Niveau sehr unterschiedlich war, nahmen nicht nur die Kollegen des Rechnungswesens, sondern auch die des technischen Sektors und der gesellschaftlichen Organisationen teil. Dort wurden vor allen Dingen die branchebedingten Besonderheiten zusätzlich behandelt. Die Art und Weise, wie diese Schulungen von den Ministerien, Hauptverwaltungen und VVB durchgeführt wurden, und die Arbeitsweise der einzelnen Arbeitskreise für neues Rechnungswesen

übten einen entscheidenden Einfluß darauf aus, wie die Popularisierung und die Einführung in den einzelnen Betrieben dann vorgenommen wurde.

Der Arbeitskreis der VVB Fleischwarenindustrie entwickelte sämtliche Formulare für alle seine Betriebe gemäß den speziellen Erfordernissen. Außerdem wurde dort eine Gliederung der Betriebe nach dem Produktionsprozeß einheitlich für alle gleichgelagerten Werke erarbeitet.

An der Schulung dieser VVB nahmen vom VEB Thüringer Fleischwarenfabrik Gera die Kollegen Werkleiter, Technische Leiter, Planungsleiter, Betriebsabrechner und Arbeitsvorbereiter teil.

Sofort nach Rückkehr von diesem Lehrgang begannen diese Kollegen, im Betrieb die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten durchzuführen. Besonders ist hierbei zu erwähnen, daß jetzt damit begonnen wurde, *Ausbeute- und Schwundnormen* in Zusammenarbeit mit der gesamten Belegschaft zu ermitteln.

Die Bildung von Normen, die das Kernproblem der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist, erfuhr somit mit der Einführung des neuen Rechnungswesens eine erhebliche Intensivierung. Das neue Rechnungswesen dient somit ganz wesentlich der Stärkung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung, da seine vollkommene Anwendung, die schrittweise erreicht werden muß, das Vorhandensein von technisch begründeten Normen voraussetzt und somit die Betriebe zur Erarbeitung von technisch begründeten Normen zwingt.

Aber auch eine andere wichtige Aufgabe wurde sofort in Angriff genommen, nämlich die Schulung der übrigen Kollegen des Betriebes. Der Schulungsplan sieht wöchentlich etwa fünf Unterrichtsstunden vor und umfaßt die Zeit von Oktober 1952 bis März 1953. Mit den

Kollegen dieses Betriebes werden Lektionen und Seminare über folgende Themen abgehalten:

1. Die sozialistische Umgestaltung unseres VEB und die damit verbundenen Aufgaben
2. Arbeitsprogramm der BPO zur Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Entwicklung unseres VEB
3. Die wirtschaftliche Rechnungsführung in unserem VEB
4. Aufgaben und Bedeutung des neuen Rechnungswesens beim Aufbau des Sozialismus
5. Der Produktions- und Zirkulationsprozeß
6. Die Gliederung des Betriebes und der technologische Ablauf
7. Die Gliederung der Kosten
8. Der Kontenrahmen
9. Das Wesen und die Bedeutung der Betriebsabrechnung
10. Die Aufgaben und die Bedeutung der Arbeitsvorbereitung
11. Die Bildung von Verrechnungspreisen
12. Die Abrechnung der Brigaden und der Hauptabteilungen
13. Die Abrechnung der Hilfsabteilungen
14. Die Abrechnung der Lenkungsabteilungen
15. Die Abrechnung von Bruch und der unvollendeten Produktion
16. Die Zusammenstellung der Abteilungsabrechnung zur Betriebsabrechnung
17. Buchungsbeispiel
18. Der Kontrollbericht

Ich hatte Gelegenheit, ohne vorherige Benachrichtigung des Betriebes die Schulung über den Produktions- und Zirkulationsprozeß im VEB Thüringer Fleischwarenfabrik Gera zu besuchen.

Das erste, was mir beim Eintritt in den Schulungsraum auffiel, war die Tatsache, daß wohl die größte Anzahl der Kolleginnen und Kollegen dort mit ihrer Fleischerschürze, also in Arbeitskleidung, saßen.

Das zeigt ganz deutlich, daß dieser Unterricht nicht etwa nur ein Unterricht für die Buchhalter, sondern ein Unterricht für die Techniker, Meister und Produktionsarbeiter ist. Das zeigt, daß gerade unsere Kollegen aus der Produktion dem Neuen aufgeschlossen gegenüberstehen, daß sie bereit sind, das Neue zu lernen und anzuwenden. Auch die Durchführung des Unterrichts wird nicht nur von den Kollegen des Rechnungswesens vorgenommen, sondern auch andere Kollegen, die sich das notwendige Wissen erworben haben, stellen sich gern

dafür zur Verfügung. So leitet beispielsweise der technische Leiter selbst ein Seminar.

Der Durchführung des Unterrichts wurden die Beiträge aus dem Handbuch des Hauptbuchhalters zugrundegelegt, die vor dem Erscheinen des Werkes des Genossen Stalin „Über die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ gedruckt wurden. Darin werden die Produkte unserer sozialistischen Betriebe noch allgemein als Ware bezeichnet. Eine Überarbeitung dieser Beiträge ist in der dritten Auflage erfolgt. Entsprechende Änderungen für die Besitzer der ersten und zweiten Auflage werden in Kürze im Handbuch des Hauptbuchhalters bekanntgegeben.

Als der Lektor in seiner Vorlesung die Erzeugnisse der sozialistischen Betriebe schlechthin als Waren bezeichnete, entstand im ganzen Raum eine starke Unruhe. Die Kollegen waren damit nicht einverstanden. Hier zeigte sich zweierlei: 1. Unsere Werktätigen haben das Werk Stalins studiert und auch verstanden; 2. unsere Werktätigen verstehen es, das ihnen Gesagte und Gelehrte an Hand der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus — Marx, Engels, Lenin, Stalin — zu überprüfen und nicht kritiklos hinzunehmen. Diese zwei Feststellungen wurden durch die nachfolgend vorgenommenen Richtigstellungen noch bestätigt.

In diesem Werk entstand also nicht nur unter den Kollegen des Rechnungswesens eine Atmosphäre des Lernens, sondern der ganze Betrieb wurde davon erfaßt. Dieses Lernen beschränkte sich aber nicht auf das neue Rechnungswesen, sondern alle Kollegen beschäftigen sich jetzt ernsthaft mit dem Studium der politischen Ökonomie in Zusammenhang mit der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Und noch etwas Neues entstand: Die Werktätigen dieses Betriebes gingen daran, auf Grund ihrer erworbenen Kenntnisse den Produktionsprozeß kritisch zu überprüfen und zu verbessern.

Die Kollegen im VEB Thüringer Fleischwarenfabrik Gera haben uns damit gezeigt, wie in guter kollektiver Arbeit die richtige Einführung des neuen Rechnungswesens die gesamte Belegschaft mobilisiert und somit zur Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben beiträgt.

## Zur Lage der Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe

Curt Domschke, Bautzen

*Der Verfasser dieses Beitrages hat bereits in der Nr. 12/52 unserer Zeitschrift einmal Stellung zur Lage der V.- und D.-Betriebe genommen und dabei besonders die Aufgaben behandelt, die sich ein Erfahrungskollektiv aus sechs sächsischen Städten gestellt hat.*

*Obwohl bei den Verhandlungen mit der vormaligen Landesregierung Sachsen, der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik verschiedene Probleme geklärt werden konnten, harren jedoch noch eine Reihe von Fragen der Lösung.*

*Im nachfolgenden Beitrag stellt der Verfasser diese Punkte nochmals zur Diskussion. Ihrer Klärung muß jetzt größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, um auch in diesem nicht unbedeutenden Sektor unserer Wirtschaft das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung voll zur Entfaltung zu bringen.*

Die Redaktion

Die Errichtung von Sachgebieten bei den Räten der kreiszugehörigen Städte bildet einen strittigen Punkt. Die bisherige Entwicklung hat den Beweis dafür erbracht, daß die von den Städten erhobenen Gründe für die Errichtung solcher Sachgebiete ihre volle Berechtigung haben. Dennoch stößt die Bildung von Sachgebieten immer noch auf Schwierigkeiten, wie der weitere Erfahrungsaustausch hat erkennen lassen. Die Staatlichen Stellenplankommissionen haben noch nicht allenthalben für die diesbezüglichen Sorgen der Städte Verständnis gezeigt. Dort aber, wo Sachgebiete dieser Art gebildet wurden, ergeben sich, hervorgerufen durch die neuen Stellenplanungen bei den Räten der Städte,

erneute Diskussionen. Der bisherige Erfahrungsaustausch hat ganz deutlich gezeigt, daß diese Sachgebiete bei den Räten der Städte unter allen Umständen notwendig sind. Ihre Aufgabe ist es, den Betriebsleitern und Oberbuchhaltern jede erforderliche Hilfe zu gewähren. Die Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe, die sich zu wirtschaftlichen Einrichtungen der Städte entwickelt haben, vermögen sich keine großen Verwaltungsabteilungen zu leisten, obwohl sie die gleichen großen Verwaltungsaufgaben zu erfüllen haben wie die Betriebe der volkseigenen örtlichen Industrie. Wenn auch die vereinfachte Finanzplanung für das Jahr 1953 Erleichterungen gebracht hat, so ergeben sich doch in

der Praxis eine Fülle von Aufgaben, die nur von einem qualifizierten Sachgebietsleiter gelöst werden können. Dadurch, daß in der Frage der Zuordnung der Betriebe in die entsprechenden Fachdezernate usw. absolut keine Klarheit bestand, waren immer wiederkehrende Umgliederungen, Ausgliederungen und Verschiebungen innerhalb der Dezernate die Folge. Eng verbunden damit war die Frage, welche Betriebe im Nettoprinzip und welche brutto mit dem Haushalt verbunden sein sollten. Das sächsische Erfahrungskollektiv hat hier mit Recht die Staatliche Plankommission immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, welche sich aus diesen Mängeln zwangsläufig ergeben müssen. Aus diesem Grunde war dieser Punkt bei den Verhandlungen mit den Kollegen der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik von besonderer Bedeutung. Dieser Punkt wurde, wie die Zusatzrichtlinien für die Finanzplanung der volkseigenen örtlichen Wirtschaft für das Jahr 1953 zeigen, nicht theoretisch gelöst, sondern durch den Erfahrungsaustausch mit den Kollegen der oben erwähnten Regierungsstellen und durch Untersuchung bei den unmittelbar in Betracht kommenden Betrieben. Die vom sächsischen Erfahrungskollektiv vorgeschlagenen notwendigen Abänderungen auf diesem Gebiet haben dann auch in den Zusatzrichtlinien weitgehende Berücksichtigung gefunden.

Es sei hier insbesondere die neugeschaffene Gliederung der volkseigenen örtlichen Wirtschaft in

- a) VEB (K) bzw. (G),
- b) Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe,
- c) Kommunale Einrichtungen, also kleine Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe, welche mit voller Klassifikation in die Bruttorechnung des Haushalts übernommen werden,

erwähnt. Von besonderer Wichtigkeit war dabei, daß die Räte der Städte und Gemeinden selbst die Zuordnung der ihnen unterstehenden Betriebe bestimmen.

In den letzten Wochen und Monaten ist immer wieder festgestellt worden, daß Räte der Kreise versuchten, von den Städten getroffene Entscheidungen über Eingliederung der Betriebe der örtlichen Wirtschaft in die Kategorien VEB (G) und Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe zu beeinflussen bzw. rückgängig zu machen. Das sind Eingriffe in die den Räten der Städte und Gemeinden zugestandenen Befugnisse, die endlich unterbleiben sollten, will man nicht neue Unruhe stiften. Es muß also noch einmal ganz klar herausgestellt werden, daß auf Grund der oben bereits zitierten Zusatzrichtlinien für die Finanzplanung der volkseigenen örtlichen Wirtschaft 1953 sowohl die Eingliederung der Betriebe in die verschiedenen Kategorien (VEB [G], Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe, und „Kommunale Einrichtungen“, also kleine V.- und D.-Betriebe, welche mit voller Klassifikation in die Bruttorechnung des Haushaltes der zuständigen Gebietskörperschaft eingehen), als auch die Entscheidung darüber, welchen dieser Betriebe die juristische Selbständigkeit anzuerkennen ist, ausschließlich Aufgabe der zuständigen Gebietskörperschaft ist.

Entsprechend den Zusatzrichtlinien gehören in die Kategorie VEB (G) insbesondere Produktionsbetriebe, Betriebe des örtlichen Personenverkehrs, kurz gesagt Betriebe, die nach VEB-Plänen arbeiten. Diese Festlegung entspricht einem Beschluß des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Juni 1952 über die Einführung von Maßnahmen zur verstärkten Mobilisierung örtlicher Reserven und über die Ausarbeitung und Durchführung der Pläne der Kreise, Städte und Gemeinden. In Abschnitt III, Ziffer 6, heißt es dort u. a., daß die Durchführung der Verordnung vom 22. Februar 1951 über die Organisation der volkseigenen örtlichen

Industrie und der kommunalen Einrichtungen von den Ministerien für Wirtschaft und Arbeit der Länderregierungen zu überprüfen ist, mit dem Ziel, bis zum 1. Juli 1952 den größten Teil der Betriebe der volkseigenen örtlichen Industrie in die Verwaltung der Gemeinden zu übergeben. Theoretisch sind diese Übergaben in einzelnen Kreisen schon einmal im Sommer vorigen Jahres erfolgt, die Übernahme der eigentlichen Verwaltungsaufgaben durch die Räte der Städte ist aber nicht zustande gekommen. Im Gegenteil, wie z. B. eine Umfrage in den Kreisen verschiedener Bezirke ergeben hat, haben die Kreise wohl ausnahmslos beschlossen, diese Betriebe in der Verwaltung der Kreise zu belassen. Auch im Jahre 1953! Wo bleibt nun die Durchführung des Ministerratsbeschlusses vom 12. Juni 1952? Warum schafft man denn nicht endlich die Voraussetzung zum Aufbau einer kommunalen Wirtschaft auf rein örtlicher Basis, um zu einer verstärkten Mobilisierung der örtlichen Reserven zu gelangen?

Inzwischen sind auch die örtlichen Verkehrsbetriebe, die nach der Zusatzrichtlinie in die VEB (G) eingegliedert waren, in die Verwaltung volkseigener Kraftverkehrsbetriebe überführt worden, befinden sich also nicht mehr in der Verwaltung der Gebietskörperschaften. Es liegt jetzt noch keine exakte Beweisführung für die Durchführung dieser Maßnahme vor.

Es ist endlich auch an der Zeit, daß die Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe einheitlich firmieren. Das Ministerium der Finanzen und die Staatliche Plankommission sollten endlich auch hierfür klare Anweisungen herausgeben, damit diese Betriebe überall entweder „Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe“ oder ganz allgemein „Wirtschaftsbetrieb der Stadt...“ genannt werden.

Da für die Fachabteilung „Kommunale Wirtschaft“ der Einzelplan 37 im Haushalt neu geschaffen wurde, sollten die oben erwähnten Sachgebiete zweckmäßigerweise auch „Sachgebiet Kommunale Wirtschaft“ genannt werden.

Ebenso erwartet man — auch das kommt im Erfahrungsaustausch immer wieder zum Ausdruck — endlich ein „Statut für die kommunale Wirtschaft“.

Schließlich muß auch in diesem Zusammenhang einmal daran erinnert werden, daß es für die Betriebe der kommunalen Wirtschaft bis heute noch keine Durchführungsbestimmungen zur Prämienverordnung für das ingenieurtechnische und kaufmännische Personal gibt. Die Durchführungsbestimmungen erstrecken sich nur bis auf die Betriebe der volkseigenen örtlichen Industrie, nicht aber auf die Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe. Die örtlichen Verkehrsbetriebe durften bisher diese Prämienverordnung nicht anwenden, jetzt werden die Betriebe von der VVK zwar dazu aufgefordert, auch für das II. Halbjahr 1952 diese Prämien zu zahlen. Anweisungen der Bezirke liegen aber hierfür nicht vor. Andererseits haben z. B. die Wasserwerke, solange sie in die Energieverteilungsbezirke einbezogen waren, diese Prämien gezahlt. Nachdem die Wasserwerke Versorgungsbetriebe der Städte geworden sind und sich in der Kategorie der Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe befinden, ist die Frage der Prämienzahlung zumindest deshalb zweifelhaft, weil V.- und D.-Betriebe bisher in die Prämienverordnung nicht einbezogen waren.

Nicht zuletzt muß auch bei dieser Gelegenheit die Lage der kaufmännischen Intelligenz angeschnitten werden. Gibt es überhaupt eine kaufmännische Intelligenz? Die bisherigen Erfahrungen haben gelehrt, daß man den kaufmännischen Berufen längst nicht die Bedeutung beimißt, die ihnen für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit gebührt. Das gilt nicht nur für diejenigen kaufmännischen Kräfte, die heute leitende Stellungen in der volks-

eigenen Industrie einnehmen, sondern der Personenkreis muß heute unbedingt vergrößert werden.

Es genügt nicht, wenn man nur mit den Hauptbuchhaltern der volkseigenen Industrie, und dann auch nur unter den Bedingungen Einzelverträge abschließt, wie sie vom Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik empfohlen werden. Es ist an der Zeit, auch die kaufmännische Intelligenz in gebührender Weise herauszuheben und die kaufmännischen Spitzenkräfte der gesamten volkseigenen Wirtschaft — hierzu gehören auch die Betriebe der kommunalen

Wirtschaft — sowie im Staatsapparat und in den Finanzorganen entsprechend ihrer hohen Verantwortung zu fördern.

Ich möchte aber abschließend an dieser Stelle nochmals dem Wunsche Ausdruck geben, endlich die Gründung eines Fachausschusses „Kommunale Wirtschaft“ beim Ministerium der Finanzen vorzunehmen. Oder gibt es beim MdF noch kein Hauptreferat „Kommunale Wirtschaft“, weil die Lage der Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe noch so unklar ist? Dann sollte dieses Versäumnis schnell nachgeholt werden!

## Die Kostenrechnung der volkseigenen Güter

Rudolf Fröhmecke, Berlin

Seit 1950 befaßten sich einige Oberbuchhalter der VEG, vor allem Oberbuchhalter Fritz Burr (VEG Görtsdorf) und Oberbuchhalter Schäfer (VEG Ahrensberg), eingehend mit der Kostenrechnung nach den Erläuterungen in Heft 5 der „Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft“. Sie stellten schon 1950 einen BAB auf, der zwar noch nicht den Anspruch auf Vollkommenheit erheben konnte, aber doch eine Grundlage zum weiteren Ausbau der Kostenrechnung war.

1951 wurde dann im „Kollektiv Opitz“ des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, HA. VI, ein Kostenstellenrahmen aufgestellt, der den VEG zur Grundlage dienen sollte. Bedingt durch personelle Schwierigkeiten in den Buchhaltungsabteilungen der VEG, wurde durch das Ministerium der Finanzen dieser Kostenstellenrahmen in drei Gruppen vorgeschlagen und die Kostenrechnung in vereinfachter Form für den größten Teil der VEG empfohlen.

Die Entwicklung der VEG, besonders der auf der II. Parteikonferenz der SED proklamierte Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, fordert aber auch in der Landwirtschaft eine richtig organisierte Betriebsabrechnung, um den erheblichen Vorsprung, den hier die Industrie gegenüber der Landwirtschaft hat, aufzuholen.

Die volkseigenen Güter der VVG Groß-Berlin haben 1952 in der Kostenrechnung bedeutende Fortschritte gemacht. Auf allen VEG sind die Hilfsrechnungen (Bruttolohnrechnung und Materialrechnung) im Dreitschriftverfahren eingeführt. Dieses Verfahren ermöglicht, in einfachster Form die Lohn- und Materialkosten auf die vielen Kostenstellen zu verteilen.

Die Betriebe geben zur Zeit bereits quartalsmäßig zum Kontrollbericht eine Aufgliederung der Kostenarten auf die einzelnen Kostenstellen. Dadurch ist es möglich, durch Betriebsvergleiche Schwächen in der Produktion und den Grund der Kostenüberschreitungen festzustellen und rechtzeitig Änderungen durchzuführen.

Mängel bestehen noch bei den Angaben der Produktion hinsichtlich der Flächen und der Zugkräfte.

Die Verteilung der Gemeinkosten auf die einzelnen Kostenstellen wird zur Zeit noch statistisch vorgenommen. Es wird aber bereits im VEG Wandsdorf auch hierbei das Dreitschriftverfahren angewandt, um noch schneller und einfacher zur Aufteilung der Kosten zu kommen.

Auch in der VVG Groß-Berlin wurde zuerst ein vereinfachter Kostenstellenrahmen eingeführt, der u. a. als Hauptkostenstellen der pflanzlichen Produktion nur die Kostenstellen Halmfrucht, Ölfrucht, Hackfrucht usw. auswies.

Doch jeder Oberbuchhalter hat in der Praxis sofort erkannt, daß hierdurch nicht der Zweck einer Kostenrechnung erfüllt werden kann. Daher wird auch mit Beginn der neuen Bestellung eine Erweiterung der Kostenstellen auf die einzelnen Fruchtarten vorgenommen. Die Betriebe sind zum Teil noch weitergegangen und untergliedern die Kostenstellen nach einzelnen Brigaden. Sie ermöglichen daher die sofortige Brigadenabrechnung aus der Kostenrechnung. Grundsatz ist hier: Jeder Feldbaubrigadeeinsatzplan gilt als Kostenstelle!

Wenn 1952 auch hier als Anlaufjahr galt, muß aber 1953 auf die Einhaltung dieser Anweisung geachtet werden. Die Kontrolle der Kosten nach einzelnen Brigaden ist ein wichtiges Instrument der innerbetrieblichen Wettbewerbsbewegung. Wenn in der tierischen Produktion die Kosten zur Zeit nur auf die einzelnen Viehgattungen (Zugtiere, Fohlen, Rindvieh usw.) verteilt werden können und eine Untergliederung nach Altersklassen aus betrieblichen Gründen noch nicht gegeben ist, so gibt die Aufschlüsselung der Kosten nach Großvieheinheiten doch eine gute Vergleichsbasis. Zur Zeit kann aus dem Anfall der Gesamtfuttermittelkosten im Vergleich zum Plan kein ordentlicher Planvergleich bzw. Erfüllungsstand nachgewiesen werden. Erst eine Aufteilung der Futtermittelkosten auf die einzelnen Viehgattungen durch die Kostenrechnung ermöglicht einen richtigen Planvergleich. Darüber hinaus wird dann der Betriebsvergleich für den Aufbau unserer Viehwirtschaft wichtige Hinweise geben.

Die Kostenrechnung zwingt auch, auf die in der Landwirtschaft typische Erscheinung der „Kuppelproduktion“ einzugehen. Mit dem Getreide wird Stroh produziert, mit den Rüben wird Blattfutter gewonnen, mit der Fleischproduktion ist zugleich die Milch-, Woll-, Eier-, Jungvieh- und Stalldüngererzeugung verbunden. Wir sehen in der Landwirtschaft noch verstärkter als in der Industrie überall kombinierte Produktionen. Hier besteht die Schwierigkeit der Kostenzurechnung, die, wie in der Industrie, auch in der Landwirtschaft noch nicht gelöst ist.

### Die der „Deutschen Finanzwirtschaft“ Ausgabe B beiliegende Lose-Blatt-Sammlung „Handbuch des Hauptbuchhalters“

bringt jetzt laufend Erläuterungen zum neuen Rechnungswesen. Alle Kommentare, Ergänzungen und Änderungen zum neuen Rechnungswesen werden im „Handbuch des Hauptbuchhalters“ veröffentlicht. Das „Handbuch des Hauptbuchhalters“ ist die einzige Arbeitsunterlage dieser Art, die Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Ein weiteres Problem sind die mehrjährigen Pflanzen und der mehrjährige Nutzen der Düngung. Leider fehlt hier eine richtungweisende Anleitung durch das Fachministerium. In der Landwirtschaft liegt der Schwerpunkt zur Zeit auf der Kostenstellenrechnung und der Kostenträgerzeitrechnung. Die Kostenträgerstückrechnung wird nicht für alle Produkte möglich sein. Die Kostenstellenrechnung und Kostenträgerzeitrechnung sind aber dringend notwendig, um jeden einzelnen Betrieb richtig analysieren zu können. Sie genügen daher nicht im vereinfachten Rahmen, wie vom Ministerium der Finanzen bisher empfohlen, sondern müssen auf jedes landwirtschaftliche Erzeugnis eingehen. Nur dann wird die Betriebsleitung rechtzeitig Schwächen des Betriebes erkennen und beseitigen können. Durch die Kostenrechnung kommen wir zum Perioden- und Betriebsvergleich. Sie gibt die Grundlage zur Entfaltung der Wettbewerbsbewegung, sowohl innerbetrieblich als auch von Betrieb zu Betrieb. Nur bei einer ordentlichen Kostenrechnung und laufender Kontrolle ist ein richtiger Nachweis der Selbstkostensenkung möglich.

Die Kostenrechnung wird auch die Möglichkeit geben, richtige Planpreise und Bewertungen zu erhalten. Besonders für den Vorbereitungsaufwand und für das Bodeninventar müssen die Bilanzwerte aus der Kostenrechnung entnommen werden. Die Ermittlung der aufgewendeten Kosten für das Bodeninventar nach der

Anweisung des Ministeriums der Finanzen vom 11. März 1952 (DFW Nr. 6/52, S. 312) ist unzulänglich und geht nicht auf die individuellen betrieblichen Verhältnisse ein. Leider fehlt bei vielen Betriebsleitern und technischen Angestellten unserer VEG noch die richtige Einstellung zur Kostenrechnung. Daher werden die Unterlagen (Produktionsscheine, Materialentnahmescheine bzw. Lohnscheine) nicht ordentlich ausgefüllt und bedürfen meistens einer Überarbeitung in den Büros. Hierdurch entstehen Ungenauigkeiten und besonders Zeitverluste in den entsprechenden Buchhaltungen. Die Oberbuchhalter der VEG haben die Wichtigkeit der Kostenrechnung fast ausnahmslos erkannt und erwarten das gleiche Verständnis von den Betriebsleitern. Um aber Betriebsvergleiche durchführen zu können, müssen auf allen volkseigenen Gütern einheitliche Kostenstellenpläne bestehen. Die Veröffentlichung guter Erklärungen zur Kostenrechnung in der Landwirtschaft ist dringend erforderlich, damit nach einheitlichen Verteilungsschlüsseln die notwendigen Kostenstellenumlagen durchgeführt werden.

#### Berichtigung

In dem Artikel von Eugen Schmitz und Liselotte Schenk, Berlin „Die Materialdispositionskartei“, Heft 24, Jahrg. 1952 S. 1307, ist ein Fehler enthalten. Die Materialdispositionskartei ist gem. einer im GBl. Nr. 170 vom 6. 12. 52 veröffentlichten Anordnung von allen VE-Industriebetrieben ab 1. 1. 53, und nicht nur von den Betrieben des Min.f. Maschinenbau, zu führen.

## Preise

### Fragen zur Preisbildung im Handel

#### Vereinheitlichung der Handelsspanne

Gerhard Köhler, Berlin

Auf der Theoretischen Konferenz der SED im Dezember 1952 zu Stalins Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ sprach Professor N a u m a n n in der Diskussion über die Lehren, die sich aus Stalins Werk für unsere Handels- und Preispolitik ergeben. Er wies u. a. auf die Notwendigkeit einer richtigen Preisgestaltung hin, d. h. die Preisgestaltung als Hebel zur Selbstkostensenkung zu benutzen.

Was ergeben sich hieraus für Schlußfolgerungen?

Das Wertgesetz ist ein ökonomisches Gesetz und bleibt auch im Sozialismus bestehen. Erst mit der Beseitigung der Warenproduktion wird dieses Gesetz wirkungslos. Es ist also eine zwingende Notwendigkeit, daß das Wertgesetz dem Plan untergeordnet wird. Es muß dazu benutzt werden, eine Senkung der Selbstkosten zu erzielen und damit die Rentabilität der Betriebe zu erhöhen. Nicht unwesentlich ist dabei die Preisbildung für Konsumgüter, da diese für den Verbrauch der werktätigen Menschen bestimmt sind.

Wie aber sieht es hier aus?

Es besteht noch kein einheitliches Preissystem, und die ersten Schritte in Form von Branchepreislisten wurden gerade auf dem Gebiete der Textil- und Schuhwaren getan. Auch werden die Handelsspannen von den Organen des Handels noch immer nicht einheitlich und systematisch berechnet. Dadurch können die Finanzpläne des staatlichen Handels nur ungenügend oder gar nicht kontrolliert werden. Auch die Planung der Ausgaben und Einnahmen für den Staatshaushalt ist außerordentlich erschwert, und es sind somit die verschiedensten Möglichkeiten gegeben, einen Teil des Gewinns, der zur Akkumulation unserer sozialistischen Wirtschaft dringend benötigt wird, in unkontrollierbare Kanäle abfließen zu lassen.

Die richtige Preisgestaltung auf der Basis der bewußten Ausnutzung des Wertgesetzes ist also von größter Bedeutung. Es sind in der Vergangenheit die verschiedensten Versuche hierzu unternommen worden, die teils in der Praxis zu gutem Erfolg geführt, teils sich aber auch als das gerade Gegenteil herausgestellt haben. Preisänderungen in unserer sozialistischen Planwirtschaft dürfen nicht sporadisch erfolgen, sondern müssen den Interessen der Volkswirtschaft entsprechend gelenkt werden, d. h. daß Preise nur planmäßig unter Berücksichtigung des wirklichen Wertes der Ware, der nicht konstant zu sein braucht, erhöht oder gesenkt werden dürfen. Jede willkürliche Änderung durch die Produktionsbetriebe oder den Handel, wie auch durch die Preisbildungsorgane, widerspricht den Bestrebungen zur Bildung von Fest- und Planpreisen und bedeutet eine Verzögerung bei der Erfüllung unserer großen Aufgaben, die uns im Rahmen des Aufbaues des Sozialismus gestellt sind.

Ein wesentlicher Schritt vorwärts würde eine Vereinheitlichung der Handelsspannen des staatlichen Großhandels sein. Natürlich stehen ihr noch die verschiedensten Schwierigkeiten gegenüber. So gibt es einmal Erzeugnisse, die zum Werkabgabepreis zuzüglich der vollen für die Handelsorgane ausreichenden Handelsspannen berechnet werden. Zum anderen bestehen aber auch Endverbraucherfestpreise, bei denen die Differenz zwischen diesen und den Werkabgabepreisen nicht einmal ausreicht, um die Kosten des Großhandels, die zur Erhaltung des Wertes der betreffenden Waren aufgewendet werden müssen, zu decken. Außerdem gibt es Artikel, die dem Handel zu einem sogenannten Bruttopreis, abzüglich eines Rabattes, berechnet werden, der aber entweder die Handelsaufschläge nicht deckt oder ihnen gerade entspricht oder sogar größer ist, als

von den Großhandelsorganen benötigt und durch die Handelsspanne ausgenutzt wird. Im letzten Fall würde es daher möglich sein, einen überplanmäßigen Gewinn zu erzielen, der von den Finanzkontrollorganen nicht erfaßt werden kann. In diesem Zusammenhang bedarf auch die Frage der noch bei einigen Betrieben bestehenden Benutzerpreise einer baldigen Klärung, und es wird erforderlich sein, diese in Werkabgabepreise, die als Grundlage für ein einheitliches Berechnungssystem dienen, umzubilden.

Alle diese Schwierigkeiten dürfen aber eine endlich durchzuführende Vereinheitlichung und Vereinfachung der Handelsspannen nicht mehr hindern, so daß auch der Finanzplan der staatlichen Handelsorgane durch das Ministerium der Finanzen ständig kontrolliert werden kann und die Handelsorgane zur Selbstkostensenkung angehalten und unterstützt werden sowie darüber hinaus die ihnen auferlegten planmäßigen Gewinnabführungen mit Sicherheit erreicht werden können.

Es ergibt sich also die Aufgabe, Konsumentenpreise unter Berechnung eines branchenbedingten Zuschlages auf die Werkabgabepreise zu bilden, der sowohl die Groß- als auch die Einzelhandelsspanne umfaßt. Der staatliche Großhandel berechnet das ganze Planjahr hindurch den zu Beginn des laufenden Jahres festgesetzten Preis abzüglich eines Rabattes, der umgerechnet der Einzelhandelsspanne entspricht. Diese Berechnungsweise hat den Vorzug, daß notwendige Preissenkungen für Exporterzeugnisse unabhängig von den Preisen in der Deutschen Demokratischen Republik vorgenommen werden können und daß willkürliche Preissenkungen für die Verbraucher innerhalb unserer Republik vermieden werden, da bei Senkung des Werkabgabepreises vom staatlichen Großhandel der zu Anfang des Planjahres gültige Großhandelseinstandspreis weiterhin als Kalkulationsgrundlage betrachtet wird. Es entsteht in diesem Fall ein Differenzbetrag, der vom Produktionsbetrieb oder vom staatlichen Großhandel an den Staatshaushalt abgeführt wird.

Es wird sich allerdings nicht vermeiden lassen, daß bei verschiedenen Erzeugnissen, die bisher mit einem nicht ausreichenden Handelsaufschlag gehandelt wurden, eine Preiserhöhung eintritt, da diese Handelsspannen auf das einheitliche Niveau hochgezogen werden müssen. Da im gesamten Sektor der betreffenden Branche aber eine Verteuerung nicht eintreten darf, ist es erforderlich, die

entstehenden Preiserhöhungen sowie die effektiv bei dem staatlichen Großhandel entstehenden Kosten für die Handelstätigkeit wertmäßig zu ermitteln. Bei der Gegenüberstellung dieser beiden Faktoren ergibt es sich, daß dann keine Preiserhöhung eintritt, wenn die bisherige Handelsspanne um die Differenz zu dem neu ermittelten wertmäßig geringeren Kostensatz der Handelstätigkeit gesenkt wird. Hiermit ist der Grundsatz berücksichtigt, daß auf dem gesamten wirtschaftlichen Gebiet einer bestimmten Branche das Maß der Werte gleich dem Maß der Preise erhalten bleibt.

In dieses System der einheitlichen Handelsspannen müssen auch die Erzeugnisse einbezogen werden, die bisher wegen unzureichender Handelsspannen im Streckengeschäft bewegt wurden, aber unter Berücksichtigung der Sortimentierung über den Einzelhandel an den Verbraucher gelangen sollen, da die Kosten für Werterhaltung, Transport, Lagerung und Pflege der Ware vorhanden sind. Erzeugnisse, die bisher gar nicht über den Einzelhandel zum Verkauf gelangten, da durch die bestehenden Endverbraucherfestpreise die zur Verfügung stehenden Handelsspannen bereits durch den Großhandel ausgenutzt wurden, müssen ebenfalls die Einzelhandelsspannen zugestanden erhalten.

Hierdurch werden die Erscheinungen des Warenstaues sowohl in der Produktions- wie auch in der Zirkulations-sphäre, die zur nicht bedarfsgerechten Belieferung der Verbraucher sowie zur Inangriffnahme der Umlaufmittel führten, künftig vermieden.

Es kann kein Verständnis dafür aufgebracht werden und es widerspricht dem Prinzip der planmäßigen Entwicklung sowie der wirtschaftlichen Rechnungsführung, wenn beispielsweise im staatlichen Großhandel der Branche Feinmechanik-Optik noch heute mit 21 verschiedenen Berechnungsmöglichkeiten der Handelsaufschläge bzw. Rabattsätze gearbeitet wird. Es muß zwangsläufig dazu führen, daß den zahlreichen Versuchen des Klassengegners, den Handel zum Kampf gegen den Sozialismus auszunutzen, Vorschub geleistet wird.

Wir sind dabei, die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Wir können dies hohe Ziel nur erreichen, wenn wir auch die Preispolitik als einen der wichtigsten Hebel unserer Volkswirtschaft auf diese großen Aufgaben abstimmen.

## Staatshaushalt

### Wie plante der Kreis Bernau seinen Haushalt 1953?

Heinz Schmidt, Berlin

Im Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit und Sozialismus wird u. a. folgendes gesagt:

*„Eine gewaltige Rolle im Kampf für die Erfüllung und Übererfüllung des Fünfjahrplanes müssen die Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Selbstkosten, zur Qualitätsverbesserung der Produktion und zur Einführung eines strengen Sparsamkeitsregimes in allen Zweigen der Volkswirtschaft sowie in allen Gliedern der wirtschaftlichen und staatlichen Verwaltung spielen.“*

Die Haushaltsplanung des Kreises Bernau schließt die örtliche Wirtschaft des Kreises mit ein und läßt für das Jahr 1953 die Beachtung eines strengen Sparsamkeitsregimes noch in erheblichem Maße vermissen. Hierzu einige Beispiele:

1. Obwohl bekannt ist, daß die Vergütungsmittel in der staatlichen Verwaltung und in den Anstalten und Einrichtungen nach dem Stellenplan unter Berücksichtigung eines Einsparungssatzes von 6% für Unterbesetzungen und Krankheiten zu planen sind, erfolgte die Planung voll nach dem Stellenplan; das bedeutet, daß allein die Mittel für die staatliche Verwaltung um 111 640 DM zu hoch angesetzt wurden.
2. Obwohl die Anzahl der Berufsschullehrer im Jahre 1953 höchstens im Durchschnitt 62 betragen wird, plante man die Mittel für 70 Lehrer, d. h. der Ansatz wurde um 50 000 DM überhöht.
3. Das Krankenhaus Bernau hat eine Durchschnittsbelegung von 180 Patienten für das Jahr 1953, Medikamente und Verpflegung wurden jedoch für 200 Patienten geplant. Über 13 600 DM können eingespart werden.

## Zu Ehren des Karl-Marx-Jahres

Aus Anlaß des Karl-Marx-Jahres, das vom Zentralkomitee der SED verkündet wurde, führten die Kollegen der Unterabteilung Abgaben des Rates des Kreises Bernburg eine Belegschaftsversammlung durch. Diese Versammlung mit ihren zahlreichen Selbstverpflichtungen dürfte ein Beispiel für alle Mitarbeiter in den Staatlichen Organen sein.

Unter anderem verpflichtete sich der Kollege Klades, die Produktionsgenossenschaften „Max Reimann“ und „Fritz Kraft“ in Laidorf in steuerlichen Fragen zu unterstützen und anzuleiten. Die Kollegen Bode und Zörner der Industriebrigade haben sich verpflichtet, in Anlehnung an die Frank-Bewegung der Kumpel des Oetnitz-Zwickauer Kohlenreviers den Kollegen anderer Brigaden in kameradschaftlicher Weise bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu helfen.

Die Kollegen Buchhalter der Unterabteilung Abgaben verpflichteten sich, die neue Buchhaltungsmethode (Kontokorrent-Durchschreibebuchführung) so zu erlernen, daß sie diese bis zum 31. Januar 1953 voll beherrschen, so daß ab Februar ein reibungsloser Ablauf gewährleistet ist.

Die Revisoren der Brigade „Volkseigene Wirtschaft“ gingen die Verpflichtung ein, außerhalb der Dienstzeit Schulungen im neuen Rechnungswesen der volkseigenen Wirtschaft durchzuführen, um die Methode der Rechnungsführung so zu beherrschen, daß sie unsere sozialistischen Betriebe bei der Überwindung von Schwierigkeiten unterstützen können.

Insgesamt gingen die Kollegen 22 Einzel- und Kollektivverpflichtungen ein, die wesentlich zur Erfüllung der Aufgaben unseres Staatsapparates beim Aufbau des Sozialismus beitragen.

Jeder Mitarbeiter in den staatlichen Organen sollte diese Beispiele zum Anlaß nehmen und überlegen, was er persönlich tun kann, um den Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen.

Besonders berücksichtigen sollte man dabei unsere zahlreichen Produktionsgenossenschaften. Jeder Kollege in den staatlichen Verwaltungen muß durch seine Tätigkeit und seine Verpflichtung mithelfen, die demokratischen Grundlagen unserer Ordnung zu festigen, indem er eine viel engere Verbindung mit der werktätigen Bevölkerung herstellt.

### Unterabteilung Abgaben beim Rat des Kreises Bernburg

Für Teilnahme an der Werkverpflegung zahlen ferner im Krankenhaus Bernau 70 Teilnehmer 0,35 DM pro Person und Tag. Bei den Ausgaben werden jedoch Mittel für 120 Werkstückteilnehmer geplant. Die zu niedrig geplante Einnahme mußte um 1600 DM erhöht werden.

Für die Tuberkulosebekämpfung wurden im Plan 60 000 DM Investitionen bereitgestellt, obwohl es für die Verwendung dieses Betrages gar keine Vorstellung gab. Bei näherer Untersuchung stellte sich dieser Planansatz als unberechtigt heraus.

4. Die Abteilung Arbeit und Berufsausbildung sah für die finanzielle Unterstützung von Lehrlingen einen Betrag von 25 000 DM vor. Nach der Berechnung dieser Summe befragt, konnte die Abteilung Arbeit und Berufsausbildung hierüber keine Auskünfte geben. In der Buchhaltung der Kreisfinanzabteilung war ersichtlich, daß im letzten Quartal 1952 etwa 4000 DM verausgabt waren. Demzufolge konnte die Summe um 10 000 DM gekürzt werden.

Der Leiter des Lehrlingswohnheimes des Kreises, Kollege Gröning, veranschlagte in seinem Haushaltsplan für sein möbliertes Zimmer und seine Verpflegung,

Heizung und Licht monatlich 42 DM. Der Betrag wurde für Miete und Verpflegung (nur Mittagessen) auf monatlich 75 DM erhöht, so daß eine Mehreinnahme von 400 DM erzielt wurde.

5. Die Pflanzenschutztechniker im Kreise Bernau benutzen zur Durchführung ihrer dienstlichen Aufgaben private Fahrräder. Die der Abteilung Landwirtschaft nachgewiesene, aber nicht kontrollierbare Kilometerzahl macht pro Fahrrad eine monatliche Entschädigung von 70,— DM erforderlich. Das bedeutet, daß sich jeder Pflanzenschutztechniker in 3 bis 3½ Monaten ein neues Fahrrad anschaffen kann. Die hierfür geplanten Aufwendungen wurden um 10 000 DM gekürzt und dem Leiter der Abteilung Landwirtschaft aufgegeben, im Kreisrat angemessene Sätze für die Fahrradentschädigung der Pflanzenschutztechniker beschließen zu lassen. Der Abteilung Landwirtschaft ist u. a. durch den Bezirk angeblich auf Weisung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft aufgegeben worden, 12 000 DM für die Anpflanzung von Pappeln zu planen. Obwohl hierfür keine Kontrollziffer des Volkswirtschaftsplanes vorliegt und niemand von der Abteilung Landwirtschaft zu sagen vermag, wo die Pappeln gepflanzt werden sollen, wurde der Betrag kritiklos in den Haushalt aufgenommen.

Für die Übernahme von Vermögenswerten aus verwaisten Neubauerngehöften wurden durch die Abteilung Landwirtschaft für das Jahr 1953 50 000 DM vorgesehen. Hierbei wurde ein Durchschnittssatz von 4000 DM zugrunde gelegt. Nach eingehender Diskussion erklärte sich der Leiter der Abteilung Landwirtschaft, Kollege Arndt, bereit, den Betrag um 14 000 DM zu kürzen, weil einmal der berechnete Satz von 4000 DM pro Neubauerngehöft zu hoch gegriffen war und zum anderen nicht mit der vorgesehenen Anzahl von Entschädigungsfällen zu rechnen sei.

6. Das Kreiskomitee für Körperkultur und Sport beabsichtigte, aus Kleininvestitionen wissenschaftliche Werke über Anatomie und den Sport und anderes mehr anzuschaffen. Auf den Hinweis, daß die wissenschaftlichen Werke über Anatomie z. B. in der Bibliothek im Kreis Krankenhaus in ausreichendem Maße vorhanden seien, erklärte sich die Vertreterin für Körperkultur und Sport bereit, aus den Kleininvestitionen 2500 DM streichen zu lassen.

7. Bei der Überprüfung der Planung, die durch die Abteilung Volksbildung des Kreises für die Kinderheime vorgenommen worden war, stellte sich heraus, daß, obwohl es sich hierbei um Anstalten und Einrichtungen handelte, keinerlei Vergleichszahlen für das Jahr 1952 nachgewiesen werden konnten. Die Abteilung Volksbildung hatte den Kinderheimen, entgegen dem Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1952, keine eigenen Pläne übergeben, sondern die gesamten Kinderheime des Kreises sozusagen aus dem großen Topf bewirtschaftet, und ist nunmehr nicht in der Lage nachzuweisen, welche Mittel für das einzelne Heim aufgewendet worden sind.

8. Für die Station Junge Techniker und Club der Jungen Künstler ist im Kreise Bernau ein Stationsleiter vorgesehen, der nach Vergütungsgruppe Ia, d. h. mit über 10 000 DM jährlich bezahlt werden soll. Für diese Bezahlung konnte nicht die Zustimmung der Staatlichen Stellenplankommission nachgewiesen werden. Sie ist als weit überhöht anzusehen und muß vom Rat des Kreises in Zusammenarbeit mit der Stellenplankommission schnellstens korrigiert werden.

Die Abteilung Kunst und kulturelle Massenarbeit schuf im Jahre 1952 ein Kreiskulturorchester, das mit 60 000 DM im wesentlichen aus der Haushaltsreserve

1952 finanziert wurde. Im Jahre 1953 wurden durch die Abteilung Kunst und kulturelle Massenarbeit für das Kreiskulturorchester 250 000 DM Ausgaben geplant. An Einnahmen war nicht eine einzige Mark vorgesehen. Bemerkenswert an dieser Planung ist, daß hierfür zur Zeit der Prüfung keine Kontrollziffer des Volkswirtschaftsplanes vorgelegt werden konnte und man sich bis zum Tage der Überprüfung hierüber auch keinerlei Gedanken gemacht hatte. Von den Bestimmungen der Direktive über die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes 1953 und der Ordnung der Planung 1953 war so gut wie gar nicht Kenntnis genommen worden.

Soweit einige Beispiele über Fälle, in denen offensichtlich gegen den obenerwähnten Beschluß der II. Parteikonferenz verstoßen wurde. Aber nicht nur das. Im Juli 1952 verabschiedete die Volkskammer das Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaues und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik. In diesem Gesetz wird die Forderung erhoben, eine größtmögliche Annäherung der Organe der Staatsgewalt an die Bevölkerung herzustellen und eine breitere Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung des Staates zu verwirklichen. Untersuchen wir an Hand vorstehender Beispiele das wirtschaftliche und politische Geschehen im Kreise Bernau, so kommen wir zu Feststellungen, die mit der Forderung dieses Gesetzes nicht übereinstimmen. Die ständige Haushaltskommission des Kreistages hat z. B. nicht ein einziges Mal an der Aufstellung des Haushaltsplanes des Kreises für das Jahr 1953 mitgearbeitet. Die Ursache ist darin zu suchen, daß sie sich bis zum Januar 1953 überhaupt noch nicht konstituiert hat, der Vorsitzende legte in der Zwischenzeit seine Funktion nieder. Der für Finanzen zuständige stellvertretende Vorsitzende, Kollege Müller, hat die Haushaltsplanung des Kreises ebenfalls nicht ein einziges Mal

angeleitet und kontrolliert. Die Folge davon war, daß durch den Leiter der Abteilung Finanzen, Kollegen Krüger, ein Haushaltsplan für das Jahr 1953 an den Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder) weitergeleitet wurde, ohne daß der Kreisrat sich damit beschäftigte bzw. hierzu einen Beschluß faßte. Eine Überprüfung dieses Planes durch einen Instrukteur des Rates des Bezirkes Frankfurt (Oder), den Kollegen Brendel, ergab zwar einige Korrekturen, deckte aber nicht die wesentlichen Mängel im Hinblick auf die Verletzungen des Sparsamkeitsregimes auf und bedeutete für den Kreis somit keine Anleitung und Kontrolle.

Die in vorstehenden Beispielen geschilderten Ergebnisse einer Prüfung durch das Ministerium der Finanzen brachten Mehreinnahmen und Einsparungen von rd. 2 Millionen DM mit sich, worin jedoch einige Korrekturen enthalten waren, die sich auf Grund veränderter Kostenträgerschaften ergeben.

Diese kritischen Bemerkungen über die Haushaltsplanung für das Jahr 1953 in den Kreisen ergänzen die Veröffentlichung des Hauptabteilungsleiters Karl Pauligk, Ministerium der Finanzen, über Mißachtung der Sparsamkeit im Bezirk Cottbus, die am 16. Januar 1953 im „Neuen Deutschland“ abgedruckt war. Die Funktionäre der politischen Parteien und der staatlichen Verwaltung müssen hieraus die Schlussfolgerungen ziehen, daß sie künftig mehr als bisher um die Verwirklichung der Verordnungen und Gesetze der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik kämpfen müssen. Dies kann in erster Linie durch die Annäherung der Organe der Staatsgewalt an die Bevölkerung und die breite Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung des Staates erreicht werden. Kritik und Selbstkritik auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens muß mehr als bisher der wirksamste Hebel sein, um die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen.

## Abgaben

### Wettbewerbe in der Abgabenverwaltung

Die Erfolge und Erfahrungen der Unterabteilung Abgaben beim Rat des Kreises Borna  
Günther Winkler, Geltham

Die Hauptaufgabe der Unterabteilungen Abgaben ist es, den Abgabenplan zu erfüllen und möglichst überzuerfüllen, um dem Staatshaushalt die Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Durchführung der Volkswirtschaftspläne und unseres Fünfjahresplanes benötigt werden.

Der Kollege Herbert Liebchen, Berlin, hat in seinem Artikel „Wettbewerbe in der Abgabenverwaltung“<sup>1)</sup> bereits darauf hingewiesen, daß die Unterabteilungen Abgaben der Bezirke Dresden, Chemnitz und Leipzig einen Wettbewerb abgeschlossen haben.

Dieser Wettbewerb umfaßt folgende Hauptpunkte:

1. Erfüllung des Abgabenplanes und Beseitigung der Abgabenrückstände,
2. Erfüllung des Betriebsprüfungs-Turnus,
3. Beseitigung der Arbeitsrückstände.

Der Wettbewerb ist am 31. Dezember 1952 beendet worden. Es hat sich gezeigt, daß es die meisten Unterabteilungen verstanden haben, alle Kolleginnen und Kollegen für den Wettbewerb zu begeistern. Sie haben den Kampf um die Erfüllung des Planes zum Mittelpunkt ihrer Arbeit gemacht. Das Grundprinzip war

dabei die gegenseitige Hilfe und der Austausch der gewonnenen Erfahrungen.

Ich möchte nun an dieser Stelle die Ergebnisse und Erfahrungen der Unterabteilung Abgaben Borna, die wir im Rahmen des Wettbewerbes erzielt haben, erläutern. Unser Abgabenplan für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1952 wurde bei den Besitz- und Verkehrssteuern einschließlich der SV-Beiträge mit 132,5% erfüllt.

Um die Gründe für diesen Erfolg festzustellen, muß zunächst die Entwicklung der Abgabenrückstände erläutert werden.

Betrugen diese am 1. September 68% des Plansolls für den genannten Zeitraum, so waren es am 30. September noch 38%, am 31. Oktober 16%, am 30. November 4%, und am 31. Dezember noch 2,8%.

Eine wesentliche Begründung der Übererfüllung des Abgabenplanes ist also in der ganz beträchtlichen Senkung der Rückstände zu suchen.

Durch die Bildung der Komplexbrigaden war es möglich, den Abgabenplan auf die einzelnen Brigaden und teilweise bis auf die einzelnen Kollegen aufzuteilen. Jeder Kollege war somit für seinen bestimmten Plananteil verantwortlich. Es galt nun, sämtliche Kolle-

<sup>1)</sup> DFW 23/1952 S. 1273

ginnen und Kollegen für ihre Aufgabe im Rahmen des Wettbewerbes zu interessieren. Die in der Unterabteilung Borna bestehenden Brigaden (VEW, Industrie, Handel, Landwirtschaft und Hausbesitzer, Handwerk und Arbeitseinkommen) traten untereinander wieder in einen Wettbewerb, auch die Brigaden VEW und Arbeitseinkommen. Durch graphische Darstellungen des Erfüllungsstandes sowohl in den Brigaden als auch für die gesamte Unterabteilung wurde das Interesse für den Wettbewerb noch gesteigert und die Kollegen angespornt. In den Brigadeleiterbesprechungen und vor allem bei den Arbeitsberatungen in den Brigaden wurde kritisch und selbstkritisch zu der bisherigen Arbeit Stellung genommen. In der Brigade Handel wurden die geführten Platzkonten systematisch ausgewertet. Wesentlich hat uns die Auswertung der monatlichen Analysen geholfen. Die bei einzelnen Steuerarten zutage getretenen Schwierigkeiten konnten sofort festgesellt und Schritte zu deren Beseitigung unternommen werden.

Die Haushaltsaufschläge und Verbrauchsteuern wurden nach eingehenden Diskussionen im Bezirk Leipzig aus der Bewertung im Wettbewerb herausgenommen. Die Kollegen verschiedener Unterabteilungen Abgaben waren der Meinung, daß die Aufschlüsselung des Abgabenplanes in diesen Positionen auf die Bezirke und Kreise nicht den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entspräche und dadurch die Erfüllung des Planes von vornherein nicht möglich sei. Natürlich beeinträchtigt das das Interesse an dem Wettbewerb ganz beträchtlich. Es soll deshalb an dieser Stelle nochmals die Forderung nach realen Aufschlüsselungen des Abgabenplanes auch in diesen Positionen ausgesprochen werden, damit sich diese Schwierigkeiten nicht wiederholen.

Nun zu den Arbeitsrückständen.

Am 1. September war durch die Neuaufstellung der Kreise ein ziemliches Maß an Arbeitsrückständen angelaufen. Es handelte sich in der Hauptsache um nicht eingearbeitete Steuerbescheide. Bis Jahresende konnten wir diese Rückstände bis auf 130 (einschließlich der Handwerksteuerbescheide) reduzieren. Sehr gut haben sich dabei die operativen Buchhalter bewährt, d. h. daß an Orten, wo mehrere Betriebsprüfer tätig waren, jeweils ein Buchhalter mitging und die anfallenden Steuerbescheide sofort einarbeitete. Auftretende Differenzen konnten an Ort und Stelle zusammen mit dem Steuerpflichtigen geklärt werden.

Der Betriebsprüfungs-Turnus konnte bei einem Soll von 30 % bis zum 31. Dezember 1952 mit 39,5 % erfüllt werden. Hierbei ist besonders beachtenswert, daß in den Monaten November und Dezember je 15 % erfüllt wurden. Unsere Betriebsprüfer haben sich durch intensives Selbststudium und durch gemeinsamen Besuch der Volkshochschule ein Fachwissen angeeignet, das sie in die Lage setzt, ihren Aufgaben voll und gerecht zu werden. Nicht zuletzt ist dieser Erfolg in einem ganz k. sequenten Einhalten des Prüfungsplanes, der in Zusammenarbeit mit sämtlichen Betriebsprüfern erarbeitet wurde, zu suchen.

Die Unterabteilung Abgaben beim Rat des Kreises Borna konnte in diesem Wettbewerb im Bezirk Leipzig den ersten Platz belegen. Auf diesen Erfolg sind alle Kolleginnen und Kollegen stolz. Wesentlich ist aber für uns alle das Bewußtsein, daß wir mit diesem Erfolg einen Beitrag zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und damit unseres großen Fünfjahrplanes geleistet haben.

## Löhne, Gehälter und soziale Aufwendungen in der steuerlichen Gewinnermittlung der privaten Wirtschaft

Horst Geler, Berlin

Die Abzugsfähigkeit der Akkordlöhne und der übertariflichen Zuwendungen bei der Ermittlung des zu versteuernden Gewinns der privaten Unternehmer ist durch die Anweisung Nr. 243/1952 vom 12. November 1952<sup>1)</sup> und die Anweisung Nr. 272/1952 vom 18. Dezember 1952<sup>2)</sup> eingeschränkt worden.

Bis zum 30. November 1952 wurden Akkordlöhne ungachtet dessen, daß sie in einzelnen Betrieben die auf technisch begründeten Arbeitsnormen beruhenden Leistungslöhne vergleichbarer volkseigener Betriebe weit überstiegen, in vollem Umfange als Betriebsausgaben anerkannt. Ab 1. Dezember 1952 sind nur noch die auf tariflich festgelegten Akkordzeiten begründeten Löhne uneingeschränkt abzugsfähig.

Alle übrigen Akkordlöhne, bei denen die zugrunde liegende Akkordzeit und der Stückpreis auf der freien Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeiter beruht, dürfen von diesem Zeitpunkt ab den steuerlichen Gewinn nur insoweit mindern, als ihr Gesamtbetrag 130 % des Jahresbetrages der Akkordrichtsatzlöhne aller im Akkord Beschäftigten nicht übersteigt.

Von den freiwilligen Zuwendungen der Unternehmer an die in den Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten konnten bis zum 31. Dezember 1952 Ruhegehälter, Versicherungsprämien für zusätzliche Sozialversicherungen, Notstandsunterstützungen, Zuschüsse zu Urlaubsreisen und andere Zuwendungen gewinnmindernd behandelt werden. Der Jahresbetrag

dieser Aufwendungen hat in einzelnen Betrieben 25 % der Bruttolohnsumme überstiegen. Sie lagen damit weit über den Beträgen, die in unseren volkseigenen Betrieben aus dem Direktorfonds für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Angestellten aufgewandt werden können.

Ab 1. Januar 1953 sind von übertariflichen Zuwendungen nur noch Zuschüsse zu Werkküchen und Aufwendungen für Mai- und Weihnachtsfeiern in begrenztem Umfange sowie Unterstützungen, die Lehrlingen des graphischen Gewerbes zum Besuch der Landesberufsschule gewährt werden, als Betriebsausgaben abzugsfähig.

Auf Grund dieser Neuregelungen haben verschiedene Unternehmer versucht, bestehende Akkordvereinbarungen zu kündigen, um die Zeitvorgabe pro Produktionseinheit bzw. den Stückpreis herabzusetzen. Sie werden zum anderen bemüht sein, Betriebsvereinbarungen über soziale Aufwendungen zu annullieren, um diese Aufwendungen sachlich und auch in der Höhe der Beträge auf den Umfang zu reduzieren, in dem sie nach der Anweisung Nr. 272/1952 als Betriebsausgaben anerkannt werden.

Diese Versuche der Unternehmer werden bestimmt von dem Bestreben, den ihnen nach Abführung der Steuern verbleibenden Nettoprofit möglichst hochzuhalten. Den Arbeitern gegenüber haben sie jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die von ihnen beabsichtigte Minderung ihrer Löhne von der Regierung gewollt sei.

<sup>1)</sup> abgedruckt DFW Heft 22/1952, Seite 1233  
<sup>2)</sup> abgedruckt DFW Heft 2/1952, Seite 111

Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften in den Betrieben und auch der Betriebsprüfer der Unterabteilungen Abgaben, die Werktätigen in der privaten Wirtschaft darüber aufzuklären, weshalb es erforderlich war, die Abzugsfähigkeit der Akkordlöhne und der übertariflichen Zuwendungen bei der Gewinnermittlung in dem eingangs umrissenen Umfang einzuschränken.

Dabei wäre zunächst zu untersuchen, wen die überhöhten Akkordlöhne und die von den Unternehmern gewährten übertariflichen Zuwendungen tatsächlich wirtschaftlich belasten. Bei einer oberflächlichen Betrachtung kann der Eindruck entstehen, daß sie von den Unternehmern selbst getragen würden, da sie ja deren Profite mindern, und die Unternehmer werden bemüht sein, diese Meinung unter den Arbeitern zu verbreiten, um ihrem „finanziellen Opfer“ die rechte Würdigung zu verschaffen. Befäßt man sich jedoch etwas eingehender mit den ökonomischen Zusammenhängen — und es ist nicht zuletzt Aufgabe unserer Verwaltungsfunktionäre, diese grundlegenden Erkenntnisse der politischen Ökonomie den Werktätigen in der privaten Wirtschaft zu vermitteln —, so ist festzustellen, daß diese Profite in kapitalistischen Betrieben gar nicht auf die persönliche Tüchtigkeit des Unternehmers zurückzuführen sind, sondern ausschließlich das Resultat des Schaffens der Arbeiter darstellen. Aus dieser Tatsache ergibt sich für den Staat der Werktätigen die moralische Berechtigung, die Unternehmer zu verpflichten, den überwiegenden Teil ihrer Profite als Steuern abzuführen, um sie über den Staatshaushalt den Werktätigen wieder zugute kommen zu lassen. Die wichtigste Bemessungsgrundlage für diese Steuern sind die Gewinne selbst. Jede Aufwendung, die das Betriebsergebnis mindert, mindert folglich auch die abzuführenden Steuern. Das gilt auch für die überhöhten Akkordlöhne und die übertariflichen Zuwendungen, die bisher bei der Gewinnermittlung als Betriebsausgabe abgesetzt werden konnten und die demnach nicht von dem Unternehmer, sondern je nach der Höhe des Gewinns bis zu 95 % aus dem Staatshaushalt getragen wurden. Damit waren es also die Werktätigen in der privaten und der sozialistischen Wirtschaft selbst, die diese Aufwendungen finanzierten.

Der Volkswirtschaftsplan 1953 sieht gegenüber 1952 eine erhebliche Erhöhung des Verbrauchs an Industriewaren vor. In den betreffenden Planziffern kommt das Ziel unserer Produktion zum Ausdruck, die Bedürfnisse der Werktätigen in ständig steigendem Umfang zu befriedigen. Das setzt voraus, daß die dafür erforderlichen Grundlagen auf dem Gebiet der Metallurgie, der Energieerzeugung und des Kohlenbergbaues erweitert werden, Aufgaben, die im Volkswirtschaftsplan 1953 als Schwerpunkte herausgestellt worden sind. Der Volkswirtschaftsplan 1953 sieht gegenüber 1952 auch eine wesentliche Steigerung des Verbrauchs an Lebensmitteln vor. Das setzt voraus, daß unsere werktätigen Bauern die Hektarerträge steigern, die Anbauflächen vergrößern und die Viehbestände erhöhen, was in dem erforderlichen Umfang nur möglich ist, wenn sie zur Großproduktion auf der Basis landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften übergehen. Dieser Übergang erfordert aber wiederum eine bessere technische Ausrüstung der Maschinen-Traktorenstationen.

Der Lebensstandard der Bevölkerung kann also nur dann in dem planmäßig vorgesehenen Umfang gesteigert werden, wenn die Kapazitäten der Grundstoff- und der Schwerindustrie, der Energieerzeugung und des Maschinenbaus in dem notwendigen Ausmaß er-

## Vertrag der gegenseitigen Hilfe

zwischen der Unterabteilung Abgaben beim  
Rat der Stadt Dessau und dem VEB Junkalor  
Dessau

### Präambel

Die politischen und ökonomischen Bedingungen unserer gesellschaftlichen Entwicklung sowie der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik bedingen die Einführung eines neuen Rechnungswesens in der volkseigenen Wirtschaft. In der Erkenntnis dieser Lage und der damit verbundenen finanzpolitischen Aufgaben soll dieser Freundschaftsvertrag ein Beitrag für die Erhaltung und Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher, demokratischer Grundlage sein.

Zwischen der Brigade VEW der Unterabteilung Abgaben beim Rat der Stadt Dessau und der Betriebsleitung des VEB Junkalor Dessau wird folgender Freundschaftsvertrag abgeschlossen:

1.  
Die Brigade VEW verpflichtet sich, bei der Einführung des neuen Rechnungswesens den VEB Junkalor in allen Fragen zu beraten und zu unterstützen und die einzelnen Kollegen des Betriebes so zu qualifizieren, daß sie zu bewußten Kämpfern für die Erfüllung und Übererfüllung des Fünfjahresplanes werden.

2.  
Die Betriebsleitung des VEB Junkalor verpflichtet sich, den Kollegen der Brigade VEW der Unterabteilung Abgaben Dessau die bei der Einführung des neuen Rechnungswesens gewonnenen praktischen Erfahrungen und den Ablauf der technischen Durchführung der neuen Betriebsabrechnung zu vermitteln, um somit eine Brücke zwischen Theorie und Praxis zu bauen.

3.  
Diese unter Ziffer 1 und 2 genannten Unterweisungen werden in vierwöchigem Abstand im VEB Junkalor durchgeführt.

4.  
Wir, die Kollegen der Abgabenverwaltung und des VEB Junkalor verpflichten uns hiermit, über die von uns gesammelten praktischen Erfahrungen und Verbesserungen alle Kollegen, die in der volkseigenen Wirtschaft tätig sind, durch die „Deutsche Finanzwirtschaft“ zu unterrichten.

Vorwärts in brüderlicher Verbundenheit mit den Neuerern der Sowjetunion! Vorwärts zum Aufbau des Sozialismus!

Dessau, den 2. Januar 1953.

Die Betriebsleitung des VEB Junkalor

Die Brigade der Unterabteilung  
Abgaben, Dessau

Nach Abschluß des ersten Quartals 1953 wird uns die Brigade VEW der Unterabteilung Abgaben beim Rat der Stadt Dessau über ihre Erfolge und Erfahrungen berichten.

Die Red.

## Bürokraten hemmen das Schulsparen!

Seit Beginn des Schuljahres 1952/53 läuft für alle Schulen im Kreisgebiet Zwickau und Werdau ein Schulspar-Wettbewerb. Auf diese Weise sollen und wollen unsere Schüler zum regelmäßigen Sparen erzogen werden und darüber hinaus vor allem unserem Aufbau Gelder zur Verfügung stellen. Eifrig wurde gespart. Der durchschnittliche Sparbetrag im Monat bewegte sich an unserer Schule um 400 DM. Wie soll dieses Ergebnis aber beibehalten und gesteigert werden, wenn seit Wethachten nur ganz spärlich Sparmarken geliefert werden? Bei einem monatlichen Bedarf von mindestens 40 Rollen Sparmarken konnten uns im Januar trotz dauernder Nachfragen nur 19 Rollen zur Verfügung gestellt werden. In der Zeit vom 9. bis 20. Januar erhielten wir gar nichts. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein Wettbewerb nur durchgeführt werden kann, wenn sämtliche organisatorischen und technischen Voraussetzungen gegeben sind.

Wir fordern im Interesse des Sparens, die Ursachen für das Fehlen der Sparmarken festzustellen und uns in Zukunft die Sparmarken pünktlich zu liefern.

Gottweiß-Schule Crimmitschau

weitert werden. Zu diesem Zweck ist der Umfang der Investitionsarbeiten im Jahre 1953 gegenüber 1952 planmäßig um 25 % zu erhöhen.

Als Finanzierungsquelle steht uns im wesentlichen nur unser Nationaleinkommen, der geschaffene Neuwert, zur Verfügung. Neuwert wird überall dort erzeugt, wo produktive Arbeit geleistet wird. Der überwiegende Teil unseres Volkseinkommens entsteht in unseren sozialistischen Betrieben, wo er von unserem Staat unmittelbar erfaßt und seine Verteilung planmäßig geregelt werden kann. Ein erheblicher Teil des Neuwerts wird jedoch auch in der privaten Wirtschaft geschaffen. Sein Umfang ist statistisch bekannt und kann auch für das jeweilige Wirtschaftsjahr annähernd genau vorausbestimmt werden. Das ermöglicht der Abgabenverwaltung, diesen Teil des Volkseinkommens durch die Erhebung von Steuern so umzuverteilen, daß zwischen den Anteilen der einzelnen Klassen und Schichten bestimmte Proportionen hergestellt und der Höhe nach planmäßig vorgesehene Teile dem Staatshaushalt zur Finanzierung der im Volkswirtschaftsplan gestellten Aufgaben zugeführt werden. Fließen die von der privaten Wirtschaft zu entrichtenden Steuern nicht termingemäß in dem geplanten Umfange dem Staate zu, ergeben sich Schwierigkeiten in der Finanzierung der Volkswirtschaft, die, wenn sie nicht durch überplanmäßige Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft behoben werden, zur Folge haben können, daß die erforderlichen Investitionsarbeiten nicht termingemäß durchgeführt werden, daß die Kohlenförderung, die Energieerzeugung, der Maschinenbau hinter den Planziffern zurückbleibt und daß damit auch der Lebensstandard der Bevölkerung nicht in dem vorgesehenen Umfange gesteigert werden kann.

Die bisherige Gestaltung des Steuerrechts bot den privaten Unternehmern die Möglichkeit, ihren Gewinn,

die wichtigste Bemessungsgrundlage für die abzuführenden Steuern, durch überhöhte Akkordlöhne oder durch übertarifliche Zuwendungen willkürlich zu vermindern, ein Faktor, der in der Vergangenheit zu erheblichen Steuerausfällen geführt hat und deshalb im Interesse aller Werktätigen beseitigt werden mußte.

Aber der Ausfall geplanter Haushaltseinnahmen war nicht der einzige Grund, der diese Änderung des Steuerrechts erforderlich werden ließ. Durch unsere Wirtschaftsplanung müssen nicht nur richtige Proportionen zwischen der Grundstoffindustrie und der verarbeitenden Industrie, der Industrie und der Landwirtschaft usw. hergestellt, sondern auch die richtigen Verhältnisse zwischen Produktion und Konsumtion herbeigeführt werden.

Es bedarf keiner näheren Erläuterungen, um zu erkennen, daß wir nur verbrauchen können, was wir selbst an Konsumtionsmitteln produziert bzw. im Austausch gegen andere Produkte eingeführt haben. Was der einzelne Werktätige an Waren kaufen und verbrauchen kann, ist folglich nicht allein von dem Geldbetrag seines Lohnes abhängig, sondern in erster Linie von dem Umfang der Verbrauchsgüter, die zur Verteilung zur Verfügung stehen.

Beide Größen, die Kaufkraft und die Konsumtionsmittelproduktion, werden planmäßig festgelegt, wobei die Kaufkraft hauptsächlich durch die Lohngestaltung und die Besteuerung reguliert wird. Bei gegebenen Preisen der Konsumgüter muß die Kaufkraft der Bevölkerung, die vor allem in den Lohnfonds zum Ausdruck kommt, mit der Produktion von Lebensmitteln und Massenbedarfsartikeln übereinstimmen, wenn ein geregelter Güter- und Geldumschlag zustande kommen soll.

Steigt die Kaufkraft geldmäßig an und steigt nicht zugleich auch die Verbrauchsgüterproduktion, so kann die Zunahme der Geldmenge in den Händen der Werktätigen für diese keinen Gewinn bedeuten, da dem Mehr an Geld kein Mehr an Ware gegenübersteht.

Quellen derartiger unkontrollierbarer Kaufkrafteerhöhungen waren u. a. in der bisherigen steuerlichen Behandlung überhöhte Akkordlöhne und übertarifliche Zuwendungen. Ihre Zahlung, die zu einer Verminderung des Steueraufkommens führte und dadurch vielleicht ein Zurückbleiben der Investitionen und der Produktion von Konsumgütern bewirkte, führte auf der anderen Seite zu einer Steigerung der Nachfrage nach diesen Gütern.

Durch die getroffene Änderung des Steuerrechts, die die Unternehmer verpflichtet, überhöhte Aufwendungen dieser Art aus ihrem versteuerten Nettogewinn zu bestreiten, wird die Sachlage grundlegend geändert. Überhöhte Löhne und übertarifliche Zuwendungen können künftig einen Steuerausfall nicht mehr zur Folge haben und deshalb die Planerfüllung nicht beeinträchtigen.

Sie stellen darüber hinaus ab 1953 eine wirkliche Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter dar, da sie aus dem Teil des Profits bestritten werden müssen, der dem Unternehmer nach Abzug der Steuern verbleibt, mit dem er also zum Teil selbst als Käufer von Konsumgütern in Erscheinung getreten wäre. Die Gesamtkaufkraft hat sich nicht erhöht, aber sie hat sich zugunsten der Arbeiter verlagert.

Diese Löhne und Zuwendungen zu reduzieren, ist mit diesen Neuregelungen nicht beabsichtigt worden. Es wird Aufgabe der Arbeiter bzw. der Gewerkschaften sein, entsprechenden Versuchen der Unternehmer wirkungsvoll zu begegnen<sup>\*)</sup>.

<sup>\*)</sup> Vgl. auch den gleichnamigen Artikel in der Beilage „Das Neue Abgabenrecht“.

## **Banken und Sparkassen**

### **Kreditgewährung an MTS und VEG auf neuer Grundlage**

W. Ullinski, Deutsche Notenbank, Berlin

Unsere Deutsche Demokratische Republik hat bei der Umgestaltung der Landwirtschaft in den letzten Jahren bedeutende Erfolge erzielt. Die neuen Aufgaben in der Landwirtschaft werden jetzt in entscheidendem Maße durch die Schaffung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus bestimmt. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Rahmen den volkseigenen Gütern und Maschinen-Traktoren-Stationen zu, die bei der Lösung der Landwirtschaft gestellten Aufgaben einen entscheidenden Faktor darstellen.

Nach dem Volkswirtschaftsplan 1953 wird zur Erweiterung der Anzahl der MTS und ihrer Ausrüstung der Umfang der Investitionsarbeiten gegenüber 1952 auf 198 Prozent erhöht. Die MTS haben ferner durch verbesserte Arbeitsorganisation und Anwendung des Mehrschichtensystems die Durchschnittsleistung je Traktor zu erhöhen und die Selbstkosten für Traktorenarbeiten zu senken. Aufgabe der MTS ist es weiter, die Arbeiten für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bevorzugt auszuführen und ihnen die besten Agronomen zur Verfügung zu stellen. Die volkseigenen Güter müssen Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Arbeit treffen, die den Erfordernissen einer sozialistischen Landwirtschaft entsprechen. Der Volkswirtschaftsplan 1953 fordert von den Gütern, daß sie den werktätigen Bauern Vorbild in der Pflege der Kulturen, in der Steigerung der Ernteerträge und in der Viehwirtschaft sind und daß sie diese von den Vorzügen der landwirtschaftlichen Großproduktion überzeugen.

Bei der Förderung der volkseigenen Güter und der Maschinen-Traktoren-Stationen hat auch die Deutsche Notenbank wichtige Aufgaben zu erfüllen. Ihre Finanzierungsmaßnahmen und die Kontrolle mit Hilfe der Deutschen Mark tragen im wesentlichen Maße dazu bei, die Wirtschaftlichkeit der MTS und VEG zu verbessern. In richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Maßnahmen bemüht sich die Deutsche Notenbank zugleich, deren Durchführung zu verbessern.

Seit dem Jahre 1949 haben die MTS und VEG sich schnell und in erheblichem Ausmaß entwickelt. Die Methoden der Deutschen Notenbank sowohl in der Finanzierung als auch in der Kontrolle der Planerfüllung wurden dieser Entwicklung angepaßt.

Am 1. Oktober 1950 trat die „15. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe betreffend Lenkung und Kontrolle des Geldverkehrs der MAS und VEG durch die Deutsche Notenbank“ in Kraft. Sie sah die genaue Kontrolle der finanziellen Operationen der MAS (jetzt MTS) und VEG durch die Deutsche Notenbank auf Einhaltung der Pläne vor. Sämtliche Einnahmen und Ausgaben mußten über die Bank gehen und wurden dort auf entsprechenden Konten gebucht und kontrolliert. Die Bank hatte ferner den planmäßigen Kredit zur Verfügung zu stellen und zu kontrollieren, daß die lt. Richtsatzplan vorgesehene Deckung vorhanden ist und die Einnahmen und Ausgaben mit den entsprechenden Positionen des Kosten- und Erlösplanes übereinstimmen. Diese Bestimmungen und ihre Durchführung haben zweifellos die Entwicklung der Leistungen bei den MTS und VEG vorangetrieben. Die Kontrolle durch die Deutsche Notenbank war jedoch insofern nicht vollständig, als die Betriebe noch außerplanmäßige Finanzierungsquellen, insbeson-

dere den Lieferantenkredit, in Anspruch nehmen konnten. Die Durchführung der Beschlüsse der 6. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands brachte u. a. die Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung und des Bankenkassos.

Außerdem wurden weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierung der Maschinen-Traktoren-Stationen und der volkseigenen Güter getroffen. Insbesondere wurde die Gesamtkontrolle durch die Deutsche Notenbank bei den MTS und den VEG mit Hilfe der monatlichen Finanzberichte (FM-Berichte) durchgeführt.

Die Beschlüsse der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands führten zu der Erkenntnis, daß die bisherigen Methoden der Finanzierung und Kontrolle der MTS und der VEG nicht mehr genügten, um den gestellten höheren Aufgaben gerecht zu werden.

Bei der Ausarbeitung der neuen Methoden stützt sich die Deutsche Notenbank sehr stark auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen der Sowjetunion.

Für die Finanzierung der MTS wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1953 ab die sogenannte Bruttomethode eingeführt. Die wesentlichen Grundsätze dieses Systems sind:

Die Maschinen-Traktoren-Stationen werden voll auf Rechnung des Haushalts finanziert, d. h. es werden vom Haushalt die Mittel für die laufende Produktion und die Verwaltungskosten sowie die Mittel zur Anschaffung der notwendigen Vorräte zur Verfügung gestellt.

Auf der anderen Seite gehen die Gegenwerte für Lieferungen und Leistungen als Einnahmen in den Haushalt ein. Die Mittel für die Ausgaben werden auf Grund des bestätigten Betriebs-(Finanz)Planes bei den Niederlassungen der Deutschen Notenbank, und zwar zweckgebunden für jede einzelne Ausgabenart, zunächst monatlich bereitgestellt. Der Deutschen Notenbank fällt hier besonders die Aufgabe zu, die Verfügungen zu prüfen und dabei zu kontrollieren, daß diese nur in dem Maße vorgenommen werden, wie der Produktionsplan erfüllt ist.

Um die Kontrolle wirksam durchführen zu können, werden die ausgereichten Mittel von den Niederlassungen der Deutschen Notenbank für jede einzelne MTS auf folgenden neun verschiedenen Ausgabenkonten gebucht:

1. Treib- und Schmierstoffe,
2. sonstiges Material,
3. Löhne,
4. Gehälter,
5. Abschreibungen,
6. übrige Betriebsausgaben,
7. sonstige Ausgaben,
8. Zuführungen zum Direktorfonds,
9. Abdeckung von Verbindlichkeiten aus Vorjahren.

Die in einer Position im Laufe eines Monats nicht verbrauchten Mittel können grundsätzlich nicht zur Deckung erhöhter Ausgaben einer anderen Position verwendet werden. Die nicht verbrauchten Beträge

werden auf besonderen Konten der Bezirksverwaltung MTS gesammelt und können den MTS zur Verfügung gestellt werden, die nachweislich ihre Pläne übererfüllt haben. Hat eine MTS die planmäßig zugeteilten Mittel verbraucht, ohne jedoch den Produktionsplan zu erfüllen, so wird die nächste Zuweisung entsprechend dem Grad der Nichterfüllung gekürzt. Die MTS sollen auf diese Weise gezwungen werden, ihren Mehrverbrauch wieder einzusparen.

Die Finanzierung der MTS durch kurzfristigen Bankkredit ist nach dieser Methode grundsätzlich nicht mehr vorgesehen. In begründeten Ausnahmefällen, d. h. wenn infolge Übererfüllung des Arbeitsplanes eine Überschreitung der Kosten nicht zu vermeiden ist, kann die Deutsche Notenbank den Mehraufwand im Rahmen des Jahresplanes der MTS durch Kredit finanzieren. Derartige Kredite werden bewilligt für Treib- und Schmierstoffe bis zur Höhe des zehntägigen Bedarfs,

ferner für Löhne der Produktionsarbeiter und für Reparaturen gegen Nachweis der ausgeführten Arbeiten.

Die auf diese Art ausgereichten Kredite werden von der nächsten Zuweisung abgedeckt.

Kommen die MTS mit den gemäß dem Jahresplan zur Verfügung gestellten Mitteln nicht aus, muß über eine evtl. Erhöhung der Ministerrat beschließen.

Sämtliche Eingänge aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Eingänge einschl. der Einnahmen aus dem Vorjahre werden auf einem Guthabenkonto der MTS bei der Bank gesammelt. Sie sind in einem bestimmten Verhältnis an den Kreis und den Staatshaushalt weiterzuleiten. Die effektiven Beträge werden hier mit den geplanten Einnahmen verglichen; bei Nichterfüllung des Planes müssen diese Stellen entsprechende Maßnahmen ergreifen. Das Schwergewicht der Kontrolle auf der Einnahmeseite liegt also bei den vorgenannten Organisationen.

Neben der Ausgabenkontrolle über die Kontenführung analysiert die Bank noch die monatlichen Finanzberichte und die Kontrollberichte. Zeigt sich in dieser Gesamtkontrolle, daß die Erfüllung des Planes gefährdet erscheint, so gibt die Bank den MTS und den Bezirksverwaltungen MTS entsprechende Mitteilung. Außerdem werden wesentliche Erkenntnisse dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und dem Ministerium der Finanzen gemeldet.

Dieses Finanzierungssystem wird mit zur Kontrolle der Planerfüllung der MTS und zur Einwirkung auf die Betriebe, die die Pläne nicht erfüllen, ausgenutzt. Es wird dazu beitragen, daß die MTS ihre Produktivität steigern, den richtigen technischen Einsatz der Maschinen organisieren, die Kapazität der Traktoren voll auslasten, die Selbstkosten senken und ein strenges Sparsamkeitsregime einführen.

#### Finanzierung der volkseigenen Güter

Bei der Finanzierung der volkseigenen Güter zeichnen sich für das Jahr 1953 folgende Perspektiven ab:

Für die gesamten VEG wird vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft ein Jahresplan aufgestellt. Darüber hinaus stellt jedes VEG einen Betriebsplan auf, der den Jahresablauf der Produktion widerspiegelt. Gleichzeitig wird dabei die Finanzierung durch Eigenmittel und Kredite festgelegt. Die Bestände zu Beginn des Jahres werden im allgemeinen durch den Eigenmittelfonds finanziert, der unter Berücksichtigung der ständigen Passiven vom Staatshaushalt zur Verfügung gestellt wird und durch Eigenakkumulation zu bilden ist.

Die Deutsche Notenbank finanziert den VEG

1. die saisonmäßigen Vorräte an Waren- und Materialwerten wie Futtermittel, Dünger, Brennstoff, Verpackungsmaterial,
2. die saisonmäßige Aufwendung für die unvollendete pflanzliche Produktion, die Arbeiten für Aussaaten, Einbringung der Ernte, allgemeine Ausgaben usw.,
3. die Kosten für die Realisierung der Ernte,
4. die saisonmäßigen Aufwendungen für die Viehzucht,
5. die saisonmäßige Bevorratung mit eigenem Saatgut,
6. die saisonmäßigen Aufwendungen für die unvollendete Produktion der Hilfszweige der VEG.

Bisher wurden die Richtsatzplankredite wie auch die Saisonkredite den VEG als Kontokorrentkredite zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1953 sollen jedoch die Kredite als Darlehen auf die einzelnen Objekte gegeben werden. In Höhe der nachgewiesenen vorhandenen Objekte erhalten die Güter einzelne Darlehen. Der Gegenwert dieser Darlehen wird einem Verrechnungskonto gutgeschrieben, das also auf Guthabenbasis geführt wird. Über dieses Verrechnungskonto werden die Ausgaben in der festgesetzten Reihenfolge: Löhne und Gehälter, Haushaltsabgaben, Sozialversicherungsbeiträge, RE-Aufträge usw. bezahlt.

Die Tilgungsfristen der ausgereichten Einzeldarlehen werden nach der planmäßigen Senkung der kreditierten Bestände, d. h. entsprechend der zu erwartenden Realisierung der Produktion, festgelegt. In der Praxis wird dies so geschehen, daß das Darlehen zunächst bis zu Beginn der Ernteeinbringung befristet wird, vor Beginn der Ernteeinbringung wird dann eine konkrete Tilgungsfrist in Übereinstimmung mit dem Realisierungsplan vereinbart.

Über dieses Finanzierungssystem wird es möglich sein, mit Hilfe des Kredits eine ständige Kontrolle des Produktionsablaufes und der Planerfüllung durchzuführen. Neben dieser Kontrolle über die Kontenführung wird die Bank ebenfalls zusätzlich die Finanzmeldungen und Kontrollberichte analysieren.

Bei Planabweichungen wird die Deutsche Notenbank auf das Gut und die Bezirksverwaltung VEG einwirken, damit diese entsprechende Maßnahmen ergreifen. Außerdem werden auch hier wie bei den MTS wesentliche Erkenntnisse dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und dem Ministerium der Finanzen gemeldet. Die Verantwortung für die Beachtung dieser für die MTS und VEG neu aufgestellten Finanzierungsgrundsätze wird nicht nur der Deutschen Notenbank, sondern auch allen MTS und VEG auferlegt.

Sowohl die Mitarbeiter der Deutschen Notenbank als auch die der MTS und VEG müssen sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigen und den Kampf um die Verbesserung der Finanzdisziplin führen. Verstöße führen zur falschen Ausnutzung der Kredite, zur Verletzung der Finanzdisziplin, und zur Schwächung der Bankkontrolle durch die Deutsche Mark. Nur die strenge Zweckgebundenheit der Finanzierung, die Einhaltung der Fristen, die Sicherung des Bankkredites durch die zu finanzierenden Objekte machen eine wirkliche Kontrolle durch die Deutsche Notenbank möglich und unterstützen gleichzeitig die Erfüllung der Produktionspläne, die Stärkung des Rentabilitätsprinzips und die Einhaltung der Finanzdisziplin.

So werden auch diese finanzpolitischen Maßnahmen ein wichtiger Beitrag zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft sein.

## Die Sparkassen müssen mehr für die Qualifikation ihrer Mitarbeiter tun

R. Müller, Ministerium der Finanzen

Die weitere Qualifizierung unserer Kader in Wirtschaft und Verwaltung ist eine vordringliche Aufgabe bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus. Insbesondere gilt dies für die Durchsetzung eines strengen Sparmaßnahmenregimes in allen Zweigen unserer Volkswirtschaft und in der staatlichen Verwaltung. Ohne Zweifel ist seit 1945 oft unter schwierigsten Verhältnissen viel erreicht worden. In den Verwaltungsgrundschulen wurden neue Kader für alle Zweige unserer Verwaltung mit guten Wissensgrundlagen herangebildet. Die Kapazitäten unserer Universitäten wurden bedeutend vergrößert. Auch die Parteien und Massenorganisationen haben zur Verbreiterung und Festigung des gesellschaftlichen Wissens beigetragen.

Was ist bisher seit 1945 auf dem Gebiete der Qualifizierung der Mitarbeiter der Sparkassen getan worden? — Um es vorweg zu nehmen, die Sparkassenorganisation hat bei der Heranbildung neuer Menschen mit anderen Wirtschaftsorganen nicht Schritt gehalten. Die Schulungsmaßnahmen und die Schulungsmöglichkeiten waren ungenügend und oft mit schweren Mängeln behaftet. Von einer planmäßigen und systematischen Heranbildung und Förderung der Mitarbeiter der Sparkassen konnte bisher keine Rede sein. Neben einigen guten Ansätzen in den Jahren bis 1949, insbesondere in den ehemaligen Sparkassenverbandsbereichen von Sachsen-Anhalt und Thüringen, und einigen schwächeren Versuchen in den Tätigkeitsbereichen der ehemaligen Sparkassenverbände Brandenburg und Sachsen ist in all diesen Jahren keine planvolle Entwicklungsarbeit geleistet worden. Erst die Errichtung der Finanzschule für Geld und Kredit in Radebeul und später der Bankgrundschulen hat hier teilweise beachtenswerte Besserung gebracht. Mängel bestanden hier insbesondere bei der Wahl der Teilnehmer für die Lehrgänge in Radebeul und in den Bankgrundschulen. Die unterschiedliche Vorbildung und die unzureichende Beschickung, die ungenügende Aussprache der Sparkassenleitungen mit vorgeschlagenen Kandidaten haben auf die Arbeit der Schule und damit auf das Ergebnis ohne Zweifel Einfluß gehabt. Noch bedenklicher ist es jedoch, daß die von den Schulen in die Praxis zurückgekehrten Kollegen bei der Anwendung der an den Schulen erworbenen Kenntnisse in der täglichen Arbeit nicht in genügendem Maße unterstützt wurden. In den meisten Fällen hat man sich nur sehr wenig um den weiteren Werdegang der Absolventen gekümmert. Es muß jetzt die Aufgabe der Abteilung Sparkassen sein, sich nach einem festen Plan um den Einsatz und die Weiterbildung der Absolventen unserer langfristigen Lehrgänge zu kümmern.

Völlig ungenügend ist auch der jetzige Entwicklungsstand unserer Sparkassenleiter. Gegenwärtig haben etwa 95 % aller leitenden Angestellten seit 1945 keine Schule von mehr als dreimonatiger Dauer besucht, und wir müssen ernstlich die Frage stellen, wie diese Kollegen den erhöhten Anforderungen in ihrer Arbeit gerecht werden wollen. Einige Mängel in der Erfüllung ihrer gegenwärtigen Hauptaufgabe — der Förderung des Vertragsparens — sind nicht zuletzt auf diesen Umstand zurückzuführen. Es wird daher notwendig sein, daß sich die leitenden Mitarbeiter der Sparkassenorganisation von selbst baldigst darum bemühen, an einem langfristigen Lehrgang einer unserer Schulen teilzunehmen. Die Abteilung Sparkassen im Ministerium der Finanzen

hat sich sofort nach Aufnahme ihrer Tätigkeit sehr ernsthafte Gedanken um dieses wichtige Problem gemacht und einen Plan für das Jahr 1953 ausgearbeitet. In Verwirklichung des ersten Punktes dieses Planes werden in der Zeit vom 23. Februar bis 25. März d. J. zwei Fachseminare für Sparkassenleiter mit etwa 300 Teilnehmern an der Finanzschule Königs Wusterhausen durchgeführt werden. Durch diese Lehrgänge soll der erste Schritt zu einer weiteren Vereinheitlichung der Sparkassenarbeit getan und eine Stärkung des Fachwissens der leitenden Angestellten erreicht werden. Diese Fachseminare führen das erstmalig die leitenden Mitarbeiter der Sparkassen der ganzen Republik zu Erfahrungsaustausch und Studium zusammen. Wir sind gewiß, daß von diesen Fachseminaren besonders starke Anregungen für die Qualifizierungsarbeit in den Sparkassen selbst ausgehen werden.

Ein weiterer Mangel in der Kaderarbeit der Sparkassen ist es, daß es nicht gelungen ist, auch nur in annähernd zufriedenstellendem Ausmaße Frauen an leitende Stellen in den Sparkassen zu bringen, obwohl sie für diese Arbeit ausgezeichnet geeignet sind. Von den vielen Tausenden Angestellten der Sparkassen sind weit über 50 % der Mitarbeiter Frauen. Ihr Anteil in leitenden Funktionen jedoch liegt nur bei knapp 2 %. Aus diesen Feststellungen wurde bereits bei den Einladungen zu den beiden Leiterfachseminaren im März d. J. entsprechende Schlußfolgerungen gezogen. Von den ein-

### Betrifft Artikel „Die Tätigkeit der bäuerlichen Kreditausschüsse bei der Deutschen Bauern-Bank“.

*Wir wurden von der Deutschen Bauern-Bank Berlin gebeten, zu dem in der „Deutschen Finanzwirtschaft“ 1953, Heft 3, auf Seite 159 veröffentlichten Artikel die nachstehende Ergänzung abzudrucken:*

Die Kreditgewährung an Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und an bäuerliche Einzelbetriebe erfordert im Geschäftsbetrieb der Deutschen Bauern-Bank eine klare Trennung. Es erschien daher unter den in dem Artikel genannten Gesichtspunkten logisch und auch zweckmäßig, diese Trennung bis in die bäuerlichen Kreditausschüsse hinein konsequent durchzuführen. Deshalb wurden Mitglieder von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nicht zur Mitarbeit in den Ausschüssen herangezogen. Inzwischen waren alle Beteiligten natürlich bemüht, immer die fortschrittlichsten und tüchtigsten Bauern in die Kreditausschüsse zu berufen. Dies hatte zur unausbleiblichen Folge, daß die Umwandlung der Mitarbeiter in den Kreditausschüssen von Einzelbauern in Mitglieder von Produktionsgenossenschaften in der letzten Zeit mit immer größerer Beschleunigung zunahm. Das Direktorium der Deutschen Bauern-Bank hat der Tatsache, daß die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in steigendem Maße Einfluß auf das gesamte Leben im Dorfe nehmen, Rechnung getragen und nunmehr die Bestimmung aufgehoben, nach der bisher die Mitglieder von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nicht mit der Arbeit in den bäuerlichen Kreditausschüssen belastet werden sollten. Damit dürfte im rechten Augenblick gleichzeitig eine weitere Möglichkeit geschaffen sein, durch die Mitarbeit der Genossenschaftsbauern in den Kreditausschüssen die Neugründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu fördern.

geladenen Teilnehmern werden deshalb etwa 30 % Frauen sein. Je nach Wunsch und Eignung wird bereits am Schluß des Fachseminars mit ihnen ihr künftiger Entwicklungsweg für eine leitende Funktion besprochen werden. Durch Patenschaften mit geeigneten leitenden Kollegen sollen sie in Kürze befähigt werden, verantwortliche Arbeiten zu übernehmen. Dies genügt natürlich nicht, um der Gleichberechtigung der Frau in der Praxis Rechnung zu tragen. Gerade die vielen berufsfernen weiblichen Kräfte, die in den letzten Jahren ihre Tätigkeit bei der Sparkasse aufgenommen haben, müssen qualifiziert werden. So sollen nach den beiden Fachseminaren für Sparkassenleiter bereits in den darauffolgenden Monaten Fachseminare für Anfänger in den verschiedensten Orten unserer Republik durchgeführt werden, mit dem Ziel, fachlich noch schwach ausgebildete Kräfte für ein ganz besonderes Arbeitsgebiet in ihrer jeweiligen Sparkasse zu qualifizieren.

Wir glauben, daß eine solche Spezialausbildung auch weiterhin Ansporn sein wird, dieses Spezialwissen für ein Arbeitsgebiet auf andere Arbeitsgebiete auszudehnen und dadurch zu einer allseitigen Verbesserung der Arbeit zu kommen. Dies sind nur einige Anfangsmaßnahmen, sie müssen in den nächsten Monaten planmäßig fortgeführt werden. Darüber wird noch zu berichten und zu diskutieren sein.

Gegenwärtig erscheint aber über die von der Abteilung Sparkassen des Ministeriums der Finanzen bereits eingeleiteten Maßnahmen hinaus folgendes notwendig:

1. Jeder Sparkassenleiter sollte umgehend mit jedem einzelnen Mitarbeiter und den Mitarbeitern in seinen Zweigstellen persönliche Gespräche führen, in denen die weitere Entwicklung jedes einzelnen Kollegen konkret festgelegt wird.

2. Die Beschickung der Schulen, insbesondere der Finanzschulen Radebeul und Brandis, muß sorgfältiger vorbereitet werden, sie muß planmäßiger erfolgen. Zeitpunkt und Anzahl der Teilnehmer für die Lehrgänge müssen rechtzeitig von der Abteilung Schulung des Ministeriums der Finanzen den beschickenden Dienststellen bekanntgegeben werden. Besonders notwendig erscheint die Erhöhung der Kapazität in den beiden vorgenannten Schulen für das Fachgebiet der Sparkassen. Auch sollte in den Lehrplänen, insbesondere der Finanzschule Brandis, mehr Raum dem speziellen Sparkassen-Fachunterricht gegeben werden, denn die Aufgabenabgrenzung der einzelnen Kreditsysteme, die auf diesen Schulen gemeinsam unterrichtet werden, ist bereits weitgehend fortgeschritten. Es muß weiter beachtet werden, daß nach Rückkehr von den Schulen dem Absolventen größere Verantwortung an seinem Arbeitsplatz übertragen wird.

3. Die in der „Direktive für die staatspolitische und die fachliche Weiterbildung der Mitarbeiter an den Organen der staatlichen Verwaltung vom 17. Dezember 1952“ festgelegten Maßnahmen zur Weiterbildung auf dem Fachgebiet sind umgehend und sorgfältig auch für den Sektor der Sparkassen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen vorzubereiten. Bis zum Wirksamwerden dieser Maßnahme soll der Fachzirkelarbeit in den größeren Kassen mehr Beachtung geschenkt werden. Das bereits vorhandene Schrifttum für die Sparkassenarbeit sollte zu gelenktem Selbststudium in den einzelnen Sparkassen Verwendung finden.

Es gilt jetzt für die Sparkassen auf dem Gebiete der Weiterbildung ihrer Mitarbeiter sowohl fachlich als auch gesellschaftlich entscheidend aufzuholen. Dies ist dringend notwendig, damit die Sparkassen in der Lage sind, den künftigen an sie gestellten Anforderungen und Aufgaben gerecht zu werden.

## Versicherung

### **Einige Bemerkungen zur Theorie der Versicherung im Sozialismus**

Gerd Pfau, Birkenwerder

Der für unsere künftige Versicherungsarbeit richtungweisende Artikel unserer sowjetischen Freunde D. Butkow und W. Sitnin über „Einige Fragen zur Theorie der Versicherung im Sozialismus“<sup>1)</sup>, der bei den Mitarbeitern der Deutschen Versicherungs-Anstalt lebhaften Widerhall gefunden hat, wurde bereits vom Kollegen Nünke<sup>2)</sup> entsprechend gewürdigt. Die Ausführungen der beiden Autoren zeigen mit eindringlicher Deutlichkeit, daß die vor uns stehende Aufgabe, bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik alle hemmenden kapitalistischen Überbleibsel in der Versicherung über Bord zu werfen und durch neue, unseren gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechende Methoden zu ersetzen, schneller gelöst werden muß, als es die Mehrzahl der Mitarbeiter des Versicherungswesens bisher angenommen hat. Unter Verhältnissen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit kann man unmöglich weiter mit Versicherungssparten bzw. Versicherungsbedingungen arbeiten, die auf Verhältnisse der Unterdrückung und Ausbeutung zugeschnitten sind. Über diese Notwendig-

keit werden indessen die Sonderhefte 1 und 2 der Studienhefte des Arbeitsbereiches Versicherungen<sup>3)</sup> weitgehende Klarheit geschaffen haben, insbesondere deshalb, weil im Heft 2 der Artikel unserer sowjetischen Freunde ausgewertet wurde.

Die folgenden theoretischen Bemerkungen sollen sich daher überwiegend auf die Klarstellung der in diesen Heften nicht behandelten bzw. nur kurz angedeuteten theoretischen Probleme des Artikels von Butkow und Sitnin beschränken. Viele Mißverständnisse über die Ausführungen in diesem Artikel sind wohl darauf zurückzuführen, daß dieser Artikel als eine kritische und kämpferische Auseinandersetzung mit den Fehlern von Korschin und Raichert naturgemäß eine ziemlich einseitige, ganz auf das von den Kritisierten vernachlässigte gesellschaftliche Moment bezogene Darstellung haben muß. Ein weiterer Grund für falsche Schlußfolgerungen liegt in dem für die meisten Mitarbeiter des Versicherungswesens sehr hohen theoretischen Niveau dieses Artikels.

<sup>1)</sup> s. DFW 1952, Heft 22, S. 1192

<sup>2)</sup> s. DFW 1952, Heft 23, S. 1279

<sup>3)</sup> Herausgegeben vom Ministerium der Finanzen, Abt. Schulung, Verlag Die Wirtschaft

**Zur Definition der Versicherung**

Die Kritik an der Korschinschen Definition der Versicherung als einer Methode der Fondsbildung (nicht zu verwechseln mit der Versicherung als Organisation, als Institution des Überbaus) besteht zu vollem Recht. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Definition von Korschin gänzlich unbrauchbar ist. Es ist offensichtlich — wie unterschiedlich die gesellschaftlichen Verhältnisse auch gelagert sind —, daß z. B. ohne Naturkatastrophen und Unglücksfälle die Existenz eines Versicherungsfonds sowie der unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen notwendigen Versicherung gegenstandslos wäre. Die Definition von Korschin enthält also wesentliche Elemente der Versicherung, aber nicht die vom gesellschaftswissenschaftlichen Standpunkt aus entscheidenden.

Ebenso wie die politische Ökonomie keine Technologie ist und sie sich mit der stofflichen Seite der Dinge nur insoweit befaßt, wie diese Seite die durch die geschichtlichen Produktionsverhältnisse bestimmten gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander beeinflusst, muß sich auch die marxistisch-leninistische Theorie der Versicherung in erster Linie mit den Versicherungsverhältnissen als gesellschaftlichen Verhältnissen befassen. Auch die Versicherung der verschiedenen historischen Gesellschaftsordnungen ist ganz und gar dem jeweiligen ökonomischen Grundgesetz unterworfen. Da die Methode der Versicherung in allen historischen Epochen, die Geld-Waren-Beziehungen aufweisen, angewandt wird, ist es nicht möglich, in einer einzigen einheitlichen Definition die besonderen Merkmale der Versicherung sowohl im Feudalismus und Kapitalismus als auch im Sozialismus auszudrücken. Das heißt jedoch nicht, daß man überhaupt keine allgemeine Definition der Versicherung geben kann. Ebenso wie es für ökonomische Kategorien verschiedener sozialökonomischer Formationen, z. B. Wert, Ware, Geld und Preis, eine allgemeine Definition gibt, ebenso wie das Wesen des Staates aller historischen Epochen in einer Definition zusammengefaßt wird, muß es natürlich auch für die Versicherung eine allgemeine Definition geben. Unter Verwendung der unvollständigen Definition Korschins könnte man die Versicherung als eine Methode zur Bildung eines Versicherungsfonds gegenüber den beiden anderen Methoden etwa wie folgt abgrenzen:

Die Versicherung ist eine von den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen abhängige, in erster Linie den Interessen der jeweils herrschenden Klasse dienende „Methode zur Bildung eines zentralen Versicherungsfonds durch Versicherungsbeiträge für Entschädigung von Verlusten durch Naturkatastrophen und Unglücksfälle in der Volkswirtschaft, aber auch zur Zahlung entsprechender Summen beim Eintritt bestimmter Ereignisse, die Leben oder Arbeitsfähigkeit der Versicherten beeinflussen“. Die Versicherungsbedürfnisse der unterdrückten Klassen werden von ihr nur insoweit befriedigt, wie sie nicht im Widerspruch zu den Interessen der herrschenden Klasse stehen.

Aus dieser Definition können natürlich nicht die spezifischen Besonderheiten der Versicherung in der Ausbeutergesellschaft und im Sozialismus entnommen werden. Aus ihr ist jedoch bereits ersichtlich, daß

1. die Produktions- bzw. gesellschaftlichen Verhältnisse den Inhalt und die Arbeitsmethoden der Versicherung bestimmen,
2. es keinen „ewigen“ unveränderlichen Versicherungsbegriff gibt,
3. die Versicherung Klassencharakter hat,
4. man folglich beim Aufbau des Sozialismus mit kapitalistischen Versicherungsmethoden völlig brechen muß.

**Zur Frage der Zukunft der Versicherung**

Ein Teil der Mitarbeiter der Deutschen Versicherungsanstalt, insbesondere Mitarbeiter des Außendienstes, haben die zweifellos richtigen Ausführungen Butkows und Sitnins über die im Sozialismus notwendige Schaffung eines zentralisierten Versicherungsfonds nicht richtig verstanden. Es sind Befürchtungen aufgetaucht, daß die Versicherung keine bedeutende Zukunft mehr hätte, daß für die Mitarbeiter des Außendienstes eine Beschränkung der Erwerbsmöglichkeiten auf dem Gebiete der Versicherung eintreten könnte. Diese Ansichten sind falsch und entbehren jeder Grundlage.

Das wird durch die Untersuchung der ökonomischen Voraussetzungen, die die Existenz eines besonderen Versicherungssystems bedingen, ganz offensichtlich. Das Bestehen der Versicherung — auch im Sinne des den gesellschaftlichen Kern der Sache verschleiern den bürgerlichen Versicherungsbegriffs von Manes — ist auf den Zeitpunkt zurückzuführen, zu welchem die Naturalwirtschaft überwunden wurde und die Geld-Waren-Beziehungen typisch wurden. Bis dahin kann man nur von Vorläufern der Versicherung, von versicherungsähnlichen Einrichtungen sprechen. Die Versicherung wird solange existieren, wie Geld-Waren-Beziehungen bestehen, also bis zur Schaffung der kommunistischen Gesellschaft. Butkow und Sitnin schreiben deshalb u. a.: „Die Arbeit der staatlichen Versicherungsorgane hat beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft große Bedeutung“. Allein dieser Satz besagt schon, daß Befürchtungen über eine wenig aussichtsreiche Zukunft der Versicherung gegenstandslos sind, daß die Unterschätzung der Versicherungsarbeit durch einen Teil unserer Funktionäre, die Ansicht, eine Versicherung werde bald überflüssig sein, von einem Nichtverstehen der politischen Ökonomie zeugen.

Ebenso wie z. B. für den Bereich der Konsumtion die höchste Entfaltung der Warenproduktion, ein Überfluß an Waren die Grundlage für die Überwindung der Warenproduktion, für die Durchsetzung des kommunistischen Verteilungsprinzips ist, ist auch die höchste Entfaltung des Versicherungswesens, die Ausschöpfung all seiner Möglichkeiten für die Erfüllung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus Grundlage für seine Überwindung, für sein Gegenstandsloswerden.

**Es gibt keine Landstraße für die Wissenschaft, und nur diejenigen haben Aussicht, ihre hellen Gipfel zu erreichen, die der Ermüdung beim Erklettern ihrer steilen Pfade nicht scheuen**

Karl Marx

„Höchste Entfaltung“ darf dabei jedoch nicht etwa mit der Ausdehnung des Anwendungsbereiches gleichgesetzt werden, da im Gegenteil das staatliche Eigentum nicht mehr durch die Versicherung erfaßt wird.

Wo aber liegt nun im allgemeinen die Ursache für die falsche Einschätzung der Zukunft der Versicherung, abgesehen von dem üblen Klang, den das Wort „Versicherung“ durch die Geschäftspraktiken der Versicherungskonzerne erhalten hat?

In dem bereits erwähnten Sonderheft 1 wurden die ökonomischen Ursachen für die sprunghafte Entwicklung des Versicherungswesens zu Beginn des kapitalistischen Zeitalters dargelegt. Seine Hauptaufgabe besteht im Kapitalismus in der Sicherung des Bestandes der „Profit-Produktionsstätte“ jedes einzelnen Kapitalisten. Deshalb schrieb Marx: „Sobald die kapitalistische Produktion, und mit ihr das Assekuranzwesen, entwickelt ist“<sup>4)</sup>, und weiter „Die Assekuranzgesellschaften verteilen die Verluste individueller Kapitalisten unter die ganze Kapitalistenklasse“<sup>5)</sup>.

In der Entwicklung gesehen, verteilen die Versicherungsgesellschaften diese Verluste der Kapitalisten überwiegend auf die Schultern der Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse. Sie gingen also mehr und mehr von der bloßen Profitsicherung zur zusätzlichen Ausbeutung der Werktätigen über. Marx gab auch hierzu einen Hinweis, indem er ausführte, daß „die Lebensversicherungs-Gesellschaften... aus dem Durchschnittsleben der Menschen sehr sichere, und was noch viel wichtiger ist, sehr profitliche Schlüsse zu ziehen“ verstehen.<sup>6)</sup>

Die typische gesellschaftliche Aufgabe der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften, die wirtschaftliche Sicherung des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln als Grundlage der Profitproduktion, die selbstverständlich dem Profitstreben der privatkapitalistischen Versicherungsunternehmen untergeordnet ist, ist im Sozialismus in doppelter Hinsicht gegenstandslos geworden. Einmal dadurch, daß entsprechend dem völlig entgegengesetzten ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus an Stelle der Profitproduktion eine Bedarfsproduktion getreten ist, und zum anderen dadurch, daß die entscheidenden Produktionsmittel in das Eigentum der gesamten Gesellschaft übergegangen sind. Wenn also z. B. in einem sozialistischen Betrieb ein Brand Schaden eingetreten ist, so bedarf es nicht erst der Versicherung, um diesen Schaden auf die Gesellschaft zu verteilen und damit die Existenz dieses im Staats-(Volks-)Eigentum befindlichen Betriebs zu sichern. Von dem Schaden wird ohnehin die gesamte Gesellschaft betroffen. Die Einschaltung einer besonderen Versicherung ist also (wenn alle sonstigen Voraussetzungen für die Schaffung eines zentralisierten Versicherungsfonds im Staatshaushalt gegeben sind) ökonomisch widersinnig und verursacht sowohl überflüssige Arbeit als auch überflüssige Kosten. Deshalb ist im Sozialismus ein zentralisierter Versicherungsfonds im Staatshaushalt die rationellste Form der Erstattung solcher Schäden, die das im Besitz der gesamten Belegschaft befindliche und nicht (wie Wohngebäude) einer privaten Nutzung unterliegende staatliche Eigentum treffen.

<sup>4)</sup> s. Karl Marx, Das Kapital, Band III, S. 236

<sup>5)</sup> s. Karl Marx, Das Kapital, Band II, S. 121

<sup>6)</sup> s. Karl Marx, Das Kapital, Band I, S. 212

Die in unserer Republik mit einem völlig neuen Inhalt versehene Hauptaufgabe der Versicherung im Kapitalismus fällt also, da wir mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus begonnen haben, in einem fortgeschritteneren Stadium unserer Entwicklung weg. Heißt das aber, daß die Versicherung dadurch an Bedeutung verliert, wie viele es annehmen? Nein, das heißt es nicht! Denn es ist doch ganz klar, daß die gesellschaftliche Hauptaufgabe der kapitalistischen Versicherung nicht auch die gesellschaftliche Hauptaufgabe der sozialistischen Versicherung sein kann.

Die Hauptaufgabe der sozialistischen Versicherung ist ganz und gar durch das Grundgesetz des Sozialismus vorgezeichnet. Aktiv beim Kampf um den Sieg des Sozialismus in der Landwirtschaft, bei der höchstmöglichen Sicherung des persönlichen Eigentums der Werktätigen als einer wesentlichen Grundlage ihrer Schaffenskraft, bei der Befriedigung der zusätzlichen Bedürfnisse der Werktätigen auf dem Gebiete der Altersversorgung entsprechend dem sozialistischen Leistungsprinzip tätig zu sein, darin liegen — ganz abgesehen von der immer mehr in den Vordergrund tretenden Schadensverhütungsarbeit — die Hauptaufgaben der sozialistischen Versicherung, auch die der Deutschen Versicherungs-Anstalt.

Diese Aufgaben wurden im einzelnen im Sonderheft 2 klar herausgearbeitet. Ihre Lösung ist nur auf der Grundlage der breiten Entfaltung der schöpferischen Mitarbeit aller Versicherungsangestellten, die wiederum ein hohes Maß an politischer und fachlicher Qualifikation bedingt, möglich. Es ist also ganz offensichtlich, daß die Versicherung auch in unserer Republik eine bedeutende Zukunft hat und erst im Sozialismus zur höchsten Entfaltung kommt.

#### Zur Frage des zentralisierten Versicherungsfonds im Staatshaushalt

Zu diesem Problem wurde im Sonderheft 2 festgestellt, daß in der Perspektive gesehen, ein zentralisierter Versicherungsfonds im Staatshaushalt unserer Republik die zweckmäßigste und rationellste Methode für die Wiederherstellung beschädigten oder vernichteten Staatseigentums — soweit es sich nicht in privater Nutzung befindet — ist. Dabei wurden bestimmte Bedingungen genannt, deren Erfüllung die Voraussetzung dafür schaffen wird, daß diese der sozialistischen Ökonomik entsprechende Methode tatsächlich den optimalen volkswirtschaftlichen Nutzeffekt erzielt. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß zu dieser Frage noch nichts Endgültiges gesagt werden kann. Der Zeitpunkt der Einführung dieses zentralisierten Versicherungsfonds wird jedoch noch nicht in der allernächsten Nähe liegen.

Die Ausführungen von Butkow und Sitnin haben für ein Entwicklungsstadium Gültigkeit, in dem der Aufbau des Sozialismus — wenn noch nicht vollendet — jedoch zumindest schon weit fortgeschritten ist. Sie schreiben, daß nicht „alle Versicherungsreserven des sozialistischen Staates“ auf das System der staatlichen Vermögens- und Personenversicherung zurückgeführt werden können. Sie führen weiter aus, daß „der Versuch, das gesamte Problem der Versicherungs- und Reservfonds im Sozialismus auf ein einziges Versicherungssystem zurückzuführen, falsch“ ist. Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik weder einen sozialistischen Staat noch den Sozialismus. Wir haben begonnen, die Grundlagen

des Sozialismus aufzubauen. Das ist ein sehr großer Unterschied, der bei der Frage des zentralisierten Versicherungsfonds im Staatshaushalt beachtet werden muß.

Konschins Lehrbuch, das von Butkow und Sitnin für „die Aneignung der Fragen der Organisation und der Technik der Versicherungsarbeit... als nützlich“ bezeichnet wird, gibt uns trotz der völlig falschen Einschätzung des zentralisierten Versicherungsfonds im Staatshaushalt gewisse Hinweise für den Zeitpunkt seiner Einführung in der Sowjetunion. Gegen Ende der Periode des Kampfes um die sozialistische Industrialisierung wurde im September 1929 zunächst die Pflichtversicherung für die im Staatseigentum befindlichen, bis dahin noch freiwillig versicherten Unternehmen und Organisationen angeordnet. Nach dem Sieg des Sozialismus in der Industrie, in der Periode des Kampfes um die Sozialisierung der Landwirtschaft, wurden zunächst 1930 die Pflichtversicherungsbeiträge mit in die Umsatzsteuer einbegriffen, so daß eine besondere Beitragszahlung der Betriebe an die „Gosstrach“ entfiel. Im Februar 1931 wurden unter gleichzeitiger Einschränkung des Anwendungsbereichs der Pflichtversicherung für das staatliche Eigentum, die staatlichen industriellen Unternehmen beitragsfrei (für Rechnung des Staatshaushalts) versichert. Es begann also stufenweise die Herauslösung der sozialistischen Industrie aus dem Tätigkeitsbereich der „Gosstrach“. Wann diese Herauslösung endgültig durchgeführt wurde, läßt sich aus den Ausführungen Konschins nicht entnehmen. Feststellen läßt sich lediglich, daß zu Beginn des Jahres 1938 das gesamte staatliche Eigentum — mit Ausnahme des in

privater Nutzung befindlichen — nicht mehr versichert war. Aus diesen Hinweisen ist ersichtlich, daß der zentralisierte Versicherungsfonds im Staatshaushalt der UdSSR erst zu einem Zeitpunkt gebildet wurde, in dem sich die Sowjetunion bereits tatsächlich im Sozialismus befand.

Auch aus der Entwicklung in den Volksdemokratien, die auf dem Wege des sozialistischen Aufbaues schon weiter fortgeschritten sind als wir, lassen sich gewisse Schlußfolgerungen ziehen. Ein zentraler Versicherungsfonds im Staatshaushalt existiert in keiner Volksdemokratie, nicht einmal in einem wirtschaftlich so hoch entwickelten Lande wie der Tschechoslowakischen Volksrepublik. Obwohl diese bereits vor dem zweiten Weltkrieg zu den zehn mächtigsten Industriestaaten der Welt zählte und sich inzwischen gewaltig weiterentwickelt hat, ist die sozialistische Wirtschaft der Tschechoslowakischen Volksrepublik bei der staatlichen Versicherungsanstalt versichert.

Es wäre deshalb falsch, anzunehmen, daß die Frage des zentralisierten Versicherungsfonds im Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik schon jetzt ein brennendes, sofort zu lösendes Problem wäre.

★

Der Artikel unserer sowjetischen Freunde ist also bei richtiger Betrachtung eine große Hilfe für uns, die sich sowohl auf die theoretische als auch auf die praktische Versicherungsarbeit in unserer Republik befruchtend auswirkt. Es wäre zu begrüßen, wenn bald weitere Übersetzungen sowjetischer Versicherungsliteratur sowohl theoretischer als auch praktischer Art folgen würden.

## Vereinfachung des Versicherungsschutzes für die volkseigenen Kreditinstitute

Hartmut Mielke, Bernau

Angeregt durch den Artikel des Kollegen Martin<sup>1)</sup> über die Frage der Versicherung des Anlage- und Umlaufvermögens der volkseigenen Handelsbetriebe in Verbindung mit dem Gesetz über die Versicherung der volkseigenen Industriebetriebe aus dem Jahre 1950, möchte ich zur Versicherungsmethode der volkseigenen Kreditinstitute Stellung nehmen.

In der Regel werden bei den Versicherungen der volkseigenen Kreditinstitute Methoden längst vergangener Zeiten angewandt. Es sind dies Einzel- bzw. Sammelversicherungen für die einzelnen Gattungen des Anlagevermögens und anderer Gefahrenquellen, und zwar:

- Feuerversicherung für Gebäude (ohne Grundstück)
- Feuerversicherung für Inventar
- Haftpflichtversicherung
- Einbruchs-Diebstahl-Versicherung (Geld, Anlagewerte u. a.)
- Kraftfahrzeug-Haftpflicht-Versicherung und Insassen-Unfallversicherung.

Wird für jedes der aufgezählten Gebiete eine Sammelversicherung abgeschlossen, so ergeben sich schon Arbeitseinsparungen. Aber auch Sammelverträge entsprechen nicht den Erfordernissen einer sozialistischen Wirtschaft.

<sup>1)</sup> s. DFW 1952, Heft 19, S. 1050.

Eine wesentliche Erleichterung ließe sich m. E. erreichen, wenn das Prinzip der Versicherung der volkseigenen Wirtschaft — Industrie — auch auf die volkseigenen Kreditinstitute ausgedehnt würde. Hier gibt es nur eine Versicherung unter Wegfall der Police für den Versicherungsnehmer. Der Versicherungsschutz erstreckt sich über die gleichen Gebiete der ehemaligen vielen Einzel- bzw. Sammelverträge. Als Grundlage für die vierteljährliche Prämienzahlung dienen die Bruttobilanzzahlen des Anlage- und Umlaufvermögens.

Bei den volkseigenen Kreditinstituten könnten gleichfalls die Bruttobilanzwerte des Anlagevermögens und der Bestand der Barkasse (möglichst Planbestand), bei der Deutschen Notenbank der höchste Bestand der Notenreserve und eventuell die durchschnittliche Anzahl der Angestellten — für die Versicherung gegen Haftpflichtschäden — als Berechnungsgrundlage genommen werden. Hierdurch werden auch Unterverversicherungen ausgeschlossen.

Ein Problem ist lediglich der Hebesatz-Schlüssel zur Prämienberechnung. Diese Aufgabe wäre dann von der Deutschen Versicherungs-Anstalt zu lösen. Für die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften müßte eine besondere Regelung getroffen werden, da diese außer den Bankgeschäften noch Handelsgeschäfte erledigen.

## Unsere Volkskorrespondenten haben das Wort

### An unsere Volkskorrespondenten!

In unserem Leitartikel in Heft 2/1953 riefen wir besonders unsere Volkskorrespondenten zur verstärkten Mitarbeit auf. Wir sagten dort, daß die Zuschriften der Volkskorrespondenten zu einem wesentlichen Bestandteil unserer Zeitschrift werden müßten. Voraussetzung dafür ist die Organisation eines weitverzweigten Netzes von Volkskorrespondenten, die ständige Verbindung mit ihnen und eine bessere Anleitung derselben durch die Redaktion. Wir wollen in Zukunft unsere Verwaltungen, volkseigenen Betriebe, Banken, Versicherungen und Genossenschaften häufiger besuchen und darüber hinaus unseren VK in der Sparte „Unsere Volkskorrespondenten haben das Wort“ laufend Hinweise geben, worauf sie ihre Aufmerksamkeit lenken sollen.

Um die Kritik und Selbstkritik noch weit stärker als bisher zu entfalten, um Mängel und Schwächen ohne Ansehen der Person schnell und gründlich aufzudecken und zu beseitigen, um Beispiele guter Arbeit in der Finanzverwaltung und in den Betrieben zu popularisieren, ist es erforderlich, daß sich die Zuschriften unserer Volkskorrespondenten mit den Schwerpunkten ungerer Arbeit befassen.

Gegenwärtig sollten vor allem folgende Schwerpunkte behandelt werden:

Wie wird das Regime einer strengen Sparsamkeit in unseren volkseigenen Betrieben und Verwaltungsstellen durchgeführt? Wie bereiten die Bezirke und Kreise unserer Republik ihre Sparprogramme vor?

Wo und wie werden in den Verwaltungen Normen erarbeitet? Wie wird die Bevölkerung zur Verwaltungsarbeit herangezogen? Wie werden die hervorragenden Erfahrungen der großen Sowjetunion und der Länder der Volkdemokratie auf finanzwirtschaftlichem Gebiet bei der Arbeit in allen Zweigen unseres Finanzwesens systematisch ausgewertet?

Welche Erfahrungen ergeben sich bei der Einführung und Festigung des neuen Rechnungswesens in unserer sozialistischen Industrie? Besitzen jetzt alle Betriebe und Einrichtungen, besonders die Betriebe der örtlichen Industrie, ihre Finanz- bzw. Haushaltspläne? Wo treten noch Schwierigkeiten auf?

Wie unterstützen unsere Kollegen aus den Banken und Verwaltungen die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bei der Einführung ihres Rechnungswesens und der Aufstellung ihrer Finanzpläne?

Wie arbeiten unsere Verwaltungen und volkseigenen Betriebe an der Qualifizierung unserer Finanzkader?

Wie arbeiten unsere Kollegen der Abgabenverwaltung bei der Beseitigung der Steuerrückstände, speziell nach der Rede unseres Ministerpräsidenten Grotewohl, der insbesondere auf die hohen Steuerrückstände bei Großbauern und Hausbesitzern hinweist? Wie erfolgte die Aufschlüsselung des Abgabenplanes auf die Kreise? Welche Schwierigkeiten ergeben sich bei der Aufteilung der Unterabteilung Abgaben in den Großstädten?

Wie steht es mit dem Abschluß von Sparverträgen zum Nationalen Aufbauprogramm, und wie wird der Abschluß von Sparverträgen von den Sparkassen, Betrieben und Verwaltungen unterstützt? — Hier kommt es darauf an, gute und schlechte Beispiele der Spartätigkeit aufzuzeigen.

Wie trägt die Deutsche Investitionsbank zur Einsparung von Investitionsmitteln bei, und wie werden die in der Entschlüsselung der Deutschen Investitionsbank über ihre Aufgaben im Jahre 1953 festgelegten Maßnahmen von den Filialen verwirklicht?

Die Redaktion.

### Was sagen die Verantwortlichen für die Durchführung der Abschlußprüfung der Versicherungslehrlinge dazu?

Die Bezirksdirektion Cottbus der Deutschen Versicherungs-Anstalt wollte die Abschlußprüfung ihrer Lehrlinge durchführen lassen. Zunächst herrschte völlige Unklarheit darüber, welche Stelle für die Abnahme der Prüfung von Versicherungslehrlingen zuständig ist. Nach Rücksprache mit verschiedenen Stellen, wie z. B. mit der Bezirksdirektion Potsdam, Hauptverwaltung Berlin, Berufsschule usw., entschied das Staatssekretariat für Arbeit und Berufsausbildung, daß die Lehrlinge von Cottbus und Luckau in Berlin geprüft werden sollen. Die Einberufung erfolgte so kurzfristig, daß die Lehrlinge sich nicht genügend vorbereiten konnten. Außerdem war nicht eindeutig klar, welche Unterlagen zur Prüfung mitzubringen waren. Prüfungsbeginn war 8 Uhr; die auswärtigen Lehrlinge jedoch konnten erst eine halbe Stunde später am Prüfungsort sein. Sie mußten also den Zeitverlust bei der schriftlichen Arbeit gegenüber den anderen Teilnehmern nachholen. Die Lehrlinge von Cottbus und Luckau hatten auch den Eindruck, daß der Prüfungsstoff den Berliner Teilnehmern bekannt war und diese sich speziell darauf vorbereitet hatten. Außerdem waren die Prüfungsaufgaben lediglich auf den Lehrplan der Berliner Berufsschulen zugeschnitten. In organi-

satorischer Hinsicht muß kritisiert werden, daß keine Vorkehrungen getroffen waren, daß die Prüflinge in Ruhe arbeiten konnten. Der Gesamteindruck ist der, daß sich die Cottbuser und Luckauer Lehrlinge benachteiligt fühlten und die Prüfungsaufgaben selbst nicht auf den allgemeinen Bildungsstand zugeschnitten waren. Wir erkennen wohl die Schwierigkeiten, die durch die Strukturveränderungen entstanden sind, an, sind aber der Meinung, daß in dieser Beziehung, wo es um unsere Jugend, um unseren Nachwuchs geht, eine bessere Organisation in Zukunft notwendig ist.

VK Müller, Cottbus

### Wann endlich neue Hauptbuchhalter-Anordnung?

Beim Durchblättern unserer „Deutschen Finanzwirtschaft“ stellte ich fest, daß seit mehr als 2 1/2 Jahren die Notwendigkeit einer Neufassung der Hauptbuchhalter-Anordnung diskutiert wird. Eine beträchtliche Zahl von Beiträgen beschäftigen sich mit dieser Frage.

Der Leser, der bereits im Mai 1950 den x-ten Entwurf einer Neufassung der Hauptbuchhalter-Anordnung gelesen hat, freute sich über das ausführliche und tiefgründige Referat, das Kollege Gerhard Opitz auf der Finanzpolitischen Konferenz am 19. September 1951 hielt. Hier haben wir wirklich

konkrete Hinweise dafür, wie ein verdienstvoller Wirtschaftsfunktionär die Aufgabe des Hauptbuchhalters sieht. Aber so wertvoll auch diese Ausführungen sind, so klar sie vor allen Dingen auch die Aufgabengebiete des kfm. Leiters und des Hauptbuchhalters umreißen und abgrenzen — sie sind ja nicht verbindlich und somit kein gültiges Recht. Die Diskrepanzen zwischen der berühmten 1. Durchführungsbestimmung zur Anordnung über das Rechnungswesen in der volkseigenen Wirtschaft vom 16. Juli 1949 (Hauptbuchhalter-Anordnung) und diesen Ausführungen sind jedem Hauptbuchhalter bekannt. Wonach soll er sich nun richten? Inzwischen sind eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen erlassen worden, welche diese Abweichungen noch vergrößern und die Unklarheiten noch vermehren.

Dies führt dazu, daß in der Praxis die verschiedensten Auslegungen erfolgen und das Aufgabengebiet des Hauptbuchhalters gegenüber der 1. DB bald eingeeengt, bald erweitert ist. Es gibt Betriebe, wo Personaleinheit von Hauptbuchhalter und kaufmännischem Leiter besteht. Dort mögen am wenigsten Kompetenzkonflikte vorkommen, doch sind beide Aufgabengebiete zu umfangreich, um von einer einzigen Kraft bewältigt zu werden. Die Finanzplanung ist ein beliebtes Streitobjekt. Viele Hauptbuchhalter plädieren dafür, daß sie ihnen unterstellt wird, wobei

sie auf Abschnitt V 4 der 1. DB verweisen, aber zusätzlich noch eine Reihe praktischer Gesichtspunkte ins Feld führen.

Es ist schon im Hinblick auf die riesigen verantwortungsvollen Aufgaben, die dem Hauptbuchhalter im Neuen Rechnungswesen erwachsen, notwendig, daß nicht länger mit der Herausgabe einer neuen Hauptbuchhalter-Anordnung gezögert wird. Unklare Zuständigkeiten und schwimmende Abgrenzungen in den Funktionsbereichen erschweren die Arbeit, führen zu fruchtlosen Diskussionen und tragen gewiß nicht dazu bei, die Stellung des Hauptbuchhalters zu festigen.

VK Dr. W. Lehmann, Hennigsdorf

### Gute Aufgliederung der Rechnungen erforderlich

Es ist erforderlich, daß jede Rechnung eine Bescheinigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit trägt. Mit der Bescheinigung der sachlichen Richtigkeit werden die in der Rechnung enthaltenen tatsächlichen Angaben bestätigt sowie bescheinigt, daß nach den bestehenden Bestimmungen und nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist. Liegt der Ausgabe ein Vertrag oder eine sonstige Maßnahme oder Vereinbarung zugrunde, so erstreckt sich die Bescheinigung auch auf den Inhalt des Vertrages oder der Vereinbarung. Liegt eine Lieferung oder Leistung zugrunde, so schließt die Bescheinigung ein, daß die Lieferung oder Leistung sowohl als solche als auch hinsichtlich der Art ihrer Ausführung wirtschaftlich geboten war und daß sie entsprechend der zugrunde liegenden Vereinbarung oder Bestellung sachgemäß und vollständig ausgeführt worden ist. Die Bescheinigung der rechnerischen Richtigkeit enthält die Feststellung, daß die in der Rechnung enthaltenen Berechnungen keine Fehler aufweisen und daß sie auch hinsichtlich der einzelnen Ansätze den maßgebenden Gesetzen, Bestimmungen oder sonstigen Unterlagen entsprechen.

Wir sehen hieraus, daß der Bescheinigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit eine wesentliche Bedeutung zukommt und bei der Rechnungsüberprüfung ein sehr strenger Maßstab angelegt wird. Ist nun in jedem Fall eine ordnungsgemäße sachliche und rechnerische Überprüfung der Rechnung durch den Rechnungsempfänger möglich? Zahlreiche Buchhalter müssen diese Frage mit „Nein“ beantworten. Und warum? Weil verschiedene Betriebe dazu übergegangen sind, die Aufgliederung der Rechnungen nach dem Kalkulationsschema, wie es in den meisten Preisanordnungen vorgeschrieben ist, mehr und mehr einzuschränken und zu kürzen. Einzelne Betriebe gehen sogar so weit, nach einer kurzen, stichwortartigen Aufzählung der durchgeführten

Arbeiten nur den Arbeitsaufwand in einer Summe und den Materialaufwand in einer Summe in der Rechnung anzugeben. Der Rechnungsempfänger und -prüfer will aber wissen, wenn er mit gutem Gewissen die Bescheinigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit geben soll, welche Lohnstunden angefallen sind, welche Löhne zugrunde gelegt wurden, welche Materialien benötigt wurden, welche Zuschläge im einzelnen aufgeschlagen wurden, welche Fremdarbeiten angefallen sind usw. Sind diese Angaben aus der Rechnung nicht ersichtlich, dann ergeben sich zeitraubende Rückfragen, die Überweisung der Rechnungsbeträge erfährt eine unnötige Verzögerung, was alles vermieden werden könnte. Die Betriebe entschuldigen diese knappe Darlegung des Rechnungsinhaltes meistens damit, daß die Mehrbelastung, die durch die Aufgliederung der Rechnung sich angeblich erforderlich macht, bei dem derzeitigen Personalstand der Buchhaltungen für diese nicht tragbar sei. Ich glaube aber nicht, daß der Gesetzgeber sich bei Erlaß der einzelnen Gesetze und Preisanordnungen von dem Gedanken hat leiten lassen, daß der Rechnungsempfänger zwecks Überprüfung der ihm zugegangenen Rechnung in den Betrieb des Rechnungsausstellers geht und dort an Hand der vorliegenden Rechnungs- und Kalkulationsunterlagen die Überprüfung vornimmt oder eine einmalige genaueste Überprüfung durchführt und bei allen weiteren Rechnungen die sachliche und rechnerische Richtigkeit unterstellt.

Ich bin jedenfalls der Ansicht, daß sich durchaus ein Weg finden läßt, ohne daß eine wesentliche Mehrbelastung des Buchhaltungspersonals einzutreten braucht.

Ich möchte nachstehenden Vorschlag zur Diskussion stellen:

Wohl in jedem Betrieb muß vor der Ausstellung der Rechnung der Auftrag und Rechnungsbetrag an Hand des Lohnsammelblattes und Materialsammelblattes sowie des Kalkulationsschemas durchkalkuliert und durchgerechnet werden. Wenn dieser Arbeitsgang im Durchschreibeverfahren erledigt wird, könnte die Durchschrift als Anlage zur Rechnung genommen und dem Rechnungsempfänger zugesandt werden.

VK Ernst Schneider, Erfurt

### Vereinfachte Wasser- und Stromabrechnung in der Kommunalen Wirtschaft

Beim planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist die Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung für alle volkseigenen Betriebe eine dringende Notwendigkeit geworden.

In den volkseigenen Produktionsbetrieben gilt es, die Qualität der Produktion zu erhöhen, die Ausschuffware zu

senken, neue Materialverbrauchsnormen auszuarbeiten, die Energieverbrauchsnormen herabzusetzen, die Leistungsmöglichkeit der Maschinen voll auszunutzen, die Arbeitsmethoden der Stachanowarbeiter anzuwenden und die Selbstkosten auf der Grundlage der genauen Selbstkostenberechnung in der Betriebsabteilung und Brigade zu senken.

In den Dienstleistungsbetrieben der Kommunalen Wirtschaft, zum Beispiel in der Wohnungs- und Grundstücksverwaltung, können die vorgenannten Methoden nicht immer Anwendung finden. Trotzdem können auch diese Betriebe zur Steigerung ihrer Rentabilität beitragen, indem sie durch Einführung neuer Arbeitsmethoden die Verwaltungskosten senken. Ich mache folgenden Vorschlag: Eine kommunale Grundstücks- und Wohnungsverwaltung verwaltet einige tausend Gebäude. Sie erhält monatlich oder jeden zweiten Monat für ein bis zehn Gebäude Rechnungen für elektrischen Strom und Wasserverbrauch. Die Folge ist, daß die Strom und Wasser liefernden Betriebe monatlich bzw. jeden zweiten Monat Tausende von Rechnungen der Wohnungs- und Grundstücksverwaltung zustellen müssen.

Dieses Verfahren kann vereinfacht werden. Die Energie- und Wasserwerke registrieren lediglich monatlich den Strom- bzw. Wasserverbrauch. Zwischen den beteiligten volkseigenen Betrieben ist eine Vereinbarung dahingehend abzuschließen, daß die Wohnungs- und Grundstücksverwaltungen monatlich oder quartalsweise für alle Gebäude eine von Fall zu Fall zu vereinbarende Abschlagszahlung an das Energie- bzw. Wasserwerk zahlen. Die Abschlagszahlung wird errechnet aus der vorjährigen Bilanz der Wohnungs- und Grundstücksverwaltung unter Berücksichtigung der ab 1. Januar 1953 geltenden Strompreisänderung. Mitte Dezember reichen das Energie- bzw. Wasserwerk der Wohnungs- und Grundstücksverwaltung eine Rechnung über den gesamten Jahresverbrauch für alle volkseigenen Gebäude, abzüglich der geleisteten Abschlagszahlungen, ein. Der Abnehmer (Wohnungs- und Grundstücksverwaltung) zahlt im Laufe des Monats Dezember eines jeden Jahres den Differenzbetrag.

Bei Einführung dieses Verfahrens würde monatlich die Ausfertigung von Tausenden von Rechnungen durch das Energie- bzw. Wasserwerk, die Überprüfung und Anweisung der Rechnungen durch die Wohnungs- und Grundstücksverwaltung sowie die Inanspruchnahme der Deutschen Notenbank zur Erledigung der zahlreichen Überweisungsaufträge in Fortfall kommen.

Ich bitte alle beteiligten volkseigenen Betriebe, zu meinem Vorschlag Stellung zu nehmen.

VK W. Leschmann, Plauen (Vogtl.)

### Vorschlag zur Abänderung der Vordrucke für die Verwaltungsbuchhaltung der Gemeinden von 250 bis 2000 Einwohnern

Nach eingehender Überlegung und Prüfung der Mustervordrucke bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß die Formulare verbessert werden können.

Die Änderung der Vordrucke für die Gemeinden von 250 bis 2000 Einwohnern habe ich mir folgendermaßen vorgestellt:

#### Kapitelkontenblatt:

Das Kapitelkontenblatt — Anlage 3 — der 3. DB über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens, GBl. S. 1278, müßte dahingehend geändert werden, daß nicht, wie vorgesehen, nur ein Formular für alle drei Arten (Einnahme, Ausgabe und Verwahrgeld) zum Druck gelangt, sondern daß für jede Art getrennte Kontenblätter in farbigem Druck angefertigt werden.

In einer Gemeinde unter 2000 Einwohnern stehen meistens keine Fachkräfte zur Verfügung. Man sollte daher schon mit Hilfe der Vordrucke den Hinweis und die Buchung so einfach wie möglich gestalten.

Die jetzige Form würde wohl für den Verlag eine Vereinfachung bedeuten, aber die Vorteile durch getrennte Kapitelkonten würden durch das schnellere und leichtere Auffinden der verschiedenen Blätter, das nicht mehr nötige Durchstreichen der einzelnen Spalten und durch die Vermeidung von Falschbuchungen weit größer sein.

Die Änderung der Vordrucke hätte nur dahingehend zu erfolgen, daß z. B. bei den Einnahmen sämtliche Untergliederungen für die Ausgaben wegfallen und daß gleichfalls die Spalte 9 von oben nach unten durchkreuzt wird, damit hier keine Buchungen erscheinen.

In der gleichen Weise wäre bei der Ausgabe zu verfahren, nur daß hier die Einnahmenuntergliederung wegfällt und die Spalte 8 durchkreuzt wird.

Bei dem Konto Verwahrgeld müßten die Spalten 11 bis 20 wegbleiben, damit hier evtl. Unterkonten eingerichtet werden könnten.

Eine weitere Vereinfachung möchte ich vorschlagen, und zwar das Weglassen der Spalten 6 und 7 (Verwahrgeld, Einnahme und Ausgabe).

Die Begründung hierfür ist folgende:

Die Textspalte 5 ist viel zu klein, so daß eine übersichtliche Bezeichnung des Zahlungspflichtigen bzw. des Empfän-

gers nicht möglich ist. Zu einer ordnungsgemäßen Buchung gehört ferner ein kurzer Hinweis über den Grund der Zahlung; dies wäre bei dem Platzmangel in einer Zeile überhaupt nicht möglich.

Die Spalten Verwahrgeld können auch schon deshalb weggelassen werden, weil von seiten der Bank die Buchungen auf einem Konto erfolgen. Die Aufgliederung nach Haushaltsmitteln und Verwahrgeld ist bei jedem Abschluß leicht möglich, man braucht nur von den Endsummen des Zeitbuches die auf dem Kapitelkontenblatt Verwahrgeld gebuchten Beträge in Abzug zu bringen.

Ich möchte noch unterstreichen, daß bei einer kleinen Gemeinde die Verwahrgeldposten derart gering sind, daß es sich nicht lohnen würde, vielleicht für zwei bis drei Beträge im Monat besondere Spalten einzurichten. Die geringe Zahl läßt sich auch schon daraus erkennen, daß z. B. in der ehemaligen Zentralbuchhaltung des Kreises Arnstadt, in der 62 Gemeinden in der Größenklasse von 200 bis 3500 Einwohnern vereinigt waren, im letzten Vierteljahr des Jahres 1952 nur zwei Buchungen vorgenommen wurden.

VK Werner Thiema, Arnstadt

### Haushaltsabschluß 1952 und die Mobilisierung örtlicher Reserven

Die Mobilisierung örtlicher Reserven durch freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung spielt bei der Erfüllung der Aufgaben der Städte und Gemeinden und beim Kampf um die Verbesserung des Lebens unserer Bevölkerung eine entscheidende Rolle.

Durch diese freiwillige Mitarbeit von Betriebsbelegschaften, Massenorganisationen, Handwerkern, Fuhrunternehmern usw. ist es in der Stadt Radeberg gelungen, 1952 31 600 DM einzusparen, davon 20 100 DM bei Aufgaben innerhalb des Haushaltsplanes und 11 500 DM bei der Erfüllung von zusätzlichen und nicht geplanten Aufgaben. Die Gesamtsumme setzt sich aus Beträgen von 50 bis 5000 DM zusammen.

Die Einsparungen innerhalb des Haushaltsplanes sollten nun im Laufe des Jahres so lange angesammelt werden, bis damit ein dringendes Objekt (Instandsetzung des Stadtbades oder Abortanlage für eine Schule usw.) durchgeführt werden konnte. Dieses Objekt sollte dann der Bevölkerung zeigen, daß ihr die Einsparungen zugute kommen. Man kann aber erst dann mit

einer solchen Arbeit beginnen, wenn die dazu notwendigen Einsparungen tatsächlich erzielt worden sind. Dieser Zeitpunkt war das vierte Quartal 1952.

Der vorzeitige Einbruch des Winters hinderte uns daran, eines der dringenden Objekte der genannten Art in Angriff zu nehmen. Der Haushaltsabschluß 1952 weist nun statt des geplanten Sollüberschusses von 45 000 DM einen Istüberschuß von 86 000 DM aus, in dem die eingesparten 20 100 DM enthalten sind.

Hier muß ein Weg gefunden werden, damit diese Mittel den Gemeinden auch über das Jahresende hinaus für die Durchführung zusätzlicher Aufgaben zur Verfügung stehen.

Die Mobilisierung örtlicher Reserven wird dann zweifellos in weit größerem Maße als bisher möglich sein.

Wir bitten das Ministerium der Finanzen und andere Städte um Stellungnahme zu dieser Frage.

VK Curt Kupfer, Radeberg

### Was sagen unsere Eisenbahner dazu?

In der Tagespresse und in den Fachzeitschriften lesen wir jetzt viel über Einsparungen auf allen Gebieten. Dieser Schritt ist nur zu begrüßen, denn es wurden die Gelder teilweise buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen. Leider wird aber nach meiner Ansicht in vielen Fällen noch an den Überbleibseln aus der Zeit des Kapitalismus festgehalten. Ich habe hier besonders die Deutsche Reichsbahn im Auge. Jeder Angestellte der Bahn bekommt jährlich eine bestimmte Anzahl Freifahrten für sich und, wie mir bekannt ist, eine Freifahrt für jedes Familienmitglied. Die Bahn hat im Augenblick meines Erachtens mit Transportschwierigkeiten auch im Personenverkehr zu kämpfen, so daß sich die Freifahrten nur als zusätzliche Belastung auswirken können. Das Ausschlaggebende ist aber, daß durch den Wegfall der Freifahrten wahrscheinlich große Beträge eingespart würden.

Bekommen denn Werkätige in anderen volkseigenen Betrieben beim Einkauf der von ihnen selbst hergestellten Konsumgüter derartige kostenlose Lieferungen bzw. Lieferungen zu Selbstkosten? Ich kann mir nicht vorstellen, daß das der Fall ist.

Ich möchte meine Ausführungen zur Diskussion stellen.

VK Wolfgang Pietruszka, Halle

Verlag Die Wirtschaft; Verlagsdirektor: Gerhard Kegel; Chefredakteur des Verlages: I. V. Martin Doering.  
 „Deutsche Finanzwirtschaft“ Zeitschrift für das gesamte Finanzwesen  
 mit amtlichen Nachrichten des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik.  
 Erscheint monatlich zweimal, am 15. und 30.; Bezugspreis vierteljährlich Ausg. A 6,24 DM, Ausg. B 7,50 DM; Einzelheft Ausg. A 1,— DM, Ausg. B 1,25 DM. Bestellungen durch den Buchhandel oder die Postanstalten oder unmittelbar beim Verlag.  
 Chefredakteur: I. V. Franz Kuczorra, Berlin W 8, Französische Straße 13/14. Fernsprecher: 22 44 41/42. Einsendung von Manuskripten für das 1. Heft des Monats jeweils bis zum 12., für das 2. Heft jeweils bis zum 28. des vorangegangenen Monats. Anzeigenannahme: Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8, Französische Straße 13/14. Fernsprecher: 22 44 41 42 und „Dewag“, Berlin C 2, Oberwallstraße 20 und Ihre Bezirksfilialen (z. Z. gültig Anzeigenpreisliste Nr. 2) — Keine Ersatzanprüche bei Störungen durch höhere Gewalt — Lizenz-Nr. 3110. — Alle Rechte vorbehalten. — Rotationsdruck: (125/ID) Greif Graph. Großbetrieb, Berlin N 54.

# EDB-MITTEILUNGEN



Vordruckleitverlag

Einheits - Durchschreibe - Buchhaltung - Freiberg/Sachsen

1953

1. März

Nr. 1

## WICHTIG für alle Buchhalter und Materialversorger!

### Neues Bestellverfahren des Vordruck-Leitverlages EDB

Veränderte Verhältnisse erfordern veränderte Arbeitsmethoden! Die Einführung des neuen Rechnungswesens in den volkseigenen Industrie-Betrieben, die Änderung der Verlagsstruktur durch Auflösung der früheren Organisationsberatung der Einheits-Durchschreibe-Buchhaltung und nicht zuletzt zahlreiche Wünsche der volkseigenen Wirtschaft haben den Vordruck-Leitverlag EDB veranlaßt, sein Bestellverfahren zu überprüfen.

Die Zweckmäßigkeit der Entwicklung einheitlicher Vordruckreihen für den Bereich gleichartiger Fachgebiete wird von den volkseigenen Betrieben in zunehmendem Maße erkannt. In steigendem Umfange beschäftigen sich Kollektive, die unter der Leitung von Beiratsmitgliedern des Instituts für Rechnungswesen stehen, mit der gemeinsamen Lösung gleichgelagerter organisatorischer Fragen. Die ministerielle Anweisung zur Vereinheitlichung und Zentralisierung des Vordruckwesens (Ministerialblätter Nr. 6 und Nr. 24/51) gewinnt somit eine immer breitere Basis. Ihre Vorteile liegen in wesentlichen Kostensenkungen

für Vordrucke durch Anfertigung zusammengefaßter Auflagen und in vielfachen arbeits-organisatorischen Erleichterungen.

Bis der Grundsatz der wirtschaftszweigweisen Vordruck-Vereinheitlichung unter ständiger Förderung des Vordruck-Leitverlages und der zur Anleitung verpflichteten Fachministerien und Staatssekretariate sich endgültig durchgesetzt hat, werden noch Sonder- und Entwicklungsdrucke anfallen. Zur kurzfristigen Ausführung derartiger Aufträge hält es der Vordruck-Leitverlag EDB für erforderlich, daß den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben wird, mit den Vertragsdruckereien des Verlages unmittelbare Fühlung aufzunehmen, um drucktechnische Belange und Fragen der Liefermöglichkeit in direkter Verhandlung klären zu können.

Der Vordruck-Leitverlag EDB führt deshalb mit Wirkung ab 1. 3. 1953 ein neues Bestellverfahren für Vordrucke des Finanz- und Rechnungswesens ein, das alle Betriebe der volkseigenen Wirtschaft im eigenen Interesse sorgfältig beachten wollen.

## Das neue Bestellverfahren

### Betriebe der volkseigenen Wirtschaft

Die **Standard-Vordrucke** gemäß Preisverzeichnis des Verlages sind wie bisher beim Vordruck-Leitverlag EDB, Freiberg/Sa., Scheunenstr. 9, zu bestellen.

Für Betriebe des demokratischen Sektors von Groß-Berlin besteht die Möglichkeit, EDB-Standard-Vordrucke und Zubehör gegen Vorlage einer schriftlichen Bestellung und nach Vereinbarung des Abholeters vom Auslieferungslager, Berlin N 54, Schwedter Straße 263, zu beziehen.

Das Bestell- und Lieferverfahren der **wirtschaftszweigweise vereinheitlichten Vordrucke** (Best.-Nr. 5.../... und 8.../...) wird mit den Hauptverwaltungen oder Verwaltungen volkseigener Betriebe in gesonderten Vereinbarungen geregelt. Aus Gründen der Papier- und Produktionsplanung werden die HV oder VVB im allgemeinen den Betrieben quartalsweise Stichtage aufgeben, bis zu denen die Bestellungen in Freiberg einzureichen sind. Der Verlag wird dann in die Lage versetzt, wirtschaftliche Sammelaufgaben herzustellen. Die Bestellungen für wirtschaftszweigweise vereinheitlichte Vordrucke müssen in Zukunft drei Monate vor Beginn des nächsten Quartals aufgegeben werden, d. h. also am 31. März 1953 für das dritte Quartal, am 30. Juni 1953 für das vierte Quartal usw. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Druckereien bei Großaufträgen mit buchbinderischer Verarbeitung (Blocks)

bei zu kurz genannten Terminen **immer** in Terminnot geraten, da ja auch das passende Papier versorgt werden muß und die Maschinen meist auf vier Wochen im voraus belegt sind. Da Vordrucke einen festen Text haben, der sowieso nicht von heute auf morgen geändert wird, ist diese rechtzeitige Bestellung nur eine Frage der richtigen Planung. Nur so ist zu erreichen, daß jeder Hauptbuchhalter seine Vordrucke rechtzeitig in der Hand hat und unnötiger Ärger und vor allem unnötige Kosten vermieden werden. Wer nicht terminmäßig bestellt, hat keine Vordrucke.

Sammelbestellungen ist ein Verteiler in doppelter Ausfertigung beizulegen. In Ausnahmefällen kann der Verteiler bis zur Druckreifeerklärung der Korrekturen nachgereicht werden. Die Druckereien erhalten Anweisung, mit dem Druck nicht zu beginnen, wenn kein Verteiler vorliegt. Die Einhaltung des Richtsatzplanes zwingt den Vordruck-Leitverlag zu dieser Maßnahme.

**Sonderdrucke bestellen die Betriebe künftig bei einer der nachstehend aufgeführten Vertragsdruckereien** und nicht mehr bei der Geschäftsstelle Berlin des Vordruck-Leitverlages EDB. Die Betriebe erhalten dadurch Gelegenheit, individuell mit den Druckereien den Liefertermin und die Druckausführung abzusprechen, die Einhaltung der Termine selbst zu kon-

trollieren und eventuelle Reklamationen direkt bei der Druckerei anzubringen. Die Druckfreigabe, Kontingentsabrechnung und Auftragsberechnung erfolgen zwischen Druckerei und Verlag.

Aufträge sind den Druckereien schriftlich mit einem im DIN-Format gehaltenen, satzgerechten Manuskript zu übergeben. Bei Nachbestellung von Sonderdrucken sind jeweils neue Druckvorlagen beizufügen.

Vordrucke des neuen Rechnungswesens können auf Anweisung des Ministeriums der Finanzen — Institut für Rechnungswesen — von Druckerei und Verlag nur bearbeitet werden, wenn auf dem Manuskript die fachliche Genehmigung eines Mitgliedes beim Beirat des Instituts für Rechnungswesen vermerkt ist. Die namentliche Bekanntgabe der Beiratsmitglieder erfolgt durch die Fachministerien und Staatssekretariate.

Sonderdrucke für den Staatlichen Einzelhandel (HO) werden nur hergestellt, wenn die Genehmigung des Vordruckbearbeiters im Ministerium für Handel und Versorgung, HA Staatlicher Einzelhandel, vorliegt. Diese Maßnahme dient der beschleunigten Vordruck-Vereinheitlichung innerhalb des Einzelhandels. Die Lieferung der Sonderdrucke erfolgt ab Werk.

#### Verwaltungsdienststellen (Haushaltsorganisationen)

Die Haushaltsorganisationen verfahren künftig in der gleichen Weise wie die Betriebe der volkseigenen Wirtschaft.

Standard-Vordrucke gemäß Sonderpreisliste 80 (BfV) sind beim Vordruck-Leitverlag EDB, Freiberg/Sa., zu bestellen, während Aufträge für Sonderdrucke bei den nachstehend genannten Druckereien aufzugeben sind.

#### Deutsche Notenbank und Deutsche Investitionsbank

Die Belieferung mit Standard-Vordrucken erfolgt in der bisherigen Weise. Anträge auf Sonderdrucke sind an die Organisationsabteilungen der DN bzw. DIB einzureichen. Genehmigte Sonderdrucke werden von den Organisationsabteilungen der DN und DIB zur Druckausführung an den Verlag weitergereicht.

#### Sparkassen

Die Bestellzettel für die vereinheitlichten Sparkassen-vordrucke, die bisher an die Geschäftsstelle Berlin des Vordruck-Leitverlages EDB eingesandt wurden, sind künftig in Freiberg einzureichen. Die fachliche Genehmigung für Sonderdrucke erteilt das Ministerium der Finanzen, HA Kreditwesen, Abt. Sparkassen. Bestellungen auf Sonderdrucke sind daher an die genannte Stelle einzusenden und werden gegebenenfalls von dort an den Verlag weitergeleitet.

Die Belieferung der Dienststellen der Deutschen Versicherungsanstalt und der Abgabenverwaltung erfolgt in der bisherigen Weise.

## Vertragsdruckereien des Vordruck-Leitverlages EDB

#### Bezirk Chemnitz:

Formulardruck, Freiberg, August-Bebel-Str.  
Volksstimme, Chemnitz, Brückenstr. 15/19  
Volksdruckerei, Zwickau, Bosestr. 16  
Buchdruckwerkstätten, Hainichen  
VEB Druckerei, Hohenstein-Ernstthal  
VEB Buchdruck- und Klischeewerkstätten Chemnitz,  
Zweigbetrieb Burgstädt, Chemnitzer Str. 2-4  
VEB Druckwerke Reichenbach/Vgtld., Zweigbetrieb  
Crimmitschau, Crimmitschau, Markt 4

#### Bezirk Dresden:

Druckerei Sächsische Zeitung, Dresden, Riesaer Str. 32  
Druckerei Berthold Haupt, Dresden A 17, Leubener  
Straße 55  
Meißner Druckhaus, Meißen, Theaterplatz 7  
Ratsdruckerei, Dresden, Bärensteiner Str. 27/29  
VEB Druckerei Nossen, Nossen/Sa.  
VEB Druckerei Pirna, Pirna/Elbe  
VEB Druckerei, Neugersdorf, Hauptstr. 65  
Oberlausitzer Druckwerkstätten, Bautzen, Töpfer-  
straße 35  
Ostsachsendruck, Görlitz-Biesnitz, Schönberger Str. 15

#### Bezirk Leipzig:

VEB Druckerei Grimma, Albert-Kuntz-Str. 66.  
VEB Verlagsdruckerei, Meuselwitz, Goethestr. 14

#### Bezirk Gera:

Druckerei Volkswacht, Gera, De Smitstr. 18  
Druckerei Gutenberg, Saalfeld/Saale

#### Bezirk Suhl:

Südthüringer Druckereien, Meiningen, Klostersgasse 2

#### Bezirk Erfurt:

Druckerei Aktivist, Weimar, Hinter dem Bahnhof 10

#### Bezirk Halle:

Druckerei Freiheit, Halle, Ulrichstr. 16  
Mitteldeutsche Druckerei, Halle, Waisenhausring 7  
Druckerei Mansfelder Land, Eisleben, Klosterstr. 14  
Druckerei Fortschritt, Zeitz, Brüderstr. 14/16  
Geßler und Strauß, Quedlinburg/Harz, Bahnhofstr. 14  
Druckerei Otto Schmidt, Bitterfeld, Walter-Rathenau-  
Straße 6  
Druckerei II „Tribüne“, Naumburg/Saale

#### Bezirk Magdeburg:

Druckerei Volksstimme, Magdeburg  
Bernburger Druckerei Staßfurt, Schulzenplatz 1

#### Bezirk Potsdam:

Druckerei Osthavelland Velten, Karl-Liebknecht-  
Straße 45  
Druckerei Aktivist, Königs Wusterhausen  
Druckerei Wilhelm Bahms, Brandenburg/Havel, Frie-  
densstraße 31  
Märkische Volksstimme, Potsdam/Babelsberg  
Druckerei Franz Maecker, Neuruppin

**Bezirk Frankfurt/Oder:**

Druckerei „Neuer Tag“, Frankfurt/Oder, Fischerstr. 7-8  
 Volksdruckerei Eberswalde, Schicklerstr. 14-16  
 Druckerei Aktivist, Rüdersdorf bei Berlin, Fischerstraße 2 b

**Bezirk Cottbus:**

Druckerei Wilhelm Bode, Cottbus, Rudolf-Breitscheid-Straße 79  
 VEB Druckerei, Hoyerswerda, An der Allee 1  
 VEB Druckerei, Ruhland/OL., Berliner Str. 19

**Bezirk Schwerin:**

Volksdruckerei, Ludwigslust/Meckl.

**Bezirk Rostock:**

Druckhaus Einheit, Rostock, Stalinstr. 85  
 Ostseedruckerei Stralsund, Wilhelm-Pieck-Str. 19

**Bezirk Neubrandenburg:**

Druckerei Freie Erde, Neustrelitz/Meckl.  
 Druckerei Freundschaft, Wittenberge/Prignitz, Wilhelmstraße 4

## Die Vordrucke des Rechnungswesens

Als Leitverlag des Ministeriums der Finanzen stellt der Vordruck-Leitverlag u. a. **die Vordrucke des betrieblichen Rechnungswesens sämtlicher Wirtschaftszweige** der volkseigenen Wirtschaft und der Haushaltsorganisationen her.

Dazu gehören:

**Finanzbuchhaltung**

Arbeitsmittel zur Buchhaltung selbst  
 (Kontenblätter, Journale usw.)

**Anlagenbuchhaltung**

Arbeitsmittel zur Buchhaltung selbst  
 (Gegenstandsblätter, Fortsetzungsblätter, Journale usw.)

**Investitionsbuchhaltung**

Arbeitsmittel zur Buchhaltung selbst  
 (Positionsblätter, Journale usw.)

**Materialbuchhaltung**

Arbeitsmittel zur Buchhaltung selbst  
 (Artikelblätter, Kostensammelblätter, Journale usw.)

**Lohnbuchhaltung**

Arbeitsmittel zur Bruttolohnrechnung selbst  
 (Bruttolohnblätter, Kostensammelblätter, Journale usw.)

Arbeitsmittel zur Nettolohn- und Gehaltsrechnung  
 (Lohn- und Gehaltskonten, Lohnlisten, Abschlagslisten, Auszahlungslisten usw.)

**Betriebsabrechnung**

Arbeitsmittel zur Betriebs-, Abteilungs- und Brigadeabrechnung  
 Arbeitsmittel zur Kostenträgerrechnung  
 Arbeitsmittel zur Kostenstellenrechnung

**Belegvordrucke**

Belegvordrucke, die innerhalb des Rechnungswesens ausgestellt werden (Buchungsanweisungen, Zahlungsanweisungen, Kassenbelege usw.)

Belegvordrucke, die als Buchungs- und Kontrollunterlage im Rechnungswesen dienen, jedoch in anderen Betriebsabteilungen ausgestellt werden (Lohn- und Materialscheine, Wareneingangsscheine, Inventuraufnahmescheine und -listen usw.)

Arbeitsmittel, die mit Belegvordrucken des Rechnungswesens ganz oder teilweise deckungsgleich sind, bzw. mit ihnen zu einem untrennbaren Vordrucksatz gehören (z. B. Vordrucke der technologischen Planung, wie Arbeitsaufträge, Umdruckoriginale, Begleitkarten, Laufkarten, Terminkarten, Nachkalkulationskarten usw.)

## RICHTLINIEN für die Lager-Vordruckbestellung und Lieferbedingungen

**1. Bestelle rechtzeitig!**

Denke daran, daß Du nicht allein bestellst, sondern tausende volkseigener Betriebe! Auch der bestorganisierte Vertriebsapparat kann eintretende Auftragsfluten nicht sofort bewältigen. Bestelle Deine Vordrucke möglichst sechs Wochen eher, als Du sie unbedingt brauchst!

**2. Bestelle einen Quartalsbedarf!**

Viele Betriebe haben in der Vergangenheit auf ein Jahr eingedeckt, andere wieder, und das war die Mehrheit, bestellten, wenn sie den letzten Vordruck aus dem Fach nahmen. Beides ist falsch,

Denke daran, daß wir das Papier fürs Quartal zugeteilt bekommen! Auch Vordrucke müssen der Planung unterliegen. Rechne aus, wieviel Du im Quartal Vordrucke brauchst und gib Deinen Auftrag geschlossen! Du erleichterst Dir und uns die Arbeit, wir haben geringere Selbstkosten und können die Preise weiter senken. Außerdem können wir schneller liefern, weil ein großes Paket viel weniger Arbeit kostet als zehn kleine und weil eine große Rechnung sich schneller schreibt als zehn kleine. Mindestens spart man neunmal das Einspannen des Bogens, neunmal die Adresse und 27 Rechnungsformulare.

**3. Bestelle mit Brief oder Postkartel**

Telegrafische, telefonische oder fernschriftliche Bestellungen haben keinerlei Rechtsverbindlichkeit und werden von uns nicht bearbeitet. Sie belasten außerdem unsere volkseigene Wirtschaft mit riesigen Kosten. Ein Brief — auch aus der entferntesten Ecke der DDR — ist durch die Post spätestens in zwei bis drei Tagen in Freiberg. Da telegrafische, telefonische oder fernschriftliche Bestellungen sowieso der schriftlichen Bestätigung bedürfen, kannst Du auch gleich eine schriftliche Bestellung einreichen. Schreibe die Bestellung auf einen Bogen für sich! Hast Du irgendwelche Anfragen, Vorschläge oder Beschwerden, dann lege sie dem gleichen Brief auf einem anderen Blatt bei! Warum? Weil für Bestellungen ein anderer Sachbearbeiter zuständig ist und weil sich sonst eines oder das andere unliebsam verzögert.

**4. Nimm die Bestellung genau!**

Denke daran, daß jeder Vordruck eine Bestell-Nummer hat. Sie steht auf dem Vordruck, aber auch in der Preisliste. Diese Bestell-Nummer muß auch auf der Bestellung stehen. Kürze nicht ab, sondern schreibe „Blatt, Block, Stück und Satz“ immer aus, damit es keine unliebsamen Verwechslungen gibt. Wenn Du „5000 Bl.“ schreibst und der betreffende Vordruck ist „geblockt“, dann bist Du böse, weil Du 5000 Blocks bekommst, obwohl Du nur 5000 Blatt gemeint hast. Dabei ist der Sachbearbeiter wirklich unschuldig. Also keine Abkürzungen!

**5. Verzichte auf Auftragsbestätigung!**

Auch die Auftragsbestätigung kostet unnötige Verlustzeit. Hast Du Deine Bestellung richtig adressiert, dann wird sie auch erledigt. Denke daran, daß wir in den Zeiten des Hochdrucks täglich bis zu 1500 Bestellungen erhalten, und da hemmen die Auftragsbestätigungen die produktive Tätigkeit gewaltig.

**6. Mahne nicht unnötig!**

Deine Bestellung wird so schnell erledigt wie es uns nur möglich ist. Wir wollen zu einer längsten Lieferfrist von 14 Tagen kommen. Halten sich alle an unsere Richtlinien, dann können wir auch bei stärkstem Druck spätestens innerhalb 14 Tagen liefern. Werden unsere Auftragsbearbeiter durch briefliche oder telefonische Anfragen nach dem Verbleib der Sendung von der laufenden Arbeit abgehalten, verlängert sich der Termin der Auslieferung. Denke daran, daß ein Telefongespräch die Zeit kostet, in der man zwei bis zehn Aufträge bearbeiten kann. Ein unnötiger Antwortbrief nimmt der Schreibkraft die Zeit, in der sie mehrere Rechnungen schreiben kann. Sind An-

fragen unbedingt nötig, dann nur schriftlich. Telefonische Anfragen ergeben Mißverständnisse und unnötigen Ärger, müssen in der dicksten Arbeit erledigt werden und haben nie denselben Wert wie etwas Schriftliches.

**7. Bestelle das Richtige!**

Laufend haben wir Rücksendungen, weil der Besteller etwas Falsches verlangte oder weil er sich zuviel Vorrat hinlegte. Denke daran, daß wir zwar gängige Vordrucke zurücknehmen, daß aber dafür 20 Prozent des Wertes für Verwaltungskosten, Verpackung und Fracht in Rechnung gestellt werden müssen! Kontrollberichte und nicht mehr verwendbare Vordrucke werden grundsätzlich nicht zurückgenommen.

**8. Vergiß das Bezahlen nicht!**

Sage nicht, das sei ein unnötiger Punkt in unseren Richtlinien. Leider ist es so, daß rund 30 Prozent unserer Besteller erst gemahnt werden müssen, ehe sie bezahlen. Welch unnötiger Aufwand und welcher Verlust für uns alle! In Zukunft werden säumigen Bezahler nach Benachrichtigung des zuständigen Ministeriums weitere Lieferungen gesperrt.

**Unsere Lieferbedingungen**

Der Versand der bestellten Vordrucke und des Zubehörs erfolgt verpackungs- und frachtfrei an den nächsten Bahnhof des Bestimmungsortes auf dem frachtgünstigsten Weg (Bahnfracht), wenn ordnungsgemäß Quartalsbestellung aufgegeben wurde. Bei Einzelnachbestellung innerhalb eines Quartals wird Verpackung und Fracht berechnet. Ist infolge Papiermangels dem Verlag nur eine Teillieferung möglich, wird die Fracht für die weiteren Sendungen vom Verlag getragen.

Soll eine schnellere Belieferung erfolgen als sie durch Bahnfracht möglich ist, muß auf der Bestellung ausdrücklich vermerkt werden, daß die Sendung durch Expres gewünscht wird. Die Differenz zwischen Fracht- und Expreskosten trägt der Besteller.

Die Sendungen laufen auf Gefahr des Bestellers.

Rabatte werden grundsätzlich nicht gewährt.

Selbstabholungen sind nach vorheriger schriftlicher Bestellung und schriftlicher Bestätigung durch den Verlag möglich. Eine Direktabholung aus Freiberg ohne vorherige Bestellung wird im Interesse einer gerechten Belieferung aller volkseigenen Betriebe vom Verlag abgelehnt.

Die Zahlung ist durch gesetzliche Bestimmungen geregelt.

## Burroughs - Vorsteckwagen

neues System, automatisch arbeitend, mit verkürztem Arbeitsgang und automatischer Saldenwahl liefert kurzfristig

**PAUL ELZE**, Leipzig C 1, Barfußgasse 11 II, Telefon 3 09 09

Spezialwerkstatt - Kundendienst

Kurzfristige Überholungen nach Fabrikvorschrift

Früherer Werkstattdirektor der Burroughs-Rechenmaschinen A. G.

## STELLENANZEIGEN

Stellenangebote und Stellengesuche werden nur noch mit 50% des Grundpreises berechnet. Eine Anzeige in dieser Größe bei einmaliger Veröffentlichung in der Zeitschrift „DEUTSCHE FINANZWIRTSCHAFT“ kostet jetzt **41,- DM**

Bei Chiffre-Anzeigen zuzüglich 2,- DM Chiffre-Gebühr

## Bankfachmann

fachkundig in allen Sparten, ledig, in ungekündigter Stellung als Leiter einer größeren Bankabteilung einer BHG, sucht Vertrauensstellung. Zuschriften erbeten unter **FW 2504** an Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8

## Hauptbuchhalter

vertraut mit dem neuen Rechnungs- und Vertragswesen der VEW sowie gründlichen Erfahrungen und langjähr. Praxis im gesamten Finanzwesen (Bilanzen, Steuern, Bank, Revision) sucht neuen Wirkungskreis als

**Haupt-(Ober-)Buchhalter, Kaufmann, Leiter, Revisor oder ähnl.**

Angeb. erb. unter **FW 2846** an Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8

Staatsbewußter, fortschrittlich eingestellter

## Lohn- und Finanzbuchhalter

48 Jahre, verheiratet, selbständig und zuverlässig arbeitend, z. Z. VE-Betrieb als Hauptlohnbuchhalter tätig, sucht Stellung.

Angeb. erb. unt. **FW 2848** an Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8

**Hauptbuchhalter**  
fortschrittlich eingestellt, mehrere Jahre in VEB tätig, gute Rechtskenntnisse, mit dem neuen Rechnungswesen vertraut, **sucht neuen Wirkungskreis** in gleicher oder ähnlicher Position. Mittlerer Betrieb in Mitteldeutschland bevorzugt. Wohnung erwünscht. Angebote unter **FW 2845** an Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8

**Oberbuchhalter**  
ledig, in ungek. Stellung VEW. Kenntnisse in der gesamten Finanzbuchhaltung einschließl. Bilanzen und Abschlüsse sowie Betriebs- u. Lohnabrechnung, wünscht sich, evtl. als Revisor, zu verändern. Zuschriften erb. unter **FW 2847** an Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin W 8

## Bilanzbuchhalterin

zuletzt als Revisorin tätig gewesen, mit 30jährigen Berufserfahrungen,

**sucht neuen Wirkungskreis.**

Dresden oder Leipzig bevorzugt. Angebote unter **FW 2726** an Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8

Fortschrittlich eingestellter

## Hauptbuchhalter

3 Jahre in ungekünd. Stellung in größerem VEB (Masch.-Bau), früher im Revisionsfach, 52 Jahre, versiert im Rechnungs- und Finanzwesen der VEW, dazu gute Rechtskenntnisse, sucht sich zu verändern in gleicher od. ähnl. Position, auch in anderem Industriezweig. Bevorzugt wird mittlerer Betrieb in größerer Stadt Sachsens oder Thüringens.

Angebote unter **FW 2725** an den Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8.

## Veranlagungs-Richtlinien 1952

mit Anlage

LIN A 4 - 144 Seiten - 2,20 DM

Aus dem Inhalt:

Teil I Richtlinien für die Veranlagung 1952 (VR 1952) der privaten Wirtschaft zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer

Teil II Besteuerung der Genossenschaften

Teil III Pflichtbeitrag zur Sozialversicherung (außer Lohnempfänger und Handwerker)

Die Anlage enthält:

- I. Liste der Abschreibungssätze der Anlagegegenstände
- II. Alphabetisches Verzeichnis zur Abschreibungsliste
- III. Tabelle der Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag

Bestellungen erbitten wir über den örtlichen Buchhandel oder direkt an den Verlag.



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG  
BERLIN O 17 · MICHAELKIRCHSTRASSE 17

# Ruf

Schwierigkeiten  
im Rechnungswesen?

Die erfahrenen Ruf-Organisatoren  
beraten Sie gern.  
Machen Sie davon Gebrauch!

# Organisation

## RUF - BUCHHALTUNG

Karl Frech, Dresden A 27, Einsteinstr. 8, Tel. 43337

M. SONIN

## **Die betriebliche Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter**

*Übersetzung aus dem Russischen*

Format DIN A 5 · Umfang 152 Seiten  
mit zahlreichen Tabellen Preis 1,50 DM

Der Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft und Kultur in der Sowjetunion gibt uns das Beispiel für die Lösung des Problems der massenweisen Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter im Produktionsprozeß.

*Bestellungen nehmen jede Buchhandlung oder der Verlag entgegen.*



VERLAG DIE WIRTSCHAFT GMBH BERLIN W 8  
Französische Straße 53-55 · Sammelruf 22 53 71

2. unveränderte Auflage

JOHANNES THAMM, HERBERT LANGE, ERHART KNAUTHE

## **Der Betriebsplan des volkseigenen Industriebetriebes**

Format 16,5 × 24 cm - 285 Seiten - broschiert 3,20 DM

Eine umfassende, wissenschaftlich begründete Anleitung für die Aufstellung, Durchführung und Kontrolle der Betriebspläne. Wichtig für alle Betriebsleitungen und Mitarbeiter der Planungsabteilungen der volkseigenen Betriebe, ferner für die Angehörigen der technischen Intelligenz, für Aktivisten und Bestarbeiter.

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt beim Verlag



VERLAG DIE WIRTSCHAFT GMBH, BERLIN W 8  
Französische Straße 53-55 - Sammelruf 22 53 71

Eine Aufsatzsammlung für Unterricht und Praxis

## **Finanzen und Kredit**

Herausgegeben im Auftrage des Ministeriums der Finanzen vom Institut für Finanzwesen an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität, Berlin

Format DIN A 5 — Umfang 920 Seiten in zwei Bänden — Halbleinen — Preis 10,— DM

Diese Publikation ist die Zusammenfassung der wichtigsten Reden, Aufsätze und Abhandlungen sowjetischer und deutscher Staats- und Wirtschaftsfunktionäre und Wirtschaftswissenschaftler. Sie ist für das Verständnis des Finanz- und Kreditwesens von großer Bedeutung. Das systematische Studium dieses Werkes unter Verwendung der beigegebenen Studienanleitung befähigt jeden Mitarbeiter unserer Staats- und Wirtschaftsverwaltung, die Gesetze und Verordnungen unserer Regierung auf dem Gebiete des Finanzwesens ihrem Sinn und ihrer Zielsetzung nach zu verstehen und richtig anzuwenden. Für die Finanz- und Verwaltungsschüler, Dozenten und Studenten der Wirtschaftswissenschaft bedeutet die Aufsatzsammlung eine konkrete Anleitung zum Studium sowie zur Vervollständigung und Vertiefung ihres Wissens.



VERLAG DIE WIRTSCHAFT GMBH · BERLIN W 8  
Französische Straße 53-55 · Sammelruf: 22 53 71